

Die Wirklichkeit ist angekommen ...

Maike Lehmann / Annette Schuhmann (Hg.)

Die Wirklichkeit ist angekommen ...

**Ein Dossier aus Anlass des russischen Überfalls
auf die Ukraine**

zdbooks



Leibniz-Zentrum für
Zeithistorische
Forschung Potsdam

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://dnb.de> abrufbar.

Hergestellt mit freundlicher Unterstützung des Leibniz-Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam.

Erschienen 2024 bei zdbooks / Publikationsplattform Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF),

Am Neuen Markt 1, 14467 Potsdam

www.zdbooks.de

© Annette Schuhmann, Maike Lehmann (Hg.)

Dieses Werk ist als Open Access-Publikation im Sinne der Creative Commons-Lizenz CC BY-NC-ND 4.0 unter <https://www.zdbooks.de/dossier-ukraine-2024> im Internet abzurufen. Eine Nutzung des Textes ist für nicht-kommerzielle Zwecke in unveränderter Form unter Angabe des Autors bzw. der Autorin und der Quelle zulässig. Im Buch enthaltene Abbildungen und andere Materialien werden von dieser Lizenz nicht erfasst.

DOI: 10.14765/zzf.dok-2724

Umschlagabbildung: The flag of Ukraine and a blockhouse destroyed by a missile in Borodjanka, Kiev, Ukraine, on April 21, 2022.

Lehtikuva / Jussi Nukari – Finland out

© picture alliance/dpa/Lehtikuva | Jussi Nukari

Lektorat und Drucksatz: Jens Brinkmann, Potsdam

Umschlaggestaltung und Umsetzung: Bernd Degener, Bremen

Verlag, Druck und Vertrieb: epubli, ein Service der Neopubli GmbH,
Köpenicker Straße 154a, 10997 Berlin

Inhalt

Maike Lehmann / Annette Schuhmann	
24. Februar 2022: »Die Wirklichkeit ist angekommen...«.	
Von der Arbeit an der Lücke. Ein Vorwort	11
Martina Winkler	
Vom Nutzen und Nachteil der Geschichte im Krieg	17
Corinna Kuhr-Korolev	
Mission und Macht.	
Putins Instrumentalisierung der Geschichte	19
Juliane Fürst	
The Imperial Imagination of Russians ... and its limits	26
Florian Peters	
Russlands Überfall auf die Ukraine – Eine Zeitenwende?	33
Robert Kindler	
Russlands Wissenschaftler:innen protestieren.	
Offene Briefe gegen den Krieg	43
Susanne Schattenberg	
Wiederauferstehung oder erneuter Untergang der UdSSR?	
Die Putin-Doktrin	49
Florian Peters	
Verändert der Krieg alles?	
Wie Russland und die Ukraine für ihr Militär werben	53

Bert Hoppe	
Kiew im Februar 2022.	
Ein Forschungsaufenthalt in einer bedrohten Stadt	61
 Tanja Penter	
Sprache als Waffe.	
»Neonazis«, »Genozid«, »Entnazifizierung« und	
»Sondereinsatz« in der Kriegspropaganda Putins	66
 Corinna Kuhr-Korolev	
Weltkulturerbe in Gefahr!	
Zur Lage ukrainischer Museen, Bibliotheken und	
Architekturdenkmäler im Krieg	80
 Robert Kindler	
Wenn es ernst wird.	
Mit Karl Schlögel im »Situation Room« der Zeitgeschichte	86
 Elisa Satjukow	
Osteuropa (ver)lernen.	
Ein Plädoyer für eine neue Geschichtskultur	92
 Nino Aivazishvili-Gehne, Alina Jašina-Schäfer, Jannis Panagiotidis	
Konflikte, Engagement und Ängste.	
Der Ukrainekrieg in den Augen postsowjetischer	
Migrant:innen in Deutschland	100
 Maike Lehmann	
ARCHIV MACHT WISSEN.	
Die Ukraine als Aufgabe einer	
europäischen Geschichtswissenschaft	109
 Takuma Melber	
Vom Pazifismus zur Konfrontation?	
Japan und der russisch-ukrainische Krieg	117

Clara M. Frysztacka	
Vergangene Zukunft?	
Der russisch-ukrainische Krieg und die Rückkehr der modernen Zeiterfahrung	122
Andrii Portnov	
Dnipro oder Dnjepr?	
Über die Ortsnamen, die wir wählen, und die Folgen unserer Entscheidungen	132
Thuc Linh Nguyen Vu	
Too Close to Home.	
How Minority Communities Broaden the Scope of Care and Help	137
Daria Khrushcheva	
Medien in Russland. Von Unabhängigkeit zur Kontrolle	146
Ulrike Huhn	
Das Ende der Begegnung?	
Perspektiven zum Studierendenaustausch mit der Ukraine und Russland in Zeiten des Krieges	158
Moritz Florin	
Zentralasien und die Dekolonisierung der Osteuropaforschung. Gedanken anlässlich des russischen Überfalls auf die Ukraine	167
Lisa Füchte	
Damit Sonnenblumen wachsen, wenn ihr hier begraben liegt ...	
Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine aus geschlechtergeschichtlicher Perspektive	181
Olena Petrenko	
Ukrainische Frauen an der Waffe. Ein kurzer historischer Rekurs	189

Franziska Davies	
Der koloniale Blick auf Osteuropa.	
Der Auftritt von Harald Welzer als Symptom deutscher Schieflagen	196
 Annette Vowinckel	
Totalitarismus 2.0.	
Mit Hannah Arendt auf Putins Russland blicken	205
 Salome Belkania	
Russlands Krieg gegen die Ukraine ist auch ein Krieg gegen Georgien. Perspektiven aus einem Land, das die russische Aggression kennt	214
 Merve Neziroğlu	
Ein umkämpfter Fleck im Schwarzen Meer.	
Die Schlangeninsel im Fokus der Weltöffentlichkeit	219
 Daniel Weinmann	
#WAR	
Der Krieg gegen die Ukraine in den sozialen Netzwerken	225
 Johannes Spohr	
Deutsche Familiengeschichten und die Ukraine.	
Der koloniale Blick auf das östliche Europa ist historisch gewachsen	242
 Alexa von Winning	
Endloser Februar!	
Russische Musik gegen Krieg, Lügen und Diktatur	257
 Julia Elena Grieder	
Der Klang der Selbstbehauptung.	
Musik und Politik in der Ukraine seit 1989	265

Kateryna Chernii Eine rasende Fahrt durch Kyjiw im Morgengrauen. It's a Date – Ein Film der ukrainischen Regisseurin Nadia Parfan in den Berlinale-Shorts	275
Helena Holzberger Vermeintliche Völkerfreundschaft. Fotografie und Hierarchie sowjetischer Nationen in der Zwischenkriegszeit	278
Christine Bartlitz »Bilder des Krieges in der Ukraine« – Themendossier auf Visual History	287
Journalismus in Kriegszeiten. Stefan Günther vom Journalisten-Netzwerk n-ost im Gespräch	289
Andreas Pribersky Ukrainische »Nachtwache«	296
»Alles hat sich verdichtet« – Kriegsbilder aus der Ukraine Ein Interview mit Michael Pfister und Andreas Prost aus der Bildredaktion von »Zeit Online«	305
Andreas Pribersky »Back in the USSR«? Eine visuelle Analyse von Putins Fernsehansprachen zum Russisch-Ukrainischen Krieg	314
Autor:innen	330

24. Februar 2022: »Die Wirklichkeit ist angekommen...«

Von der Arbeit an der Lücke. Ein Vorwort

»Die Wirklichkeit ist angekommen«, sagte Karl Schlögel am 27. Februar 2022 in der sonntäglichen Gesprächsrunde bei Anne Will.¹ Die Zeit sei vorbei, dass man uns Märchen erzählt. Gemeint war damit der unglaubliche »Russland- und Putin-Kitsch«, den Politiker:innen wie Sahra Wagenknecht, Gerhard Schröder oder Gregor Gysi bis heute verbreiten. Noch fünf Tage vor dem Beginn der Großinvasion am 24. Februar 2022 erklärte Schlögel, dieser exzellente und stets auf Verständigung bedachte Osteuropa-Historiker, auf den Angriffskrieg nicht gefasst gewesen zu sein.

Dies traf auf sehr viele Osteuropahistoriker:innen zu, auch wenn sie sich über das System Putin wenig Illusionen gemacht hatten. Dennoch war der russische Angriffskrieg ein Schlüssel-erlebnis für die meisten, selbst für jene, die sich seit Jahren mit dieser Region beschäftigt haben. Allen voran natürlich für unsere ukrainischen Kolleg:innen, die sich nun zusammen mit ihren Familien und ihren Freunden unter Beschuss befanden. Viele mussten fliehen oder gingen an die Front. Sie waren im ganz wörtlichen Sinne im Kriegszustand.

1 Das Erste: Anne Will: Putin führt Krieg in Europa – wie ist er zu stoppen?, Sendung vom 27.02.2022 in der ARD, <https://daserste.ndr.de/annewill/archiv/Putin-fuehrt-Krieg-in-Europa-wie-ist-er-zu-stoppen,erste11634.html> [10.11.2023].

Das Gefühl der Hilflosigkeit übertrug sich auch auf uns. Zahlreiche Kolleg:innen engagierten sich für Geflüchtete und für Wissenschaftler:innen in der Ukraine. Zudem stellten sie sich die Frage: Was können wir als Historiker:innen tun?

Dieser Band gibt erste Antworten auf diese Frage. Er basiert auf einem Dossier auf dem Portal *zeitgeschichte | online*.² Wir begannen nur wenige Tage nach Kriegsbeginn, Beiträge von deutschen, ukrainischen, polnischen, US-amerikanischen, belarussischen, georgischen und auch russischen Kolleg:innen zu veröffentlichen. Erschienen im ersten Monat im Jahr 2022 bis zu fünf Texte pro Woche, so sind die Abstände zwischen den Veröffentlichungen mittlerweile größer geworden. Das E-Book markiert den Charakter der hier versammelten Texte noch einmal: als Quellenkorpus dazu, wie Historiker:innen auf den Krieg und die damit verbundenen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in Deutschland und international reagiert haben. Wir arbeiten weiter am Dossier und werden es nicht schließen.

Der Band bildet unterschiedliche Dimensionen einer Diskussion ab, die durch die russische Großinvasion ausgelöst wurde. Und er adressiert eine Reihe von »toten Winkeln« in den Debatten über den Krieg hierzulande. Unsere Kollegin Kateryna Chernii machte in einer hochemotionalen Diskussionsrunde, die nur wenige Tage nach Beginn der Invasion am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung stattfand, deutlich, wie spärlich hierzulande das Wissen über die Geschichte der Ukraine ist.

Nachdem in den letzten Jahren Osteuropa-Lehrstühle in Deutschland bis hin zu einzelnen kompletten »Abwicklungen« kaputtgespart wurden, stehen wir vor großen Wissenslücken in der breiten Öffentlichkeit. Vor allem gibt es kaum einen Bezug zur Ukraine, ihrer Geschichte und ihrer Entwicklung vor und nach dem

2 Annette Schuhmann/Maike Lehmann (Hg.): Die Wirklichkeit ist angekommen... Ein Dossier aus Anlass des russischen Überfalls auf die Ukraine, in: *Zeitgeschichte-online*, März 2022, <https://zeitgeschichte-online.de/themen/die-wirklichkeit-ist-angekommen> [10.11.2023].

Unabhängigkeitsreferendum im Dezember 1991 – und das trotz der erhöhten Aufmerksamkeit, die der Euromaidan 2013/14 und vor allem die Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014 sowie der angeblich durch lokalen Volkswillen befeuerte Krieg in der Ostukraine generiert hatten.

Gleichzeitig werden zur Erklärung dieses Krieges bis heute immer wieder historische Parallelen herangezogen: die Kubakrise von 1962, die Appeasement-Politik des Westens in den 1930er Jahren, die Niederschlagung des Ungarn-Aufstands 1956. Die Liste ließe sich verlängern. Zudem kursieren seit dem 24. Februar 2022 (wieder) diverse Rechtfertigungserklärungen für den russischen Angriff in deutschen Debatten. Wie lässt sich das erklären?

»Die Russen« mit »den Sowjets« zu verwechseln hat Tradition – ganz so, als gäbe es keine anderen ethnischen Gruppen auf den Territorien, die einst die Union national definierter, de facto aber multiethnischer Sowjetrepubliken ausmachten. Zugleich tauchte wiederholt die Präventivkriegsthese auf, der zufolge sich Russland mit diesem völkerrechtswidrigen Krieg gegen eine Erweiterung der NATO gen Osten verteidige. Diese Entlastungserzählung ist ein beliebtes Argument in Talkshows und auf anderen populären Plattformen; und sie hält sich hartnäckig, als ob Russland das Opfer einer westlichen Verschwörung wäre und nicht der Aggressor in einem mit aller Grausamkeit geführten Angriffskrieg. Das politische Bemühen, Russland – trotz seiner brutalen Kriegsführung in Tschetschenien und Syrien, seines rechtswidrigen Einmarsches in Georgien im Jahr 2008, seiner gezielten Destabilisierungspolitik in Ossetien und Moldawien und sogar noch nach der Annexion der Krim – in eine internationale Staatengemeinschaft einzubinden, hatte keinen Erfolg.

Die Bestrebungen von Historiker:innen in den letzten Jahrzehnten, ein historisches Bewusstsein für die Geschichte des Zweiten Weltkriegs zu vermitteln, das neben ostmittel- und südosteuropäischen auch die rund 27 Millionen sowjetischen Kriegsoffer stärker in das westeuropäische Blickfeld rückt, hat insofern zu wenig Aufmerksamkeit gefunden, als es den gesellschaftlichen Blick nach Osten nicht ausreichend hat differenzieren können. Denn das

Argument, dass Deutschland mit Waffenlieferungen an die Ukraine nun wie im Zweiten Weltkrieg Waffen gegen »die Russen« einsetze, übersieht, dass die Kriegs- und Vernichtungspolitik des »Dritten Reiches« nicht allein »die« Russ:innen traf. Vielmehr hatte der deutsche Überfall auf die Sowjetunion seit dem Juni 1941 fatale Konsequenzen für alle sowjetischen Bürger:innen – an der Front, unter der Besatzung, im Hinterland: auch und vor allem für Juden und Jüdinnen, für Ukrainer:innen, für Belaruss:innen, für Tatar:innen, für Tschetschen:innen, für »Russlanddeutsche« und für Angehörige anderer Ethnien.

Ebenso bleibt unbeachtet, dass der »Holocaust by Bullets« sich auf die besetzten Gebiete der Ukraine, Belarus' sowie des Baltikums fokussierte, genauso wie der größte Teil der ca. 2,75 Millionen sogenannten Ostarbeiter:innen aus eben diesen Gebieten stammte. Und auch die Tatsache, dass es, neben den großen Schlachten wie jene um Stalingrad, vor allem die Besatzungspolitik der Wehrmacht war, die die Menschen tötete, ist nicht zu Allgemeinwissen geworden. Von den 20 Millionen Zivilist:innen, die durch den Krieg in der Sowjetunion umkamen, starben allein vier Millionen in der besetzten Ukraine. Doch die Gleichsetzung »der Sowjets« mit »den Russen« macht es offenbar schwer, sich mit Russlands gegenwärtiger Besatzungspolitik und ihren Parallelen auseinanderzusetzen.

Die Spezifik dieser Diskrepanz hat die Themen der im Dossier veröffentlichten Beiträge stark geprägt. Uns ging es vor allem darum, den Blick auf die Ukraine zu richten, die genauso wie andere Staaten durch die Sowjetzeit geprägt war, sich aber allein in den Jahren seit der Krim-Annexion rasant gewandelt hat. Es ging aber nicht nur um die Rolle des Zweiten Weltkrieges in der russischen Propaganda zur Großinvasion seit dem 24. Februar 2022, im deutschen Familiengedächtnis oder auch bei der sehr unterschiedlichen Bedeutung von Begriffen wie »Faschismus«, »Imperium« und »Totalitarismus«. Es galt zudem, den internationalen Kontext, darunter die Reaktionen der Nachbarstaaten, mit in den Blick zu nehmen, die Wahrnehmung verschiedener Gruppen zu thematisieren sowie die Rolle von Propaganda und Protest aufzuzeigen.

Das ist wenig angesichts der Ungeheuerlichkeiten, die sich in der Ukraine seit über zwei Jahren abspielen. Die heftigen Diskussionen um die russische Invasion legen vor allem Lücken und Schräglagen in Bezug auf das Russlandbild unterschiedlicher Gruppen in Deutschland offen und fordern somit eine Widerlegung und Klarstellung von Historiker:innen geradezu heraus. Dementsprechend ist Russland oft Thema der Einzelbeiträge. Das Bemühen, ukrainische Autor:innen für das Dossier zu gewinnen, war nicht immer erfolgreich. Hier mag eine Rolle gespielt haben, dass das Dossier von einer DDR- und einer Kaukasusexpertin herausgegeben wird, die beide eine entsprechend gelagerte Vernetzung haben in einer ohnehin traditionell auf Russland fokussierten Osteuropaforschung.

Der Krieg hat im Fach neben großem Entsetzen eine Grundsatzdiskussion ausgelöst über den Zuschnitt der Osteuropaforschung. Denn es stellt sich die Frage, wie der nahezu selbstverständliche Fokus auf Russland in der Historiografie wie in der institutionellen Aufstellung des Fachs dazu geführt hat, dass die russischen gegenüber den nicht-russischen Erfahrungen und Perspektiven überprivilegiert blieben und der imperiale Anspruch zu wenig reflektiert wurde.³ Es bleibt abzuwarten, welche Einsichten sich mit der breiteren Nutzung der Archive an der vormaligen sowjetischen Peripherie ergeben werden, etwa in Tbilissi, Almaty, Riga oder eben der Ukraine. Bislang waren neben Expert:innen für die jeweiligen Peripherien nur wenige westliche Forscher:innen in diesen Archiven, um etwa übergeordnete Fragestellungen statt vom Machtzentrum in Moskau oder St. Petersburg nun grundsätzlich vom »Rande« her anzugehen. Vor allem aber wäre zu hoffen, dass die Einrichtung eines Ukraine-Zentrums an der Viadrina in Frankfurt (Oder) nur den Anfang einer weiteren institutionellen Diversifikation der Osteuropaforschung darstellt.

3 Vgl. u.a. Botakoz Kassymbekova/Erica Marat: Time to Question Russia's Imperial Innocence, in: Ponars Eurasia Policy Memo No. 771 (April 2022), https://www.ponarseurasia.org/wp-content/uploads/2022/04/Pepm771_Marat-Kassymbekova_April2022.pdf [10.11.2023].

Die wenigen Ukraineexpert:innen sind seit Monaten vollkommen überlastet. Markant war und ist vor allem der Druck, den ukrainische Kolleg:innen spüren, wenn sie nun nicht nur um sich selbst, ihre Lieben und ihr Land bangen, sondern den Deutschen auch noch die Ukraine erklären müssen. Wir hoffen, dass sich das ändert. Auch wenn sich die Aufmerksamkeitsökonomien mit dem Andauern dieses Krieges verschoben haben, brauchen wir weiterhin die historische Kontextualisierung des aktuellen Geschehens genauso wie eine Normalisierung des Interesses an der Spezifik, Diversität und Verflochtenheit der ukrainischen, der deutschen, der ost- und mitteleuropäischen Geschichte.

Ein großer Dank geht an alle Autor:innen der bisherigen Beiträge. Wir freuen uns auf weitere Vorschläge und Gespräche.

Martina Winkler

Vom Nutzen und Nachteil der Geschichte im Krieg

26. Februar 2022

Am Morgen des 24. Februar, kurz nachdem Russland die Ukraine angegriffen hatte, lag eine Mail der Pressesprecherin meiner Universität im Postfach: Sie rechne angesichts der Lage mit vermehrten Anfragen der Presse. Ob ich, immerhin doch Osteuropahistorikerin, als Expertin für den aktuellen Konflikt zur Verfügung stünde?

Wenn man, wie ich, seine Schwerpunkte in der Kindheitsgeschichte des 20. Jahrhunderts einerseits und dem russischen 17. und 18. Jahrhundert andererseits gelegt hat, wird man mit solchen Anfragen normalerweise nicht überhäuft. Sicher, Dokumentarfilmer:innen und Podcaster:innen fragen manchmal an, aber das heute-journal oder die Tagesschau? Ungewöhnlich. Jetzt aber ist die Nachfrage groß, da kommt vielleicht auch einmal meine Chance für die prime-time.

Und eine Antwort auf die Frage, welchen Beitrag ich leisten könnte, scheint auch gleich auf der Hand zu liegen: Putins absurde Geschichtsklitterungen, das wilde Jonglieren mit der Kiever Rus, dem vermeintlichen Fehlen einer nationalen Geschichte und angeblichen sowjetischen (gemeint ist natürlich: russischen) »Geschenken« an die Ukraine, muss doch jemand aufklären. Nur so kann deutlich werden, dass Putins Versuch, der Ukraine das Existenzrecht abzuspochen, voller Fehler und damit unberechtigt ist.

Aber ist das wirklich so? Der Verband der Osteuropahistoriker:innen (VOH) hat in seiner Stellungnahme zur Rede Putins

vom 21. Februar deutlich gemacht, dass das hier präsentierte Bild »in einem krassen Widerspruch [steht] zu allen Erkenntnissen, die Historikerinnen und Historiker sowohl in Russland und der Ukraine als auch Europa und den USA in den vergangenen zwei Jahrhunderten zusammengetragen haben«.¹

Weitere Details folgen nicht, keine Auseinandersetzung, keine quellenbasierte Widerlegung der hanebüchenen Behauptungen. Ich halte diese Zurückhaltung für klug und richtig. Historische Debatten dürfen an dieser Stelle keine Rolle spielen. Der Angriff auf die Ukraine ist nicht deshalb falsch und inakzeptabel, weil Putin es mit historischen Fakten nicht so genau nimmt. Er wäre ebenso falsch, wenn Putin Recht damit hätte, dass die ukrainische Nation von den Bol'seviki erfunden wurde und dass die Kiever Rus der Beginn russischer Staatlichkeit sei. Wenn wir uns in diesem Zusammenhang auf eine Diskussion einlassen, bestätigen wir Putins Ansatz, dass die Geschichte – hundert oder auch tausend Jahre zurückliegend – Gründe für eine Verschiebung heutiger Grenzen liefern darf, dass heutige staatliche Souveränität in dieser Geschichte verankert sein müsse. Um sich auszumalen, wohin uns diese Ansicht führen würde, muss man kein:e Historiker:in sein.

So nachvollziehbar es ist, dass aktuell neben politischer Analyse auch historisches Fachwissen gefragt ist, sollten wir doch vorsichtig damit sein, zu welcher Debatte wir hier beitragen. Und so verständlich (und erfreulich) der Wunsch der Öffentlichkeit ist, mehr über die Geschichte der Ukraine zu erfahren, so plädiere ich doch dafür, vor jedem Faktencheck, vor jeder Richtigstellung von Putins Behauptungen klar zu sagen, dass wir historische Zusammenhänge nicht deshalb darstellen, um die Grenzen der Ukraine zu rechtfertigen. Denn das müssen wir nicht, das tut bereits das Völkerrecht.

1 Stellungnahme des VOH zur Rede des Präsidenten Russlands Vladimir Putin vom 21. Februar 2022, <http://www.osteuropa-historiker.de/> [05.09.2023].

Mission und Macht

Putins Instrumentalisierung der Geschichte

28. Februar 2022

»Was will Putin?«, wurde in den letzten Wochen gerätselt. Eher sollte gefragt werden, was will *der Westen* tun, um die Pläne des russischen Präsidenten zu verhindern. Diese sind umfassend und unmissverständlich deutlich in den beiden im Dezember veröffentlichten Schreiben an die NATO und an die Regierung der USA formuliert worden; darin verlangt Putin:

1. keinen NATO-Beitritt weiterer ehemaliger Sowjetrepubliken,
2. den Abzug amerikanischer Atomwaffen aus Europa; Rückbau der militärischen Infrastruktur des westlichen Bündnisses auf den Zustand von 1997.¹

Die hektischen diplomatischen Bemühungen seit Dezember 2021 konnten kaum Ergebnisse bringen, weil die absolute Setzung des russischen Standpunktes keinen Raum für Verhandlungen bot. Insofern sieht im Nachhinein alles, was passiert ist, nach einem minutiös geplanten Szenario aus, das punktgenau mit der Rückkehr der russischen Olympioniken und der anschließenden Rede

1 Vgl. Sabine Fischer: Moskaus Verhandlungsoffensive, 22.12.2021, <https://www.swp-berlin.org/publikation/moskaus-verhandlungsoffensive> [05.09.2023], der Vertragsentwurf in englischer Übersetzung: https://mid.ru/ru/foreign_policy/rso/nato/1790818/?lang=en [05.09.2023].

Putins an die Nation am 21. Februar 2022 seinen ersten Abschluss fand.²

Als bizarr bezeichneten einige Presseberichte den einstündigen Auftritt Putins, andere brachten Verwunderung darüber zum Ausdruck, dass die Ansprache äußerst lange dauerte und wie eine Geschichtsstunde klang. Ausufernd und unterbrochen durch Seufzer erläuterte Putin seine Ansichten zur Genese der ukrainischen Staatlichkeit sowie die bekannte Position zur NATO-Osterweiterung. Die eigentliche Rechtfertigung für seine Anerkennung der Volksrepubliken Luhansk und Donezk fiel im Verhältnis dazu erstaunlich kurz aus. Wozu also die ausführlichen Geschichtsbetrachtungen? Welchen Zweck verfolgten sie und welche Inhalte sollten hervorgehoben werden? Wie fügt sich diese Rede in die russische Geschichtspolitik der Ära Putin ein?

Putin ging es offensichtlich nicht nur darum, die bevorstehende Militäraktion in der Ostukraine als Selbstverteidigung zu legitimieren. Das tat er zwei Tage später, am 24. Februar 2022, in einer weiteren Rede an die Nation.³ Er wollte zuvor die Gelegenheit nutzen, den russischen *und* den ukrainischen Bürgerinnen und Bürgern seine eigene historische Wahrheit zu vermitteln. Danach sind Russland, die Ukraine sowie Belarus historisch, kulturell, sprachlich und religiös untrennbar miteinander verbunden. Der ukrainische Staat müsse als ein Zufallsprodukt der bolschewistischen Nationalitätenpolitik betrachtet werden und sei zudem ein Ergebnis des Zusammenbruchs der Sowjetunion. Für diesen macht Putin die Kommunistische Partei verantwortlich, die am Ende der 1980er Jahre ihre Macht verspielt habe.

Er vermittelte deutlich, dass er nicht von der Wiederherstellung der Sowjetunion träumt. Seine Vision ist vielmehr die Rückkehr zu einem imaginären, vorrevolutionären Zustand, einem russischen Imperium, in dem die ostslawischen, christlich-orthodoxen Völker

2 Deutsche Übersetzung im Blog der Zeitschrift »Osteuropa«: <https://zeitschrift-osteuropa.de/blog/putin-rede-21.2.2022/> [05.09.2023].

3 Die vom Kreml veröffentlichte Rede Putins hier: <https://kremlin.ru/events/president/news/67843> [28.02.2022].

harmonisch miteinander lebten. Diese Idee ist nicht neu. Immer wieder wurde darauf verwiesen, dass Putin sich an konservativen, slawophilen Denkern, wie dem Philosophen Iwan Iljin oder dem Schriftsteller Alexander Solženicyn, orientiere.⁴ Diese phantasieren von einer eurasischen Zivilisation, welche das wahre Christentum bewahre und die Menschheit vor dem moralischen Verfall der westlichen Welt rette. Das daraus abgeleitete Konzept der »Russischen Welt« (Russkij Mir) diene der Regierung Putins schon zur Legitimierung der Invasion in Georgien 2008 und der Annexion der Krim 2014.⁵ Innenpolitisch sollen »traditionelle russisch geistig-moralische Werte«, wie es zuletzt in einem Gesetzesentwurf hieß, »gefestigt und verteidigt« werden.⁶ Besondere Betonung finden etwa der Wert der traditionellen Familie, die Vaterlandsliebe sowie persönliche Qualitäten wie Tapferkeit, Ehrgefühl und Aufrichtigkeit. Mit der gesellschaftlichen Realität in Russland, die von sozialem Niedergang, rechtlicher Willkür und dem skrupellosen Handeln einer korrupten Elite geprägt ist, lässt sich das nicht in Einklang bringen. Vor diesem Hintergrund muss Geschichte Defizite kompensieren. Sie dient als Legimitätsressource einer autokratischen Staatsführung, die faktisch nicht abwählbar ist, aber trotzdem der Zustimmung bedarf.

Die Geschichtsstunde des russischen Präsidenten hatte somit zwei Funktionen: Innenpolitisch bediente sie das Bedürfnis nach nationaler Größe und einem starken, weisen Führer, außenpolitisch lieferte sie krude Argumente für die Verschleierung der Expansionsgelüste Putins und seiner brutalen und menschenverachtenden Machtpolitik.

4 Vgl. Timothy Snyder: Gott ist Russe, in: Eurozine, 26.06.2018, <https://www.eurozine.com/gott-ist-russe/> [05.09.2023]; Katharina Bluhm: Sozialer Konservatismus und autoritäre Staatsvision in Russland, in: *Religion & Gesellschaft in Ost und West (RGOW)* 49 (2021) 10, 13-15.

5 Vgl. Ulrich Schmid: Russki Mir, in: dekode, 20.05.2016, <https://www.dekode.org/de/gnose/russki-mir> [05.09.2023].

6 Der Gesetzesentwurf ist aufgrund des starken Protests von Kulturschaffenden am 14.02.2022 zurückgestellt worden, <https://regulation.gov.ru/projects#npa=123967> [28.02.2022].

Die real existierende und aggressive Geschichtspolitik Putins

Die bei dieser Gelegenheit formulierten Thesen waren jedoch nicht neu, und eine aggressive Geschichtspolitik betreibt der Kreml schon seit zwei Jahrzehnten. Im Mittelpunkt steht die Auseinandersetzung mit den baltischen Staaten, Polen und der Ukraine um die Deutung von Ereignissen des Zweiten Weltkriegs. Die meisten Konflikte betreffen den Hitler-Stalin-Pakt, zu dessen Folgen die sowjetische Besatzung der Westukraine, des Baltikums und östlicher Gebiete Polens gehörte.⁷ Schon 2009 wurde eine staatliche Kommission eingesetzt, die »Geschichtsfälschung zum Nachteil der Interessen Russlands« aufspüren und verhindern sollte.⁸ Seitdem wurde der Spielraum für Historiker:innen, die sich kritisch mit dem Stalinismus sowie mit Fragen des Kriegsbeginns, der Kollaboration und Kriegsverbrechen der Roten Armee beschäftigen, immer enger. Zunächst sahen sich die Kolleg:innen mit Schwierigkeiten bei der Publikation strittiger historischer Themen oder mit Medienkampagnen gegen sie konfrontiert. Mittlerweile sind Geschichtsgesetze verabschiedet worden, die es ermöglichen, Historiker:innen für ihre Aussagen und Veröffentlichungen strafrechtlich zu belangen. Verboten sind Äußerungen, die den heldenhaften Sieg im »Großen Vaterländischen Krieg« verleumdern oder den Nationalsozialismus mit dem Stalinismus gleichsetzen. Es sind einige Fälle bekannt, in denen diese Gesetze Anwendung gefunden haben, vor allem aber werden sie als »dubinka« (Schlagstock) wahrgenommen, der jederzeit von staatlichen Stellen gezückt werden kann.

7 Susan Stewart: Geschichte als Instrument der Innen- und Außenpolitik am Beispiel Russlands. Wie die Gegenwart die Vergangenheit beeinflusst, in: SWP-Studie 2020/S 22, 11.11.2020, <https://www.swp-berlin.org/publikation/geschichte-als-instrument-der-innen-und-aussenpolitik-am-beispiel-russlands> [05.09.2023].

8 Vgl. Corinna Kuhr-Korolev: Erinnerungspolitik in Russland. Die vaterländische Geschichte und der Kampf um historisches Hoheitsgebiet, in: Neue Politische Literatur 54 (2009) 3, 369-383.



Eingangsbereich des Blockademuseums in St. Petersburg, 2019.

Die neu konzipierte Dauerausstellung lehnt sich bewusst an die 1943 eröffnete und 1949 im Zuge der Leningrader Affäre geschlossene Schau der »heldenhaften Verteidigung Leningrads« an. Diese Art der patriotischen Darstellung von Geschichte hat Konjunktur im gegenwärtigen Russland.

Foto: Corinna Kuhr-Korolev

Insofern befördern die Gesetze vor allem Selbstzensur und begrenzen den öffentlichen Geschichtsdiskurs.⁹

In der Praxis schränken andere staatliche Maßnahmen die Arbeit kritisch denkender Forscher:innen vielleicht sogar noch mehr ein als die genannten Geschichtsgesetze. Das zeigt vor allem der Umgang mit der Menschenrechtsorganisation »Memorial«,

⁹ Vgl. Bericht der Fédération internationale des ligues des droits de l'Homme (fidh): *Rossija.-Prestuplenija protiv istorii* [Russland. Verbrechen gegen die Geschichte], Nr. 761, Juni 2021.

die für die Aufklärung der Verbrechen des Stalinismus seit ihrer Gründung in den Jahren der Perestroika eine Schlüsselrolle spielt. Zu keinem Zeitpunkt ist die Arbeit »Memorials« staatlich unterstützt worden, immer war sie mit Schwierigkeiten und Verleumdungskampagnen konfrontiert. Da »Memorial« u.a. während der beiden Tschetschenienkriege (1994–1996; 1999–2000) die durch russische Truppen verübten Menschenrechtsverletzungen anprangerte und sich für die Opfer einsetzte, wurden die Aktivist:innen des Verrats bezichtigt. Durch ständige Anklagen und Gerichtsverfahren konnten sie kaum mehr ihrer Arbeit nachgehen.

Diese staatliche Taktik, oppositionelle Gruppen durch juristische Verfahren zu drangsalieren, nahm mit dem Gesetz über die »ausländischen Agenten« noch zu. Es wurde 2012 verabschiedet und hatte zum Ziel, alle Organisationen, die finanzielle Unterstützung vom Ausland erhielten, zu diskreditieren und ihnen die Arbeitsgrundlage zu entziehen. Im Jahr 2020 wurde dieses Gesetz weiter verschärft, indem es auf Einzelpersonen ausgeweitet wurde. Auf nochmals andere, perfide Weise wurden einzelne Historiker:innen, die sich um die Aufklärung stalinistischer Verbrechen verdient gemacht haben, mundtot gemacht. Auf der Grundlage fabrizierter Anklagen und falscher Zeugenaussagen erhielten sie Haftstrafen für Vergehen, die sie nicht begangen hatten. Der bekannteste Fall ist der des karelischen Forschers Jurij Dmitriev, der wegen sexueller Handlungen an Minderjährigen zu 15 Jahren Lagerhaft verurteilt worden ist.¹⁰

Mit Blick auf den geplanten Krieg: Das Verbot von »Memorial«

Auf der Grundlage absurder Behauptungen ist Ende Dezember 2021 gerichtlich die Auflösung von »Memorial International« sowie des »Menschenrechtszentrums Memorial« angeordnet worden.¹¹ Dieses Vorgehen verdeutlicht erstens das *Rollback* in der Aufarbeitung

10 Vgl. Memorial Deutschland: Der Fall Dmitriev – Eine Übersicht, <https://memorial.de/index.php/7829-der-fall-dmitriev> [05.09.2023].

11 Vgl. die Chronologie der Ereignisse und entsprechende Dokumente unter memo.ru und im Blog der Zeitschrift Osteuropa [05.09.2023].

des Stalinismus. Die glorreiche, vaterländische Geschichte soll offenbar nicht mehr von den Verbrechen Stalins und des Geheimdienstes NKWD – KGB überschattet werden. Dies auch vor dem Hintergrund, dass die Nachfolgeorganisation FSB die Politik Russlands heute bestimmt.

Zweitens bezweckte die Schließung »Memorials« die Einschüchterung von Oppositionellen und Menschenrechtsaktivist:innen und die Schwächung ihrer Netzwerke, vermutlich schon in der Voraussicht auf den Krieg gegen die Ukraine und die Proteste, die er im eigenen Land hervorrufen würde.

Drittens zeigte die Art des Vorgehens Ende letzten Jahres, dass die russische Führung zu diesem Zeitpunkt schon beschlossen hatte, sich nicht mehr um ihre Reputation im Ausland zu sorgen. Im Gegenteil: Es war ein Zeichen Richtung Westen, die in Europa geltenden Regeln zukünftig nicht mehr anzuerkennen. Insofern lässt sich das Verfahren gegen »Memorial« als der erste Akt einer dramatischen Auseinandersetzung um »Spielregeln« in der internationalen Politik deuten. Putin will, dass nach seinen brutalen Regeln gespielt wird. Sie beruhen auf Erpressung, dem Recht des Stärkeren, auf der Androhung und rücksichtslosen Anwendung von Gewalt. Er wird versuchen, die eingangs genannten Ziele mit allen (!) ihm zur Verfügung stehenden Mitteln durchzusetzen. Insofern braucht es jetzt kein Rätseln mehr um die Frage *Was will er?* oder *Glaubt er wirklich an seine historische Mission?*, sondern den Willen, seinen Handlungsspielraum so schnell und so drastisch wie möglich einzuschränken.

Juliane Fürst

The Imperial Imagination of Russians ... and its limits

1. März 2022

Among Soviet historians it has become a kind of truism that the Soviet Union was in a permanent state of contradictions and that Soviet society adopted to these contradictions with a variety of survival mechanisms that ranged from ignoring contradictions to circumventing their challenges. One of the most significant contradictions was the tension between the Soviet Union's self-declared anti-imperialism and anti-colonialism and the fact that it asserted its own imperial and colonial structures, especially in the post-WW II period. Many more qualified people have written on this and debated which of the two elements should be considered primary or how one should characterize the resulting entity. I shall try to address a different question here: What does and did empire mean to Russians, especially vis-à-vis Ukraine?

One of the glaring questions of the war in Ukraine is not only why Putin is so desperate to want to return to a situation in which Ukraine is subordinate to Great Russian interests, but why he feels so confident that he can sell this idea to his subjects and get their support for a military ›special operation‹ (as it is official labelled in Russia) that he knew was going to trigger sanctions at the very least. Putin thinks that a lust for empire – or maybe a need for empire – is something he and his subjects share. While in 2014 Russia celebrated the annexation of the Crimea with enthusiastic

Krym – Nash (the Crimea is ours) cries, this time it seems that empire has its limits in the Russian emotional universe, even though it is by no means absent.

First, one has to clarify that few Russians would condone the term ›empire‹ or ›imperial‹. The anti-imperial doctrines of Soviet times were effective enough to make these terms unacceptable to post-Soviet ears. It is, however, a different matter, if one delves into the implications of empire such as geographic security concerns, unrestricted travel, linguistic dominance and economic ties. And it is a completely different question if it concerns the fate of Russian compatriots or those who are perceived as such. Most Russians would condone and support Russian concerns in this area without much thought as to what extent colonial and imperial ties are established by such Russian interests, as they broadly did in Soviet times. As is so often the case with the dominant nationality in a multi-ethnic state or multi-ethnic empire, the spoils of dominance are hardly perceived as such. They are taken for granted as facts of life, assumed to be based on mutual agreement, even if there are open displays of resistance from other subjects of the empire. Nowhere was this assumption truer than in the Russian-Ukrainian relationship during Soviet times: Ukraine, where so many people spoke Russian as their first and only language; Ukraine, which sponsored more Soviet officials than any other nation bar the Russians themselves; Ukraine, whose capital was Kiev, to where Russians commonly trace their political history – Ukraine was generally perceived as different only in terms of food and folklore. And even here the differences were often stylistic.

This is the view on Ukraine that is lodged in Putin's head. Before he appeared in the upper echelons of power in 1999, travel between Ukraine and Russia by train was still possible without a passport. Kiev seemed like a poorer sister to Moscow, where the first signs of Russian-generated wealth were only about to become visible. During Putin's youthful socialization in the 1960s and 1970s the border was even more fluid and less perceptible. Large swathes of the eastern side of Ukraine with their multi-ethnic population of coal minors, brought in from across the entire Soviet

Union during the industrial drive of the 1930s, would have predominantly identified as Soviet above anything else. Kyiv was (and indeed is) a predominantly Russian-speaking city. I have no information when and how frequently Putin went to Ukraine in Soviet times, but he is very unlikely to have encountered much that would have suggested anything other than a ›joyful union‹, which was how Soviet textbooks characterized the relationship between republics.

Indeed, you had to be right in the middle of things in order to know how brutally and swiftly any kind of assertion of a non-sanctioned Ukrainian-ness was put down and persecuted. Young lovers of Taras Shevchenko knew that if they dared to assemble under his monument in Kyiv on his birthday, they would be arrested, despite the fact that the neighbouring university and a major Kyiv avenue carried his name. Those who thought that reading and quoting the poem ›Love Ukraine‹ by Volodymyr Sosiura was permitted, soon learned the opposite. Students who considered it fun to play as Ukrainian Cossacks in other places in Ukraine had a similar fate (the archives are full of such instances). Putin probably did not know during his time at the KGB that the absolute vast majority of the resources of the Ukrainian KGB went into the surveillance and oppression of Ukrainian nationalists. Even though Lviv was a popular tourist destination in Soviet times, few people would have been confronted with the long legacy of the struggle for Ukrainian independence there. Russians enjoyed going to Tallinn, Riga and Lviv for an experience of going to ›little Europe‹. Very few of them would have noted the implications of this difference in style which they found so charming. Sometimes people who were already outside the Soviet canon became aware that on the edge of the Soviet empire the mood was anti-Soviet and that this anti-Soviet-ness carried a rejection of Russian dominance. But such observations stayed very much in the underground or at best appeared in kitchen table conversations.

And there was much to make Russians assume that Ukrainians were willing partners in the Soviet game. No other nationality bar Russians themselves sponsored more party and state officials.

Ukrainians, meaning those who identified as Ukrainian in their Soviet internal passports, were well represented in the sphere of Soviet culture, literature and art. Their work was well-respected as long as it observed the parameters of the Soviet canon. There were jokes and stereotypes about *khokhly* (a derogative term for Ukrainians, implying peasant-backwardness), but, unlike being Jewish, there was no disadvantage to being Ukrainian as long as you accepted Sovietness.

When the differences and calls for independence became louder and less easy to overlook, it was at a time when Russians by large were pushing in the same centrifugal direction. During Perestroika the crescendo of national voices was not confined to Ukraine, but engulfed almost all the Soviet republics. But nationalism carried less an anti-Russian element than an anti-Soviet element – or, in some cases, a pro-Soviet reform element. The Russians were on the same page. They too at that time supported changes to Soviet reality – and increasingly the abolition of this Soviet reality. They often supported the republic's national movements, because it seemed that national freedom was part of the freedoms they craved for themselves. An often-forgotten fact of the late 1980s is that then there was a sizable Russian nationalism which believed that Russia would be better off without the pesky republics. And in Ukraine it is certainly true that at least some of the votes for independence in the 1991 referendum, which saw 92 % of Ukrainians vote for independence with a turn-out of 89 %, were motivated by a belief that freedom was better achieved without the strain of tying oneself to Russia, which was believed not to be able to escape its Soviet heritage. Yet many people, especially in the Eastern and central provinces of Ukraine, widely assumed that the two countries would step into this brave new world of post-socialism while, not as one, yet together, and in the same direction. This was very different to the Baltic states who made it clear that they considered their independence a necessary pre-condition to rejoin Western Europe. And this was very different to the Central Asian states which were considered economic basket cases. Or the Transcaucasian states, even though some of these

assumptions also applied to Georgia and Armenia as part of the Orthodox axis.

The early 1990s consensus on national self-determination of the Soviet republics rested hence on a number of assumptions, misperceptions and emotional factors, which did not stand up well to the times that followed. Putin in his historical deliberations writes himself out of the Perestroika period, but he was the closest aid to one of its main proponents, St. Petersburg mayor Anatolii Sobchak. At least politically, if not personally, he supported the policies of the time, which had devolution written large on their banner. Yet he frequently professes his personal as well as collective pain over the ›break-up of the Russian world‹, of which he considers Ukraine an unquestionable part. This contradiction is the result of a wide-spread myopia in the 1990s of what separate statehoods of the republics would really entail. Rationally it was thought through – scholars like Stephen Kotkin have remarked on the remarkably unviolent break-up of the Soviet Union – but emotionally it was a half-baked thing. De facto many Russians were not ready to let go of what they considered part of their identity. And for no other place was this truer than for the Crimea, where they had collected their happy summer memories, and for Kyiv, which they considered a pillar of their statehood and spirituality. This unity of the Russian and Ukrainian people is so self-understood by Putin that he invokes again and again his conviction that deep down ›the West‹ also knows that Russia could never let go of Kyiv/Ukraine and that he is bringing back together what belongs together, akin to what Germany did in 1990. He clearly believes that this is how the majority of his compatriots think – including the Russian speakers in Ukraine.

Yet this is where Putin, despite (or precisely because of) sitting at the centre of power for so long, betrays himself as dangerously and astonishingly out of touch. In a latest, very revealing pronouncement by RIA on the war (which was swiftly removed again, because it prematurely declared victory) the fear that any delay to action would irreparably cement the division of the Russian people is repeated several times. If we do not act now, the separation of

the Russian people will be permanent, it reads. But the process of irreversibility has long begun, even if one accepts the questionable premise that Ukrainians are a minor branch of Russianness. Putin has not been to Russia's Western neighbour since 2013. Even before he would have come with his presidential entourage and could hardly have gotten a sense how the country found its identity, especially among the young generation. He has no idea how anybody younger than forty has been socialized in an independent Ukraine. Since he is convinced that the Orange Revolution and Maidan were CIA creations, he cannot understand the authenticity of their unifying force. He does not want to see that his very own politics, both internally and externally, alienated Ukrainians of all ages. And he is not completely alone in his assessment. Many Russians have missed the real significance of what has taken place in Ukraine in the last thirty years: the creation of a civic state commanding fierce loyalty from its inhabitants across the linguistic divide, which never really was a divide since so many Ukrainians are fully bilingual.

Since 2014 Russian propaganda has managed to instill a true fear of Ukraine and Ukrainians among many Russians. While in Soviet times mobility across the republics was high and encounters between Ukrainians and Russians frequent (not least during summer holidays in the Crimea), in the post-Soviet world, open now to Russians and Ukrainians, they somehow see less of each other. When a few of my Muscovite friends had to travel to Kiev in 2018 for an American visa application, they were genuinely scared. And then pleasantly surprised when their trip was nice and pleasant and not at all marred by hostility towards Russian speakers. Yet one should not underestimate how many Russians, like Putin, have not been to Ukraine for a long time and how fertile the ground on which horror stories of repression – and lately genocide – in the Donbas is. The sense of being persecuted and under threat sits easily with notions of greatness and superiority (and nowhere is this better played out than in the Russian indignation about doping charges in the Olympic arena). The imperial imagination of brotherhood has turned into the imperial imagination

of fratricide, even among people who are educated and who go to Cyprus for their summer holidays. They might not endorse war just as they would not endorse imperialism, but they also do not think that Ukrainians should behave as they please. The emotional process of divesting empire is still fully ongoing. Russia will struggle with this war mentally and emotionally for a long time no matter if Putin reaches his goal of ›unifying the Russian and Ukrainian people‹ or not. But maybe it will also be the event that ushers in the end of the post-imperial trauma.

Florian Peters

Russlands Überfall auf die Ukraine – Eine Zeitenwende?

2. März 2022

»Zeitenwende«: Gleich mehrfach gebrauchte Bundeskanzler Olaf Scholz in seiner Regierungserklärung zum Krieg in der Ukraine am 27. Februar im Deutschen Bundestag dieses Wort, um zu beschwören, dass seit dem russischen Überfall auf die Ukraine plötzlich alles ganz anders sei. Außenministerin Annalena Baerbock hatte schon am Morgen des russischen Überfalls bekundet: »Wir sind heute in einer anderen Welt aufgewacht.« Und der ukrainische Verteidigungsminister Oleksii Resnikow sprach seinen Soldaten und allen Ukrainerinnen und Ukrainern am Morgen des dritten Kriegstags via Twitter Mut zu mit den Worten: »Diese drei Tage haben die Ukraine und die Welt für immer verändert«.

Doch provozieren die großen Worte von der Zeitenwende die Skepsis des Zeithistorikers. Mit einigem zeitlichen Abstand hat sich schon manche eilig ausgerufene historische Zäsur als weniger einschneidend erwiesen, als sie im Eifer des Moments noch scheinen mochte.¹

Im Falle der deutschen Bundesregierung stößt die eminent politische Absicht, mit der der russische Angriffskrieg zum unvorhersehbaren

1 Zur immanenten Subjektivität und Perspektivgebundenheit historischer Zäsuren vgl. Martin Sabrow: Zäsuren in der Zeitgeschichte, Version 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 03.06.2013, <https://docupedia.de/zg/Zaesuren> [05.09.2023].

historischen Wendepunkt erklärt wird, übel auf. Bundeskanzler Scholz, der vor wenigen Tagen noch Waffenlieferungen an die Ukraine ausschloss und sich aus Rücksichtnahme auf Putin sogar zierte, die Wörter »Sanktionen« und »Nord Stream 2« zusammen in den Mund zu nehmen, ist offenkundig daran gelegen, den historischen Einschnitt maximal zu dramatisieren, der zwischen diesen überholten Positionen und seiner jetzigen Politik liegt. Nicht anders verhält es sich mit seiner Außenministerin, die vorher offenbar lange geschlafen hat, wenn sie erst jetzt den Ernst der Lage erkennt. Beiden geht es mit ihrer Zäsur-Rhetorik darum, ihre politische 180-Grad-Wende plausibel erscheinen zu lassen und kritischen Nachfragen nach eigenen Versäumnissen auszuweichen.

Trotz dieses späten Erwachens in Berlin und andernorts sieht sich die Ukraine nun gezwungen, ihre Unabhängigkeit und Freiheit gegen einen militärisch übermächtigen Aggressor zu verteidigen – und zwar allein. Dass die ersten Vorstöße der russischen Truppen auf Kiew und Charkiw offenbar weniger erfolgreich waren als befürchtet, wird von den Ukrainern verständlicherweise als Scheitern einer unterstellten Blitzkrieg-Strategie gedeutet. Ist das schon eine historische Zäsur? Fest steht bisher nur eines: Wenn es in diesem Krieg nicht um militärische Stärke ginge, sondern um kommunikatives Geschick in den »sozialen Netzwerken« des heimischen und globalen virtuellen Raumes, dann hätte die Ukraine ihn schon jetzt haushoch gewonnen.

Krieg in Europa

Die in der deutschen Öffentlichkeit allgegenwärtige Formel, »der Krieg« sei plötzlich »nach Europa zurückgekehrt«,² ist Ausdruck eines verständlichen Schocks, doch sie hat einen schalen Beigeschmack. Besonders problematisch wird es, wenn gleich vom

2 So paradigmatisch bei Jörg Baberowski: Ein Krieg, erfüllt vom Geist der Rache, in: FAZ, 01.03.2022, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/russland-was-auf-frieden-in-der-ehemaligen-sowjetunion-hoffen-laesst-17841055.html> [05.09.2023].

»ersten Angriffskrieg in Europa seit 1945« die Rede ist. Das Raunen der Boulevardpresse von einer »Schlacht um Kiew« mag aus guten Gründen Assoziationen an die dunkelsten Jahre der deutschen Geschichte wecken. Gerade heute, da uns die historische Verantwortung Deutschlands so deutlich in Erinnerung gerufen wird, wäre es ein Ausweis fataler Geschichtsblindheit, zu übersehen, dass auch die Bundeswehr bereits an einem Angriffskrieg in Europa beteiligt war – dem Bombardement Serbiens 1999 als Teil der jugoslawischen Nachfolgekriege der 1990er Jahre. Glücklicherweise haben die deutschen Medien hier rasch dazugelernt; manche veröffentlichen sogar Auflistungen von Kriegen und bewaffneten Konflikten in Europa, um verfehlte historische Superlative zu widerlegen.³

Wir sollten auch nicht aus dem Sinn verlieren, dass die Rede von der »Rückkehr des Krieges nach Europa« einer engstirnigen eurozentrischen Sichtweise entspringt, die vor Kriegen und Konflikten jenseits der Grenzen unseres Kontinents die Augen verschließt und sich die aus diesen Gebieten fliehenden Menschen am liebsten vom Leibe halten will. Vor allem aber sieht diese Wahrnehmung geflissentlich darüber hinweg, dass »der Krieg« auch in Europa längst schon da war. Putins offen völkerrechtswidrige Annexion der Krim im Jahr 2014 und der mehr schlecht als recht als innerukrainischer Konflikt getarnte, von Russland angezettelte und finanzierte Krieg im Donbass waren der Auftakt für das, was wir heute erleben. Von der Vielzahl der bestenfalls eingefrorenen militärischen Konflikte im postsowjetischen Raum, von Transnistrien über Tschetschenien bis Bergkarabach, ganz zu schweigen.

Qualifizierende Anmerkungen wie diese mögen kleinlich wirken, und sie dürfen auf keinen Fall als Relativierung des Krieges verstanden werden, den die Ukraine in diesen Tagen erlebt. Die Dimension, die der russische Überfall bereits heute angenommen hat, und die Opfer, die den Menschen in den Millionenstädten

3 Siehe etwa die ZDF-heute Sendung vom 25.02.2022, <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/krieg-konflikt-europa-1945-sowjetrepublik-100.html> [02.03.2022].

Kiew und Charkiw, in Tschernihiw, Mykolajiw und Mariupol aller Wahrscheinlichkeit nach noch bevorstehen, machen diesen Krieg tatsächlich zum größten militärischen Konflikt, den Europa seit 1945 gesehen hat. In seiner Dimension unterscheidet sich das, was die Ukrainerinnen und Ukrainer heute erleben müssen, auch grundsätzlich von den Kämpfen um die Krim und den Donbass seit 2014.

Trotzdem ist Kontextualisierung nicht gleichbedeutend mit Relativierung. Vielmehr hilft sie, den Blick zu schärfen und sich nicht zuletzt die eigenen blinden Flecken ins Bewusstsein zu rufen. Für alle, die nicht wie wir aus sicherer Entfernung zuschauen, ist »der Krieg« weder ehrfurchtgebietender Vater aller Dinge noch abstrakte Analysekategorie, sondern tödliche Realität.

»Geschichtsvorlesungen mit beigefügter Kriegserklärung«

Die Wahrheit stirbt im Krieg bekanntlich immer zuerst. In welcher Weise sind Historiker:innen in dieser Situation gefragt? Was können sie zur Analyse und Einordnung dieses Krieges beitragen, solange völlig unklar ist, welchen Informationen zu trauen ist? Martina Winkler hat auf [zeitgeschichte | online](#) davor gewarnt, sich auf bloße Faktenchecks einzulassen, die Putins verquaste historische Monologe widerlegen und sich damit doch nur auf die schiefe Ebene seiner revisionistischen Agenda begeben würden. Offen gelassen hat sie allerdings, welche Verantwortung Historiker:innen, insbesondere denjenigen, die sich mit der Zeitgeschichte des östlichen Europas befassen, angesichts eines solchen Krieges sonst zukommen könnte.

Corinna Kuhr-Korolev und Martin Schulze Wessel wiederum haben Putins »Geschichtsvorlesung mit beigefügter Kriegserklärung« (Schulze Wessel) kundig in den Kontext der seit Jahren forcierten repressiven Geschichtspolitik des Kreml eingeordnet. Diese Dekonstruktion ist von elementarer Bedeutung, belegt sie doch die Haltlosigkeit der geopolitischen Ansprüche des Möchtegern-Historikers Wladimir P., die mit legitimen russischen Sicherheitsinteressen weniger zu tun haben als mit der voranschreitenden Selbstviktimisierung

eines alternden Potentaten. Angesichts der immer noch vorhandenen Bereitschaft in Teilen der deutschen Bevölkerung, die böswilligen geschichtspolitischen Märchen des Kreml für glaubhaft zu halten, stehen einschlägig ausgewiesene Historiker:innen in der Pflicht, diesen öffentlich entgegenzutreten, und viele Kolleg:innen tun das auch bereits.

Ich denke, die Verantwortung speziell von Zeithistoriker:innen reicht jedoch noch weiter. Wenn unsere spezifische Kompetenz darin besteht, eine disparate Vielzahl von Quellen kritisch zu bewerten, die dahinterstehenden Sinnwelten und Interessen zu dekonstruieren und Einzelereignisse in zeitlich übergreifende Kontexte und Entwicklungslinien einzuordnen, dann sind wir gerade in diesen Tagen gefragt, zumindest vorläufige, skizzenhafte historische Einordnungen des gegenwärtigen Geschehens zu liefern.

Dazu gehört auch, klar zu benennen, dass der Westen seinen Teil der Verantwortung dafür trägt, dass die Ukraine der russischen Militärmaschinerie heute alleine die Stirn bieten muss. Denn nach allem, was wir wissen, ist Putins Beharren auf den mündlichen Versprechungen der USA von 1990, die NATO nicht über das Gebiet der ehemaligen DDR hinaus nach Osten zu erweitern, nicht völlig aus der Luft gegriffen. Die im National Security Archive online zugänglichen Original-Dokumente⁴ und die empirisch gesättigten diplomatiegeschichtlichen Studien von Mary Elise Sarotte⁵ lassen in der Tat kaum einen anderen Schluss zu, als dass der Westen die Schwäche der Sowjetunion in der Umbruchsituation von 1989–1991 ausgenutzt hat, anstatt die Chance für den Aufbau einer kollektiven Sicherheitsarchitektur in Europa zu nutzen.

Diese verpasste Chance zur Kenntnis zu nehmen, heißt noch lange nicht, die grotesken Schlussfolgerungen zu akzeptieren, die

4 Siehe <https://nsarchive.gwu.edu/briefing-book/russia-programs/2017-12-12/nato-expansion-what-gorbachev-heard-western-leaders-early> [05.09.2023].

5 Mary Elise Sarotte: 1989. *The Struggle to Create Post-Cold War Europe*, Princeton 2009; sowie jüngst dies.: *Not One Inch. America, Russia, and the Making of Post-Cold War Stalemate*, New Haven 2021.

Putin daraus zieht. Wir müssen heute allerdings erleben, dass es womöglich weitsichtiger gewesen wäre, in den 1990er Jahren ernsthaft auf eine gemeinsame europäische Sicherheitsarchitektur hinzuarbeiten. Erst dieses Versäumnis ließ die NATO so alternativlos erscheinen, dass die Ostmitteleuropäer:innen bald auf einen zügigen Beitritt drängten. So gesehen ist die Ukraine, nicht Russland, die Hauptleidtragende der NATO-Osterweiterung – ein geopolitisches Grenzland (*nomen est omen*), für das sich niemand verantwortlich fühlte und das als solches der imperialistischen Expansion Moskaus schutzlos ausgeliefert ist. Während Putin mit dem wiederholten Hinweis auf russische Sicherheitsinteressen zumindest auf Aufmerksamkeit zählen konnte, hat sich für die legitimen Sicherheitsinteressen der Ukraine lange kaum jemand interessiert.

Ein großer Teil der Betroffenheit und auch der schnellen und harten Sanktionen gegen den Aggressor Russland verdanken sich dem zumindest unterbewussten schlechten Gewissen des Westens gegenüber der Ukraine. Dass nun sogar deren eventuelle Aufnahme in die Europäische Union ernsthaft erwogen wird, hat zunächst symbolische Bedeutung. Es macht aber Hoffnung, dass die Ignoranz der Vergangenheit nicht so schnell wiederkehrt.

Der Krieg der Videoclips

Tragfähige historische Urteile zu formulieren, solange die Ereignisse noch in vollem Gange sind, ist schwierig und riskant. Gegenwartsnahe Zeitgeschichtsschreibung ist freilich allzu oft dazu verdammt, auf den komfortablen zeitlichen Abstand der Archivsperrfristen zu verzichten. Malte Thießen hat mit seiner »Gesellschaftsgeschichte der Corona-Pandemie« jüngst gezeigt, dass dies kein unmögliches Unterfangen ist.⁶ Es versteht sich von selbst, dass es für eine historische Bestandsaufnahme dieses Krieges noch zu früh ist. Historiker:innen sollten jedoch schon jetzt darüber

6 Vgl. Reinhold Kreis: Rezension zu Malte Thießen: Auf Abstand. Eine Gesellschaftsgeschichte der Corona-Pandemie, in: H-Soz-Kult, 11.02.2022, <https://www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-97536> [05.09.2023].

nachdenken, auf welcher Quellengrundlage sie dessen Geschichte dereinst werden schreiben können.

Denn eine wichtige Einsicht der letzten Tage ist: Zu den Waffen dieses Krieges gehören nicht nur Panzer, Raketen und Fregatten, sondern auch die Videoclips, Selfies und unzähligen Botschaften in den »sozialen Netzwerken«, mit denen die ukrainische Regierung und die Zivilgesellschaft in den ersten Kriegstagen die Deutungshoheit über den Konflikt errungen haben – zumindest überall dort, wo der Zugang zu diesen Internet-Medien einigermaßen unbeschränkt möglich ist. Angesichts dessen stehen wir in nochmals verschärftem Maße vor dem Problem, solche audiovisuellen Diskurse zu archivieren und für künftige Untersuchungen zugänglich zu machen, aber auch ihre reale Reichweite valide zu beurteilen.

Jüngste Stellungnahmen offizieller russischer Stellen (etwa zu vermeintlicher »Folter« russischer Gefangener durch ukrainische »Nationalisten« oder zu ukrainischen Zivilisten, die »in Kellern« ausharren und dort vermeintlichen Falschinformationen aufsitzen) deuten darauf hin, dass auch in Russland massenhaft Informationen über unkontrollierte Online-Kanäle verfügbar sind. Laut einer TASS-Mitteilung gestand der Vorsitzende des Sicherheitsausschusses des Staatsduma Wassili Piskarew am 28. Februar offen ein: »Wir registrieren eine riesige Menge, eine echte Welle von Fake-News über den Fortschritt der speziellen Militäroperation, über die Zahl der Opfer usw. Es liegt auf der Hand, dass die meisten davon in der Ukraine erzeugt werden. Dennoch werden sie von einer Reihe russischer Medien sowie von Nutzern sozialer Netzwerke bereitwillig weiterverbreitet.«⁷ Damit dürfte die plumpe Leugnung des

7 Siehe das bemerkenswerte Eingeständnis im Zusammenhang mit einem geplanten Gesetz der Staatsduma gegen Fake-News über die russischen Streitkräfte: »Мы фиксируем огромное количество, просто вал фейковых новостей о ходе специальной военной операции, о количестве потерь и так далее. Понятно, что большинство из них генерируется на Украине. Тем не менее они охотно распространяются рядом российских СМИ, а также пользователями в соцсетях.« (28.2.2022), <https://tass.ru/politika/13900641> [05.09.2023]; vgl. ausführlicher auch hier: <https://oko.press/goworit-moskwa-5-propaganda-zostaje-w-tyle> [05.09.2023].

Angriffskriegs durch die Kreml-Propaganda zusehends in sich zusammenfallen, zumindest was die jüngere, internetaffine Generation der Russinnen und Russen betrifft.

Putin mag seinen (möglicherweise von langer Hand geplanten) Krieg des 20. Jahrhunderts gewinnen, doch scheint er drauf und dran, den Krieg des 21. Jahrhunderts zu verlieren. Was für eine Schmach für eine selbsternannte Weltmacht: Während der Kreml-Autokrat mit einer bizarren Corona-Phobie auf sich aufmerksam macht und ansonsten nur öde Inszenierungen wie die angeblich ergebnisoffene Beratung mit seinen Paladinen über die Anerkennungsgesuche der vermeintlichen »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk zu bieten hat, die die Surrealität der spätsowjetischen 1980er Jahre atmen, führt ausgerechnet der belächelte kleine Bruder in Kiew vor, wie effektive Kriegspropaganda im Zeitalter des Internets aussieht. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj, als Politiker bis Kriegsausbruch eher mäßig erfolgreich, als einstiger Fernseh-Comedian aber bestens mit den Codes zeitgemäßer medialer Kommunikation vertraut, lässt seinen Widerpart im Kreml im wahrsten Sinne des Wortes alt aussehen.⁸

»Meinst Du, die Russen wollen Krieg?«

Wer die Handyvideos von unbewaffneten ukrainischen Zivilisten⁹ gesehen hat, die russischen Panzern die Durchfahrt durch ihr Dorf verwehren, bekommt eine Ahnung davon, dass es beim Krieg um Selfies und Videoclips nicht um Haltungsnoten geht, sondern um reale Macht über die Köpfe und Herzen der Menschen. Der bisherige Kriegsverlauf deutet darauf hin, dass die ukrainische Armee angesichts der russischen Luftüberlegenheit auf eine eher defensive Partisanentaktik setzt und dabei in allen (auch den russischsprachigen) Landesteilen auf den ungebrochenen Widerstandsgeist

8 https://twitter.com/nexta_tv/status/1497257833095733252 [05.09.2023].

9 https://www.youtube.com/watch?app=desktop&v=PwbGAuS_KwM [05.09.2023].

der Zivilbevölkerung bauen kann.¹⁰ Anders als noch 2014 sind die Ukrainer:innen nicht mehr auf Freiwilligenbataillone teils zweifelhafter ideologischer Provenienz angewiesen, sondern organisieren sich in den von der regulären Armee dirigierte Territorialverteidigungskräften. Russlands militärtechnische Überlegenheit scheint erdrückend, aber die unübersehbaren logistischen Probleme seiner Truppen zeigen aufs Neue, dass flexibles »just in time«-Denken mit blindem Gehorsam schwer vereinbar ist.

Leider macht all dies einen langen und blutigen Krieg wahrscheinlicher. Dass sichtbare Erfolge der russischen Offensive ausbleiben und der Druck auf Putins Generäle stündlich wächst, macht sich schon jetzt in der zunehmenden Brutalität und Rücksichtslosigkeit der russischen Bombardements auf Wohngebiete in Kiew und Charkiw bemerkbar. Sollte sich diese Konstellation verfestigen, gibt es für beide Seiten nichts zu gewinnen, aber sehr viel zu verlieren.

Alles spricht dafür, dass dieser Krieg, wie auch immer er militärisch ausgehen wird, den seit Jahren voranschreitenden Prozess der nationalen Konsolidierung in der Ukraine vollenden dürfte. Selbst wenn es Putin gelingen sollte, in Kiew oder Charkiw einen moskautreuen Marionettenstaat zu installieren, werden die russischen Sicherheitsorgane mit dieser ukrainischen Gesellschaft auf Jahre hinaus wenig Freude haben.

Verworrener erscheinen die Perspektiven für Russland. Die bohrende, 1961 von Jewgeni Jewtuschenko nur rhetorisch aufgeworfene Frage »Meinst Du, die Russen wollen Krieg?«, ist momentan schwer zu beantworten. Die Zahl mutiger Demonstrantinnen und Demonstranten, die ihrem Protest gegen Putins Krieg täglich auf den Straßen und Plätzen unzähliger russischer Städte Ausdruck verleihen, ist zweifellos beeindruckend, ebenso wie der Widerspruch, der sich im russischsprachigen Internet kundtut. Die westlichen Wirtschaftssanktionen werden auch an der russischen Mehrheits-

10 Siehe z.B. die täglich publizierten militärischen Lageberichte des polnischen *Ośrodek Studiów Wschodnich*, mit leichtem zeitlichem Verzug auch auf Englisch verfügbar: <https://www.osw.waw.pl/en> [05.09.2023].

gesellschaft nicht spurlos vorbeigehen. Kurzfristig scheint dennoch nur eine Palastrevolution imstande, das System Putin zu Fall zu bringen. Aus der Geschichte der Sowjetunion und des Ostblocks wissen wir freilich, dass ein Regime, das auf Lügen aufgebaut ist und seinen Bürgerinnen und Bürgern wirtschaftliche Prosperität und Wohlstand vorenthält, langfristig schlechte Überlebenschancen hat.

Nicht die ersten drei Tage dieses Krieges haben die Ukraine so verändert, dass dieses vernachlässigte Grenzland am Rande Europas der Herausforderung gewachsen scheint, sich glaubhaft zur Verteidigerin universaler demokratischer Werte aufzuschwingen. Der schwierige und immer wieder von Hindernissen und Widersprüchen begleitete Weg der ukrainischen Gesellschaft in eine leidlich stabile demokratische Ordnung hat schon viel früher begonnen, spätestens mit der Maidan-Revolution von 2013/14. Russlands unablässige Versuche, diesen Weg mit Gewalt zu versperren, haben die Ukraine nicht aufhalten können. Dass der Westen und auch Deutschland all dies erst jetzt mitzubekommen scheinen, kann man nur ignorant und bedauerlich finden. Hunderte, wohl Tausende Ukrainerinnen und Ukrainer bezahlen für diese Ignoranz jetzt mit ihrem Leben. Vielleicht sorgt das grelle Licht der Weltöffentlichkeit, das nun auf Kiew und die Ukraine gerichtet ist, dafür, dass wir zumindest in dieser Hinsicht eine Zeitenwende erleben?

Robert Kindler

Russlands Wissenschaftler:innen protestieren

Offene Briefe gegen den Krieg

3. März 2022

Die Bevölkerung Russlands steht nicht geschlossen hinter dem Krieg gegen die Ukraine. Trotz aller Bemühungen der staatlichen Propaganda, den Krieg in der russischen Öffentlichkeit als »Spezialoperation« zu inszenieren, regt sich vielerorts Widerstand. Die Proteste begannen unmittelbar nach dem russischen Angriff. Nicht nur in den Hauptstädten Moskau und St. Petersburg, sondern in vielen Städten gingen tausende Menschen auf die Straßen und Plätze, um gegen den Krieg zu demonstrieren. Eine vom Bürgerrechtler Lev Ponomarev am 24. Februar initiierte Petition auf der Plattform change.org haben bis zum 2. März mehr als 1,1 Millionen Menschen unterschrieben.¹ In sozialen Medien wird der Hashtag #НетВойне (dt. Nein zum Krieg) millionenfach genutzt, geteilt und gelikt – auch von prominenten Künstler:innen und Intellektuellen.

Jede einzelne Unmutsäußerung erfordert großen persönlichen Mut und Zivilcourage im Angesicht des staatlichen Repressionsapparats. Innerhalb einer Woche sind mehrere tausend Menschen (kurzzeitig) inhaftiert worden, die sich an Protestaktionen beteiligt hatten. Es kann als sicher gelten, dass es in naher Zukunft zu zahlreichen Verfahren mit vermutlich drakonischen Haft- und Lagerstrafen

1 Siehe www.change.org/NetVoyne [05.09.2023].

kommen wird. Noch viel mehr Menschen werden ihre Arbeitsstellen verlieren und Karrierechancen einbüßen.

Und dennoch äußern sich viele russische Wissenschaftler:innen, Journalist:innen, Künstler:innen und Journalist:innen deutlich gegen den Krieg. Gegenwärtig kursieren mehrere »Offene Briefe«, die binnen kürzester Zeit von hunderten oder gar tausenden Personen unterzeichnet wurden. Sie alle eint das Entsetzen über den Krieg, den Russland entfesselt hat. Dass ihre Stimmen in Deutschland gehört werden, ist wichtig in einer Situation, in der deutsche und europäische Wissenschaftsinstitutionen ihre teils seit Jahrzehnten bestehenden Kooperationen mit russischen Universitäten und Forschungseinrichtungen auf unbestimmte Zeit unterbrochen oder gänzlich beendet haben.

Deshalb werden hier drei dieser Dokumente in Auszügen übersetzt und so für ein deutschsprachiges Publikum dokumentiert.

Am 24. Februar wurde ein »Offener Brief russischer Wissenschaftler und Wissenschaftsjournalisten gegen den Krieg mit der Ukraine« veröffentlicht. Diesem Aufruf haben sich bis zum 2. März 2022 mehr als 6100 Unterzeichner:innen angeschlossen.² In dem Text heißt es:

»Wir, russische Wissenschaftler und Wissenschaftsjournalisten, erklären unseren entschiedenen Protest gegen die kriegserischen Handlungen, die von den Streitkräften unseres Landes auf dem Territorium der Ukraine begonnen wurden. Dieser fatale Schritt führt zu großen menschlichen Opfern und erschüttert die Grundlagen, die dem System der internationalen Sicherheit zugrunde liegen. Die Verantwortung für die Entfesselung eines neuen Krieges in Europa liegt vollständig bei Russland.

Für diesen Krieg gibt es keine vernünftigen Begründungen. [...] Es ist vollkommen klar, dass die Ukraine keine Bedrohung für die Sicherheit unseres Landes darstellt. Der Krieg gegen sie ist ungerechtfertigt und offensichtlich sinnlos.

2 Das russische Original des Textes inklusive aller Unterschriften ist hier zu finden: <https://www.t-invariant.org/2022/02/we-are-against-war/> [05.09.2023].

Die Ukraine war und ist ein Land, das uns sehr nahe ist. Viele von uns haben in der Ukraine Verwandte, Freunde und Kollegen. Unsere Väter, Großväter und Urgroßväter haben gemeinsam gegen den Nationalsozialismus gekämpft. Die Entfesselung eines Krieges aufgrund der geopolitischen Ambitionen der Führung der RF [Russischen Föderation RK], die von fragwürdigen historischen Phantasien geleitet wird, ist ein zynischer Verrat an ihrem Andenken.

Wir respektieren die ukrainische Staatlichkeit, die sich auf funktionierende demokratische Institutionen stützt. Wir haben Verständnis für die Entscheidung unserer Nachbarn für Europa. Wir sind davon überzeugt, dass alle Probleme in den Beziehungen unserer Staaten friedlich gelöst werden können. [...]

Indem Russland den Krieg entfesselt hat, hat es sich selbst zur internationalen Isolation verurteilt und sich in die Position eines Paria-Landes begeben. Für uns Wissenschaftler bedeutet das, dass wir unsere Arbeit nicht mehr in der gewohnten Weise fortsetzen können, denn wissenschaftliche Forschung ist ohne die umfassende Kooperation mit Kollegen aus anderen Ländern nicht denkbar. Die Isolierung Russlands bedeutet die weitere kulturelle und technologische Degradierung unseres Landes ohne jede positive Perspektive. Der Krieg mit der Ukraine ist ein Schritt ins Nichts.

[...] Wir fordern, dass die Souveränität und die territoriale Integrität des ukrainischen Staates respektiert werden. Wir fordern Frieden für unsere Länder.«

Einen »Offenen Brief russischer Historiker gegen den Krieg mit der Ukraine«³ haben bis zum 2. März 2022 mehr als 550 Personen unterschrieben; jeweils auch mit ihrer institutionellen Affiliation. In dem Schreiben heißt es:

3 Die hier zitierte Übersetzung: <https://docs.google.com/forms/d/e/1FAIpQLSfGnGJbaEzHgcovcOZ-AvwXcXESefK49X9GH1EyNyLg02y7Hg/viewform> [03.03.2022]; weiterhin abrufbar hier: <https://www.stiftung-evz.de/wer-wir-sind/neuigkeiten-aus-der-stiftung/neuigkeit/offener-brief-von-historikerinnen-gegen-den-krieg-mit-der-ukraine/> [05.09.2023].

»Wir, russische Historiker – Wissenschaftler, Dozenten, Studenten, Doktoranden und Absolventen historischer Fakultäten – erklären unseren entschiedenen Protest gegen die kriegerischen Aktivitäten der russischen Streitkräfte auf dem Gebiet des souveränen Staates Ukraine.

In der Vergangenheit sind viele vernichtende Kriege und aggressive Handlungen mit dem Hinweis auf die historische Unzulänglichkeit anderer Staaten und Völker begründet worden. Im 21. Jahrhundert ist eine solche Manipulation der Geschichte unannehmbar. Streitfragen müssen in Diskussionen, bei diplomatischen Verhandlungen und wissenschaftlichen Konferenzen gelöst werden, aber nicht auf dem Schlachtfeld.

Alle Erfahrungen des 20. Jahrhunderts zeigen, dass Kriege mit Katastrophen für alle Beteiligten enden. Der Einsatz von Waffen führt zu Opfern in der Zivilbevölkerung, zur Zerstörung von Gebäuden und Kommunikationseinrichtungen und am Ende zu einer humanitären Katastrophe. [...]

Die Ukraine war und ist für Russland ein wirkliches Bruderland, mit dem uns verwandtschaftliche, freundschaftliche und berufliche Beziehungen verbinden, unsere gemeinsame historische Erfahrung. Wir sprechen über das Heldentum unserer Völker während des Großen Vaterländischen Krieges. [...]

In der Zukunft werden wir auf die Fragen unserer Kinder und Enkel nach den Gründen der Katastrophe antworten müssen, die sich vor unseren Augen abspielt. Uns allen, der russischen Gesellschaft, steht die große Aufgabe bevor, unserer Verantwortung für diese Ereignisse gerecht zu werden.

Wir fordern die sofortige Beendigung des Krieges.«

Direkt an Vladimir Putin wenden sich die »Absolventen, Studenten, Doktoranden und Mitarbeiter des MGIMO«.

Beim MGIMO handelt es sich um die Kaderschmiede des russischen Außenministeriums; praktisch alle russischen Diplomaten werden dort ausgebildet. Auch ihrem Selbstverständnis nach gehören Absolventen des MGIMO zur Elite des russischen Staatsapparates.

Dies macht diesen Text so bemerkenswert. Am 2. März haben bereits mehr als 1200 Personen unterschrieben.

»Wir, Absolventen, Studenten, Doktoranden und Mitarbeiter des Moskauer Staatlichen Instituts für Internationale Beziehungen MGIMO des Außenministeriums der Russischen Föderation, die diesen Aufruf unterzeichnet haben, lehnen die Militäraktionen der Russischen Föderation auf dem Territorium der Ukraine kategorisch ab.

Wir halten es für moralisch inakzeptabel, zur Seite zu treten und zu schweigen, während Menschen in einem Nachbarstaat sterben. Sie sterben durch die Schuld derer, die Waffen der friedlichen Diplomatie vorgezogen haben.

In seiner Geschichte hat Russland sich immer wieder für die Verteidigung der Schwachen eingesetzt und sie unterstützt, auch wenn dies einen hohen Preis erforderte. Die Führer unseres Staates haben trotz aller ideologischen Differenzen selbst die schwierigsten Krisensituationen friedlich gelöst. Wir fordern, dass diese außenpolitische Tradition auch heute fortgeführt wird: Truppen vom Territorium der Ukraine müssen abziehen, die Bombardierung ukrainischer Städte muss enden und ein ehrlicher Verhandlungsprozess muss beginnen – ohne Ultimaten und Kapitulationsforderungen an die andere Seite. [...]

Wir sind für das Leben und Arbeiten in einer offenen Welt ausgebildet. Wir bereiten uns darauf vor, Repräsentanten eines Landes zu sein, für das die ganze Welt offen steht – und Russland ist offen für die ganze Welt. Uns wurden Diplomatie, internationales Recht, journalistische Standards beigebracht, uns wurde der Wert internationaler Zusammenarbeit erklärt, von Kooperationen, kulturellem Austausch. Besonderer Wert wurde immer auf die Bedeutung internationaler Anstrengungen zur Schaffung einer internationalen Übereinkunft zur Reduzierung von Atomwaffen gelegt.

Die Handlungen der russischen Streitkräfte auf dem Territorium der Ukraine haben Bedingungen geschaffen, angesichts derer die Umsetzung der Werte, die uns im Laufe unseres Studiums beigebracht wurden, unmöglich erscheint.

Wir, die Absolventen, Studenten, Doktoranden und Mitarbeiter des MGIMO, streben danach, die traditionellen außenpolitischen Werte Russlands zu bewahren: Sicherheit, friedliche Zusammenarbeit und Dialog. Aber wenn diese Werte in der gegenwärtigen Situation von der offiziellen Position des Außenministeriums und des Staates insgesamt abweichen, haben wir keine Scheu, uns offen zu ihnen zu bekennen.«

Susanne Schattenberg

Wiederauferstehung oder erneuter Untergang der UdSSR?

Die Putin-Doktrin

7. März 2022

Die Welt befindet sich noch immer im Schock, weil niemand glaubte, Putin würde tatsächlich die Ukraine überfallen. Von den drei Szenarien angesichts des seit Herbst letzten Jahres nicht abbreißenden russischen Truppenaufmarschs an der ukrainischen Grenze war dieses das unwahrscheinlichste: Am ehesten traute man Putin zu, die sogenannten Volksrepubliken Luhansk und Donezk offiziell zu besetzen. Auch noch möglich, aber schon abenteuerlich erschien die Vorstellung, er werde den Küstenstreifen am Asowschen Meer als Versorgungskorridor zur Krim annektieren. Absurd schien das Super-GAU-Szenario einer kompletten Invasion. Viel zu hoch erschien das Risiko: Wie würde Putin seiner Bevölkerung einen Krieg gegen das »Brudervolk« verkaufen, wie seine kriegsabgeneigte Bevölkerung auf unzählige Tote vorbereiten?

Der Fehler lag darin, nicht in Putins Propaganda-Kategorien zu denken, mit denen der Krieg zur »Spezialoperation« und der Angriff zur »Befreiung« wurden. Das noch größere Versäumnis lag darin, dass wir Russlandkenner:innen nicht mit Militärstrateg:innen sprachen, die hätten erläutern können, dass Putin nach dem Lehrbuch des Krieges im 21. Jahrhundert vorgehen würde: erst mit Raketen und schwerer Artillerie alles ausschalten, was die dann nachrückenden Soldaten gefährden könnte. In einem solchen chirurgischen Eingriff – den Feind wehrlos bomben, reingehen,

die Regierung austauschen und wieder rausgehen – sah Putin offenbar eine reelle, wenn auch riskante, inzwischen vielleicht gescheiterte Chance, das wahrzumachen, was er bereits im Juli 2021 in einem historischen Essay zu Papier gebracht hatte: die Ukraine Russland wieder einzuverleiben.

Geschichtsrevision per Krieg

Es hat sich nun gerächt, dass damals niemand glaubte, Putin könnte seinen Worten von dem »sowjetischen Kunstprodukt« der Ukraine Taten folgen lassen und diese tatsächlich zerschlagen. Aber in der Rede zur Anerkennung der beiden »Volksrepubliken« in der Ostukraine wiederholte er genau das. Seit seinem 13-seitigen Geschichtsaufsatz hätte also klar sein müssen, dass die »Sicherheitsinteressen« Russlands nur vorgeschoben waren, als Putin verlangte, die Ukraine dürfe niemals NATO-Mitglied werden.

Es war ein Kategorienfehler, wenn im Westen Politiker:innen von den »berechtigten Sicherheitsinteressen« Russlands sprachen. Putin geht es nicht um eine potenzielle Bedrohung durch die NATO, sondern um seine historische Mission, das Sowjetreich wiederherzustellen. Dass Russland der Aggressor und nicht der Getriebene ist, war zudem seit der Annexion der Krim und dem Anzetteln des Bürgerkriegs in der Ostukraine 2014 offensichtlich. Es gab zahlreiche andere Indikatoren, dass es Putin nicht um Sicherheit, sondern um eine Revision der Geschichte geht: die Wiedereinführung der sowjetischen Hymne 2000, die Bezeichnung des Zusammenbruchs der Sowjetunion als »größte geopolitische Katastrophe« des 20. Jahrhunderts im Jahr 2005, die Drohung auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007, die NATO möge sich nicht am Erbe der Sowjetunion vergreifen, all die Gesetze, die jenen Strafe androhen, die die Geschichte anders interpretieren als glorreich und mit den Inhalten und Wertungen Putins. Nicht zuletzt das Verbot der NGO Memorial im Dezember 2021, die nicht nur für Menschenrechte, sondern gerade auch für Geschichtsaufklärung und -erziehung eintritt, zeigte, dass Putin das Monopol auf die Geschichtsauslegung erhebt.

Zwei rote Linien

Putins Krieg ist also weder auf Wahnsinn noch auf Realitätsverlust gegründet, sondern auf einer Doktrin, nach der keine (weitere) ehemalige Sowjetrepublik an »den Westen« verloren gehen darf. Putin ist in dieser Hinsicht nicht wie der Zar, mit dem er öfter verglichen wird, sondern wie der sowjetische Herrscher Leonid Breschnew, der nach der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 erklärte, die Souveränität eines »Bruderstaates« ende da, wo die Interessen des Verteidigungsbündnisses des Warschauer Pakts tangiert würden. Der Westen taufte es die »Breschnew-Doktrin«.

Vom Aufstand in der DDR 1953 über die ungarische Erhebung 1956 bis zur Solidarność-Bewegung in Polen 1980/81 galten zwei rote Linien, die nicht überschritten werden durften: der Austritt aus dem Verteidigungsbündnis und die Infragestellung des Machtanspruchs der Kommunistischen Partei. Putins Doktrin hat zwei neue rote Linien hinzugefügt: die Aufnahme in die EU beziehungsweise die NATO und die erfolgreiche Demokratisierung. Beides könnte die eigene russische Bevölkerung dazu verleiten, es den Nachbarn gleichzutun. Stattdessen soll sich die russische Bevölkerung an der neu-alten Größe berauschen. Schon 1968 plädierte der Chef der ukrainischen KP Petro Schelest vehement dafür, dem Demokratieexperiment in der Tschechoslowakei ein schnelles Ende zu setzen, damit der Freiheitstaumel nicht auf die Ukraine überschwappte, die an die Slowakei grenzt.

Wiederauferstehung oder erneuter Untergang der UdSSR?

Zwar behauptete Putin am Tag des Überfalls auf die Ukraine, jede frühere Sowjetrepublik habe das Recht, ihren eigenen Weg zu gehen, nur für die Ukraine gelte das nicht. Aber wer mag dem noch glauben? In Belarus befinden sich schon russische Truppen; Putin könnte diese sofort zu Besatzungstruppen erklären. Der Diktator Lukaschenko ist sich vermutlich bewusst, dass seine eigene Bevölkerung ihn ohne Putin stürzen würde und er daher Putin ausgeliefert ist. Als eine von den drei slawischen Sowjetrepubliken wird

Putin niemals zulassen, dass sich Belarus verselbständigt. Moldau, ein Territorium, das einst Stalin von Rumänien mit Hitlers Zustimmung raubte, ist zwar noch zwischen EU und Russland hin- und hergerissen. Aber in der abtrünnigen Provinz Transnistrien stehen schon russische Truppen, und Putin würde einen EU-Beitritt niemals zulassen. Auch Georgien, das bereits 2006 in die NATO strebte, erklärte Putin 2008 den Krieg und unterhält seitdem Truppen in den abtrünnigen Provinzen Abchasien und Südossetien.

Damit führt die Ukraine nicht nur einen Kampf für ihre eigene Zukunft, sondern stellvertretend für die aller anderen ehemaligen Sowjetrepubliken, die noch nicht Mitglied der NATO sind. Fällt die Ukraine, triumphiert die Putin-Doktrin auch in den anderen Staaten. Siegt die Ukraine, würde die Sowjetunion 100 Jahre nach ihrer Gründung und 30 Jahre nach ihrem offiziellen Ende ein zweites Mal untergehen.

Anmerkung: Eine erste, kürzere Fassung wurde am 6. März 2022 im Bremer Weser-Kurier veröffentlicht.

Florian Peters

Verändert der Krieg alles?

Wie Russland und die Ukraine für ihr Militär werben

9. März 2022

Viele wundern sich dieser Tage über den kometenhaften Aufstieg des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj zu einem globalen Medienstar. Selenskyjs smarte Durchhalteparolen und Videoclips,¹ in denen er sich direkt an seine Mitbürger und an die Weltöffentlichkeit wendet, gehen weltweit viral. Mit seinem zugewandten, unverstellten Auftreten bietet er den Ukrainerinnen und Ukrainern eine Modernität und Selbstvertrauen ausstrahlende Projektionsfläche. Keine Frage: Der einstige TV-Komiker und Schauspieler spielt derzeit die Rolle seines Lebens.

Besonders augenfällig wird dies durch den grellen Kontrast zur medialen Inszenierung seines Widerparts im Kreml. Die surrealen Machtinszenierungen Wladimir Putins werden durch seine bizarre Corona-Phobie auf die Spitze getrieben, die ihn selbst seine treuesten Paladine meterweit auf Abstand halten lässt. Und wenn der Kriegsherr sich dann doch einmal in der Öffentlichkeit zeigt, um sich von ausgesuchten Untertanen deren »spontane« Unterstützung bekunden zu lassen, sind die entstehenden Bilder an Skurrilität kaum zu überbieten. In einem Kurzvideo von Putins erstem öffentlichen Auftritt seit dem Überfall auf die Ukraine ruft ihm

1 https://twitter.com/nexta_tv/status/1497257833095733252 [05.09.2023].

eine weit entfernt postierte Gruppe von Bauarbeitern wie auf Kommando allen Ernstes zu: »Hurra, Hurra, Hurra!«²

Selenskyj lässt Putin alt aussehen, doch hinter seinem internet-affinen, von Videoclips und Selfie-Ästhetik inspirierten Kommunikationsstil stehen mehr als nur ein paar gute PR-Strategen. Dass der ukrainische Präsident sich der »sozialen Medien« virtuos zu bedienen weiß, hat er nicht erst seit Kriegsausbruch unter Beweis gestellt. Schon zuvor schrieb sich seine programmatisch ansonsten wenig profilierte Partei »Diener des Volkes« die unmittelbare Interaktion mit ihrer Wählerschaft via »sozialer Medien«, die Modernisierung der Verwaltung mittels »e-Government« und die Ausweitung direktdemokratischer Partizipationsverfahren auf die Fahnen. Dass die ukrainische Führung nun auch in ihrer Kriegspropaganda erfolgreich auf Interaktion und Nähe setzt, ist nicht zuletzt ein Gradmesser für den Stand der öffentlichen Kommunikation in der sich demokratisierenden ukrainischen Gesellschaft.

»Keiner von uns wurde für den Krieg geboren«

Nirgends lässt sich das greifbarer und suggestiver nachvollziehen als anhand zweier Rekrutierungsvideos des ukrainischen und russischen Militärs,³ auf die kürzlich der polnische Sozialpsychologe, Journalist und regierungskritische Medienaktivist Piotr Pacewicz aufmerksam gemacht hat. Beide Werbespots stammen nicht aus dem aktuellen Konflikt, sondern sind bereits während des Krieges im Donbass 2014 entstanden. Gleichwohl kreisen sie weiter im Internet; der russische Clip erreichte 2021 noch einmal zusätzliche Reichweite, nachdem er von dem Propagandakanal RT (Russia Today) promotet wurde. So schwer erträglich es ist, wie diese hochprofessionell produzierten Werbeclips dafür werben, das Leben in einem blutigen Krieg aufs Spiel zu setzen – es lohnt sich, diese anzuschauen.

2 https://twitter.com/Bielsat_pl/status/1498272921860689921 [05.09.2023].

3 Siehe <https://oko.press/zobacz-te-dwa-spoty-ukrainski-i-rosyjski-zrozumiesz-czemu-putin-przegrywa-z-zelenskim> [05.09.2023].



Filmstill aus: Ukrainian Armed Forces »Each of Us« (Banda Agency)
<https://www.youtube.com/watch?v=NOCbW1hc6Ng> [05.09.2023]

Denn in ihrer krassen Gegensätzlichkeit helfen sie zu verstehen, wie unterschiedlich das Verhältnis zwischen Individuum, Gesellschaft und Krieg gedacht – und eben auch beworben – werden kann.

In dem ukrainischen Clip stellen sich Soldaten in ihren gesellschaftlichen Rollen vor – als Vater, Taxifahrer, nerviger Nachbar, Geologiestudentin oder als einziger Sohn. Sie werden als ruhige, selbstbestimmte Individuen in Szene gesetzt, deren zivile Identität auch im Krieg weiter Gültigkeit beansprucht. Sie treten meist nicht als Einzelkämpfer auf, sondern in Interaktion mit anderen Soldaten. Zudem konzentriert sich der Spot nicht auf unmittelbare, gewaltförmige Kampfsituationen, sondern präsentiert ein Panorama des Kriegsalltags, das eine Reihe von Routinetätigkeiten einschließt.

Die Punchline am Ende des einminütigen Spots bringt die Botschaft auf den Punkt: »Keiner von uns wurde für den Krieg geboren / aber jetzt sind wir alle hier, um unsere Freiheit zu verteidigen.« Der Krieg erscheint als außeralltägliche Herausforderung – nicht

aber als überwältigende Gewalterfahrung, die alles verändert, was vorher war. Im Gegenteil, die Soldaten (und eine Soldatin) werden als Individuen präsentiert, deren Stärke gerade darin liegt, sich vom Krieg nicht überwältigen zu lassen. Indem sie ihre je eigene Identität in ein Kollektiv einzubringen verstehen, setzen sie alles daran, die Freiheit und damit die elementare Voraussetzung für die Pluralität dieses Kollektivs zu verteidigen

»Morgen ist der erste Tag deines neuen Lebens«

Der russische Spot könnte gegensätzlicher nicht sein. Anders als der ukrainische ist er nicht mit englischsprachigen Untertiteln verfügbar. Deshalb zunächst eine Übersetzung des aus dem Off von einem unsichtbar bleibenden Sprecher in zunehmend beschleunigtem Stakkato eingesprochenen Textes, der schon ohne die dazugehörige Bildsprache eine unmissverständliche Botschaft vermittelt:

Dies ist der erste Tag deines neuen Lebens.

Was gestern war, bedeutet nichts mehr.

Wer du vorher warst, kümmert nun niemanden.

Jetzt ist wichtig, wer du heute sein wirst.

Was weißt du über dich? Wozu bist du fähig?

Die Frage kann unbeantwortet bleiben, aber kannst du später ruhig schlafen?

Dich selbst kennenlernen, die Grenzen deiner Möglichkeiten kennenlernen.

Fort mit Grenzen!

Du bist bereit, Grenzen bis zur letzten Erschöpfung zu überwinden.

Jeden Tag härtest dich hier der Schmerz, Narben sind Alltag.

Du selbst hast entschieden, dir etwas zu beweisen. Der Kommandeur ist nur dafür da, damit du einen Feind in ihm siehst. Denn ohne Feind gibt es keinen Kampf, und ohne Kampf gibt es keinen Sieg.

Aber eigentlich bist du der Hauptfeind. Das Du von gestern.



Filmstill aus: Russian Military Recruitment Video Embraces Dark Side
(Ben Kefta) YouTube: <https://www.youtube.com/watch?v=aqek78JXckw>
[05.09.2023]

Deine Aufgabe ist, den Feind aufzuspüren, dich auf ihn zu stürzen, besser als er zu werden und als Sieger zurückzukehren. Denn morgen ist der erste Tag deines neuen Lebens.

In diametralem Gegensatz zu dem ukrainischen Clip beschwört der zeitgleich entstandene Werbespot der russischen Armee explizit und ohne Umschweife die Überwindung und Auslöschung der zivilen Identität des Rekruten und stellt dies als Voraussetzung für die Verwandlung des Menschen zum Soldaten dar. Die Brutalität, mit der dies ausgesprochen wird, harmonisiert mit der kompromisslosen, auf athletischen Körperkult und technische Perfektion orientierten Bildsprache.

Diese Ästhetik mag totalitär erscheinen. Interessanterweise ist es aber der russische Clip, der viel stärker als sein ukrainisches Gegenstück einen einzelnen Protagonisten als Individuum in den Mittelpunkt rückt. Indem der Werbespot die Verwandlung eines Rekruten vom verträumten Zivilisten zur erbarmungslosen Kampfmaschine als Kampf gegen dessen eigene vorherige Identität

deutet, abstrahiert er völlig von der sozialen Einbettung des Soldaten und verabsolutiert dessen individuelle Selbstoptimierung. Sogar der Kommandeur wird, zunächst überraschend, als »Feind« bezeichnet, wie der Clip überhaupt den Kampf gegen innere und äußere Feinde zur Voraussetzung einer gelingenden Selbstwerdung erhebt.

Dieser von allen sozialen Haltelinien befreite Individualismus zeugt von einer durchaus ernst zu nehmenden Adaption neoliberaler Konzeptionen des Selbst. Als soldatisches Ideal wird nicht wie in den Totalitarismen des 20. Jahrhunderts das Aufgehen in einem großen Ganzen mittels Unterordnung unter Befehl und Gehorsam beschworen. Der ideale Soldat wird vielmehr als menschengewordener Ego-Shooter imaginiert.

Ins Totalitäre kippt dieser perspektivische Individualismus an dem Punkt, an dem er von jedweder sozialen Weltbeziehung abstrahiert und dem Ideal eines atomisierten Ich huldigt. Dieses Ich soll fähig sein, alle Grenzen zu überwinden – auf keinen Fall soll es aber den Modus des immerwährenden Kampfes in Frage stellen, der hier als einzig mögliche Grundlage soldatischer (und menschlicher?) Existenz gepriesen wird.

Verändert der Krieg alles?

Das russische Rekrutierungsvideo bringt in suggestiver Klarheit jene Perspektive auf den Krieg zum Ausdruck, die soldatische Gewalt als das ganz Andere unserer friedlichen Alltagswelt imaginiert. »Der Krieg verändert alles«, schreibt etwa Jörg Baberowski in der FAZ über Putins Überfall auf die Ukraine und bringt damit die durchaus verbreitete Sichtweise auf den Punkt, »der Krieg« sei in Wirklichkeit eine Art Hobbes'scher Naturzustand, der von entschlossenen »Tatmenschen« wie Putin nur »entfesselt« werden musste, um nunmehr über die Ukraine hereinzubrechen. Die schöpferische, »unerhörte« Dimension des kriegerischen Gewalt-raums, in dem »jeder Schuss das Tor zu einer neuen, unbekannten Welt öffnet«, schwimmt dabei mit der Idee, der Krieg stelle zugleich eine immer schon dagewesene, ursprünglichere Wirklichkeit dar. Auch »dem letzten Realitätsverweigerer«, so Baberowski, müsse

angesichts dessen klar werden, »dass die Welt ein ganz anderer Ort ist, als er sich ihn vorgestellt hat«.⁴

Eine vergleichbare Suggestion liegt dem Werbespot der russischen Streitkräfte zugrunde, der ein radikal »neues Leben« verheißt, dieses aber zugleich dem unhintergehbaren Naturgesetz des unaufhörlichen Kampfes gegen innere und äußere Feinde unterwirft. »Morgen ist der erste Tag deines neuen Lebens«... – Wie viele Tage das in Aussicht gestellte »neue Leben« dann noch hat, bleibt offen.

Beide Spots demonstrieren eindrucksvoll, wie diametral verschiedene Botschaften der Mobilisierung zum Krieg dienen können. Während der ukrainische Film sich an eine Gesellschaft bewusster und sozial eingebetteter Bürger richtet, zielt der Werbespot der russischen Armee auf atomisierte, apolitische Individuen, deren bisheriges Leben nur insofern in Betracht kommt, als es einen geeigneten Sparring-Partner zu seiner eigenen Überwindung abgibt.

Es soll an dieser Stelle explizit offen bleiben, welches Bild von soldatischer Gewalt und Krieg der Wirklichkeit näher kommt. Zudem wäre es töricht, die Kriegspropaganda dieser Werbevideos mit den tatsächlichen Einstellungen der russischen und der ukrainischen Gesellschaft zu verwechseln. Die Spots zeigen uns im Wesentlichen nur, welche Imaginationen des Krieges die PR-Verantwortlichen in den jeweiligen Armee-Apparaten und die ausführenden Werbeagenturen in den angepeilten Zielgruppen für anschlussfähig halten. Das mag gewisse gesamtgesellschaftliche Stimmungslagen und Trends widerspiegeln; es ist mit diesen jedoch nicht deckungsgleich.

So fehlt es in Russland keineswegs an mutigen, ihres individuellen Selbst bewussten Bürgern, die mit dem hohlen Versprechen eines »neuen Lebens« als Übermenschen wohl kaum für den Krieg zu gewinnen sind. Die beachtenswerten, brutal niedergeknüppelten Anti-Kriegs-Proteste in russischen Städten und die offenen Protest-

4 Alle Zitate aus Jörg Baberowski: Ein Krieg, erfüllt vom Geist der Rache, in: FAZ, 01.03.2022, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/russland-was-auf-frieden-in-der-ehemaligen-sowjetunion-hoffen-laesst-17841055.html> [05.09.2023].

briefe russischer Wissenschaftler:innen legen davon beeindruckend Zeugnis ab, auch wenn aus ihnen wohl nicht die Mehrheitsmeinung der Russen spricht.

Ebenso wäre es etwas zu kurz gegriffen, die Ukraine leichter Hand als stabilisierte, vom Geist der Demokratie durchwehte Zivilgesellschaft zu begreifen.⁵ Trotz aller ermutigenden Entwicklungen der letzten Jahre war das Land am Vorabend dieses Krieges von einer inklusiven, institutionell verankerten demokratischen Kultur, die allen Bevölkerungsteilen gleichermaßen Partizipation und Teilhabe ermöglicht, noch ein gutes Stück entfernt. Insbesondere die von Oligarchen beherrschten Wirtschaftsstrukturen stehen einer tiefgreifenden Demokratisierung weiterhin entgegen. Der russische Angriffskrieg bringt nun notwendigerweise eine noch stärkere Militarisierung der Gesellschaft mit sich, die viele pluralistische und partizipatorische Errungenschaften in Mitleidenschaft ziehen wird.

Entscheidend ist jedoch, welche Vorstellung die Gesellschaften beider Länder und ihre jeweiligen Eliten von sich selbst haben. Dass Wolodymyr Selenskyj selbst im Krieg noch auf Ansprache auf Augenhöhe, Wertschätzung und Zusammenhalt setzt und damit im In- und Ausland auf überwältigende Resonanz stößt, lässt zumindest hoffen, dass Putins Krieg in der Ukraine dort nicht alles verändern kann. Das zarte Pflänzchen der pluralistischen und demokratischen Ordnung in der Ukraine könnte sich als wehrhafter erweisen, als die dezisionistischen Machtpolitiker im Kreml offenbar angenommen haben.

Wer bereit ist, zur Verteidigung seiner Freiheit die Waffe in die Hand zu nehmen, tut dies gerade nicht, um alles aufzugeben – sondern um möglichst viel von dem zu retten, was das eigene Selbst ausmacht.

5 Siehe etwa Susann Worschech: Putin unterschätzt die ukrainische Zivilgesellschaft, in: Ukraine verstehen, 01.03.2022, <https://ukraine-verstehen.de/worschech-putin-unterschaetzt-die-ukrainische-zivilgesellschaft/> [05.09.2023].

Bert Hoppe

Kiew im Februar 2022

Ein Forschungsaufenthalt in einer bedrohten Stadt

10. März 2022

Am 15. Februar, etwas mehr als eine Woche vor Beginn der russischen Invasion in die Ukraine, war ich zum letzten Mal im Archiv des ukrainischen Geheimdienstes SBU. Als ich mich von der Lesesaalaufsicht verabschiedete und ihr sagte, ich hoffe, bald zurückkehren zu können, blickte ein älterer Nutzer auf. Wo ich denn herkomme. »Aus Berlin«, antwortete ich. »Ach so«, sagte er und schaute wieder in seine Akten, »aus Deutschland. Na, großartig. Ihr Deutschen schickt uns 5000 Helme, und die Russen lassen demnächst Raketen auf uns niederregnen.« Zum ersten Mal in meinem Leben habe ich mich für mein Land geschämt und für meine Regierung, die der Ukraine die angeforderte Unterstützung mit Hinweis auf unsere Geschichte versagte – auf ebenjene Geschichte, die ich gerade in Kiew erforschte.

Ich war vier Wochen lang in der ukrainischen Hauptstadt, bis ich meinen Aufenthalt vorzeitig abbrechen musste. Vom ersten Tag an spürte ich den eigentümlichen Schwebezustand, in dem sich das ganze Land befand. Der Alltag in der großen Metropole lief weiter, ungeachtet der immer bedrohlicheren Nachrichten. In meinem Lieblingscafé um die Ecke, in das ich nach der Arbeit oft einkehrte, saßen junge Leute gemeinsam an Laptops und arbeiteten an irgendwelchen Layouts, im krimtatarischen Restaurant Musafir rief man abends besser vorher an, ob ein Tisch frei war,

und im Multiplex oben im Kaufhaus »ZUM« am Prachtboulevard Kreschtschatik deckten sich die Leute vor dem Film mit Popcorn ein.

Im persönlichen Gespräch hingegen bot sich ein anderes Bild. Zwar blieb der offen ausgesprochene Pessimismus des Nutzers im SBU-Archiv die Ausnahme, Illusionen machte sich aber niemand. »Eine Großinvasion mag unvorstellbar erscheinen«, sagte dort eine Mitarbeiterin zu mir, »aber das waren die Besetzung der Krim und der Krieg im Donbass vorher ebenfalls.« Alles sei möglich, meinte auch ein Freund: Putin denke nicht in den rationalen Maßstäben, an denen wir unser Handeln ausrichteten, daher könne man bei ihm nichts ausschließen. Sein Vater, Jahrgang 1938, dachte anders. Bei einem gemeinsamen Abendessen in der Plattenbauwohnung in der großen Trabantensiedlung auf dem linken Dnjepr-Ufer erklärte er, Putin habe doch gesagt, es werde keinen Krieg geben, also werde das auch so stimmen. Bis Januar dieses Jahres hatte er noch in Sewastopol auf der Krim gewohnt und war von seinem Sohn auf einer sehr mühsamen Reise nach Kiew geholt worden.

Am Vorabend des Krieges

Bei den meisten jener, mit denen ich über ihre Einschätzung der Lage sprach, zeigte sich eine Mischung aus Fatalismus und Zuversicht. Einen Uber-Fahrer sprach ich auf die Kritik an, Selenskyj spiele die Gefahr einer Invasion herunter. Er stellte die Gegenfrage: Was der Präsident denn sonst tun solle – das Land etwa durch die Ausrufung des Ausnahmezustands destabilisieren und Putin einen Sieg verschaffen, ohne dass dieser überhaupt angreifen müsse? Die Armee stehe doch an der Grenze bereit. Bei einer Wochenendwanderung durch die Außenbezirke machte ich Pause an einem Unterstand bei einem großen Güterbahnhof. Eine Gruppe Eisenbahner kam für eine Rauchpause vorbei, und einer von ihnen – Jurij, Ende fünfzig – erzählte von seinem Dienst als junger Rotarmist in Tschechien. Seine alten Kameraden von damals aus Russland und dem Donbass, mit denen er noch häufig im

Urlaub war, haben nach 2014 den Kontakt abgebrochen. Wenn die Russen angriffen, so erklärte er, werde er zu den Waffen greifen und sein Land verteidigen. Die ukrainischen Streitkräfte seien viel besser als 2014, man sei jetzt vorbereitet und es gebe viele kampferprobte Männer. Das war der Grundton, der sich durch diese Gespräche zog und nur zuweilen von bangen Überlegungen durchbrochen wurde, eine Großinvasion könne zum Dritten Weltkrieg führen.

Wie die Menschen um mich herum habe ich mich bemüht, die Kriegsgefahr möglichst aus meinem Alltag fernzuhalten. Zu Fuß erkundete ich nach der Arbeit die Stadt, lief durch Gründerzeitviertel, zwischen deren Altbauten protzige Wohnhochhäuser emporwachsen, klapperte die wunderbaren Markthallen aus Sowjetzeiten mit ihren kühn geschwungenen hyperbolischen Dächern ab und ging die Strecke nach, auf der die Kiewer Jüdinnen und Juden im September 1941 aus dem Stadtzentrum nach Babyn Jar gehen mussten, wo sie ermordet wurden. Es sind nur etwa anderthalb Stunden.

Dort draußen drängte sich der gegenwärtige Krieg wieder ins Bild: Direkt neben der Mordstätte befinden sich ausgedehnte historische Friedhöfe – auf einem davon liegen in erster Linie Militärs, darunter die in der Ostukraine Gefallenen. Sie liegen in einer Ecke des Gräberfeldes direkt unter dem Fernsehturm, den die russischen Streitkräfte inzwischen mit Raketen beschossen haben. Auf die Grabsteine aus poliertem schwarzen Granit sind die Bilder der Gefallenen teilweise in Lebensgröße eingraviert – mit ukrainischen und mit russischen Inschriften. Die Erinnerung an die Opfer findet sich an vielen Orten der Stadt. Neben der großen Umfassungsmauer des Michaelsklosters, an die alle Fotos der bislang im Krieg mit Russland Gefallenen angebracht sind, gibt es zahlreiche Gedenktafeln an Wohnhäusern für die im Donbass oder im Februar 2014 auf dem Majdan Getöteten. Man kann davon ausgehen, dass russische Besatzer diese Denkmaltopografie als erstes auslöschen werden.

Geschichte und Gegenwart

Doch nicht allein das öffentliche Gedenken, sondern auch die wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte ist nun gefährdet. Die ukrainischen Archive haben sich in einem Ausmaß geöffnet, das für Russland längst unvorstellbar ist. Als ich 1999 ein Forschungsprojekt über die Beziehungen zwischen deutschen und sowjetischen Kommunisten in der Weimarer Republik begann, war der bisherige Chef des russischen Inlandsgeheimdienstes Putin gerade zum Ministerpräsidenten ernannt worden. Und schon bald schloss sich der Zugang zu wichtigen Aktenbeständen in Moskau. Andere blieben von vornherein unzugänglich. In Kiew hingegen war es mir nicht nur möglich, im ehemaligen Parteiarchiv und dem Zentralen Staatsarchiv zu forschen, sondern eben auch im Archiv des ukrainischen Geheimdienstes SBU, das immer mehr Unterlagen geöffnet hat – von denen der GPU (wie die sowjetische Geheimpolizei in den 1920er Jahren hieß) bis zu denen des KGB aus dem Jahr 1991. Hier habe ich etwa einen Bericht der Moskauer GPU-Zentrale über die NSDAP vom März 1932 gefunden; es gibt allein 45 Bände über das deutsche Generalkonsulat in Kiew, von denen ich stichprobenartig drei eingesehen habe – mit detailliertem Material über die Observation des Generalkonsuls, der abgefangenen Korrespondenz und Berichten über die Reaktion des Konsulats auf die »Machtergreifung« von 1933.

Für mein Projekt über Kiew im Jahrzehnt der Gewalt zwischen 1937 und 1947 erwiesen sich u.a. die Stimmungsberichte des NKVD als wertvoll sowie die Strafsakten ehemaliger Hilfspolizisten und von Personen, die als vermeintliche Kollaborateure denunziert worden waren, weil sie unter deutscher Besatzung in einer Soldatenkantine gearbeitet hatten. Auch die Personalakten der NKVD-Angehörigen und Geheimdienstinformanten wurden herausgegeben. Im Falle einer russischen Besetzung Kiews wäre dieses Material größtenteils oder vollständig für die Forschung verloren – falls es nicht gleich gezielt oder durch Kriegszerstörungen vernichtet wird. Die vermeintliche »Denazifizierung« der Ukraine durch Putin würde dazu führen, dass die Forschung über die NS-Besatzung blockiert wird.

Am Montag nach meinem ersten Wochenende in Kiew blieb der amerikanische Doktorand, der zeitgleich mit mir seine Arbeit im Zentralen Staatsarchiv begonnen hatte, dem Lesesaal fern. Er war der Empfehlung seiner Regierung gefolgt, das Land zu verlassen. Ich kaufte mir drei Wochen später einen Fahrschein für den Nachtzug nach Warschau, als die USA begannen, ihre Kommunikationsanlagen abzubauen. Den letzten Sonntag nutzte ich, um den immer wieder aufgeschobenen Besuch im Nationalmuseum und im Chanenkiv-Museum für westeuropäische und ostasiatische Kunst nachzuholen. 1942 hatten SS- und Wehrmachtsoffiziere die Schausammlung für ihre Büros und Privaträume geplündert, viele Werke sind seitdem verschollen. Nun ging ich durch die Räume, im bangen Bewusstsein, dass diesen Institutionen möglicherweise neuerliche »kriegsbedingte Verluste« bevorstehen.

Als ich nach dem letzten Arbeitstag im SBU-Archiv auf die Straße trat, schien in Kiew auf geradezu unwirklich schöne Art die Abendsonne. Ich hatte noch etwas Zeit bis zur Abfahrt des Zuges und beschloss, auf den Schlossberg zu steigen, um ein letztes Mal die Aussicht auf die Unterstadt Podil zu genießen. An der sonst einsamen Aussichtsstelle stand ein junges Paar von Anfang zwanzig. Ich entschuldigte mich für die Störung, doch sie verwickelten mich gleich in ein Gespräch. Dieses Mal erntete ich ein Strahlen über das ganze Gesicht, als ich beantwortete, woher ich komme. »Aus Berlin! Und du bist noch hier...?« Etwas verlegen gestand ich ein, dass mein Zug in anderthalb Stunden abfuhr. Sie winkten aufmunternd lächelnd ab und boten mir von ihren selbstgebackenen Keksen an.

Ich muss immer wieder daran denken, wo die beiden jetzt wohl sind, wie es ihnen geht. Derweil sitze ich an meinem Computer, lese in den Dokumenten, die ich in Kiew abfotografiert habe. Das letzte war ein Bericht über die Verteidigung Kiews im August und September 1941 durch hastig aufgestellte Milizen aus Studierenden, Arbeitern und Angestellten, den Bau von Panzersperren und Barrikaden. Es fallen die Namen der Kleinstädte rings um Kiew: Vasilkiv, Irpin, Butscha... Ich schaue in die Zeitung, auf Twitter – und finde diese Namen in den aktuellen Nachrichten.

Tanja Penter

Sprache als Waffe

»Neonazis«, »Genozid«, »Entnazifizierung« und
»Sondereinsatz« in der Kriegspropaganda Putins

11. März 2022

Mich erreichen in diesen Tagen dramatische Nachrichten aus der Ukraine. Eine verzweifelte Kollegin, Mutter eines kleinen Sohnes, schreibt aus Charkiv:

»Ich bin wie betäubt vor Angst: Die Schlacht um Charkiv ist in vollem Gange, die Stadt wird von vier Seiten eingenommen, überall gibt es Explosionen, sowohl am Stadtrand als auch im Zentrum, ich glaube nicht, dass ich heute ein guter Geschichtenerzähler sein werde. (Aber wenn wir überleben und ich nach Deutschland komme, sehe ich es als meine Aufgabe an, von all den Erlebnissen zu erzählen, die man nicht versteht, wenn man sie nicht erlebt hat. Das Warten auf den Tod ist beängstigender als der Tod selbst, und wir warten nun schon den zweiten Tag darauf, es ist unerträglich!!!)«

Als Historikerin, die seit vielen Jahren über die Geschichte des deutschen Vernichtungskrieges in der Ukraine forscht, bin ich erschüttert mitzuerleben, wie Putins menschenverachtender Krieg mit seiner ganzen Brutalität in den Alltag der Menschen in der Ukraine eingebrochen ist.

Jetzt ist die Rede von einer Zeitenwende. Wie schon 2014 bei der Annexion der Krim und der Entzündung eines Stellvertreterkrieges im Donbass. Trotzdem sind die damaligen Ereignisse in der

europäischen Öffentlichkeit schnell wieder in Vergessenheit geraten, genauso wie der Krieg in Georgien 2008. Im Rückblick wächst die Einsicht, dass wir in Deutschland und Europa durch jahrelange Fehleinschätzungen und zögerliches Handeln eine Mitschuld daran tragen, dass Putin die »rote Linie« immer weiter nach vorne geschoben hat.

Für uns Historiker:innen ist es besonders verstörend zu sehen, wie Geschichtsmythen gepaart mit einer aggressiven russischen Propaganda- und Desinformationskampagne zur Legitimation von Putins Angriffskrieg herangezogen werden. Grundmuster hierfür wurden 2014 bereits etabliert.¹ Dabei besitzt die Propagandasprache Putins im Diskurs nach innen wie nach außen eine zentrale Bedeutung, denn es geht in seinem Krieg auch um die sprachliche Deutungshoheit.

Seit 2014 hat sich der Westen die Sprachformeln Putins oftmals diktieren lassen. So vermisste man zeitweilig eine klare Sprache, die die Verantwortung Russlands zunächst für die Annexion der Krim und dann für die Entfachung eines Stellvertreterkrieges im Donbass klar benannte. Bei den Gesprächen für das Minsker Abkommen wurde der russischen Position, man sei im Donbass keine Kriegspartei, kaum widersprochen. So konnten die Lügen Putins auch in den deutschen Medien ein gewisses Echo erzielen.

»Angriffskrieg« und »Invasion« versus »militärische Sonderoperation«

Das russische Parlament hat am 4. März 2022 ein Gesetz verabschiedet, das bis zu 15 Jahren Haft und hohe Geldbußen für die Veröffentlichung von »Falschnachrichten« über die russischen Streitkräfte vorsieht. Eine bestürzte Wissenschaftlerin aus St. Petersburg schreibt ihrer Freundin in Deutschland:

1 Vgl. Guido Hausmann/Tanja Peter: Der Gebrauch der Geschichte. Ukraine 2014: Ideologie vs. Historiografie, in: Osteuropa 9-10/2014, 35-50.

»15 Jahre! Mit anderen Worten: Sie können nicht die Wahrheit sagen – nicht in der Presse, nicht in Schulen und Universitäten. Es wurden methodische Anleitungen verteilt, wie man Fragen über die »Sonderoperation« in der Ukraine beantworten kann. Russland wurde durch die jahrelangen Bemühungen von Putin und seinem Team in ein »Lügenimperium« verwandelt.«

Begriffe wie »Angriff«, »Invasion« und »Kriegserklärung« zu verwenden, ist verboten. Stattdessen wird der Krieg als »militärische Sonderoperation« bezeichnet. Auch von zivilen Opfern darf nicht gesprochen werden. Es gilt, das Bild einer kontrollierten Operation zur Befreiung einer vermeintlich unterdrückten ukrainischen Bevölkerung durchzusetzen. Einer »Operation«, die weder eigene Verluste kostet noch zu Opfern in der Zivilbevölkerung führt. Unwillkürlich fühlt man sich an den sowjetischen Afghanistankrieg (1979–1989) erinnert, der den Sowjetbürger:innen damals als »sozialistische Bruderhilfe« verkauft wurde.² Dass in Afghanistan über 15.000 sowjetische Soldaten gefallen waren, wurde lange Zeit vertuscht. Jetzt werden die Todesumstände der in der Ukraine gefallenen russischen Soldaten erneut vor ihren Familien verheimlicht. Ukrainische Quellen berichten vom Einsatz mobiler Krematorien in der russischen Armee. Solche Parallelen zum Afghanistankrieg könnten bei der russischen Bevölkerung und im russischen Militär aber irgendwann Zweifel an den Desinformationskampagnen der russischen Staatsmedien wachsen lassen.

»Neonazis«, »Faschisten« und »geistige Erben Stepan Banderas«

Als 2013 die Proteste auf dem Kiever Majdan gegen die autoritäre Herrschaft Viktor Janukowyčs und dessen außenpolitische Volte Richtung Moskau zunahmen, führten die russischen Medien einen geradezu demagogischen Informationskrieg, in dem der Faschismus-

2 Tanja Penter/Esther Meier (Hg.): *Sovietnam. Die UdSSR in Afghanistan 1979–1989*, Paderborn 2017.

Vorwurf gegen die Ukraine zum zentralen Motiv wurde. Der Majdan und die neue Kiewer Regierung wurden als »Faschisten«, »Neonazis«, »Russenhasser« und »Antisemiten« sowie als »geistige Erben Stepan Banderas«, des Führers der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN), bezeichnet.³ Die Aufladung des Konflikts mit Geschichtsbildern aus dem Zweiten Weltkrieg bezog sich explizit auf die OUN und ihre zeitweilige Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten. In der Folge wurde die Bedeutung der rechtsextremen Partei Swoboda oder des »Rechten Sektors« in der Ukraine maßlos übertrieben; sie wurden als repräsentativ für den Majdan und dann sogar für den gesamten ukrainischen Staat dargestellt.⁴

Heute versucht Putin, die bewährten Codewörter, die der russischen Bevölkerung über acht Jahre »eingehämmert« worden sind, erneut einzusetzen, um seinen brutalen Angriffskrieg zu legitimieren: Er spricht nicht nur der Ukraine das Existenzrecht ab, sondern diffamiert die ukrainische Regierung unter Präsident Selenskyj als »Neonazis«. In seiner Kriegserklärung sagt er über die ukrainische Regierung:

»Sie ... werden morden, so wie seinerzeit auch die nationalistischen ukrainischen Banden und ihre Strafkommandos, Hitlers Handlanger im Großen Vaterländischen Krieg, unschuldige Menschen ermordet haben. Und sie erheben ganz offen Anspruch auf eine ganze Reihe weiterer russländischer Gebiete.«⁵

Putin spricht davon, dass in der ukrainischen Gesellschaft nach dem Euromaidan angeblich »extremer Nationalismus aufkam, der

3 Rede des russländischen Präsidenten Vladimir Putin am 18.03.2014 im Kreml vor den Abgeordneten der Staatsduma, den Mitgliedern des Föderationsrats, den Leitern der Regionalverwaltungen und Vertretern der Zivilgesellschaft, in: Osteuropa 5–6/2014, 87–99.

4 Dass die Führer von Swoboda und Rechter Sektor bei den Präsidentschaftswahlen am 25. Mai 2014 jeweils weniger als ein Prozent der Stimmen erhielten oder bei den Parlamentswahlen am 26. Oktober 2014 Swoboda an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte, änderte nichts an der Popularität dieses pauschalen Faschismus-Vorwurfs.

5 Kriegserklärung. Die Ansprache des russländischen Präsidenten am Morgen des 24.02.2022, <https://zeitschrift-osteuropa.de/blog/vladimir-putin-ansprache-am-fruehen-morgen-des-24.2.2022/> [05.09.2023].

rasch die Gestalt von aggressivem Russenhass und Neonazismus annahm«.⁶

Was ist von solchen Vorwürfen zu halten? Selenskyj, der 2019 demokratisch zum 6. Präsidenten der Ukraine gewählt wurde, besitzt jüdische Wurzeln und zählt selbst zur Gruppe der russischsprachigen Ukrainer:innen. In den Parlamentswahlen 2019 blieben rechtsradikale Parteien, wie Rechter Sektor, Freiheit (Swoboda) und Nationaler Korpus unterhalb der Fünf-Prozent-Hürde.

In Teilen der russischen Öffentlichkeit scheinen die Propagandalügen dennoch zu verfangen, denn seit 2014 wurden negative Berichte über angebliche ukrainische »Faschisten« und ukrainische Drogenkartelle systematisch in den Staatsmedien verbreitet. Zugleich stoßen Bilder von Ukrainer:innen als Nazi-Kollaborateur:innen in der älteren russischen Generation auf frühere Stereotype, die in Stalins Propaganda der Nachkriegszeit Verbreitung fanden, insbesondere während der bis in die 1950er Jahre dauernden Kämpfe gegen den ukrainischen Partisanenuntergrund in der Westukraine. Die Instrumentalisierung dieser Bilder ist auch möglich, weil es in Russland bisher an empirischen Forschungen zum Phänomen der – alle Nationalitäten umfassenden – Kollaboration mit den Nationalsozialisten mangelt bzw. die vorliegenden Arbeiten keine breitere russische Öffentlichkeit erreichen.⁷ In der Ukraine konnte 2015 die Öffnung der Geheimdienstarchive für die historische Forschung immerhin erste Impulse für die Erforschung von Kollaboration, Holocaust und zivilen Opfern in der Ukraine setzen.⁸

Bilder von den Ukrainer:innen als Antisemit:innen und Nazi-Kollaborateur:innen stoßen aber auch in der deutschen Öffentlichkeit

6 Vladimir Putin: Rede an die Nation vom 21.02.2022, <https://zeitschrift-osteuropa.de/blog/putin-rede-21.2.2022/> [05.09.2023].

7 Vgl. z.B. Johannes Due Enstad: *Soviet Russians under Nazi occupation. Fragile Loyalties in World War II*, Cambridge 2018. Vgl. zudem die Quellensammlung zum sowjetischen Prozess gegen Vlasov: A.N. Artizov (Hg.): *General Vlasov. Istorija predatel'stva (v dvuch tomach, v trech knigach)*, Moskva 2015.

8 Siehe https://www.uni-heidelberg.de/fakultaeten/philosophie/zegk/sog/forschung/aktuelle_forschung.html [05.09.2023].

auf einen gewissen Resonanzboden. Dazu haben neben den Erfahrungen aus dem Zweiten Weltkrieg weitere Ereignisse aus der Vor- und Nachkriegszeit, die ein breites Medienecho fanden, beigetragen: Im Jahr 1926 hatte das Pariser Attentat des ukrainischen Juden Scholem Schwarzbard auf Symon Petljura, den ehemaligen Präsidenten der Ukrainischen Volksrepublik (1919–1920), und der nachfolgende Prozess vor einem Pariser Gericht weltweit Aufmerksamkeit erfahren. In dem Prozess wurden die tausendfachen Morde an ukrainischen Juden und Jüdinnen in den Pogromen des Bürgerkrieges thematisiert. Schwarzbard wurde von dem Gericht am Ende freigesprochen. Zugleich blieb vielen, die den Prozess verfolgten, von Petljura das Bild eines Pogromtäters *par excellence* in Erinnerung.⁹

Weltweites Aufsehen erregte auch die Ermordung des nach Kriegsende nach München emigrierten ukrainischen Nationalisten und zeitweiligen Nazi-Kollaborateurs Stepan Bandera im Oktober 1959. Die deutsche Öffentlichkeit erfuhr im Mordprozess 1962 von der Verwicklung Banderas und seiner Organisation ukrainischer Nationalist:innen in die Verbrechen der Nazis in der Ukraine.¹⁰ Diese Ereignisse schufen bestimmte Wahrnehmungsmuster von ukrainischen Nationalist:innen, derer sich die russische Propaganda gegenwärtig bedient, um die politischen Akteur:innen des aktuellen ukrainischen Staates auch in Westeuropa zu delegitimieren.

Die politische Instrumentalisierung des Genozid-Begriffs

Putin rechtfertigt sein militärisches Eingreifen mit der Propagandalüge eines angeblichen »Genozids« der ukrainischen Regierung an der russischsprachigen Bevölkerung im Donbass. In seiner Rede vom 21. Februar spricht er von einem »Genozid, der an vier Millionen

9 David Engel (Hg.): *The Assassination of Symon Petliura and the Trial of Scholem Schwarzbard 1926–1927. A Selection of Documents*, Göttingen 2016.

10 Karl Anders: *Mord auf Befehl. Der Fall Staschinskij. Eine Dokumentation aus den Akten*, Tübingen 1963.

Menschen verübt wird, nur weil sie sich mit dem vom Westen unterstützten Staatsstreich in der Ukraine im Jahr 2014 nicht abfinden wollten, weil sie gegen den zur staatlichen Bewegung erhobenen aggressiven Steinzeit-Nationalismus und Neonazismus eingetreten sind. Weil sie für ihre elementaren Rechte kämpfen – für das Recht auf ihr Land, das Recht, in ihrer Sprache zu sprechen, das Recht auf Erhaltung ihrer Kultur und ihrer Traditionen.«

Im Donbass wurde das Narrativ eines vermeintlichen geplanten Genozids der ukrainischen Armee an der Zivilbevölkerung bereits 2014 von separatistischen Kräften verbreitet und politisch instrumentalisiert.¹¹ Doch selbst Menschen aus dem Donbass, die inzwischen sehr viel Groll gegen den ukrainischen Staat hegen, weil sie sich von ihm zurückgelassen fühlen, erkennen die Absurdität eines solchen Vorwurfs an. Wie sollte der ukrainische Staat einen Genozid auf einem Territorium verüben, das gar nicht von ihm, sondern von den durch Russland gestützten Separatisten kontrolliert wird?

Dass das Argument eines vermeintlichen Schutzes der russischsprachigen Bevölkerung vollständig vorgeschoben ist, wird zudem daran sichtbar, dass die von Putin entsandten russischen Truppen Städte wie Charkiv und Mariupol – beides Städte mit einer großen russischsprachigen Bevölkerung und historisch gewachsenen engen Verflechtungen nach Russland – gerade ohne Rücksicht auf zivile Opfer einkesseln und dem Erdboden gleich machen.

Die russische Propaganda weiß um die Signalwirkung des Genozid-Begriffs in einer westlichen, insbesondere aber der deutschen Öffentlichkeit. Putin versucht seinem Angriffskrieg mit Hilfe des Völkerrechts den Anschein der Legalität zu verleihen, wobei er sich am Präzedenzfall des Kosovo orientiert. Die Tatsache, dass der Diktator sich offenbar überhaupt dazu genötigt sieht, die vermeintliche Rechtsstaatlichkeit seines Handelns nach innen und

11 Dmytro Tytarenko: »Der Feind ist wieder in unser Land einmarschiert [...]«. Der Zweite Weltkrieg in der Geschichtspolitik auf dem Gebiet der »Donecker Volksrepublik« (2014–2016), in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 68 (2020) 3-4, 508–556.



Genozid als Kampfbegriff wurde von der russischen Seite schon 2014 im Donec'k eingesetzt. Auf den Aushängen links wird die ukrainische Armee eines vermeintlichen Genozid an Frauen, Alten und Kindern bezichtigt.

Donec'k 2014 (Foto: privat)

außen zu kommunizieren, zeigt, dass dies noch eine gewisse Bedeutung zu haben scheint für die Zustimmung der russischen Bevölkerung. Vor diesem Hintergrund lässt der zum jetzigen Zeitpunkt rein symbolpolitische Versuch der ukrainischen Regierung, die russischen Kriegsverbrechen vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag zur Anklage zu bringen und den gegen sie selbst erhobenen Vorwurf des Genozids als Lüge zu entlarven, auf eine entsprechende Resonanz hoffen.

Der Genozid-Begriff hat im 21. Jahrhundert sowohl in der Ukraine als auch in Russland eine starke Politisierung erfahren. Das Anliegen des unabhängigen ukrainischen Staates bestand vor allem in der Anerkennung der großen Hungerkatastrophe der Jahre 1932/33 unter Stalin als Völkermord. Während der Präsidentschaft von

Viktor Juščenko (2005–2010) wurde der sogenannte Holodomor¹² im Jahr 2006 in der Ukraine per Parlamentsbeschluss¹³ zum Genozid am ukrainischen Volk erklärt.¹⁴ Die Ukraine versuchte diese Anerkennung seither auch international durchzusetzen.¹⁵ So erreichte den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages zum 85. Jahrestag des Holodomor¹⁶ eine von über 56.000 Menschen unterschriebene Forderung, der Bundestag möge beschließen, dass der Holodomor, »ein Genozid an dem ukrainischen Volke, verursacht durch das sowjetische Regime unter der Führung von Stalin«, gewesen sei.¹⁷

In Russland ist vor allem im Zuge des 80. Jahrestages des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion im Jahr 2021 die internationale Anerkennung des nationalsozialistischen »Genozids am sowjetischen Volk« – sowohl durch die internationale Geschichtswissenschaft als auch durch die Gerichte – eingefordert worden.¹⁸ Damit wollte man das politische Kapital der hohen Opferzahl des deutschen Vernichtungskrieges geltend machen. Die Opfer sollten wieder als allgemeine »sowjetische Opfer« verstanden werden und nicht etwa in nationale Untergruppen (Russen, Ukrainer, Belarussen und andere) zerfallen.

12 Gerhard Simon: 80 Jahre Holodomor – die große Hungersnot in der Ukraine. Ereignis und Erinnerung, 28.11.2013, <https://www.bpb.de/themen/europa/ukraine-analysen/174179/analyse-80-jahre-holodomor-die-grosse-hungersnot-in-der-ukraine/> [05.09.2023].

13 <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/376-16#Text> [05.09.2023].

14 Vgl. Wilfried Jilge: Geschichtspolitik in der Ukraine, in: APUZ 8–9/2007, 24–30, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/30640/geschichtspolitik-in-der-ukraine/> [05.09.2023].

15 Mehrere Staaten, darunter Australien, Kanada, Polen und die baltischen Staaten, erkannten die Hungersnot offiziell als Völkermord an. Das europäische Parlament erkannte den Holodomor 2008 als Verbrechen gegen die Menschlichkeit, aber nicht als Völkermord an.

16 Der ukrainische Begriff Holodomor bedeutet Tötung durch Hunger.

17 Guido Hausmann/Tanja Peter: Instrumentalisiert, verdrängt, ignoriert. Der Holodomor im Bewusstsein der Deutschen, in: Osteuropa 3-4/2020, 193–214.

18 https://rapsinews.ru/trend/genocide_people_09032021/ [05.09.2023].

Zum 75. Jahrestag des Sieges über Hitler-Deutschland 2020 hatte die Russische Föderale Archivagentur (Rosarchiv) gemeinsam mit dem Föderalen Sicherheitsdienst, dem Außenministerium, dem Innenministerium sowie dem Verteidigungsministerium ein großes Internetportal online gestellt.¹⁹ Wie es auf der Internetseite heißt, zielt das Projekt darauf ab, den Völkermord an friedlichen Sowjetbürgern zu dokumentieren und der Opfer zu gedenken. Es enthält Dokumente zu allen besetzten Gebieten der ehemaligen Sowjetunion, also auch zu den ukrainischen, belarussischen, baltischen und anderen Sowjetrepubliken.

Allerdings findet sich wenig spektakulär Neues, es handelt sich zumeist um bereits publizierte Dokumente. Die Archivbestände der russischen Geheimdienstarchive wurden – anders als in der Ukraine – noch nicht geöffnet. Insgesamt verfolgt das Internetportal wohl vor allem den Zweck, die sowjetischen Opfer zugunsten Russlands zu vergemeinschaften und nationalen Opfererzählungen, wie sie in der Ukraine und andernorts entstanden, entgegenzuwirken.

Lange Zeit war diese russische Sicht auf die Kriegsgeschehnisse auch in Deutschland sehr verbreitet, wie 2014 sichtbar wurde: zum Beispiel im Brief führender Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben, die an die historische Schuld Deutschlands gegenüber Russland mahnten.²⁰ Dass diese historische Schuld gegenüber der Ukraine mindestens genauso groß ist, wurde dabei ausgeblendet. An diesem blinden Fleck haben weder Bestseller wie Timothy Snyders Darstellung *Bloodlands* noch das letzte deutsche Entschädigungsprogramm für Zwangsarbeiter:innen etwas geändert, das einen Hinweis darauf bot, wie stark die Ukraine unter dem Krieg und der Besatzung zu leiden hatte.²¹

19 <https://victims.rusarchives.ru/> [05.09.2023].

20 »Wieder Krieg in Europa? Nicht in unserem Namen!«, in: ZEIT Online, 05.12.2014, <https://www.zeit.de/politik/2014-12/aufruf-russland-dialog> [05.09.2023].

21 In der Ukraine erhielten über 465.000 Opfer ehemaliger Zwangsarbeiter:innen eine Auszahlung, in Russland 227.000 und in Belarus 119.000. Dazu: Julia Landau: »Es ist unzulässig, dass die Worte der Entschuldigung nur an den Grabsteinen erklingen«. Zwangsarbeiter-

Erschreckende Parallelen bei der Instrumentalisierung des Genozid-Begriffs gibt es auch in Belarus. Dort hatte Präsident Lukaschenka das Narrativ vom Genozid am belarusischen Volk 2021 ideologisch, politisch und juristisch gegen die Oppositionsbewegung eingesetzt.²²

»Entnazifizierung« – Putins Propaganda adressiert auch die deutsche Öffentlichkeit

Der Begriff der »Entnazifizierung«, den Putin in seinen Reden immer wieder benutzte, ist vor allem für die deutsche Gesellschaft zumeist positiv besetzt. Inhaltlich umcodiert, soll seine Verwendung eine Spaltung der deutschen Gesellschaft befördern. 2014 zeigte diese Propagandastrategie teilweise Wirkung, als prominente Stimmen von »Putinverstehern« in den Diskurs einfließen.

Putin füllt diesen Begriff nun mit neuen Inhalten, und man kann vermuten, dass die von ihm offenbar bereits geplante »Entnazifizierung« der ukrainischen Eliten de facto eine breite Säuberungskampagne gegen Akteur:innen aus der ukrainischen Zivilgesellschaft beinhaltet. Die Rede von einer Entnazifizierung ukrainischer Eliten erinnert zugleich an die Rhetorik stalinistischer Schauprozesse und Säuberungskampagnen in den 1930er Jahren. In Russland war

entschädigung in der Ukraine und der Republik Moldau, in: Constantin Goshler (Hg.): Die Entschädigung von NS-Zwangsarbeit am Anfang des 21. Jahrhunderts, Bd. 4: Helden, Opfer, Ostarbeiter. Das Auszahlungsprogramm in der ehemaligen Sowjetunion, Göttingen 2012, 7–103; Tanja Penter: Die belarussische Stiftung »Verständigung und Aussöhnung«. Zwangsarbeiterentschädigung im Schatten der Lukašenka-Herrschaft, in: ebd., 104–193; Tanja Penter: Zwischen Misstrauen, Marginalität und Missverständnissen. Zwangsarbeiterentschädigung in Russland, Litauen und Lettland, in: ebd., 194–280.

- 22 Felix Ackermann: »Der Genozid am Belarusischen Volk« als politischer Diskurs und Strafverfolgungspraxis, in: Belarus-Analysen Nr. 56, 27.07.2021, 2–5, <https://www.laender-analysen.de/belarus-analysen/56/der-genozid-am-belarusischen-volk-als-politischer-diskurs-und-strafverfolgungspraxis/> [05.09.2023].

bereits 2014 ein Gesetz²³ verabschiedet worden, das die »Rehabilitierung des Nazismus« mit bis zu drei Jahren Haft bestraft. Darunter wurde die öffentliche Verbreitung von »Falschinformationen« über die Aktivitäten der UdSSR während des Zweiten Weltkrieges und über Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges gefasst.

Im ukrainischen Kontext nimmt der Begriff Bezug auf die sogenannten Dekommunisierungsgesetze, die im April 2015 unter Präsident Porošenko verabschiedet wurden und die auf die vollständige Umgestaltung der staatlichen Gedenkpoltik abzielten. Demnach sollten alle Symbole des Kommunismus (und des Nationalsozialismus) verboten und Verstöße gegen die Gesetze mit Haftstrafen von bis zu fünf Jahren geahndet werden. Innerhalb von sechs Monaten mussten alle kommunistischen Denkmäler mit Ausnahme derjenigen für den Zweiten Weltkrieg entfernt werden.

Die Umsetzung war rasant: Bis Ende 2016 wurden nach Angaben des Ukrainischen Instituts für Nationales Gedenken 32 Städte, 955 Ortschaften, 25 Bezirke und 51.493 Straßen, Parks und andere Orte in der Ukraine umbenannt. Darüber hinaus wurden 2389 Denkmäler und Gedenktafeln abgebaut, darunter 1320 Lenin-Statuen.²⁴ Damit wurde das visuelle Erbe des Kommunismus radikal beseitigt. Eine kritische Aufarbeitung der sowjetischen Vergangenheit, die sich mit den Ukrainer:innen als Opfern und Täter:innen auseinandersetzt, steht jedoch noch aus.²⁵

23 Siehe https://www.consultant.ru/document/cons_doc_LAW_10699/be763c1b6a1402144cabfe17a0e2d602d4bb7598/ [05.09.2023].

24 Lina Klymenko: Die Politik der Umbenennung. Nationsbildung und Straßennamen in der Ukraine, in: Ukraine-Analysen Nr. 214, 15.03.2019, 2–5, <https://www.laender-analysen.de/ukraine-analysen/214/die-politik-der-umbenennung-nationsbildung-und-strassennamen-in-der-ukraine/> [05.09.2023].

25 Florian Peters: Roter Mohn statt Rotem Stern. »Entkommunisierung« der Geschichtskultur in der Ukraine, in: Osteuropa 3/2016, 59–77; Gerhard Simon: Good Bye Lenin! Die Ukraine verbietet kommunistische Symbole, in: ebd.: 79–94; Tatiana Zhurzhenko: Erinnerungskontakte. Gedenkpoltik im postsowjetischen Charkiv, Osteuropa 4/2015, 153–171; Nikolay Koposov: Memory Laws, Memory Wars. The Politics of the Past in Europe and Russia, Cambridge 2018, 177–206.

Putin griff dieses Thema in einer bedrohlichen Passage seiner Rede vom 21. Februar auf: »Eine Überwindung des Kommunismus wollt Ihr? Alles klar, vollkommen einverstanden. Aber dann bitte nicht auf halbem Weg stehen bleiben. Wir zeigen euch gerne, was eine echte Überwindung des Kommunismus für die Ukraine bedeutet.«

Militärische Mittel des 20. Jahrhunderts treffen auf moderne Kommunikationsmethoden des 21. Jahrhunderts

Putins Politik ruft Erinnerungen an das Instrumentarium des Stalinismus wach: Geheimdienste und Militär, Unterdrückung und Repressionen gegen zivilgesellschaftliche Akteur:innen, Gleichschaltung der Medien, aggressive Propaganda- und Desinformationskampagnen. Zugleich trifft er dabei auf eine moderne, global vernetzte Welt, deren Medien und neue digitale Kommunikationsformen er jetzt zunehmend repressiver zu kontrollieren versucht.

Kein Wunder: Über die sozialen Medien erreichen uns in diesen Tagen Bilder von Menschen in den von der russischen Armee eingekreisten ukrainischen Städten. Ukrainer:innen berichten uns mit großer Entschlossenheit in deutscher oder englischer Sprache, wie der Krieg ihren Alltag zerstört hat. Wir organisieren Zoom-Konferenzen, bei denen unsere Kolleg:innen aus den umkämpften Städten in der Ukraine uns an ihrem unfassbaren Leid teilhaben lassen. Wir erhalten massenhaft Emails und WhatsApp-Nachrichten.

All dies zeugt auch davon, dass die vielfältigen Verflechtungen der Ukrainer:innen mit Europa in den letzten Jahren zugenommen haben, nicht zuletzt seit der Einführung des visafreien Reiseverkehrs 2017. Die jüngere Generation nutzte die Möglichkeiten, in Europa zu studieren, einen internationalen Freiwilligendienst zu absolvieren oder sich in der internationalen Klimabewegung zu engagieren. Das Erschütternde dieses Krieges liegt auch in dem Aufeinanderprallen einer brutalen russischen Kriegsführung, die sich der Methoden des 20. Jahrhunderts bedient, und modernen Kommunikationsformen des 21. Jahrhunderts, die uns unmittelbar mit Bildern des menschlichen Leidens in der Ukraine überfluten.

Wir erleben, wie der heiße Krieg in der Ukraine von einem Informationskrieg begleitet wird. Der wird wohl auch in Deutschland seine Wirkung nicht ganz verfehlen. Dabei geht es nicht nur um Teile des postsowjetischen migrantischen Milieus, die seit Jahren die russischen Propagandasender konsumieren, sondern auch um Segmente der deutschen Mehrheitsgesellschaft, in denen etwa von russischen Trollfabriken und dem russischen Auslandssender RT verbreitete Verschwörungstheorien zur Corona-Pandemie schon auf fruchtbaren Boden fielen. Aber auch deutsche Politiker:innen und Medien sind nicht von vornherein vor der Wirkungsmacht der Putin'schen Kriegsrhetorik gefeit. Deshalb sind die Aufdeckung und Dekonstruktion der Lügen der russischen Staatsmedien für eine breitere deutsche Öffentlichkeit zentral.

Corinna Kuhr-Korolev

Weltkulturerbe in Gefahr!

Zur Lage ukrainischer Museen, Bibliotheken und
Architekturdenkmäler im Krieg

13. März 2022

Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg ist im Krieg in der Ukraine allgegenwärtig. Die alten Menschen, die oft nicht mehr fliehen wollen oder können, erinnern sich an ihre Kindheit im Krieg. Sie erinnern sich an die deutsche Besatzung, an die Zerstörung ihrer Städte, an den mühsamen Wiederaufbau und an die Hoffnungen, die sie in die neue Staatlichkeit setzten.

Eine tragische Wiederholung ist auch das Schicksal der Kulturgüter. Vieles wurde während des Zweiten Weltkriegs zerstört, verbrannt oder verschleppt. Noch immer vermissen ukrainische Museen und Bibliotheken große Teile ihrer Sammlungen.¹ Gerade erst konnten Verlustkataloge abgeschlossen werden. Einige wenige Rückgaben von Kunstwerken, Büchern und Dokumenten gab es in den letzten Jahren, aber solche Fälle sind die Ausnahme. Einer deutsch-ukrainischen Forscher:innengruppe gelang es 2019, eine wertvolle handgemalte Urkunde aus der Zeit Peters des Großen,

1 Vgl. Wolfgang Eichwede/Ulrike Hartung (Hg.): »Betr.: Sicherstellung«. NS-Kunstraub in der Sowjetunion, Bremen 1998; Corinna Kuhr-Korolev/Ulrike Schmiegelt-Rietig/Elena Zubkova: Raub und Rettung. Russische Museen im Zweiten Weltkrieg, Köln 2019; Sabine Adler: Verschleppt und versteckt. Nazi-Beutekunst aus der Ukraine, Feature DLF Kultur, 08.12.2021, <https://www.deutschlandfunkkultur.de/verschleppt-und-versteckt-nazi-beutekunst-aus-der-ukraine-100.html> [05.09.2023].

die sich jahrzehntelang im Institut für Osteuropäische Geschichte und Landeskunde an der Universität Tübingen befunden hatte, an die Kiewer Staatsbibliothek zu restituieren. Sie stammte ursprünglich aus der Sakristei der Sophienkathedrale, befand sich aber seit den 1920er Jahren in der Handschriftenabteilung der Staatsbibliothek, wo sie 1941 von den deutschen Besatzern geraubt wurde.² Bei der Rückgabe des seltenen Sammlungsstücks stellte sich heraus, dass von ursprünglich circa 200 Urkunden dieser Bedeutung heute nur drei in Kiew erhalten sind.³

Erste Zerstörungen durch Kriegshandlungen

Nun droht erneut die Gefahr, dass einzigartiges Kulturerbe zerstört und damit ein Teil der ukrainischen Identität ausgelöscht wird. Folgend auf die Resolution *Aggression against Ukraine* der UNO-Vollversammlung am 2. März 2022 veröffentlichte die UNESCO eine Bekanntmachung, in der sie ihre Besorgnis um die Sicherheit des ukrainischen Kulturguts zum Ausdruck brachte und zur Einhaltung der Haager Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten von 1954 und des Zweiten Protokolls von 1999 mahnte.⁴ Bereits unter Beschuss gekommen ist die historische Altstadt von Tschernihiw, gelegen im Norden der Ukraine zwischen Kiew und der Grenze zu Belarus, mit ihren Kathedralen aus dem 11. und 12. Jahrhundert. Für Entsetzen hat gesorgt, dass russische Truppen nicht davor zurückschreckten, durch einen Raketenangriff

2 Vgl. Corinna Kuhr-Korolev/Katharina Kucher/Tetiana Sebt/Nataliia Sinkevych: Kriegsbeute in Tübingen. Eine Urkunde Peters des Großen, Seilschaften der Osteuropaforscher und die Restitution, in: Osteuropa 11-12/2016, 149–167.

3 Vgl. NAN Ukrajin, Nac. b-ka Ukrajin im.V. I. Vernads'kogo, uporjad. L. A. Dubrovina, T. I. Arsejenko, Z. K. Šarykova: Povernennja z Nimeččyny v Ukrajinu gramoty Petra I Ioasafu Krokovs'komu 1708 roku. Materialy uročystogo peredannja gramoty ta ukrajins'ko-nimec'kogo kolokviumu 30 travnja 2019 r., prysvjačenogo istoriji unikal'nogo dokumenta Sofijs'koi kolekciji, Kyjiv 2019.

4 Ukraine: UNESCO statement following the adoption of the UN General Assembly resolution, <https://whc.unesco.org/en/news/2411/> [05.09.2023].

auf den Fernsehturm von Kiew am 1. März auch die Beschädigung der Holocaust-Gedenkstätte Babyn Jar in Kauf zu nehmen.⁵ Außerdem ist ein kleines Museum in der Ortschaft Iwankiw in Brand geraten, in dem sich Werke der ukrainischen Volksmalerin Maria Prymatschenko befanden. Glücklicherweise gelang es Anwohnern offenbar, einen größeren Teil der Bilder zu retten.⁶

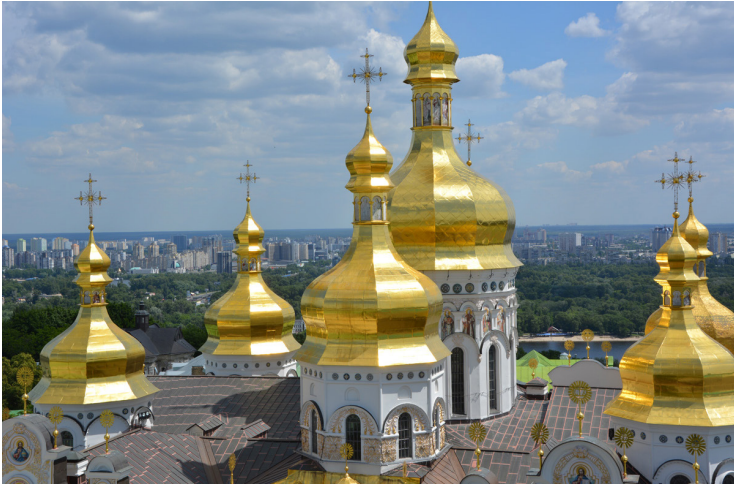
Bedrohung des gemeinsamen kulturellen Erbes

Allergrößte Sorge gilt den bedeutenden Kirchen, Architekturdenkmälern, Museen und Bibliotheken Kiews, die sich im Zentrum der Stadt und oft in unmittelbarer Nähe von Regierungsgebäuden befinden und bei Angriffsgefechten kaum geschützt werden können. So steht die Sophienkathedrale nur einige hundert Meter vom Hauptgebäude des ukrainischen Sicherheitsdienstes SBU entfernt. Diese Kathedrale gehört zum Weltkulturerbe.⁷ Ihr Bau, der Hagia Sophia in Konstantinopel nachempfunden, geht auf das 11. Jahrhundert zurück; der heutige Bau im ukrainischen Barock stammt vom Ende des 17. Jahrhunderts. Die Kathedrale bildete das geistliche, politische und kulturelle Zentrum der *Kiewer Rus*, des ersten ostslawischen Großreichs des Mittelalters. Sie war der Krönungs- und Bestattungsort der Kiewer Fürsten, in ihr fanden wichtige Staatszeremonien statt, und die Kiewer Volksversammlung tagte an diesem Ort.

5 Vgl. Russian Forces Strike Babyn Yar Holocaust Memorial Site, 02.03.2022, <https://babynyar.org/en/news/496/rosiiski-viiska-nanesly-udar-po-memorialu-holokostu-u-babynomu-yaru> [05.09.2023].

6 Vgl. Geraldine Kendall Adams: Museum community mobilises to help colleagues in Ukraine, in: Museumsjournal der Museumsassoziation, 01.03.2022, <https://www.museumsassociation.org/museums-journal/news/2022/03/museum-community-mobilises-to-help-colleagues-in-ukraine/#> [05.09.2023].

7 Die Liste der ukrainischen Weltkulturerbestätten, zu denen auch die historische Altstadt von Lwiw gehört, findet sich unter: <https://whc.unesco.org/en/statesparties/ua/> [05.09.2023].



Die Sophienkathedrale in Kyjiw im Jahr 2016.

Sie gehört seit 1990 zum Weltkulturerbe der UNESCO

Foto: © Katharina Kucher

Ebenfalls zum Weltkulturerbe gehört das am südlichen Rand des Stadtzentrums gelegene Kiewer Höhlenkloster, die *Kiewer Petscherskaja Lawra*. Es ist eines der ältesten und bedeutendsten orthodoxen Klöster der Ukraine und Russlands und trägt den Ehrentitel *Lawra*,⁸ den nur vier weitere Klöster erhalten haben. Die große Klosteranlage besteht aus einer Vielzahl von Kirchen, Klöstern und Museen und beherbergt einige der wertvollsten Museumssammlungen des Landes. Die Lawra und die Sophienkathedrale symbolisieren mehr als alle anderen Architekturdenkmäler die historische Größe, den spirituellen und kulturellen Reichtum der *Kiewer Rus*, die sowohl den Ukrainer:innen als auch den Russ:innen als der Ursprung ihrer Staatlichkeit gilt. Ihre Zerstörung käme der Vernichtung der historischen Wurzeln beider Nationen gleich und verdeutlicht den Irrsinn

⁸ Siehe <https://lavra.ua/en/> [05.09.2023].

dieses russischen Angriffskriegs, der mit Verweis auf die geistigen Werte der Orthodoxie geführt wird.

Begrenzte Rettungsmöglichkeiten

In Erinnerung ist mir ein Gespräch geblieben, das ich schon vor sechs Jahren, im März 2016 mit der Direktorin des Nationalen Museums der dekorativen ukrainischen Volkskunst führte. Die Kämpfe auf dem Majdan, die Annexion der Krim und der Krieg im Donbass waren zu diesem Zeitpunkt in Kiew äußerst präsent. Nachdenklich bemerkte sie, dass sie sich um mögliche Evakuierungs-orte für ihre Sammlung im Falle eines Angriffs auf Kiew Sorge. Selbst im Zweiten Weltkrieg sei die Situation hoffnungsvoller gewesen, da es damals die Möglichkeit gab, die Kunstschatze ins sowjetische Hinterland zu bringen. Nun aber reagiere die Stadt-administration kaum auf die Anfrage nach Bergungsorten und habe sie auf Metroschächte verwiesen.

Ebenso eindrucksvoll waren die Erzählungen einer der Kuratorinnen des Nationalen Kunstmuseums der Ukraine, die berichtete, wie sie mit ihren Kolleginnen während der Ereignisse auf dem Majdan versucht hatte, ihre Sammlungen vor Beschuss, Plünderung und Zerstörung zu retten. Tag und Nacht schoben sie Dienst im Museum und hielten ständig Kontakt mit den davor positionierten Milizen, um ihnen zu vermitteln, dass die Kämpfe vom Museum ferngehalten werden müssten. Nur mit Mühe verhinder-ten sie, dass Scharfschützen auf dem Dach positioniert wurden.

Diese Berichte verdeutlichen eine Situation, die in Kriegssitu-ationen häufig auftritt: Evakuierungspläne sind nur unzureichend ausgearbeitet, geeignete Bergungsorte stehen nicht zur Verfügung, Museen und Bibliotheken werden bis kurz vor Beginn von Kampf-handlungen offengehalten, um Panik zu verhindern, Bergungen erfolgen teilweise spontan und sind der Rettung von Menschen berechtigterweise nachgeordnet, Transportmittel fehlen und Trans-portwege geraten zunehmend unter Beschuss. Evakuiert werden kann sowieso immer nur ein kleiner Teil der Sammlungen. In den Depots bleibt vieles zurück.

Das Museums- und Bibliothekspersonal hat kaum Handlungsspielraum und Entscheidungsmöglichkeiten. Einige müssen die Sammlungen in Bergungsorte begleiten, die anderen bleiben trotz der Gefahren für ihr Leben vor Ort, um das Schlimmste zu verhindern. Was aber können sie tun? Möglicherweise gelingt es, Kunstgüter vor Plünderungen oder kleinen Bränden zu schützen, aber gegen Raketenbeschuss sind die Mitarbeiter:innen machtlos. Bei Kriegsbeginn schrieb die Direktorin der Staatsbibliothek, sie sei nach wie vor in Kiew, die Depots seien gesichert und sie hoffe, dass alles irgendwie gut ausgehen werde. Wie fatal und sinnlos wäre es, wenn russische Truppen heute das zerstören würden, was durch Glück und Zufall den Zweiten Weltkrieg unbeschädigt überstanden hat.

Mehr dazu auch: Sophia Kishkovsky, Museum building heavily damaged in Ukraine's battle-ravaged city of Chernihiv, in: The Art Newspaper, 15.03.2022, https://www.theartnewspaper.com/2022/03/15/museum-building-heavily-damaged-in-ukraines-battle-ravaged-city-of-chernihiv?utm_source=The+Art+Newspaper+Newsletters&utm_campaign=e65f41a652-EMAIL_CAMPAIGN_2022_03_15_03_28&utm_medium=email&utm_term=0_c459f924d0-e65f41a652-62147570 [05.09.2023].

Robert Kindler

Wenn es ernst wird

Mit Karl Schlögel im »Situation Room«
der Zeitgeschichte

14. März 2022

»Entscheidung in Kiew. Ukrainische Lektionen« – so hat Karl Schlögel sein 2015 veröffentlichtes Buch über die Ukraine betitelt.¹ Drei Punkte sind es, die den Band im März 2022 zu einer ebenso fesselnden wie aufwühlenden Lektüre machen, zum »Buch der Stunde« gar, wie es unlängst hieß.²

Erstens sind da die politischen Einschätzungen und Prognosen, die klingen, als entstammten sie unserer unmittelbaren Gegenwart. Zweitens faszinieren Schlögels Essays über (sowjet-)ukrainische Städte, die zwischen 1988 und 2015 verfasst wurden und die den größten Teil des Buches ausmachen. Manches von dem, was er etwa in Charkiw noch sah, in dieser »Stadt, die weiß, was auf dem Spiel steht und dass jederzeit alles verloren sein kann« (S. 181), ist jetzt bereits durch russische Raketen zerstört. Und drittens unterzieht er seine Doppelrolle als Historiker des sowjetischen Imperiums und teilnehmender Beobachter epochaler Zeitenwenden einer selbstkritischen Revision. Daran schließt sich die Frage an, was Zeithistorikerinnen und -historiker konkret tun können, wenn es ernst wird.

1 Karl Schlögel: Entscheidung in Kiew, Berlin 2015.

2 Arno Widmann: Karl Schlögel. »Entscheidung in Kiew« – Die Chronik eines angekündigten Todes, in: Frankfurter Rundschau, 01.03.2022, <https://www.fr.de/kultur/gesellschaft/karl-schloegel-entscheidung-in-kiew-die-chronik-eines-angekueundigten-todes-91381527.html> [05.09.2023].

Nach der Annexion der Krim und der Besetzung von Teilen der Ostukraine durch Russland im Jahr 2014 stand für Karl Schlögel nicht mehr und nicht weniger als die Existenz des ukrainischen Staates auf dem Spiel. Die ersten Sätze des Buches lauten:

»Wir wissen nicht, wie der Kampf um die Ukraine ausgehen wird; ob sie sich gegen die russische Aggression behaupten oder ob sie in die Knie gehen wird, ob die Europäer, der Westen, sie verteidigen oder preisgeben wird. Nur so viel ist gewiss: Die Ukraine wird nie mehr von der Landkarte in unseren Köpfen verschwinden.« (S. 9)

Auf der vorletzten Seite heißt es:

»Nun bekommen wir es mit einem Ernstfall zu tun, für den wir, was die dafür notwendigen Denkmittel und Verhaltensformen angeht, denkbar schlecht gerüstet sind, um von den praktischen Formen der Friedenssicherung, die auch militärische Wehrhaftigkeit einschließt, gar nicht zu reden.« (S. 289)

Wohl kaum jemand würde diesen Diagnosen heute widersprechen. Obgleich sie bereits vor Jahren formuliert wurden, scheinen sie einem der zahllosen Leitartikel der letzten Tage entnommen zu sein. Ihre Re-Lektüre wirft deshalb unweigerlich die Frage auf, warum die hier so eindringlich formulierten Herausforderungen und Bedrohungsszenarien für die Ukraine nicht längst fest im kollektiven Bewusstsein der deutschen Öffentlichkeit verankert waren. Man hätte um den aggressiven Charakter Putins wissen müssen, so liest man es momentan landauf, landab. Doch als Schlögel und andere davor warnten, wollten weite Teile der deutschen Politik und Öffentlichkeit nicht wahrhaben, welche Bedrohung sich in Russland formierte.

Schlögels mit Verve vorgetragenen Überlegungen wurden von den meisten ignoriert, von einigen gelobt und nur von den wenigsten ernst genommen.³ Das lag zunächst am Buch selbst, dessen

3 Ausweislich des Portals »Perlentaucher« erschienen 2015 lediglich in zwei großen deutschen Tageszeitungen (FAZ und Welt) Rezensionen des Buches: <https://www.perlentaucher.de/buch/karl-schloegel/entscheidung-in-kiew.html> [05.09.2023].

erster Teil über weite Strecken einer akribischen Selbstbefragung Schlögels gleicht. Er habe die Ukraine nicht auf seinem Horizont gehabt, sich mit ihrer Kultur und Geschichte nicht in angemessener Weise befasst. Nun aber, angesichts von *Euromaidan* und russischer Okkupation, sei für ihn die »Stunde der Wahrheit« gekommen. In einer kritischen Besprechung im Deutschlandfunk hieß es angesichts solcher Passagen, das Buch sei »ein Zeugnis der Desillusion – und der Empörung«, das in der »Form eines Vorwurfs, auch gegen sich selbst«, verfasst worden sei.⁴

Eine solche Deutung ließ außer Acht, worum es Schlögel eigentlich ging: Einerseits interessierte ihn die überraschende Rückkehr der Bedrohung im Europa des 21. Jahrhunderts: »Die Geschichtszeit meldete sich mit einem großen Knall zurück, unterbrach das Kontinuum der Zeit, individuelle Lebenszeit und Geschichtszeit traten mit einem Mal schroff und schmerzhaft auseinander. Wie soll man das beschreiben? [...] Jedenfalls gab es einen Grund zu einer Beunruhigung, in der sich etwas zurückgemeldet hat, was früher einmal als »unheimlich« bezeichnet wurde.« (S. 290).

Andererseits versuchte er sich an einer Neujustierung des Verhältnisses von russisch/sowjetischer und ukrainischer Geschichte. Letztere müsse in eigenem Recht betrachtet werden, denn: »Ukraine – das war bis vor kurzem im Horizont der meisten Deutschen nichts weiter als Hinterhof, Glacis, Einflussosphäre, Pufferzone und Objekt anderer, kein Subjekt, das eine eigene Vorstellung von seiner Geschichte hat und sein Leben einrichten kann, wie es will und wie es jeder anderen Nation zugestanden wird, ohne Wenn und Aber. Die geschichtliche Erfahrung der Völker zwischen Russland und Deutschland – Polen und Balten vor allem – gilt in diesem Diskurs immer noch wenig [...]« (S. 38f.)

Doch 2015 interessierte sich in Deutschland kaum noch jemand ernsthaft für ukrainische Probleme. Das Jahr stand im Zeichen von »Wir schaffen das« und Flüchtlingskrise. Zudem waren Rohstoff-

4 Katharina Döbler: Ein Zeugnis der Desillusion, in: Dlf, 24.09.2015, <https://www.deutschlandfunkkultur.de/karl-schoegel-entscheidung-in-kiew-ein-zeugnis-der-100.html> [05.09.2023].

geschäfte mit Russland schon wenige Monate nach der Annexion der Krim wichtiger als der Bruch des Völkerrechts: Das fatale Projekt »Nord Stream 2« wurde im Herbst 2015 offiziell aus der Taufe gehoben. Wenn in der deutschen Öffentlichkeit zu dieser Zeit von der Ukraine die Rede war, so ging es vor allem um die gescheiterten Minsker Abkommen, mit denen die Gewalt enden sollte. Vielen mochten auch noch die Berichte über Rechtsradikale und Nationalisten auf dem Majdan und in den Kampfverbänden in der Ostukraine präsent sein. Dass Schlögel in dieser Situation bedingungslos für die ukrainische Nation eintrat und sie als Teil des europäischen Projekts begriff, empfanden manche als unpassend und eindimensional. Anderen erschien der mitunter pathetische Ton seiner Ausführungen überzogen. Auch mir ging es so.

Wer mit den politischen Implikationen des Buches nichts anzufangen wusste, konnte »Entscheidung in Kiew« doch für die darin versammelten Annäherungen an urbane Räume, ihre Geschichte und Gegenwart loben. Die acht »Porträts ukrainischer Städte« entstammen drei unterschiedlichen Situationen ukrainischer – und damit europäischer – Geschichte: Je zwei wurden kurz vor dem Fall des Eisernen Vorhangs beziehungsweise um die Jahrtausendwende verfasst. Die vier übrigen Texte entstanden im Nebeneinander von Krise und Aufbruch der Jahre 2014/15. In diesen Essays zeigt der Historiker Karl Schlögel sein ganzes Können.

Allerdings versteht man nach ihrer Lektüre auch, weshalb er unter Fachkolleg:innen eine (wenngleich bewunderte) Außenseiterposition einnimmt – und seine Bücher riesige Auflagen erfahren: Einerseits überwältigt er mit seiner Sprachkunst und der radikalen Subjektivität seiner Texte. Andererseits lässt er sich von seinem Gegenstand zuweilen derart mitreißen und faszinieren, dass er stellenweise nicht mehr als dessen Analytiker, sondern als sein Anwalt schreibt. Angesichts der Raketeneinschläge in Charkiw oder der drohenden Einschließung von Kyiv durch russische Truppen – ich schreibe dies am 5. März 2022 – gewinnen diese Texte nun an unmittelbarer Dringlichkeit. Ihre Lektüre vermittelt eine bedrückende Ahnung von den Ausmaßen kommender Katastrophen und Verluste.

Der Krieg Russlands in der Ukraine ist ein Epochenbruch von globaler Bedeutung, dessen Konsequenzen aus heutiger Perspektive unabsehbar sind. Was aber können Zeithistorikerinnen und -historiker in der Krise überhaupt tun? 2014/15 lautete Karl Schlögl's Antwort auf diese Frage: Man muss zumindest versuchen, mit den Ereignissen Schritt zu halten. Moralisch verpflichtet aber ist man, Partei zu ergreifen. Er selbst hält es bis heute nicht anders.

Was bedeutet das nun konkret und übersetzt in die Realität des Jahres 2022? Zunächst einmal ist evident, dass Historikerinnen und Historiker gefordert sind, die Ereignisse einzuordnen, historische Kontexte zu erklären und – wo immer nötig – Verzerrungen und Lügen entgegenzutreten. Die Medien und Öffentlichkeiten, in denen sie dies tun, sind verschieden. Das können Fernsehsendungen, aber auch Diskussionen mit Schulklassen sein.⁵ Hinzu kommt, darauf hat etwa der Historiker Florian Peters unlängst hingewiesen, die Notwendigkeit, jetzt Quellenüberlieferungen für spätere Analysen anzulegen. Videos, Einträge auf *Social Media*, *Blogposts* und Chatverläufe; dies sind die Materialien, anhand derer eine Geschichte dieses Krieges geschrieben werden muss.⁶

Zudem: Das kulturelle und historische Erbe der Ukraine ist bedroht, wenn Bibliotheken und Archive durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogen werden. Momentan formieren sich globale Initiativen, um davon so viel wie möglich zu sichern. Jede helfende Hand wird dabei gebraucht.⁷ Vor allem aber geht es jetzt um die

5 Das Zentrum für Zeithistorische Forschung bietet Diskussionen für Schulklassen zum Krieg in der Ukraine an: <https://zzf-potsdam.de/de/news/angebot-fur-lehrkraefte-schulklassen-gesprache> [05.09.2023].

6 Florian Peters: Russlands Überfall auf die Ukraine – eine Zeitenwende?, in: zeitgeschichte | online, März 2022, <https://zeitgeschichte-online.de/themen/russlands-ueberfall-auf-die-ukraine-eine-zeitenwende> [05.09.2023]. Wie eine Datensammlung laufender Ereignisse aussehen könnte, zeigt etwa das »Coronaarchiv«, das laut eigener Aussage »zu einer der weltweit größten digitalen Sammlungen zur Pandemie« wurde: <https://coronaarchiv.blogs.uni-hamburg.de/projekt> [05.09.2023].

7 Zentral für solche Versuche ist das Projekt »Saving Ukrainian Cultural Heritage Online (SUCHO)«, <https://www.sucho.org> [05.09.2023].

Kolleginnen und Kollegen aus Charkiw, Kyiv oder L`viv, die aufgrund des Krieges ihre Heimat verlassen müssen. Sie brauchen Perspektiven, um ihre Arbeit fortzusetzen. Gleiches gilt auch für jene, die in diesen Tagen Russland und Belarus den Rücken kehren, weil sie nicht länger »mit der Lüge leben« können. Hier ist konkrete Unterstützung gefordert, sowohl in Form unkomplizierter Fellowships und Stipendien, wie sie momentan vielerorts entstehen, als auch mit langfristig angelegten Programmen.⁸ Und obwohl die meisten institutionellen Kooperationen mit russischen Wissenschaftsinstitutionen und Universitäten unterbrochen sind, dürfen die Kooperationen mit unseren Kolleginnen und Kollegen in Russland nicht enden. Gerade jetzt ist unsere Solidarität besonders wichtig.⁹

All solche Aktivitäten sind relevant, doch ihr Erfolg ist ungewiss. Denn: »Dem Aufbau einer Gegenwehr gegen den von außen geschürten Krieg geht eine lange und qualvolle Zeit der Destabilisierung, der Fragmentierung, der Atomisierung voraus. Die Destabilisierung ist die Zeit des Übergangs in ein anderes Europa. Ob wir sie aushalten, ob wir sie durchstehen?« (S. 17).

Diese letzte Frage Karl Schlögels ist heute aktueller denn je. Die Antwort darauf ist Hoffnung.

8 Eine laufend erweiterte Übersicht zu Unterstützungsangeboten bietet etwa das Portal »Osmikon«: <https://www.osmikon.de/> [05.09.2023].

9 Viele russische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben sich öffentlich gegen den Krieg ausgesprochen: Robert Kindler: Russlands Wissenschaftler*innen protestieren. Offene Briefe gegen den Krieg, in: zeitgeschichte | online, März 2022, <https://zeitgeschichte-online.de/themen/russlands-wissenschaftlerinnen-protestieren> [5.3.2022].

Elisa Satjukow

Osteuropa (ver)lernen

Ein Plädoyer für eine neue Geschichtskultur

15. März 2022

In der Ukraine ist Krieg und allerorts wird die Forderung nach mehr Osteuropa-Expertise laut. Das Problem ist jedoch nicht nur fehlende Expertise, sondern die Sonderrolle der Osteuropaforschung im deutschen Wissenschaftssystem. Über den langen Weg zu einem integrativen Geschichtsverständnis.

Zum Studium der Osteuropäischen Geschichte in den 1970er Jahren habe er sich entschieden aufgrund von Willy Brandts neuer Ostpolitik, erinnert sich Stefan Troebst, bis 2021 Professor für Kulturgeschichte des östlichen Europa an der Universität Leipzig.¹

Die damalige Annäherung an die sozialistischen Nachbarländer war für eine ganze Generation von westdeutschen Osteuropa-Historiker:innen von großer Bedeutung. Die andere Seite des Eisernen Vorhangs war auf einmal nicht mehr so fern. Und auch dahinter tat sich etwas: Gorbatschows Reformpolitik der Glasnost und Perestroika leitete ab Mitte der 1980er Jahre in der Sowjetunion einen politischen Wandel ein, und auf einmal, so berichtet die Slawistin Birgit Harreß, waren die Hörsäle der sonst doch übersichtlich besuchten

1 Interview der Autorin mit Stefan Troebst, 08.02.2022.

Veranstaltungen der Ostslawistik und Osteuropäischen Geschichte von Gießen bis Westberlin brechend voll.²

Doch nicht nur im Westen entdeckte man Osteuropa neu, auch an den DDR-Hochschulen war die Aufbruchstimmung im sowjetischen Bruderstaat viel diskutiertes Thema in den Lehrveranstaltungen, weiß Peer Pasternack: »Wir hatten jede Menge Betonköpfe, aber diese Betonköpfe beherrschten nicht mehr allein die Debatte. Also in den Gesellschaftswissenschaften gab es die Gorbatschowianer und die Stalinisten – und das war auch allgemein bekannt.«³ Während Pasternack als Sprecher des neu gewählten Studierendenrates die Transformationszeit 1989 an der Universität Leipzig mitgestaltete und später zunächst als Staatssekretär für Wissenschaft und Forschung nach Berlin und dann als Direktor des Instituts für Hochschulforschung nach Wittenberg ging, kamen Troebst und Harreß Ende der 1990er Jahre als neu berufene Professor:innen nach Leipzig. Innerhalb dieses Jahrzehnts wurde das gesamte DDR-Hochschulwesen abgewickelt und neu aufgestellt.

Hatte man vor der Wende hier und dort die sozialistischen Reformbewegungen nach Jahrzehnten der Stagnation als verheißungsvollen Anfang eines gemeinsamen europäischen Projektes gesehen, wurde bald deutlich, dass dieser Weg zumindest aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive nicht zusammen gegangen wurde. Es war der Anfang vom Ende der Geschichte Osteuropas.

Doch was ist eigentlich die Geschichte Osteuropas?

Während die deutsche Wikipedia einen umfangreichen Artikel über die Osteuropäische Geschichte und ihre vier »Teilregionen« Ostmitteleuropa, ehemalige Sowjetunion, Nordosteuropa und Südosteuropa/Balkan führt, ergibt die Suche nach einem Eintrag zur Westeuropäischen Geschichte lediglich, dass eine solche nicht existiert, weil sie der Normalfall ist. Anders steht es scheinbar um die andere Seite Europas. Während sich ab Mitte des 19. Jahrhunderts

2 Interview der Autorin mit Birgit Harreß, 12.01.2022.

3 Interview der Autorin mit Peer Pasternack, 01.09.2021.

die ersten Slawistiken gründeten, existieren Lehrstühle mit der Denomination »Osteuropäische Geschichte« erst seit Anfang des 20. Jahrhunderts. Die ersten wurden 1902 in Berlin und 1908 in Wien geschaffen.

Wenngleich keine wissenschaftliche Disziplin frei von politischen Interessen ist, so besteht doch ohne Zweifel eine besondere Indienstnahme von Regionalwissenschaften bzw. Area Studies, in denen, wie Anne Kwaschik schreibt, »imperiales Wissen zur Wissenschaft« wurde.⁴ Das gilt auch für die Institutionalisierung von Osteuropawissen an deutschen Hochschulen, das mit der sogenannten Ostforschung, die als wissenschaftliche Grundlage der Vernichtungspolitik der Nazis gilt, seinen traurigen Höhepunkt erlebte.

Dennoch erfuhr die Osteuropaforschung nach 1945 eine Renaissance. Einer der bis heute wichtigsten Fachverbände der Disziplin, 1913 als Gesellschaft zum Studium Russlands ins Leben gerufen, benannte sich 1949 in Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde um. Ein Jahr zuvor hatte sich in den USA der weltweit größte Wissenschaftsverband der Osteuropaforschung, die Association for Slavic, East European, and Eurasian Studies, kurz ASEES, gegründet. Im Zuge des Kalten Krieges erlebte die Russland- und Osteuropaforschung überall in Westeuropa und Nordamerika einen institutionellen Ausbau. Gleichzeitig fand auch auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs Osteuropaforschung statt, auch wenn diese dort zumeist Marxismus-Leninismus oder Geschichte der Sowjetunion hieß. Das Ende des Sozialismus nach 1989 versprach schließlich nicht nur die Überwindung der Ost-West-Dichotomie, sondern auch die Abschaffung von Wissenschaftsgrenzen.

Wozu also noch eine Geschichte Osteuropas ohne Osteuropa?

Genau diese Frage hat der Russland-Historiker Jörg Baberowski 1997 in einem Essay mit dem Titel »Das Ende der Osteuropäischen

4 Anne Kwaschik: Der Griff nach dem Weltwissen. Zur Genealogie von Area Studies im 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 2018, 19.

Geschichte« gestellt.⁵ Darin moniert er die Rolle des eigenen Faches als »bloßen Appendix der Geschichtswissenschaften« und proklamiert, dass »der Osteuropäischen Geschichte mit dem Zusammenbruch des Sowjetreiches die geographisch verortete Legitimation abhanden gekommen« sei. Der Beitrag zog seinerzeit einen Aufschrei in der Community nach sich, zahlreiche Wissenschaftler:innen machten sich für das Fortbestehen des eigenen Faches stark.

Die damalige Theoriedebatte ging einher mit dem sogenannten *spatial turn* in den Sozialwissenschaften, in dessen Folge Raumvorstellungen ganz grundsätzlich hinterfragt wurden. Dies führte auch zu einem Umdenken in den *Area Studies*, deren gesamte Existenz das Vorhandensein bestimmter Räume voraussetzt. Wenn diese aber, wie Zoran Milutinović schreibt, als »intellectual constructs, with shifting borders, drawn at different times with different aims in mind«⁶ zu verstehen sind, dann stellt sich die Frage: Wo und wann fängt Osteuropa an und wo hört es auf, wenn wir die Grenzverschiebungen und Verflechtungsräume der Kiewer Rus, des Osmanischen Reiches oder die Staaten des Warschauer Pakts gleichermaßen in den Blick nehmen?

Wissenschaftler:innen wie Larry Wolff⁷ und Maria Todorova⁸ haben schon früh darauf aufmerksam gemacht, dass Osteuropa oder der Balkan nicht nur als Geschichtsräume,⁹ sondern auch als

5 Jörg Baberowski: Das Ende der Osteuropäischen Geschichte. Bemerkungen zur Lage einer geschichtswissenschaftlichen Disziplin, in: Osteuropa 8–9/1998, 784–799, hier 788, 787.

6 Zoran Milutinović: Introduction. Area Studies in Motion, in: ders.: The Rebirth of Area Studies. Challenges for History, Politics and International Relations in the 21st Century, London 2020, 1–18.

7 Larry Wolff: Inventing Eastern Europe. The Map of Civilization on the Mind of Enlightenment, Stanford 1996.

8 Maria Todorova: Imagining the Balkans, New York 1997.

9 Stefan Troebst: »Geschichtsregion«: Historisch-mesoregionale Konzeptionen in den Kulturwissenschaften Geschichtsregion, in: Europäische Geschichte Online, 03.12.2010 [05.09.2023].

mentale Landkarten des Westens fungieren.¹⁰ In unserer Vorstellung von Modernität, ist dieser Osten immer ein Stückchen rückständiger, gewaltvoller, weniger »entwickelt«. Oder wie Slavoj Žižek es überspitzt auf dem Punkt brachte: Der Balkan beginnt immer ein Stückchen weiter unten. Für die Menschen aus München beginnt er hinter der Grenze nach Österreich, für die Österreicher:innen in Slowenien, in Ljubljana verweisen sie auf das benachbarte Kroatien und dort schütteln sie nur die Köpfe und zeigen weiter nach Bosnien.¹¹ Das gleiche gilt auch für Osteuropa, das wahlweise in Ostdeutschland, Polen oder der Ukraine beginnt, die ohne Zweifel vieles verbindet, aber nicht zuletzt die Tatsache, dass niemand Osteuropa und alle Europa sein wollen.

Wer entscheidet darüber, wessen Geschichte zu Europa gehört?

Ein Blick auf die Entwicklung der Geschichtswissenschaften nach 1989 im vereinigten Deutschland zeigt, dass wir es bis heute mit einem starken Bias in der Bewertung dieser Frage zu tun haben – sowohl im deutschen als auch im europäischen Vergleich. Ostdeutschland nimmt hier eine Sonderstellung im postsozialistischen Raum ein, wurde hier doch im Zuge des Einigungsprozesses die gesamte DDR-Hochschullandschaft erneuert, wie etwa der Politikwissenschaftler Dieter Segert erinnert: »Und dann wurden alle Sektionen abgewickelt und neu gegründet. Das ist ja eigentlich eine Konstruktion, die es rechtlich gar nicht geben kann, denn entweder etwas ist überflüssig oder es ist nicht überflüssig, aber das wurde trotzdem gemacht. Und wir waren dann alle irgendwie in der Luft.«¹²

10 Frithjof Benjamin Schenk: Mental Maps. Die kognitive Kartierung des Kontinents als Forschungsgegenstand der europäischen Geschichte, in: Europäische Geschichte Online, 05.05.2013, <http://ieg-ego.eu/de/threads/theorien-und-methoden/mental-maps/frithjof-benjamin-schenk-mental-maps-die-kognitive-kartierung-des-kontinents-als-forschungsgegenstand-der-europaeischen-geschichte> [05.09.2023].

11 Siehe <https://www.youtube.com/watch?v=Ge4sxLgiAGA> [05.09.2023].

12 Interview der Autorin mit Dieter Segert, 13.09.2021.

Dieter Segert, der zu Ostzeiten als Hochschullehrer der Sektion Philosophie an der Humboldt-Universität zu Berlin beschäftigt war, gehört zu den wenigen Gesellschaftswissenschaftler:innen der DDR-Generation, die auch nach der Wende weiterbeschäftigt wurden – wenngleich seine Position am neu entstandenen Institut für Politikwissenschaften an der HU, obwohl positiv evaluiert, nur mit einer befristeten Professur versehen wurde. Segert konnte in Wien als Professor für Politikwissenschaften Fuß fassen und zählt bis heute zu den wichtigsten Kennern der Transformationszeit Osteuropas. Viele andere schlugen sich über Drittmittelbeschäftigungen durch oder wanderten in außerwissenschaftliche Bereiche ab.

Zeitgleich wurden Professuren für Osteuropäische Geschichte nach westdeutschem Vorbild an ostdeutschen Hochschulen eingerichtet und neu besetzt. Die Anzahl von Lehrstühlen mit einer Denomination Osteuropa ist deutschlandweit generell gering, aber anders als in der Öffentlichkeit derzeit häufig moniert, laut der Datenbank Kleine Fächer¹³ seit 1997 nicht signifikant zurückgegangen – es sind sogar neue Institute wie das Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien in Berlin hinzugekommen, wenngleich es nach wie vor an einer Expertise insbesondere in den Bereichen Politik-, Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaft fehlt.¹⁴ Besonders drastisch steht es um die Slawistiken und Sprachlernangebote der Region, die sich seit Jahren im Abbau befinden.¹⁵

Osteuropa als Methode

Das Problem ist also nicht so sehr das Fehlen von Osteuropa-Lehrstühlen im deutschen Wissenschaftssystem, sondern vielmehr die Abwesenheit von Osteuropa-Expertise an allen anderen Lehrstühlen

13 <https://www.kleinefaecher.de/kartierung/was-ist-ein-kleines-fach> [05.09.2023].

14 Alexander Libmann/Niklas Platzer: Geschichte, Slawistik und der Rest. Osteuropaforschung in Deutschland, in: Osteuropa 7/2021, 133-153.

15 Herta Schmid/Katrin Berwanger: Memorandum über die Lage der Slawistik in Deutschland, in: Osteuropa 9/2005, 122-129.

und Instituten, in denen häufig nach wie vor eine hegemoniale westeuropäische Perspektive besteht, die das Eigene noch immer zur Norm erklärt und »den Osten« als das Andere essenzialisiert. Jannis Panagiotidis und Hans-Christian Petersen sprechen gar von einem gesellschaftlich verankerten »antiosteuropäischem Rassismus«.¹⁶ Auch andere Wissenschaftler:innen, wie Manuela Boatca,¹⁷ Anca Parvulescu,¹⁸ Madina Tlostanova¹⁹ oder Martin Müller,²⁰ weisen darauf hin, wie wichtig eine kritische und postkolonial informierte Perspektive ist, um unser Verständnis von Osteuropa neu zu denken. Sie plädieren dafür, Osteuropa nicht nur als epistemologischen Raum zu verstehen, sondern auch als Methode neu zu denken.

Ein solches dekoloniales Verständnis von Wissenschaft und Wissenschaftskommunikation, wie es für andere Area Studies wie die Asien- oder Afrikawissenschaften schon lange gefordert wird, bedeutet ganz konkret: Neben jedem in Berlin oder München sozialisierten Experten, dessen Kompetenz in diesen Tagen besonders gefordert ist, sollte eine in Kiew oder Charkow sozialisierte Expertin stehen. Auf jedem Panel, in jedem Sammelband, in jeder Fußnote sollte Wissen über Osteuropa geteilt werden, dessen Wurzeln über die Grenzen der deutschen Osteuropageschichtsschreibung hinausgehen. Dafür braucht es eine wissenschaftliche Infrastruktur, die das möglich macht. Kürzungen und Streichungen in den Slawistiken und an anderen Stellen müssen dringend

16 Jannis Panagiotidis/Hans-Christian Petersen: Rassismus gegen Weiße? Für eine Osterweiterung der deutschen Rassismusdebatte, in: Geschichte der Gegenwart, 23.02.2022, <https://geschichtedergegenwart.ch/rassismus-gegen-weisse-fuer-eine-osterweiterung-der-deutschen-rassismusdebatte/> [05.09.2023].

17 <https://jwsr.pitt.edu/ojs/jwsr/article/view/362> [05.09.2023].

18 https://www.researchgate.net/publication/341326938_EASTERN_EUROPE_AS_METHOD [05.09.2023].

19 https://www.researchgate.net/publication/279748723_MADINA_TLOSTANOVA_Can_the_Post-Soviet_Think_On_Coloniality_of_Knowledge_External_Imperial_and_Double_Colonial_Difference [05.09.2023].

20 <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/14650045.2018.1477757> [05.09.2023].

überdacht, Sprachlernangebote und Stipendienprogramme erweitert werden und Forschungsprojekte mit einem Osteuropa-Schwerpunkt und die Inklusion von *heritage scholars* nicht mehr Ausnahme, sondern Regel sein.

Die Antwort auf die Frage, ob wir mehr Osteuropa-Expertise brauchen, lautet also: Ja und Nein. Wir brauchen keine weiteren Osteuropa-Institute; was wir brauchen, ist eine integrative Geschichtsschreibung, in der Osteuropa genauso selbstverständlich Bestandteil ist wie Westeuropa.

Nino Aivazishvili-Gehne, Alina Jašina-Schäfer, Jannis Panagiotidis

Konflikte, Engagement und Ängste

Der Ukrainekrieg in den Augen postsowjetischer
Migrant:innen in Deutschland

17. März 2022

Der Krieg in der Ukraine betrifft Deutschlands Einwohner:innen auf unterschiedliche Art und Weise. Er durchdringt die Stadt- und Privaträume anders, aktualisiert unterschiedliche Erinnerungen und ruft verschiedene (Re)aktionen hervor. Er beherrscht nun fast jedes Gespräch, das man zufällig auf der Straße, in einem Café oder Geschäft überhört. Aufgrund ihrer eigenen Herkunft fühlen sich die Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion in Deutschland – die postsowjetischen Migrant:innen – besonders von diesem Krieg betroffen, egal wie sie zu ihm stehen. Der Krieg hat direkte Auswirkungen auf ihre Lebenswelten, er betrifft Familienangehörige und Freunde sowohl in der Ukraine als auch in Russland, und er hinterlässt Spuren in den hiesigen Communities.

Die 3,5 Millionen Menschen mit postsowjetischem Migrationshintergrund in Deutschland sind keine homogene Gruppe.¹ Die meisten von ihnen sind in den 1990er Jahren als Spätaussiedler:innen nach Deutschland gekommen, also als »deutsche Volkszugehörige« bzw. deren Familienangehörige. Gut 2,3 Millionen ehemalige Sowjetbürger:innen kamen so in die Bundesrepublik. Weitere gut

1 Für eine detaillierte Darstellung der verschiedenen Communities siehe Jannis Panagiotidis: Postsowjetische Migration in Deutschland. Eine Einführung, Weinheim 2021.

220.000 Menschen immigrierten als jüdische Kontingentflüchtlinge und deren Angehörige. Darüber hinaus gibt es Zugewanderte aus verschiedenen ehemaligen Sowjetrepubliken, die im Zuge von Bildungsmigration, Arbeitsmigration, als Geflüchtete u.a.m. ins Land gekommen sind. Zwar spricht eine Mehrzahl dieser Menschen Russisch, aber nur eine Minderheit identifiziert sich als »Russ:innen«: Laut einer repräsentativen Umfrage der Boris Nemtsov Foundation for Freedom (BNF) aus dem Jahr 2016 bezeichneten sich 18 % der postsowjetischen Migrant:innen in Deutschland als »Russen«, 44 % als »Deutsche«, 19 % als »Europäer« und 2 % als »Ukrainer«.²

Entsprechend wichtig ist eine differenzierte Betrachtung. Denn es gibt nicht *die* Einstellung *der* postsowjetischen Migrant:innen zum Krieg. Auch innerhalb der skizzierten Großgruppen gibt es signifikante Unterschiede in den Reaktionen. Hier können wir nur ein paar Schlaglichter werfen, basierend auf längerfristigen Forschungen zu diesen verschiedenen Communities, aber auch auf aktuellen Beobachtungen aus unserer laufenden Feldforschung.³

Komplexe Bruchlinien

Spätestens seit dem »Fall Lisa« – den durch russische Medienberichterstattung befeuerten bundesweiten Demonstrationen anlässlich der angeblichen Vergewaltigung eines russlanddeutschen Mädchens in Berlin-Marzahn im Januar 2016 – stehen postsowjetische Migrant:innen und besonders die zahlenmäßig dominanten russlanddeutschen Spätaussiedler:innen in dem Ruf, dem Russland Wladimir Putins besonders zugeneigt zu sein. So einfach ist es aber

2 Boris Nemtsov Foundation for Freedom: Russischsprachige Deutsche (Berlin, Oktober 2016), 3, https://nemtsovfund.org/cp/wp-content/uploads/2016/12/Russians-in-Germany-v.9a_deu.pdf [05.09.2023].

3 Diese ist auch die Quelle der in diesen Text eingefügten Zitate. Die Feldforschungen sind Teil der Projekte von Alina Jašina-Schäfer und Nino Aivazishvili-Gehne im Rahmen des von der VW-Stiftung finanzierten Forschungsverbundes »Ambivalenzen des Sowjetischen: Diasporanationalitäten zwischen kollektiven Diskriminierungserfahrungen und individueller Normalisierung, 1953-2023«.

nicht. Die schon erwähnte BNF-Studie ermittelte, dass circa ein Sechstel der Befragten als äußerst »pro-russisch« bezeichnet werden kann, überproportional – aber keinesfalls ausschließlich – Angehörige der Generation 55+.⁴ Ein weiteres Sechstel identifizierten die Autor:innen der Studie als »besonders deutsch« (eine etwas unklare Kategorie, die Bezug nahm auf ethnische Selbstidentifikation und auf progressive bzw. liberale Werte).⁵ Die übrigen zwei Drittel der Befragten ließen sich nicht klar zuordnen.

Interessant für den gegenwärtigen Kontext ist weiterhin, dass zwar 52 % aller Befragten der Aussage ganz oder teilweise zustimmten, dass der Westen Russland in der Außenpolitik mit Vorurteilen begegne, aber nur 14 % bejahten, dass Russland das Recht habe, sich in die ukrainische Politik einzumischen – die niedrigste Zustimmungsrates bei allen Fragen mit Bezug auf die russische Außenpolitik. 42 % verneinten dies.⁶ Nur ein kleiner Teil unterstützte also eine expansive »großrussische« Agenda in der Ukraine.

Durch den Krieg in der Ukraine treten nun die komplexen Bruchlinien innerhalb der postsowjetischen Communities und Familien zutage. Wie anhand der oben zitierten Daten zu erwarten war, verlaufen sie zum Teil entlang der Generationengrenzen – es gibt sogar schon Selbsthilfegruppen für junge Leute, die mit ihren Eltern über diese Themen streiten –, zum Teil aber auch quer dazu: Auch Angehörige der älteren Generation kritisieren Putins Politik, auch Angehörige der jüngeren Generation unterstützen sie. Ähnliches war schon nach der Krim-Annexion 2014 zu beobachten. Jetzt wird aber umso heftiger gestritten. »Der Krieg ist bei den Leuten ins Wohnzimmer eingezogen«, wie es eine Gesprächspartnerin formulierte.

4 Boris Nemtsov Foundation for Freedom, Russischsprachige Deutsche, 32f.

5 Boris Nemtsov Foundation for Freedom, Russischsprachige Deutsche, 37f.

6 Boris Nemtsov Foundation, Russians in Germany (Berlin, Oktober 2016), 29, <https://www.maiikrn.ru/upload/files/boris-nemtsov-foundation-russiansingermanyprint.pdf> [05.09.2023].

Die Auseinandersetzungen erschöpfen sich allerdings nicht in einem einfachen »Dafür« und »Dagegen«, wie die komplizierten Gefühlslagen quer durch verschiedene Gruppen zeigen:

Ein junger russischsprachiger Mann, der sich klar gegen Putin positioniert hat, kehrt betrübt von seinem Besuch bei Verwandten in Russland zurück. Trotz seiner politischen Ansichten ist ein wesentlicher Teil seines Lebens mit Russland verbunden. Er kann deswegen nicht fassen, was die politische Entscheidung, Russland abzuschotten, für das transnationale Zusammenleben der Familie bedeuten wird.

Ein älterer Mann, der sich mit seinen Verwandten diesbezüglich gestritten hat, kritisiert die EU-Politiker für deren Verhandlungswillen gegenüber der russischen Regierung: »Wie viele Länder hat Russland bereits angegriffen? Es wurde nichts gemacht. Mit Polonium die Leute in Großbritannien vergiftet. Auch nichts. Putin war schon immer ein krimineller Kommunist.« Im Gegensatz dazu macht sich ein Ehepaar, das nach Russland zurückziehen wollte, Sorgen um die Zukunft. Während eine Frau hinterfragt, wer am Krieg genau schuldig ist, äußert sich eine andere deutlich dagegen sowie gegen alle russischsprachigen Leute in Deutschland, die »sowas« unterstützen würden.

Zu diesem frühen Zeitpunkt lassen sich die verschiedenen skizzierten Positionen nicht quantifizieren. Es gibt durchaus Leute, die den offiziellen Diskursen, wie sie in den russischen Staatsmedien vermittelt werden, folgen, zum Teil unter dem Eindruck des Krieges sogar verstärkt. Es gibt aber auch diejenigen, die Putins Maßnahmen inzwischen anzweifeln oder sich gegen den Krieg äußern. Und es gibt solidarische Mobilisierung von Hilfe für die Ukraine: unter jungen »Post-Ostis« in Berlin⁷ und anderen russland-deutschen Einzelpersonen,⁸ bei der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, bei den jüdischen Gemeinden, deren Angehörige oft aus der Ukraine stammen, und auch unter russlanddeutschen und

⁷ <https://x3podcast.de/> [05.09.2023].

⁸ <https://www.russlanddeutsche.de/kulturreferat/projekte/steppenkinder/folge-34.html> [05.03.2024].

russischsprachigen Freikirchen-Gemeinden, die sowohl Geldspenden und Essen für die Ukrainer sammeln als auch mit Bussen nach Rumänien fahren, um die ukrainischen »Schwestern« und »Brüder« von dort abzuholen.

Furcht vor Anfeindungen

Diese Palette von Reaktionen lässt sich also weit ausdehnen und wird durch persönliche Biografien, transnationale Beziehungen sowie Vorerfahrungen im deutschen Kontext geprägt. Auch wenn die Politik klare Deutungsmuster zu kristallisieren vermag, lässt sich die Wahrnehmung der Menschen nicht leicht kategorisieren. Vieles kommt dazwischen, nicht zuletzt die Ängste und Trennlinien, die mit dem eigenen Alltag verbunden sind.

Seit dem Ausbruch des Ukraine-Krieges verbreiten sich in den Communities Bedenken, dass die Spätaussiedler:innen und andere russischsprachige Menschen für Putins Politik in Deutschland verantwortlich gemacht werden. Auf WhatsApp zirkulieren vielfach weitergeleitete Videos, Fotos und Texte, die Anfeindungen belegen sollen: vom Fenster eines russischen Ladens, das mit dem Graffiti »Putin der Mörder« beschmiert wurde, über negative Kommentare zu russischen Restaurants bis zu Video-Geschichten über bewaffnete Angriffe auf russischsprachige LKW-Fahrer. Auch wenn sich diese mittlerweile zahlreichen Berichte nicht immer unabhängig bestätigen lassen, werden sie von russischen Medien oft als Zeichen von Russophobie in Deutschland extrapoliert. AfD-nahe russlanddeutsche Gruppen wie der »Internationale Volksrat der Russlanddeutschen« befeuern die Ängste zusätzlich.⁹

Diese Geschichten dienen den Menschen gleichzeitig als Bestätigung eigener Erfahrungen, die sie im Alltag sammeln und miteinander aus Angst und Verzweiflung teilen. Eine Frau, die in den 1990er Jahren als Spätaussiedlerin nach Deutschland kam, erzählt, dass der Krieg sich längst über die ukrainischen Grenzen hinaus

9 <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/angriffe-russen-fake-ukraine-101.html> [05.09.2023].

ausbreite und die Erfahrungen der postsowjetischen Migrant:innen hier beeinflusse. »Es tut weh«, sagt sie, schon wieder als Russin und damit auch automatisch als Putin-Unterstützerin bezeichnet zu werden. Wieder würden Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion in Deutschland zu »Anderen« gemacht, nachdem man ihnen schon nach der Ankunft ihre legitime deutsche Identität streitig gemacht hatte – eine Grenzziehung zwischen »Einheimischen« und »Fremden«, die nie richtig verarbeitet wurde.

Dabei erscheint für viele vor allem die eigene Sprache als Quelle großen Unbehagens und Ursache möglicher Ausschlüsse und Anfeindungen. Bereits vor dem Ukraine-Krieg waren die oft mangelnden deutschen Sprachkenntnisse vieler älterer Spätaussiedler:innen und Kontingentflüchtlinge eine Erinnerung daran, dass sie nicht richtig dazugehören. Heute werden die alten Erfahrungen des eigenen Traumas mit neuer Intensität betrachtet. »Ich war gestern in der Bäckerei«, erzählt eine Frau leise auf Russisch den anderen, »und als ich gesprochen habe, sind alle still geworden. Alle haben mich angestarrt«. Zwei andere Frauen begrüßen sich im Café auf Russisch, und eine von ihnen merkt, wie eine Familie sie plötzlich anschaut: »Pass auf, wie die auf uns gucken, bestimmt wegen der russischen Sprache«. Auch wenn viele Leute selber noch nicht von Vorfällen betroffen waren, werden solche Geschichten als glaubwürdig betrachtet und mit eigenen vergangenen Befangenheiten verbunden.

Postsowjetische Migrant:innen mit Kriegserfahrung: Georgier:innen in Deutschland

Der aktuelle Krieg in der Ukraine ist nicht die erste militärische Auseinandersetzung im postsowjetischen Raum in den letzten Jahren und Jahrzehnten. Entsprechend haben manche postsowjetischen Migrant:innen in Deutschland bereits in der Vergangenheit Erfahrungen mit Krieg gemacht, was auch ihren Blick auf die gegenwärtigen Ereignisse formt. Wenn etwa Migrant:innen aus der ehemaligen Sowjetrepublik Georgien in Deutschland über die aktuelle Lage in der Ukraine sprechen, mischen sich unterschied-

liche Erinnerungen miteinander. Überwiegend sind sie von Angst und Traurigkeit durchdrungen. Man erinnert sich an verschiedene Kriege, die Bürger:innen Georgiens erlebt haben, und interpretiert die heutigen Ereignisse durch das Prisma dieser Vergangenheit.

Dass der Krieg in der Ukraine eine humanitäre Katastrophe ist, steht sowohl bei Einheimischen als auch bei Migrant:innen in Deutschland nicht zur Debatte. Jedoch hat dieser Krieg weitere Implikationen für Menschen aus Georgien. Sie betrachten ihn als Katalysator für die »Wende« in Europas Politik gegenüber Russland, welche eine enorme Rolle für die Zukunftsgestaltung ihres Landes als Russlands Nachbarland haben könnte. Der Krieg in der Ukraine ist in dieser Betrachtungsweise ein Krieg für den Frieden, aber auch ein Krieg für die Hoffnung auf eine sichere Zukunft für die Heimat dieser Menschen.

Fast vierzehn Jahre ist der Krieg von 2008 her, der russische Truppen tief auf georgisches Staatsgebiet brachte. Angesichts der heutigen Ereignisse kommen die traurigen Erinnerungen »von damals« hoch, und es fühlt sich alles wieder »wie heute« an. Für Migrant:innen aus Georgien war der Krieg gegen die Ukraine nicht so »unerwartet« und »unvorstellbar«, wie viele Bürger:innen in Europa ihn vielleicht wahrnehmen. Er ist für sie ein weiteres Bindeglied in einer langen Kette von Schritten, die Russlands Regierung zum Teil schon vor Putin gegenüber etlichen Ländern im postsowjetischen Raum unternahm. Manche sehen den ganzen Prozess daher als Ergebnis des russischen imperialistischen Projekts, »seine Peripherien zurückzuerobern«, wie es eine Gesprächspartnerin formulierte.

Migrant:innen aus Georgien sind eher von der Positionierung Europas überrascht als von Putin, und sie sind voller Hoffnung, dass sich »diesmal« tatsächlich etwas ändert. Es gibt die Hoffnung, dass der Krieg in der Ukraine die vergangenen Kriege Georgiens für die »Menschen im Westen« sichtbar macht, dass das ungesehene Leid des Krieges im Jahr 2008 in Europa nachvollziehbar(er) werden könnte. Diese »Wende« in der europäischen Haltung betrachten sie als ein für Georgien sehr wichtiges »Zeitfenster«, das man unbedingt nutzen sollte. Doch an der Frage, »wo wir stehen«

(in den Worten der Gesprächspartner:innen), gehen die Meinungen auseinander. Dabei reproduzieren sich Konfliktlinien, die auch im Herkunftsland existieren. Folgende Aussagen und Einstellungen lassen sich beobachten:

- Die Ukraine kämpft heute für uns alle. Sowohl für Georgiens Bürger:innen, als auch für die Europäer:innen.
- Wenn die Ukraine fällt, ist das Schicksal vieler anderer Länder in und außerhalb Europas gefährdet. Das imperialistische Projekt der russischen Regierung endet damit noch lange nicht.
- Die Hoffnung auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union ist für die Menschen in und aus Georgien die Hoffnung auf eine friedliche Existenz.

Es gibt eine politische Spaltung innerhalb von Migrant:innenkreisen entlang der Konfliktlinie zwischen der georgischen Regierung und der georgischen Bevölkerung bezüglich der Teilnahme an den Sanktionen gegen Russland. Ein Teil vertritt die Meinung, Georgien sei nicht in der Position, an Sanktionen teilzunehmen, da das Land nicht in einen weiteren Militärkonflikt mit Russland verwickelt werden sollte: »Wir haben ja gesehen, was damals passiert ist, niemand wird uns schützen.« Ein anderer Teil sieht die heutige Lage aber als Wahl zwischen »Gut« und »Böse«: »Wir sollen entscheiden, wo wir stehen.« Andauernde friedliche Demonstrationen für die Ukraine vor dem Parlament der georgischen Hauptstadt Tbilisi signalisieren, auf welcher Seite zumindest ein großer Teil der georgischen Bevölkerung steht. Dazu ist an dieser Stelle noch die Sichtbarkeit von Georgier:innen auf den Demonstrationen für die Ukraine z.B. in Berlin zu erwähnen. Georgische Wortmeldungen im Sinne von »geteiltes Leid ist halbes Leid« wurden laut Erzählungen mit besonderer Freude begrüßt. Das Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen diesen beiden Gruppen von Migrant:innen nimmt so zu. Man trifft sich hier, auf dem »fremden« deutschen Boden, und symbolisiert gemeinsam vergangenes und aktuelles Leid.

Das beschriebene Zusammengehörigkeitsgefühl hat auch eine ganz praktische Dimension. Als eine Hilfsaktion für die Ukraine ausgerufen wurde, zögerten die Gesprächspartner:innen nicht,

daran teilzunehmen (siehe Abbildung 2). Sie suchten benötigte Dinge (Anziehsachen, Decken etc.) zu Hause zusammen und kauften Hygieneartikel und Süßigkeiten für Frauen und Kinder ein. Kinder malten Bilder für Gleichaltrige in den Kriegsgebieten. Wie schon viele Male in der Menschheitsgeschichte bezeugen Kriegzeiten nicht nur Gräueltaten, Elend und Versagen, sondern auch Menschlichkeit, Mitgefühl und Beistand. Es mag als ein winziges Tröpfchen im Meer erscheinen, jedoch zählt, was jeder und jede Einzelne von uns und von unseren Gesprächspartner:innen aktuell sagt und tut.

Maike Lehmann

ARCHIV MACHT WISSEN

Die Ukraine als Aufgabe einer europäischen Geschichtswissenschaft

21. März 2022

Szenen aus einem Werbeclip sind mit der russischen Invasion Realität geworden: Taxifahrer und Geologiestudenten, Väter und Söhne, Programmierer und Vorarbeiter, Fußballfans und Nachbarn verteidigen mit Waffen ihre Heimat, wo russische Bomben Wohngebiete, Krankenhäuser, Kirchen und Museen treffen. Dieser Tage berichtet der Guardian, wie in Kiew Geschichtslehrer hastig verteilte Maschinengewehre zum ersten Mal in der Hand halten, um die Zufahrtstraßen ihrer Heimatstadt zu sichern. In Lwiw bezeichnet ein Geschichtsstudent das Herstellen von Molotov-Cocktails im Kreise von Mitstudierenden als »praktische Geschichte«.¹ Und in der Realität sind es nicht allein Männer, wie im Rekrutierungs-video der ukrainischen Armee: Journalistinnen berichten aus den Kellern und den Straßen ukrainischer Städte, während Großmütter Brot backen und Molotov-Cocktails präparieren. Mütter bringen ihre Kinder an die Westgrenze und kehren an die Front zurück. Und Ukrainer:innen in besetzten Orten lassen die russische Nationalgarde und Soldaten wissen, was sie von ihnen halten.

Für Gesellschaften jenseits der Ostgrenze der EU ist es atemberaubend, solche Taten anzusehen. Zugleich bemühen sich hier

1 <https://www.theguardian.com/world/2022/feb/28/i-havent-told-my-granny-ukraines-student-molotov-cocktail-makers> [05.09.2023].

viele, Hilfe zu leisten durch Geld- und Sachspenden, Hilfsdienste an Bahnhöfen und Angebote für die Aufnahme des größten Flüchtlingsstroms, den Europa seit 1945 gesehen hat. Es sind allen voran Menschen in Polen, der Slowakei, Rumänien, Moldau und Ungarn, die Menschen in Empfang nehmen, die unter Bomben und Granatbeschuss ihre Heimat, ihre Eltern und ihre Kinder verlassen mussten. Es bleibt die Hoffnung, dass diese Unterstützung nicht abreißt, wenn sich die Sanktionen gegen Russland auch in der EU an den Tankstellen, in den Supermärkten und auf den Heizungsrechnungen längerfristig niederschlagen.

Auch die Wissenschaft ist nicht untätig geblieben. Osteuropaexpert:innen bemühen sich in Tageszeitungen, im Fernsehen und im Netz um Kontextualisierung, Aufklärung und Differenzierungen. Viele europäische Universitäten und Stiftungen bieten Auffangstipendien für geflüchtete Wissenschaftler:innen an. Es gibt bereits eine Petition² für eine Unterstützung von Forscher:innen, die die Ukraine nicht verlassen können oder wollen. All dies ist im Hier und Jetzt und in seiner Reaktion auf das Leid von Menschen in und aus der Ukraine elementar.

Zugleich hat dies alles historische Dimensionen. Dementsprechend haben Historiker:innen in der Ukraine gleich in den ersten Tagen ein Soundarchiv³ gegründet, um die Auswirkungen des Krieges in Podcasts zu dokumentieren. Hier spielt das renommierte *Center for Urban History* in Lwiw eine zentrale Rolle; es sammelt zugleich private Aufnahmen vom Kriegsalltag für sein *Urban Media Archive*.⁴ Und es wurde ein Oral-History-Projekt gestartet, bei dem

2 https://www.change.org/p/universities-open-remote-positions-for-ukrainian-refugee-scholars?utm_content=cl_sharecopy_32580570_en-US%3A3&recruited_by_id=66a80690-a37d-11ec-aab9-e5932205f78e&utm_source=share_petition&utm_medium=copylink&utm_campaign=psf_combo_share_initial&utm_term=psf_combo_share_initial [05.09.2023].

3 <https://www.lvivcenter.org/en/updates/ua-the-day-that-we-survived-2/> [05.09.2023].

4 <https://www.lvivcenter.org/en/updates/war-everyday-life-2/> [05.09.2023].

das Center mit Kolleg:innen aus Polen, Schottland, der Schweiz und Luxemburg zusammenarbeitet, um die Erfahrungen der ersten Kriegstage weiter zu dokumentieren.⁵ Dieses Projekt ist umso beeindruckender, wenn man die Umstände bedenkt, ist Lwiw doch Hauptanlaufpunkt für Binnenflüchtlinge und zentrale Transferstation vor dem Übertritt der Grenze nach Polen, während es zudem unter Luftangriffen steht. Und in Polen wurden innerhalb weniger Tage mehr als eine Million Menschen aufgenommen. Aber auch in Kiew und anderen Städten scannen Archivar:innen fieberhaft die Bestände – Bomben- und Granatangriffen zum Trotz.⁶

Dabei ist nicht zu vergessen, dass all diese Menschen nicht nur Kämpfer:innen und Geflüchtete sind. In ihren Heimatstädten stehen Lebensräume, Erinnerungsorte und Gedächtnisspeicher unter Beschuss, die ihr Leben als Taxifahrer:innen und Geologiestudent:innen, Eltern, Kinder, Großeltern, Programmierer:innen und Vorarbeiter:innen, Fußballfans und Nachbar:innen geprägt haben. Sie bei der Bewahrung und dem (Wieder-)Aufbau dieser Speicher zu unterstützen, ist die Kernaufgabe einer europäischen Geschichtswissenschaft.

Archive & Macht

Archive sind die klassischen Speicher, die das meist staatlich geordnete, aber gesellschaftlich nicht weniger relevante Wissen einer Gemeinschaft oft über Jahrhunderte bewahrt. Entsprechend reagierten polnische Historiker:innen sofort mit einer Spendenaktion, um das Historische Archiv Lwiw bei seinen Bombenschutzmaßnahmen zu unterstützen. Doch an Orten wie Mariupol und Charkiw kann man nur hoffen, dass die Archive genauso viel beziehungsweise mehr Glück haben werden als die in Sarajevo. Ein Gebäude in

5 Die Aufnahmen sollen im Archiv in Lwiw sowie an der Polnischen Akademie der Wissenschaften aufbewahrt werden.

6 https://www.theguardian.com/commentisfree/2022/mar/15/ukrainian-heritage-under-threat-truth-soviet-era-russia?CMP=Share_iOSApp_Other [05.09.2023].

Tschernihiw, in dem KGB-Akten archiviert sind, hat bereits kein Dach mehr.⁷

Aber mit mehreren Millionen Geflüchteten in und jenseits der Ukraine sind auch andere Gedächtnisspeicher in Gefahr: etwa der Familienverbund, dessen Geschichten und Erinnerungen mit Trennung und Tod aufsplintern und ohne alte Fotos und Tagebücher, die zurückgelassen oder schon zerstört wurden, werden auskommen müssen. Die Nachbarschaftsbeziehungen zwischen verschiedenen Gruppen in den meist mehrsprachigen Städten und Orten mit ihren ukrainischen, russischen, belarussischen, jüdischen, griechischen, armenischen, tatarischen und, nicht zuletzt, »ethnisch gemischten« Bewohner:innen gehen mit der Flucht ebenso verloren. Das hat bereits das Aussterben ganzer Landstriche in der Ostukraine infolge des nach 2014 lediglich eingefrorenen Krieges gezeigt. Flucht und Front bergen ihre eigenen Erfahrungen, die das »Davor« weiter entrücken und gleichzeitig umso bedeutsamer machen.

Nicht umsonst wird im Krieg gern das »Davor« bedient. Denn es hat Macht. Es verbindet, es trennt – je nachdem, wer es ordnet, wer es interpretiert, wer sich wie daran erinnert. Archive sind oft das Produkt wie ein Mittel eben solcher Machtverhältnisse. Das schlägt sich auch in den Recherchepraktiken von uns Historiker:innen nieder. Wir folgen oft den staatlichen Aufschreibesystemen, im Falle der Geschichtsschreibung zur Sowjetunion heißt das: Wir fahren beziehungsweise fahren nach Moskau. Aber es geht auch anders. Tanja Penter und Bert Hoppe haben bereits über die ukrainischen Archive als bedeutende Alternative berichtet. Ähnliches gilt für Georgien, das ebenfalls seit einigen Jahren umfassenden Zugang zu seinen Archiven gewährt. Auch andernorts, in Almaty und Jerevan, kann man Aufschlussreiches jenseits von Moskau entdecken. Moskau und die Gebiete der heutigen Russländischen Föderation

7 Ukrainian heritage is under threat – and so is the truth about Soviet-era Russia, in: Guardian, 15.03.2022, https://www.theguardian.com/commentisfree/2022/mar/15/ukrainian-heritage-under-threat-truth-soviet-era-russia?CMP=Share_iOSApp_Other [05.09.2023].

sind zentral für die sowjetische Geschichte. Aber auch die Ukraine, Armenien und Kasachstan waren sowjetisch, in jeder Hinsicht.

Jenseits der staatlichen Archive an der ehemaligen sowjetischen »Peripherie« gibt es aber weitere wichtige Quellen. Im Zeitalter der sozialen Medien hat nicht nur Florian Peters die Sammlung von posts und Videos aus den ersten Kriegstagen gefordert. Das hört sich leichter an, als es ist. Denn hier bedarf es nachhaltiger technischer Infrastrukturen, um die schnelle Rede von den Chancen des digitalen Zeitalters in eine auf Dauer abgestellte historische Archivierung zu überführen. Dasselbe gilt für die hastig gescannten Dokumente aus den ukrainischen Archiven. In beiden Fällen gilt es, die durch Ad-hoc-Engagement zusammengetragenen elektronischen Spuren zu bündeln und zu sichern.

Doch wir müssen weitergehen. Neben dem Schutz der bestehenden Archive in der Ukraine müssen wir einen weiteren Speicher aufbauen helfen. Die meisten der Geflüchteten werden selbst bei einem zeitigen Ende der Kampfhandlungen nicht so bald in ihre Heimat zurückkehren können. Je länger keine stabile Lösung für die Ukraine gefunden wird, desto länger werden wir nicht nur neue Nachbar:innen aus der Ukraine um uns haben. Desto länger bleiben auch ihre Familien getrennt, desto mehr Verluste werden sie zu betrauern haben und damit einen Teil ihrer Geschichte(n) verlieren. Darunter gibt es auch viele Ältere. Für viele von ihnen ist es nicht der erste Krieg, den sie erleben. Aber auch für Jüngere, die in seit 2014 umkämpften Gebieten im Osten des Landes und auf der Krim aufgewachsen sind, ist es bereits die zweite Flucht. Und der Verlust von Familie erfolgt nicht nur durch den Tod von Verwandten, sondern auch dann, wenn diese der offiziellen russischen Propaganda mehr Vertrauen schenken als etwa ihren Kindern und Enkelkindern unter Beschuss.

Dass all diese Geschichten Wert und Wirkungsmacht haben, sollten wir nicht nur als Nachbar:innen verstehen und danach (nach und nach) fragen. Gerade die Älteren haben zudem meist keine speicherbare Social-Media-Präsenz, die ihrer Bedeutung für Familienerinnerungen sowie das Gedächtnis einer europäischen wie (post)sowjetischen Geschichte auch nur nahekäme. All jenen die

ihnen zustehende Macht über ihre eigenen Geschichten zu erhalten, dafür haben wir mit der Oral History genügend Instrumente zur Verfügung. Wir müssen sie nur – zusammen mit unseren Kolleg:innen aus der Ukraine und anderen post-sozialistischen Staaten – anwenden.

Was tun?

Natürlich kann nicht alles ad hoc erfolgen jenseits der bereits anlaufenden Anstrengungen, die bestehenden Archive zu schützen und unmittelbare Kriegserfahrungen zu sammeln. Als in der neuen Welt des Drittmittelimperativs zugerichtete Wissenschaftler:innen wissen wir, dass solche Projekte Vorlauf und Planung brauchen. Und, idealerweise, Koordinierung.

Welche Szenarien gäbe es also für die Schaffung, die Sicherung und die Transferoptionen eines alternativen Speichergedächtnisses? Dabei geht es nicht um die Entwicklung eines monolithischen Großprojekts, sondern um Vernetzung, Koordination und Kooperation hinsichtlich der Zugänge, Fokussierungen und der Finanzierungsstrategien verschiedener Projekte in Europa. Zunächst müssen wir die Pionierprojekte in Lwiw und Polen unterstützen und dies möglichst auf andere Archive in der Ukraine ausweiten.

Dann: Was können wir von Großprojekten wie der *Shoah Foundation* oder jüngeren Unternehmungen zur Oral History im ehemaligen Jugoslawien oder dem *Syria Oral History Project* lernen? Wie können wir auf den Erfahrungen mit dem im Schatten des frühen Kalten Krieges durchgeführten sogenannten *Harvard Project*, dessen bias in seinen Interviews mit sowjetischen Displaced Persons (DPs) viel diskutiert wurde, und den Projekten mit ehemaligen Zwangsarbeiter:innen des Zweiten Weltkrieges aufbauen? Gerade über letzteres ließen sich wichtige Netzwerke für ein Oral-History-Archiv der Ukraine angehen und erweitern. Wie lässt sich zugleich die Erfahrung von kleinen Grassroots-Initiativen – aus der Ostukraine ebenso wie ehemaliger Bewohner:innen des vollkommen zerstörten, vormals multiethnischen Grozny – aufgreifen?

Was lässt sich im Kleinen auf regionaler Ebene angehen und wie kann hier eine Vernetzung aussehen, ob nun hin zu ukrainischen und polnischen, moldauischen und rumänischen und dann französischen und italienischen Partnerinstitutionen? Wie lassen sich Oral-History-Projekte in Deutschland auf- und ausbauen, ohne dass Kapazitäten einfach nur aufgerieben werden, etwa wenn aufwendig erstellte Projektanträge dann die Verwaltungskanäle und Mittel derselben Stiftungen überstrapazieren? Dies sind Fragen, bei denen wir als Wissenschaftler:innen unsere einschlägigen bis leidigen Erfahrungen mit der deutschen und europäischen Drittmittelmaschinerie einbringen, koordinieren und kalibrieren sollten. Allein eine gemeinsame Datenbank zu schaffen, in denen lokale und transnationale Projekte mit abgebildet sind, wäre eine Mammutaufgabe, die es trotzdem zu stemmen gilt.

Vor allem aber gilt es, die Programmierer:innen, Geschichtslehrer:innen und Wissenschaftler:innen aus der Ukraine nicht zu vergessen, sondern als Expert:innen einzubinden.⁸ Nicht nur, um ihnen auch im ungewollten Exil die Durchführung einer (hoffentlich) sinnstiftenden und ihrer Expertise gemäßen Aufgabe zu ermöglichen, auch jenseits der bis zu 12-monatigen Auffangstipendien. Sie sind auch zentrale Ansprechpartner:innen, wenn es um die Verbindungen zu Institutionen in der Ukraine geht, an die ein solches Oral-History-Archiv zurückzubinden und letztlich zu übergeben ist. Wie organisiert man Daten, die es digital wie analog zu

8 Hierbei sollte auch ein Engagement von Kolleg:innen nicht von vornherein zurückgewiesen werden, die wegen des Krieges und ihrer Haltung dazu Russland verlassen mussten. Tausende haben den Krieg in der Ukraine verurteilt und sehen sich nun mit strafrechtlichen Konsequenzen konfrontiert. Sie in eine Pauschalisierung zu zwingen, wie es so manche Wissenschaftsinstitutionen in Europa nun praktizieren, kann keine Lösung sein, wenn der ukrainische Präsident selbst russischen Soldaten, die die Waffen niederlegen, eine würdige Behandlung verspricht. Bei einem solchen Projekt eine ethnische »Totalukrainisierung« vorzunehmen, würde den Behauptungen Putins nur nachträglich Legitimation verleihen.

sichern gilt,⁹ für einen Transfer? Die Duplikation von Interviews, die im Rahmen verschiedener Projekte in anderen europäischen Ländern wie Deutschland entstehen, für Archive in zerstörten Städten wäre hier nur ein Punkt, der von Anfang an mitgedacht werden sollte.

Das andere wäre die Vermittlung in den übrigen europäischen Raum hinein. Denn Fotos und Interviews sind nicht nur zentral für den Erhalt und Wiederaufbau einer durch den Krieg massiv unter Druck geratenen multiethnischen und mehrsprachigen ukrainischen Gesellschaft, sondern auch für uns als ihre Nachbar:innen. Das wäre eine »praktische Geschichte«, die in eine andere Richtung wiese als die Herstellung von Molotov-Cocktails und zugleich einen ähnlichen Impetus hat: die Macht, das Wissen und das Gedächtnis einer multiethnischen, bislang (und hoffentlich bald wieder) mehrsprachigen Gesellschaft zu bewahren, weder auf- noch abzugeben.

9 Die Frage einer mehrfachen Sicherung stellt sich nicht zuletzt auch angesichts der Unklarheit, was mit den in Russland vor allem von Grassroots-Initiativen und engagierten Historiker:innen aufgebauten Ressourcen zur Oral History bzw. Geschichte »von unten« der multiethnischen Sowjetunion (z.B. das digitale Tagebucharchiv *prozhito*) passieren wird. Ihre Finanzierung löst sich im Nichts auf, und es ist zu befürchten, dass sie mit einer zu erwartenden Umstellung auf ein abgeschottetes ru.net letztlich von der Bildfläche verschwinden werden. Immerhin bleiben auch bei einer Sicherung »hier« digitale Daten angreifbar.

Takuma Melber

Vom Pazifismus zur Konfrontation?

Japan und der russisch-ukrainische Krieg

22. März 2022

Die Volksrepublik China, die Mongolei, Nordkorea und Japan – vier von insgesamt vierzehn direkten Nachbarn Russlands sind ostasiatische Staaten. Im Allgemeinen wird Russland als geographisches, politisches und kulturelles Bindeglied zwischen Asien und Europa verstanden. Allerdings wird Russland in Ostasien und »in Japan nicht primär als europäische, sondern als asiatische Macht wahrgenommen«.¹ Aus Japans Sicht führt die asiatische Großmacht Russland unter Missachtung territorialer Grenzen einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine mit Auswirkungen auf Japans politische Agenda.

Sorge vor einem Dritten Weltkrieg

Wie im transatlantischen Raum besteht auch in Asien große Sorge darüber, dass Russlands Überfall auf die Ukraine den Auftakt zu einem Dritten Weltkrieg (jap. Daisanji Sekai Taisen) darstellen könnte. Dieser würde, so die landläufige Annahme, unter dem Einsatz von Kernwaffen katastrophale Folgen für Asien und die ganze Welt nach

1 Leon Daiske Oberbäumer/Alexandra Sakaki: Japans Debatte über Russland und den Konflikt um die Ukraine, in: SWP-Zeitschriftenschau 3 (September 2015), Stiftung Wissenschaft und Politik Berlin, 1.

sich ziehen. Die geäußerte Sorge vor einem globalen Flächenbrand erinnert an die seinerzeit in Japan bestehenden Ängste angesichts des »Koreaschocks« bei Ausbruch des Koreakriegs (1950–1953) nur wenige Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs.

Als das bisher einzige Land erfuhr Japan im August 1945 den Abwurf zweier Atombomben. Es stand nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs bis 1952 unter alliierter, de facto amerikanischer Besatzung und verankerte in Artikel 9 seiner pazifistischen Nachkriegsverfassung den Verzicht »auf den Krieg als ein souveränes Recht« für alle Zeiten und auf »die Androhung und Ausübung von Gewalt als Mittel zur Beilegung internationaler Streitigkeiten«.² Auf Russlands Einmarsch in die Ukraine reagiert Japan nun einerseits mit einer klaren Friedensbotschaft: Wie etwa im südkoreanischen Seoul oder im taiwanischen Taipeh versammeln sich seit Ende Februar 2022 auch in Tokio Tausende, um im Rahmen der weltweiten Friedensbewegung ihre Solidarität mit der Ukraine zu bekunden und für ein Schweigen der Waffen im russisch-ukrainischen Konflikt, gegen Putins Aggressionskrieg und für den Weltfrieden zu protestieren.³ Als japanische Besonderheit können dabei die besonders aus Hiroshima und Nagasaki zu hörenden Appelle gegen russische Kampfhandlungen nahe ukrainischer Atomkraftwerke oder den drohenden Einsatz von Nuklearwaffen in diesem Konflikt gelten. Hier spiegelt sich der seit 1945 propagierte japanische Pazifismus wider, den vor allem linkspolitisch ausgerichtete Japaner:innen hochhalten – seien es Politiker:innen, Aktivist:innen oder »einfache Bürger:innen«.

Der russisch-japanische Territorialstreit

Die Reaktionen aus den konservativ-nationalistischen Reihen sind hingegen anderer Couleur: In Anlehnung an Putins Bruch des

2 Der Wortlaut der am 3. Mai 1947 in Kraft getretenen Japanischen Nachkriegsverfassung (*Nihonkoku Kenpō*) ist abrufbar unter: https://www.cn.emb-japan.go.jp/itpr_zh/kenpo_zh.html [05.09.2023].

3 Hierüber berichteten auch deutsche Medien wie z.B. die Tagesschau.

Minsk-II-Abkommens wird daran erinnert, dass auch die Sowjetunion als Vorgängerstaat des heutigen Russlands seinerzeit in den letzten Tagen des Zweiten Weltkriegs das bis dato bestehende Neutralitätsabkommen mit dem Japanischen Kaiserreich gebrochen hatte. In der Nacht vom 8. auf den 9. August 1945 und damit zwischen den beiden US-Atombombenabwürfen auf Hiroshima (6. August 1945) und Nagasaki (9. August 1945) waren Truppen der Roten Armee über die sowjetisch-mandschurische Grenze in damals japanisch kontrolliertes Territorium einmarschiert und besetzten es.

Die Invasion – seit der 1983 erschienenen Publikation des US-Militärhistorikers David Glantz als »Operation Auguststurm«⁴ bekannt – wurde von sowjetischer Seite zeitgenössisch wie die gegenwärtige Ukraine-Invasion nicht offiziell als Krieg, sondern als »mandschurische strategische Offensivoperation« (russ. Mantschurskaja strategitscheskaja nastupatel'naja operatsija) bezeichnet. Sie setzte sich bis in die frühen Septembertage 1945 fort. Bis zum 5. September besetzte die Sowjetarmee den südlichen Teil der Insel Sachalin (zeitgenössisch japanisch Karafuto-chō genannt) und die Kurileninseln – und das, obwohl wenige Tage zuvor am 2. September 1945 japanische und alliierte Vertreter die Urkunde der bedingungslosen Kapitulation Japans unterzeichnet hatten.⁵ Sowjetische Marineinfanteristen waren auf Shumushu-tō (russ. Schumschu), der ersten der besetzten Kurileninseln, erst am 18. August 1945 gelandet und damit drei Tage nachdem Kaiser Hirohito Japans Kriegsniederlage in einer Rundfunkansprache bereits eingestanden hatte. Der Krieg galt auf japanischer Seite als beendet. Was folgte, war im Spätsommer/Herbst 1945 die Vertreibung zehntausender japanischer Siedler von den Inseln.

4 David M. Glantz: August Storm. The Soviet 1945 Strategic Offensive in Manchuria, Fort Leavenworth 1983.

5 Im Übrigen unterschrieb die Kapitulationsurkunde damals der aus der Ukraine stammende Generalleutnant Derewjanko als offizieller Repräsentant der Sowjetunion.

Manche Historiker:innen – an erster Stelle der US-amerikanische Russlandhistoriker japanischer Herkunft, Hasegawa Tsuyoshi – sehen im sowjetischen Vertragsbruch und Kriegseintritt gegen Japan im August 1945 und nicht im Abwurf der beiden US-Atombomben das kriegsentscheidende Moment, das Japans politische und militärische Führung von der Unausweichlichkeit der bedingungslosen Kapitulation überzeugte.⁶ Auf japanischer Seite war die Enttäuschung über den sowjetischen Bruch des Neutralitätsabkommens im August 1945 besonders groß, hatte sich Tokio in der Endphase des Krieges doch besonders um eine russische Vermittlung einer diplomatischen Friedenslösung für den Krieg im Pazifik bemüht.⁷ Ein hieraus resultierendes Urmisstrauen gegenüber der Sowjetunion bzw. Russland hielt sich in Japan seit Ende des Zweiten Weltkriegs über die Zeit des »Kalten« Krieges hinweg, der in Asien dabei wesentlich von »heißen« Kriegen geprägt war – erinnert sei an dieser Stelle lediglich an den Koreakrieg oder den Vietnamkrieg.

Japans »Zeitenwende« vom Pazifismus zur Konfrontation?

Neben dem sich seit der Nachkriegszeit stetig entwickelnden japanisch-amerikanischen Sicherheitsbündnis ist es also der oben skizzierte historische Kontext, der Japans Sanktions- und Boykottpolitik gegenüber Russland und den generellen Schulterchluss mit dem Westen im gegenwärtigen russisch-ukrainischen Krieg bestimmt. Schienen Ex-Premierminister Shinzō Abe und Wladimir Putin im Territorialstreit um die Kurilen einen Annäherungskurs eingeschlagen zu haben, wird der Ton angesichts der russischen Invasion in der Ukraine nun rauer. Tokio bewertet etwa das Eindringen eines russischen Hubschraubers in den japanischen Luftraum über der in unmittelbarer Nachbarschaft zu den Kurilen gelegenen Halbinsel Nemuro am 2. März 2022 als Warnung und Einschüchterungsver-

6 Tsuyoshi Hasegawa: *Racing the Enemy. Stalin, Truman, and the Surrender of Japan*, Cambridge (Massachusetts) 2005.

7 Gerhard Krebs: *Das moderne Japan 1862–1952. Von der Meiji-Restauration bis zum Friedensvertrag von San Francisco*, München 2009, 84f.

such durch Putin.⁸ Die an Russland adressierten, deutlich formulierten verbalen Verlautbarungen japanischer Regierungsvertreter lassen aufhorchen: Außenminister Yoshimasa Hayashi etwa bezeichnete die Kurilen in einer Stellungnahme am 8. März 2022 als »zu Japan zugehöriges Territorium«⁹ (jap. *waga kuni koyū no ryōdo*). Er griff somit auf einen selbstbewusst-konfrontativen Sprachgebrauch zurück, den Premierminister Fumio Kishida und dessen Vorgänger Abe gegenüber Russland vermieden hatten.

Tokio scheint den bereits vor dem Russland-Ukraine-Krieg eingeschlagenen Kurs militärischer Aus- und Aufrüstung selbstbewusst aufrechtzuerhalten und weiter zu intensivieren. Eine entsprechende Anpassung von Artikel 9 der pazifistischen Verfassung Japans steht wieder zur Diskussion.¹⁰ Eine »Zeitenwende« in der Außen- und Sicherheitspolitik, wie sie Bundeskanzler Olaf Scholz für Deutschland postulierte, vollzieht sich in Reaktion auf Russlands Ukraine-Invasion aktuell also nicht nur in Europa. Auch Japan befindet sich bereits mitten im politischen Paradigmenwechsel.

8 https://www.mofa.go.jp/mofaj/press/kaiken/kaiken22_000051.html [05.09.2023]

9 Stellungnahme des japanischen Außenministers Hayashi, 08.03.2022, https://www.mofa.go.jp/mofaj/press/kaiken/kaiken3_000072.html# [05.09.2023].

10 Kishida dumps Russia to back Washington on Ukraine but where does that leave China, in: East Asia Forum, 14.03.2022, <https://www.eastasiaforum.org/2022/03/14/kishida-dumps-russia-to-back-washington-on-ukraine-but-where-does-that-leave-china/> [05.09.2023].

Clara M. Fryszacka

Vergangene Zukunft?

Der russisch-ukrainische Krieg und
die Rückkehr der modernen Zeiterfahrung

23. März 2022

Nach zwei Jahren medizinischer Debatten über den Beginn einer »Ära der Pandemien« überbieten sich seit dem Einmarsch der russischen Truppen in die Ukraine die Prognosen über den Anbruch einer neuen (oder alten?) Zeit der Geopolitik. Auf einmal prägen nicht mehr die Sorgen um die Übertragung von immer tödlicheren Viren aus der Tierwelt auf die Menschheit unseren Erwartungshorizont, sondern jene des »Kriegs in Europa« bzw. eines »Dritten Weltkriegs«, in dem die Kategorien des Westens und Ostens, der Demokratie und Diktatur sich (wieder) feindselig gegenüberstehen.

Die Bedrohungskulisse der pandemischen Ära ließe sich aufgrund ihrer Verbindung mit der Ausbeutung der Natur durch den Menschen vollkommen in das neue Zeitbewusstsein des Anthropozäns einordnen. Dieses Zeitbewusstsein ist im neuen Jahrtausend aus dem gemeinsamen Nachdenken von Natur- und Humanwissenschaften über den Klimawandel entstanden. Darin wird die moderne Trennung der historischen Zeit der Menschen von der geologischen Zeit der Erde radikal hinterfragt zugunsten eines hybriden Zeitverständnisses, wonach die Menschheit zum Akteur der Geschichte unseres Planeten und die Umwelt zum Akteur der menschlichen Geschichte werden (Bruno Latour, Dipesh Chakrabarty).

Die Bedrohungskulisse des Krieges suggeriert hingegen die Reaktivierung einer Zukunftsperspektive, die sich als genuin modern

bezeichnen lässt: erstens und ganz banal weil sich darin die moderne Geschichte des 19. und vor allem des 20. Jahrhunderts zu wiederholen scheint; zweitens aufgrund der wiedergewonnenen Bedeutung des historischen Ost-West-Konfliktes, die die bereits länger diskreditierte These eines postmodernen Endes der Geschichte nach 1989 endgültig archiviert; und schließlich weil der Krieg einen Erwartungshorizont eröffnet, dessen Gestaltung allein in den Händen der Menschen – nicht Gottes, der Viren oder des Klimas – liegt und somit eine völlig menschliche »Machbarkeit« der eigenen Geschichte voraussetzt (Reinhart Koselleck).

Erleben wir aber wirklich eine Rückkehr der Moderne oder wie können wir die Zeiterfahrung sonst begreifen, die durch den Diskurs über den Krieg gerade ausgelöst wird? Ich möchte hierzu einige Überlegungen zusammentragen. Diese Reflexionen haben mich in den letzten Tagen und Wochen begleitet, um die Fülle der historischen Deutungsangebote für diesen Krieg auf der Metaebene der postmodernen Zeitwahrnehmung einzuordnen und somit die gegenwärtigen Gräuel dieses Krieges für die ukrainische Bevölkerung nicht einfach durch die Furcht vor der Auferstehung einer dystopischen Moderne zu ersetzen.

Die Allgegenwart der Vergangenheit

Das Gefühl der Wiederkehr der Moderne lässt sich auf eine unglaubliche Renaissance der Geschichte zurückführen, die für die geübten Augen der Historiker:innen nicht unbeachtet bleiben kann. Am deutlichsten fällt eine derartige Renaissance selbstverständlich bei Putins Besessenheit von Geschichte auf – sowohl in seiner »Geschichtsunterrichtsstunde« zur Begründung des russischen Angriffs als auch beispielsweise in der Wahl des Begriffs »Entnazifizierung« zur Definition seiner Kriegsziele. Wie verzerrt das Geschichtsverständnis des Kremls ist, haben viele Expert:innen der historischen Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine in den letzten Tagen unterstrichen. Aber Geschichtsbilder und historische Referenzen zirkulieren auch massenhaft in den »westlichen« Öffentlichkeiten jenseits der konkreten Auseinandersetzung mit

Putins Reden und zeigen die Allgegenwart der Vergangenheit in unserer Wahrnehmung des aktuellen Krieges.

Mit der Diagnose einer Allgegenwart der Vergangenheit möchte ich auf den Wildwuchs von historischen Narrativen über das 19. und 20. Jahrhundert hinweisen, die sich uns gerade als Deutungsfolien oder besser als Blaupausen des aktuellen Kriegsgeschehens aufdrängen und auf die der »westliche« und konkreter der deutsche mediale, politische und wissenschaftliche Diskurs über den Krieg immer wieder Bezug nimmt. Der Begriff »Narrativ« soll hier nicht missverstanden werden: Darin schwingt kein Vorwurf mit, derartige Geschichtsdeutungen seien fiktiv oder propagandistisch manipuliert. Vielmehr bringt er die grundlegende Funktion der modernen Geschichtswissenschaft zum Ausdruck, (kausalen) Sinn aus bestimmten Verkettungen von Ereignissen oder Phänomenen und somit eine (lineare) Verbindung zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu produzieren.

Genau dieser Aspekt ist für meine Argumentation wichtig: Gerade sind Geschichtsnarrative nicht nur in der Dimension von unserem kriegsgeprägten Heute allgegenwärtig. Sie knüpfen das Heute an einen bestimmten Erwartungshorizont für das Morgen, das auf einmal von einer Reihe von »vergangenen Zukünften«¹ des 20. Jahrhunderts besetzt ist.

Die vergangenen Zukünfte unserer Gegenwart

Eine erste vergangene Zukunft entsteht aus der Einordnung von Putins Angriff in eine Geschichte des russischen imperialen Expansionismus: Dieser sei seit dem 16. Jahrhundert von der Idee der Wiedervereinigung der historischen Territorien der Rus getrieben, um dann ab dem 18./19. Jahrhundert auch koloniale Ambitionen in Asien zu hegen sowie den Status einer europäischen Großmacht

1 Mit dieser Begriffswahl erlaube ich mir eine assoziative und freie Verwendung des Titels einer der Hauptwerke von Reinhart Koselleck, »Vergangene Zukunft«, ohne damit genau das Phänomen, das Koselleck beschreibt, zu meinen.

zu sichern. Im 20. Jahrhundert können zu diesem Expansionismus die Pläne zur Aufteilung Europas – mit dem Hitler-Stalin Pakt und später mit Jalta – gerechnet werden. Ein Narrativ der Geschichte Russlands von der Frühmoderne bis in die Sowjetunion entlang ihrer imperialen Visionen wurde im Rahmen der vergleichenden Imperienforschung in den letzten Jahren reichlich erörtert und kritisch reflektiert.²

Jetzt instrumentalisiert Putin diese Geschichte im Sinne des »imperialen Phantomschmerz[es] der politischen Elite Russlands«,³ indem er die Ukraine als historischen Bestandteil des russischen Imperiums beansprucht, um die Invasion zu legitimieren. Ob nun in der Rhetorik Putins oder der Reaktion darauf von westlicher Seite – der Krieg erscheint somit als etwas, das auf eine genuin russische, jahrhundertelange Entwicklungsdynamik zurückzuführen ist. Solche Rückgriffe auf historisierende Narrative implizieren, dass der Krieg gegen die Ukraine über heutige geopolitische Erwägungen und Interessen hinausgeht. So eine historische Perspektive malt auch auf dem Horizont Osteuropas einen ewigen Konflikt, der nur durch eine Einhegung des russischen imperialen Drangs (wie im Kalten Krieg) auf Kosten bestimmter mittel-ost-europäischer Territorien oder eben mit einer radikalen Schwächung oder Veränderung Russlands überwunden werden kann.

Mögliche Varianten dieser Zukunft lassen sich in den Vergleichen des aktuellen russischen Angriffs auf die Ukraine mit dem Krimkrieg sowie mit dem russisch-japanischen Krieg 1904/05 finden. Beide Narrative, das erste sogar vom britischen Verteidigungsminister

2 Vgl. bspw. Dominic Lieven: *Empire. The Russian Empire and its Rivals*, New Haven, Conn. 2001; Adeeb Khalid: *The Soviet Union as an Imperial Formation*, in: Ann Laura Stoler/Carole McGranahan (Hg.): *Imperial Formations*, Santa Fe, NM 2007, 113–140; Valerie Kivelson/Ronald Suny: *Russia's Empires*, New York 2017.

3 Herfried Münkler: »Wenn Putins Plan scheitert, wird er einen schrecklichen Zerstörungskrieg führen«, Interview, in: *Welt am Sonntag*, 05.03.2022, <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus237295951/Herfried-Muenkler-Wenn-Putins-Plan-scheitert-wird-er-einen-schrecklichen-Zerstoeerungskrieg-fuehren.html> [05.09.2023].

evoziert, wirken dem Schrecken des ewigen Konfliktpotenzials in Osteuropa oder eines europäischen Krieges entgegen, indem sie einen Erwartungshorizont des Scheiterns der gegenwärtigen russischen Angriffspolitik aufgrund einer grundlegenden (technologischen) Überlegenheit des Westens beschwören.

Ein weiteres mächtiges historisches Brennglas, das gerade unseren Blick auf den Krieg prägt, verlegt den Fokus von Russland weg auf den Westen bzw. das Westeuropa der Zwischenkriegszeit bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs. Es besteht aus Narrativen über die Auflösung der europäischen Landimperien mit dem Ersten Weltkrieg und über die westeuropäischen Reaktionen auf die territorialen Bestrebungen des Dritten Reichs bis zum Zweiten Weltkrieg.

Das erste Narrativ, das in den völkerrechtlichen Debatten über das zentrale Recht des ukrainischen Volkes auf Souveränität und Selbstbestimmung herumgeistert, schafft eine Verbindung zwischen dem aktuellen Krieg und der europäischen Ordnung, wie sie aus dem Ersten Weltkrieg durch die 14 Punkte des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson entstand. Darin steckt nicht nur die unwiderrufliche Legitimität des ukrainischen Widerstands gegen die russischen territorialen und politischen Ziele in der Ukraine. Es profiliert auch die Gefahr, dass die (west-)europäischen Akteure das Selbstbestimmungsrecht der Ukraine nicht verteidigen werden können oder wollen sowie dass dieses Recht sich erneut in Sprengstoff für den (west-)europäischen Frieden transformiert.

Das zweite Narrativ wird hingegen von Vergleichen des heutigen Russland mit dem nationalsozialistischen Deutschland der 1930er und frühen 1940er Jahre getriggert, das in zahlreichen Presseartikeln und -kommentaren zirkuliert.⁴ Existiert schon seit Längerem eine Forschungstradition der gemeinsamen Betrachtung von Nationalsozialismus und Stalinismus aufgrund ihres totalitären

4 Diese Debatte hat bereits in den Tagen vor dem Krieg begonnen. Vgl. Patrick Bahners: 1938 und 2022 zusammenzählen, in: FAZ 22.02.2022, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/russland-ukraine-konflikt-darf-man-putin-mit-hitler-vergleichen-17825507.html> [05.09.2023].

Charakters und des Ausmaßes an verübter Gewalt, so stellt die direkte In-Bezug- oder Gleichsetzung von Putin und Hitler ein neues Phänomen in der »westlichen« Öffentlichkeit dar.

Dazu tragen weniger Betrachtungen des Verhaltens der russischen Armee in der Ukraine hinsichtlich möglicher Analogien mit den nationalsozialistischen Gräueltaten an der Ostfront bei. Vielmehr werden immer wieder Parallelen gezogen zwischen der west-europäischen Zurückhaltung im Münchener Abkommen 1938 oder auch 1939 gegenüber einem Krieg gegen Hitler und dem Zögern der EU- und NATO-Staaten vor einer direkteren Involvierung auf der Seite der Ukraine in den letzten zwei Wochen. Auch in diesem Fall dominiert ein mögliches künftiges Kriegsszenario: ein Krieg, der den gesamten europäischen Kontinent – wenn nicht die gesamte Welt – erfasst und total ist. Nicht vordergründig wegen der atomaren Gefahr, sondern wegen des Mangels an Maß und Ratio der Macht, die zu bekämpfen ist (interessante Anknüpfungspunkte ergeben sich hier mit der Debatte über die psychische Gesundheit Putins). Zugleich eröffnet sich der Erwartungshorizont eines Sieges der (europäisch-westlichen) demokratischen Welt, allerdings mit sehr – und vielleicht zu – hohen Kosten.

Definitiv hoffnungslos, aber ruhmreich ist der Zukunftshorizont, der in Selenskyjs Aufruf an internationale Freiwillige mit dem Narrativ des Spanischen Bürgerkrieges anklang. Dieses Narrativ, das die Handlungskraft der Ukraine in den Vordergrund rückt, spielt bisher sicherlich eine weniger prominente Rolle in der historischen Sicht auf den aktuellen Krieg. Dennoch hat, infolge des Aufrufs von Selenskyj, die Presse ausdrücklich Analogien mit den Internationalen Brigaden gezogen.⁵ Derartige Analogien beinhalten nicht nur den moralischen Imperativ zur Mobilisierung gegen Russland, sondern auch die Aussicht eines ebenso tragischen wie ungerechten Schicksals für den ukrainischen Widerstand.

Etwas bessere Perspektiven für den ukrainischen Geschichtsakteur zeichnen sich schließlich in den vielen Bezügen ab, die in

5 Bspw. <https://www.sueddeutsche.de/meinung/nato-ukraine-krieg-russland-joe-biden-usa-putin-1.5542715?reduced=true> [05.09.2023].

den letzten Wochen zu den dekolonialen-neoimperialistischen Kriegen der Zeit nach 1945 hergestellt werden. In diesem Kontext häufen sich die Vergleiche und reichen vom französischen Krieg in Algerien über den amerikanischen Konflikt in Vietnam bis zum Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan. Sie prophezeien viel Leid für die ukrainische Bevölkerung sowie die Verarmung und Destabilisierung einer ganzen Weltregion. Sie versprechen aber zugleich die Unregierbarkeit von Gebieten, die nicht von fremden Mächten beherrscht werden wollen, und somit langfristig den Misserfolg jeglicher Imperialismen.

Die Ubiquität der Zeit, aber welcher Zeit?

Habe ich bisher meinen Fokus auf die Allgegenwart von Geschichtsnarrativen gelegt, so ist eine Ubiquität der Kategorie »Zeit« ebenso frappierend. Jenseits – und häufig losgelöst von – der Anlehnung an konkrete historische Deutungen werden wir in diesen Tagen immer wieder mit Feststellungen konfrontiert, dass der aktuelle Krieg Europa (und die Welt) in der Zeit zurückwirft, als ob die Zeiger der Geschichtsuhr sich auf einmal in die Vergangenheit zurückdrehen könnten. Die Kategorie Zeit ist aber genauso in der plakativen Behauptung zu finden, dass dieser Krieg eine Zeitenwende markiere. Unter anderen haben Claudia Weber⁶ und Florian Peters⁷ aus zwei verschiedenen Perspektiven bereits darauf hingewiesen, wie problematisch die These einer solchen Zeitenwende ist. Was aber ebenso irritiert, ist die scheinbare Unvereinbarkeit dieser These mit der Idee eines Rückzugs in der Zeit: Soll die Zeitenwende denn nun Aufbruch zu einer neuen oder einer alten Zeit sein?

Die Wirkkraft der Geschichtsnarrative, die ich oben zusammengetragen habe, legt Letzteres nahe, nämlich dass das Neue – nach Jahrzehnten von Debatten über die erst postmoderne (post-1989)

6 Claudia Weber: Zeitenwende? Zeitenwende!, in: Verfassungsblog, 06.03.2022, <https://verfassungsblog.de/zeitenwende-zeitenwende/> [05.09.2023].

7 Siehe den Beitrag von Florian Peters im vorliegenden Buch.

und dann anthropozänische Geschichterschöpfung – eben in der Wiederbelebung der modernen Zeiterfahrung besteht, mit ihrer genuin historischen Entwicklungsdynamik und ihrem vollkommen auf den Menschen fokussierten Erwartungshorizont hinsichtlich des Krieges. Darauf deutet zum Beispiel Olaf Scholz' Formulierung vor dem Bundestag hin, »auf der richtigen Seite der Geschichte« zu stehen.⁸ Die Betrachtung der Geschichte als einheitliche Fortschrittskraft, in deren Namen die menschlichen Akteure (in diesem Fall die bundesdeutsche Regierung) zu handeln denken und der die moralische Urteilsmacht über das Handeln dieser Akteure zugeschrieben wird, ist ein Indikator des gleichen modernen Zeitverständnisses.⁹

Allerdings mahnt gerade die Vorstellung, dass die Zeit, die jetzt beginnen soll, sich als Reenactment des 20. Jahrhunderts in einem düsteren Licht präsentiert, zur Vorsicht. Denn moderne Zeit wird im Grunde als die Verheißung einer Zukunft definiert, die qualitativ neu und besser als die Vergangenheit ist. Konkurrierende Narrative über die Vergangenheit, die dunkle Schatten auf unsere Zukunft werfen, in unserer Gegenwart zu beschwören, passt daher nicht wirklich zum Grundverständnis von Moderne.

Vorstellungen von einer Vergangenheit, die die Gegenwart überschwemmt, durchdringen hingegen eher die Theorien über die postmoderne Zeit. So haben Autor:innen wie Hans Ulrich Gumbrecht und François Hartog bereits vor einigen Jahren darauf hingewiesen, dass die Fähigkeit, die Vergangenheit hinter sich zu lassen und dabei die Zukunft zu öffnen, in der Postmoderne verloren ging. Ohne diese Fähigkeit, die für die moderne Zeitwahrnehmung kennzeichnend war, erscheint die Gegenwart als eine ausgedehnte Zeitdimension, in der mehrere vergangene Zeiten gleichzeitig bestehen,

8 Siehe Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz zum Ukraine-Krieg am 27.02.2022, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/regierungserklaerung-von-bundeskanzler-olaf-scholz-am-27-februar-2022-2008356> [05.09.2023].

9 Vgl. Reinhart Koselleck: *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt a.M. 2015 (9. Auflage, Originalausgabe: 1979), 54–60.

während die Zukunft sich als Möglichkeitsraum des Neuen verschließt. Dass in diesem Kontext das lineare Zeitgefühl der Moderne ebenso verloren geht, haben u.a. die Thesen über die Beschleunigung von Hartmut Rosa gezeigt: Laut Rosa erfahren wir die Zeit in der Postmoderne als das ungeordnete Wiederkehren von Krisen und Konfliktkonstellationen der Moderne, deren Reihenfolge wir keinen kausalen Sinn mehr verleihen können und die sich uns daher als völlig kontingent präsentieren.

Die postmodernen Zeitdiagnosen der »breiten Gegenwart« (Gumbrecht) oder des »rasenden Stillstands« (Rosa) bieten somit interessante Denkanstöße gegen das Gefühl einer Rückkehr der Moderne. Denn sie machen auf das postmoderne Zeitempfinden als einen Mechanismus aufmerksam, durch den die Gegenwart dieses Krieges von einem kakophonischen Gedränge von Gespenstern aus der Vergangenheit des 20. Jahrhunderts gestürmt wird. Zugleich kippt unser Erwartungshorizont auf einmal von der pandemischen Krise in eine Reihe potenziell siegreicher oder vernichtender geopolitischer Konflikte um, ohne dass eine scheinbare Kontinuität zwischen den beiden besteht.

Gerade ihre fehlende Kontinuität, ihre Konkurrenz miteinander sowie der erschreckende Charakter dieser Erwartungshorizonte macht die Zukunft zu einer temporalen Dimension der Wiederholung und Wiederkehr, die beängstigend, verwirrend und nicht zuletzt beliebig wirkt. So eine Wahrnehmung der Zukunft kann sicherlich nicht der Moderne zugerechnet werden. Aber sie lässt sich als Indiz dafür auffassen, dass das Anthropozän mit seiner Öffnung zum radikal neuen Erwartungshorizont des Klimawandels sich in unserem Zeitbewusstsein noch nicht vollkommen verankert und die Postmoderne ersetzt hat.

Mit einer Zuordnung dieser Zeiterfahrung zur Postmoderne möchte ich weder die Gültigkeit dieser Erwartungshorizonte noch die Triftigkeit der einzelnen Geschichtsnarrative für die Orientierung in der Gegenwart bestreiten. Vielmehr, und in einer ähnlichen Richtung wie der Beitrag von Martina Winkler in diesem Buch, geht es mir hier eher darum, vor einem Übermaß des Historischen zu warnen, das die Brille, durch die wir auf das heutige Kriegsgeschehen

schauen, trübt. In diesem Übermaß verbirgt sich die Gefahr, dass unser »westlicher« Blick vom Kriegsgeschehen selbst – mit seinen sowohl historisch gewachsenen als auch kontingenten und neuen Dynamiken – auf unseren postmodernen, überforderten Umgang mit den modernen Zeiträumen von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft verlagert wird.

In einem lesenswerten Beitrag hat der ukrainische Anthropologe Volodymyr Artiukh an die westliche Linke appelliert, ihre in anti-amerikanischer Tradition stehenden Erklärungsansätze zu hinterfragen und zu erkennen, wie beschränkt und fehlerhaft sie mit Blick auf den Krieg Russlands gegen die Ukraine sind.¹⁰ Inspiriert davon versuchen wir uns ein Stück weit von den Geistern der modernen europäischen Geschichte kritisch zu distanzieren, sie in den richtigen Grenzen zu halten, sie zu »provinzialisieren«, um aus dem »Nebel« dieses Krieges neue Handlungsräume und Erkenntnisfähigkeiten über die komplexe, multipolare Welt des Heute sowie neue Erwartungen für das Morgen zu gewinnen.

10 Volodymyr Artiukh: US-plaining is not enough. To the Western left, on your and our mistakes, <https://commons.com.ua/en/us-plaining-not-enough-on-your-and-our-mistakes/> [05.09.2023], dt. Übersetzung unter <https://www.rosalux.de/news/id/46080/die-usa-sind-nicht-der-nabel-der-welt> [05.09.2023].

Andrii Portnov

Dnipro oder Dnjepr?

Über die Ortsnamen, die wir wählen,
und die Folgen unserer Entscheidungen

24. März 2022

Die moderne westliche Welt bekennt sich bewusst zu Toleranz, zur Achtung lokaler Stimmen, zur Demonstration der Ideale der Gleichheit, auch auf sprachlicher Ebene. Wichtige Elemente dieses Prozesses sind das konsequente »Gendering«, die Betonung der Tatsache, dass der gewählte Begriff die Gruppenidentität nicht verletzt und keine koloniale Optik reproduziert. Wie sieht die deutsche Terminologie in diesem Zusammenhang in Bezug auf die Länder Osteuropas aus?

Bis vor kurzem wurde Belarus durchgängig als »Weißrussland« bezeichnet. In dieser Verwendung des Wortes wird auf die mittelalterliche *Rus'* Bezug genommen. Es ist zugleich das deutlichste Beispiel dafür, wie eine scheinbar unschuldige Begriffswahl die Bedeutung der Geschichte vereinfacht und verzerrt. Denn die mittelalterliche *Rus'* wird heute oft ausschließlich mit dem modernen Russland identifiziert. Sie ist aber nicht identisch mit dem heutigen Russland, Belarus oder der Ukraine; sie ist ein eigenständiges historisches Phänomen, das direkt mit der Geschichte der drei ostslawischen Völker verbunden ist, aber nicht lediglich einem von ihnen gehört.

In den folgenden Ausführungen geht es nicht um die Nationalisierung der Geschichte, sondern um die Gefahr von Doppelstandards bei der Wahl der Terminologie und die Bedeutung einer

angemessenen Darstellung der historischen Vergangenheit und Gegenwart. Eine Darstellung, die allen historischen Akteuren Respekt zollt. Und die Komplexität der Geschichte Osteuropas vermitteln und nicht ausblenden will.

Kyjiw oder Kiew?

Die Etymologie des Namens der ukrainischen Hauptstadt ist unter Historikerinnen und Historikern immer noch umstritten. Ab dem zehnten Jahrhundert wird die Stadt in byzantinischen Quellen als »Kyjoaba« dargestellt, während arabische Autoren die gleiche Siedlung als »Kujaba« bezeichnen. Die ukrainische Lautschrift des Wortes »Kyjiw« ist (auf den ersten Blick) vielleicht etwas schwieriger auszusprechen als die russische »Kiew«. Aber lässt sich die »Leichtigkeit« damit erklären, dass sich in der deutschen Sprache die russische Lautschrift des Namens der ukrainischen Hauptstadt durchgesetzt hat und immer noch dominiert?

Versuche, den ukrainischen Namen »Kyjiw« im Deutschen zu etablieren, wurden in den 1920er und 30er Jahren in akademischen Zeitschriften unternommen, setzten sich aber zu dieser Zeit nicht durch. Aus irgendeinem Grund erwies sich die deutsche Sprache in dieser Hinsicht als konservativer als das Englische, wo sich die ukrainische Form viel leichter etablierte. Die Macht der Gewohnheit ist immer groß. Aber warum soll die Hauptstadt der Ukraine, die sich gegen Putins Aggression wehrt, im Deutschen immer noch in der russischen Umschrift ausgesprochen und geschrieben werden?

Dnipro oder Dnjepr?

Der Fluss Dnipro ist die wichtigste Wasserstraße der Ukraine und ein bedeutsamer Faktor in der Geschichte des Landes – sowohl geografisch als auch historisch. Bis zur Fertigstellung des Wasserkraftwerkes bei Saporischschja in den 1930er Jahren erschwerten Stromschnellen im Unterlauf des Dnipro die Schifffahrt erheblich. Dort, in der Steppe jenseits der Stromschnellen, tauchte Mitte des

16. Jahrhunderts das Phänomen der ukrainischen Kosaken auf. Dieses Gebiet kann als Kontaktzone zwischen Christentum und Islam, zwischen der Polnisch-Litauischen Republik und dem Osmanischen Reich bezeichnet werden. Am Unterlauf des Dnipro entstanden kosakische Siedlungen. Und dort begann 1648 der mächtigste Aufstand unter der Führung von Bohdan Chmelnyckyj. Die Kosakenkriege sind zu einem wesentlichen Bestandteil der ukrainischen Kulturmythologie geworden, in der das Bild vom Kosaken als Wortführer der freiheitsliebenden Menschen bis heute fest etabliert ist.

An diesem Fluss liegt meine Heimatstadt, die in ihrer Geschichte viele verschiedene Namen trug. Die Stadt wurde im Rahmen der Erschließung der südlichen Steppe des Russländischen Reiches im Jahr 1776 gegründet und von Fürst Potemkin als südliches Zentrum des gesamten Imperiums konzipiert. Sie wurde nach der Zarin Katharina der Zweiten benannt – Jekaterinoslaw (wörtlich: die Herrlichkeit Katharinas). In der frühen Sowjetära, im Jahr 1926, erhielt die Stadt den Namen »Dnipropetrovsk«, nach dem Fluss und dem Bolschewik Hryhorij Petrowski. Zuletzt wurde sie im Rahmen des Dekommunisierungsgesetzes im Mai 2016 von »Dnipropetrovsk« in »Dnipro« umbenannt.¹ Das heißt, dass nur noch der Fluss übrigblieb.

Diese Umbenennungen folgten also immer den politischen Entwicklungen. Aber auch hier geht es um Konsistenz im deutschen Sprachgebrauch: Auf modernen deutschen Karten der Ukraine heißt die Stadt oft »Dnipro« und der Fluss immer noch »Dnjepr«, was den Eindruck erwecken kann, es handele sich um zwei verschiedene Wörter und Namen. Die Namen sind jedoch identisch. Für den Fluss sollte also dieselbe Bezeichnung verwendet werden, zumindest was seinen Verlauf auf ukrainischem Staatsgebiet angeht.

1 Vgl. hierzu auch den Beitrag von Tanja Pentter in diesem Buch.

Lviv oder Lemberg?

Im Deutschen hat es sich eingebürgert – vor allem wenn es um die Gegenwart und nicht um die historische Vergangenheit geht –, polnische Städte nach der polnischen Phonetik zu benennen: *Gdańsk*, nicht Danzig. *Wrocław*, nicht Breslau. Dennoch wird im Zusammenhang mit dem ukrainischen Lviv häufig der deutsche Name »Lemberg« verwendet. Warum funktioniert in diesem Fall nicht derselbe Mechanismus wie bei *Wrocław* oder *Poznań*? Liegt es nur daran, dass Lviv etwas mehr als ein Jahrhundert lang Teil des österreichischen und nicht des preußischen Kaiserreichs war und sein deutscher Name daher österreichische Wurzeln hat?

Ich möchte noch einmal betonen, dass es mir in erster Linie um die Wahl des Namens geht, wenn aktuelle Ereignisse beschrieben werden. Wenn es um historische Texte geht, bin ich dafür, die multinationale Geschichte der Stadt so weit wie möglich widerzuspiegeln und sowohl den polnischen (*Lwów*) als auch den jüdischen (*Lvov*) Namen zu verwenden.

Russisch und Russländisch

Im Russischen gibt es mehrere Wörter für Phänomene, die in der englischen Übersetzung einfach »Russian« heißen. Im Deutschen kann man jedoch zwischen »Russisch« und »Russländisch« unterscheiden. Warum wird sie dann so selten genutzt? Hier ist das offensichtlichste Beispiel. Der heutige Staat wird richtigerweise nicht als »Russische«, sondern als »Russländische« Föderation übersetzt. Vereinfacht ausgedrückt, handelt es sich um eine Unterscheidung, die mit dem Wortgebrauch von »Englisch« und »Britisch« vergleichbar ist. »Russisch« ist in erster Linie ein ethnischer, kultureller Begriff. »Russländisch« ist ein territorialer Begriff, der alle Bürger:innen des Landes einschließt (also nicht nur ethnische Russ:innen, sondern alle Staatsbürger:innen). In der modernen Sprache sind diese Wörter manchmal klar abgegrenzt, manchmal vermischt. Wenn wir die Nuancen spüren und die Themen

verstehen wollen, lohnt es sich, sie in der Übersetzung zu unterscheiden. Und immer den Kontext zu berücksichtigen.

Und wieder Rus

Die Ursprünge des mittelalterlichen Konzepts der *Rus'* bleiben für Historiker:innen ein Rätsel. Und die politische Manipulation des Begriffs, die ihn ausschließlich mit Russland in Verbindung bringt, ist kein besonderes Geheimnis. Der ukrainische Historiker Dmytro Doroschenko schrieb darüber schon in seiner Emigration in den 1930er Jahren in der *Zeitschrift für osteuropäische Geschichte*.² Sein Aufruf, Verantwortung für die Terminologie zu übernehmen und den Ukrainer:innen und Belarus:innen die historische Subjektivität nicht abzusprechen, ist aber auch heute aktuell. Ich möchte noch einmal betonen, dass es mir nicht darum geht, die Geschichte zu »nationalisieren«, sondern die Aufmerksamkeit unserer akademischen Gemeinschaft auf die Bedeutung der historischen Kontextualisierung, der Achtung lokaler Traditionen und einer kritischen Haltung gegenüber den vorherrschenden Erzählungen zu lenken.

2 D. Dorošenko: Was ist osteuropäische Geschichte? (Zur Abgrenzung der ukrainischen und russischen Geschichte), in: *Zeitschrift für osteuropäische Geschichte* 9 (1935), 21–67.

Thuc Linh Nguyen Vu

Too Close to Home

How Minority Communities Broaden the Scope of Care and Help

25 March 2022

As much as war is about armed military conflict, it is also fundamentally about mass displacement, broken lives, and lost futures. This simple truth has become way too obvious in large parts of Poland, where providing food, clothes and shelter to strangers, and collecting donations to help refugees from neighboring Ukraine have become common practices among »ordinary« people. With over three million (as of March 16) Ukrainians fleeing war, Poland became a hub for more than half of them, often as a first stop en route to their families and friends across Europe.

Much of the efforts of this grassroots mass mobilization to help those escaping their war-torn country falls on the shoulders of various parts of society, including individual activists and non-activists as well as civil society organizations. Volunteers hook up on social media and with the help of other informal channels, weaving a complex web of support including private apartments, informal transportation, and food distribution. In Poland, going to protests, chanting anti-Putin slogans, watching the images of intensifying attacks on Ukrainian towns and of women with children escaping war in horror go hand in hand with collective acts of solidarity and kindness. Within a couple of days, virtually all my close friends in Warsaw were hosting refugees, preparing dozens of sandwiches for new arrivals, offering them a warm embrace,

and so on. Both the intensity and scale of the Russian invasion of Ukraine make this experience strange, terrifying, overwhelming, and too close to home.

Initiatives of the Minority Communities

What is perhaps less visible in this civil society mobilization and its media coverage¹ are the efforts of migrant and minority communities that do their share in offering relief to those fleeing from Ukraine. For instance, members of the Vietnamese community, one of the oldest and largest non-European communities in Poland whose roots go back to the 1950s, organized a food tent at the remote border crossing station in Zosin-Uścilóg. For over a week, Phan Châu Thành and his wife Hà Thị Huệ Chi, who organized the tent and many other forms of help, co-ordinated the Vietnamese, Polish, and Ukrainian volunteers and offered Vietnamese cháo (congee), sandwiches, and hot beverages to refugees. Tôn Văn Anh, a known Vietnamese activist, was one of the first ones to organize a transportation for Vietnamese minorities fleeing Ukraine. Launched by first- and second-generation migrants from Vietnam, the initiative also involved collecting money and providing daily necessities as well as housing in the Vietnamese Pagoda and the Asian wholesale trade center in Wólka Kosowska to the Vietnamese seeking refuge.²

In that sense, it did not differ much from other initiatives. On March 10, Ngô Văn Tường, who had come to Poland as a student before 1989, launched the informal initiative »Gorące obiady« (hot lunches) that involved Vietnamese restaurants delivering around 60 warm lunches daily to refugees in the old office complex Atrium

1 While the Polish media do not leave the incidents of uneven and racist treatment unchecked, they pay less attention to the migrant and minority activism providing aid to the refugees.

2 As of March 18, more and more Vietnamese communities from Europe (e.g Germany, Switzerland, and the Netherlands) join the efforts of the Polish Vietnamese activists turning this instance of migrant activism into a transnational one.

that is taken care of by the city of Warsaw. This form of social activation builds on the experience of Vietnamese activists during the pandemic when immigrant-owned restaurants began delivering free meals to medical staff battling the pandemic in Warsaw and beyond.

As carriers of the »invisible wounds« caused by war and decolonization, the Vietnamese know all too well the brutalizing dynamic and psychological impact of a seemingly endless armed conflict. The older generations of migrants from Vietnam also personally know many Ukrainians with whom they shared the ebb and flow of the 1990s as migrant workers running small restaurants and working at outdoors markets. As their example shows, the experience of bloody decolonization can map onto that of the regime transition in Eastern Europe.

Vietnamese-owned food services are often trapped in boxes of cheap-eats.³ But for many older generations of immigrants from Vietnam, entering the food business, even if they did it for lack of other options, was a gate to a somewhat stable income and eventually upward class mobility. Another branch is that of import and export business (usually a wholesale one) that goes back to the early 1990s when the Vietnamese traded in the new outdoor markets that were mushrooming throughout Poland. It is precisely this blending of perceived war-time commonalities, shared first-hand experiences of turbulent post-socialism, and the concrete skillsets of first-generation urban migrants working in the food industry and transnational trade business that propels the Vietnamese community in Poland to help refugees from Ukraine today.

Another example of grassroots activism comes from the African-Polish community that has become active in supporting Black people

3 Think of the German »Imbiss« or the Polish »iść do/na Chińczyka« (to go to the Chinese/to have some Chinese food) as examples for describing cheap food. While »Imbiss« refers to a cheap and quick meal, and might have more of a working-class undertone to it, the informal ways of referring to Vietnamese food in Polish have an essentializing quality to them; as if Asia was a big country named China.

and people of African descent fleeing Ukraine. A central role in this movement of support is played by an alliance of six organizations: *Black is Polish*, *Centrum Intersekcjonalnej Sprawiedliwości w Polsce* (Center for Intersectional Justice in Poland), *Stowarzyszenie Rodzin Wieloetnicznych Family Voices* (Association of Multiethnic Families Family Voices), *Pracownia Antyrasistowska* (Anti-racism Workshop), *Fundacja na rzecz Różnorodności Społecznej* (Foundation for Social Diversity or FRS), and *new visions*. One of the people behind the efforts to help all refugees is Margaret Amaka Ohia-Nowak, a well-known activist committed to protecting the rights of the African-Polish community and spreading awareness around racism. Support offered by the African-Polish activists includes free rides from the border, access to temporary accommodation, legal services, counselling, and general assistance for those willing to settle in Poland.

This initiative is as much about reacting to the atrocities of war as it is about countering the disparities in treatment of various groups of refugees at the Polish-Ukrainian border. According to international media coverage and eyewitness accounts,⁴ people of presumably African, South Asian, Southeast Asian, and Middle Eastern background fleeing Ukraine had to wait significantly longer when attempting to cross into Poland, at times had less access

4 For instance, see: Monika Pronczuk and Ruth Mclean: Africans Say Ukrainian Authorities Hindered Them From Fleeing, in: New York Times, 01.03.2022, <https://www.nytimes.com/2022/03/01/world/europe/ukraine-refugee-discrimination.html> [05.09.2023]; Krzysztof Boczek: Ocean pomocy, krople rasizmu – co działo się w dniu, kiedy przez Medykę przechodzili nie-Ukraińcy, in: okopress.com, 17.03.2022, https://oko.press/ocean-pomocy-krople-rasizmu-co-dzialo-sie-w-dniu-kiedy-przez-medyke-przechodzili-nie-ukraincy/?utm_medium=Social&utm_source=Facebook&fbclid=IwAR1aPYeq45bA9NI6hQo7jK0NyPy9ceMh-WHUVWN39wR24Cn_Oif2nNcmR4U#Echobox=1647513551 [05.09.2023]; Andrej Popoviciu: Ukraine's Roma refugees recount discrimination en route to safety, in: aljazeera.com, 07.03.2022, <https://www.aljazeera.com/news/2022/3/7/ukraines-roma-refugees-recount-discrimination-on-route-to-safety?fbclid=IwAR3hKF9laREPz6SQzfV2YXsn3SaU2EtrYB8-AcmH4C6xYHFEbnTHI-jHSn4> [05.09.2023].

to help on the Polish side, and were attacked in at least one case (on March 1, in the Polish town of Przemyśl, four Indian students who just arrived from Ukraine were physically assaulted by right-wing hooligans). Against this backdrop, it quickly became clear that pre-existing infrastructures and local networks of activists with an experience in fighting for the fair treatment of Black and Brown people in Poland was able to respond to an emerging need arising from the specific wartime hardships faced by groups that are racialized and othered.

The Polish Roma community has been assisting Ukrainian Roma people who, at times, also faced racist treatment while evacuating from Ukraine. A scholar and activist, Joanna Talewicz, not only helps Ukrainian and Ukrainian Roma refugees but also fights anti-Roma biases in the media coverage of the war. Talewicz is a co-founder of *Fundacja w stronę Dialogu* (Foundation for Dialog) that is collecting donations for fleeing Roma people and provides all types of support similar to the ones offered by other NGOs and activist circles. One of the major challenges the foundation addresses is the prevailing and deeply rooted racialized stereotype of Roma people that presents them as criminal and lazy, which is part of a larger culture of anti-Roma racism. These powerful and harmful representations of Roma people often make it harder for them to find housing and transportation. According to Talewicz, at least 100 Ukrainian Roma people arrive daily in Warsaw (as of March 12) and stay at the facilities organized by the city; also there racial tensions prevail.

Like other refugees from Ukraine, the arriving Roma people see Ukraine as their home – their friends, husbands, brothers, and sons fight in the Ukrainian army. They also lost their home and want to return to Ukraine. Just as African-Polish activists do, Polish Roma activists point to the fact that the wartime experience of Roma people and other racialized communities fleeing Ukraine is layered with biases. In that sense, their experience of wartime violence and forced displacement has an intersectional dimension to it. (Without doubt, Ukrainian women and children seeking refuge also experience forms of intersectional violence that disproportionately

impact women such as trafficking and other challenges related to gender that are often overlooked.⁵)

Activists helping Roma refugees feel less supported as they, unlike Vietnamese and African-Polish activists, have no embassy and few institutions to turn to for help. As these cases exemplify, the grassroots response to the humanitarian crisis caused by Russia's brutal invasion of Ukraine, also mobilizes and consolidates migrant and minority communities in Poland. Combining specific historical experiences, unique skillsets, and the embedded knowledge of a particular community in this specific region together with a more wide-ranging sense of universal solidarity and compassion, they identify and expose exclusionary dynamics as much as they help to bridge existing divides.

The Underbelly of Help

Despite the massive outpouring of self-organized support for refugees from Ukraine, several major challenges are looming large over this large-scale mobilization. What were mostly discussions taking place at the fringes just a few days ago now become more visible in the mainstream media. How long can such grassroots forms of help, based on collective acts of kindness and solidarity, last? With more and more volunteers facing the enduring stress of working in a logistic chaos and shrinking resources there seems to be growing unease about the limited involvement of state institutions

5 A number of Polish NGOs and activists have been ringing the alarm bells about refugee women being exposed to the risk of sex trafficking on the Polish side, see: Agata Kulczycka, wyborcza.pl, 01.03.2022, <https://rzeszow.wyborcza.pl/rzeszow/7,34962,28170333,sutenerzy-na-granicy-z-ukraina-podkarpacka-policja-zaprzecza.html> [05.09.2023]; on the suspicion of Russian soldiers sexually assaulting Ukrainian women, see: Natalia Waloch, wysokieobcasy.pl, 19.03.2022, <https://www.wysokieobcasy.pl/wysokie-obcasy/7,163229,28236206,zolnierka-znad-granicy-potrzebna-pilna-pomoc-dla-ukrain.html> [05.03.2024].

and the lack of a sustainable and systemic response.⁶ Some activists who have been active at the Polish-Belarusian border in order to address the desperate situation of asylum-seekers trapped in the woods there for the last months express frustration with the wide gulf between the treatment of refugees at the Polish-Belarusian border and those coming from Ukraine.

Just a few hundred kilometers north of the Polish-Ukrainian border, refugees were and still are being pushed back onto the Belarusian side by the Polish Border Guard and experience violence from the Belarusian Border Guard. Families with children were and still are freezing in the woods, not knowing if and when they will be able to safely cross into Poland. Anna Alboth, an activist from *Grupa Granica* (Border Group), recalls how little understanding and support they received from the Polish state and other European societies in helping refugees at the Belarusian border in comparison to the current, immediate, and massive wave of emotional and material support for Ukrainians.⁷

Broadening the Scope of Care and Aid

Everyone would probably agree that instead of pitting one group against the other, comparing their levels of suffering, and their *raison d'être*, it is important to ask: Who counts as a refugee and which refugees count? Although answering such a seemingly innocuous question might be painful, we need to ask it in order to

6 See, e.g. <https://tvn24.pl/tvnwarszawa/najnowsze/warszawa-wolontariuszka-o-punkcie-recepcyjnym-na-torwarze-po-wczorajszym-apelu-sytuacja-sie-poprawia-5630908> [05.09.2023]; Piotr Halicki, »Dramat na Torwarze. Szefowa wolontariuszy: żarty się skończyły,« [onet.pl](https://wiadomosci.onet.pl/warszawa/dramat-na-torwarze-emocjonalny-apel-szefowej-wolontariuszy-jestesmy-na-skraju/3vr95xw), 09.03.2022, <https://wiadomosci.onet.pl/warszawa/dramat-na-torwarze-emocjonalny-apel-szefowej-wolontariuszy-jestesmy-na-skraju/3vr95xw> [05.09.2023].

7 Anna Alboth, interview, *Gazeta Wyborcza*, 08.03.2022, https://wyborcza.pl/magazyn/7,124059,28196613,czym-rozni-sie-syryjskie-dziecko-uciekajace-przed-bombami-putina.html?fbclid=IwAR3uolmuqoCZf_Vi-9sL40TmANrOHO6s8I_eFYVjVTwqJawV-kxhKDH73CU [05.09.2023].

prevent reproducing exclusions and marginalizations in the very act of solidarity and helping. To inquire whether racist hierarchies or a sense of cultural proximity might play a role in shaping and limiting aid and solidarity touches on a thorny and difficult topic, but instead of hindering spontaneous and conscious support for those in need it should broaden its scope. There is little doubt that years and years of anti-refugee discourse propagated by the conservative part of the Polish authorities have tapped into, as well as amplified, racial sentiments. The effects are now becoming visible even within this enormous and impressive wave of solidarity.

At the same time, it would seem too simple to point to racism as the sole factor in explaining divergent reactions. Many commentators from »the West« forget or do not fully realize that the cultural and geographical proximity of Poland and Ukraine is woven deeply into a difficult but intimate shared past. This historically rooted and culturally encoded closeness magnifies a sense of collective responsibility for the Ukrainian society that has become a victim of an imperial state that is perceived as a common enemy as it has posed an existential and real threat to Poland as well.

Against this background, the violence targeting Ukrainian society is opening up old wounds while creating new ones. In that sense, the mass support for Ukrainian refugees in Poland cannot be simply boiled down to arbitrary favoritism. Although collective burnout, limited resources and the uneven redistribution of help provide the dark underbelly of the current and impressive mass mobilization across Poland, the point is not to erase the tremendous support offered by Polish society and its humanitarian as well as political value. Rather, the point is to realize that even grassroots initiatives with the best intentions can go hand in hand with forms of disparate treatment and exclusion that are as deeply rooted as the sense of connection and commitment that underlies the mobilization.

Migrant and minority mobilizations in Poland highlight that reactions to current crises can rarely be understood in exclusive reference to »the here and now.« The support coming from the migrant and minority communities build on semi-organized practices

of solidarity and help that are often rooted in prior experiences, activities, and discourses. African-Polish and Roma activists do not merely offer an ad hoc support for refugees – they also continue to battle discrimination and systemic challenges. The Vietnamese do not only focus on providing food to refugees – they appropriate and turn around the stereotypes and roles in which they are pigeonholed.

Ultimately, those in need of support are civilians trying to flee under circumstances that are hard or even impossible to imagine for most of us: exhausted women carrying even more exhausted children while waiting for hours or days to reach a safe place, broken families, destroyed cities and villages, environmental destruction, circumstances that blend extraordinary agency with total vulnerability and dependence on others. As Viet Thanh Nguyen, himself a former refugee, once wrote: »To become a refugee is to know, inevitably, that the past is not only marked by the passage of time, but by loss – the loss of loved ones, of countries, of identities, of selves.«⁸ It is also this knowledge of loss and remarkable agency that motivates many to help those who are at risk of losing everything today.

8 Viet Thanh Nguyen (ed.): *The Displaced. Refugee Writers on Refugee Lives*, New York 2018.

Daria Khrushcheva

Medien in Russland

Von Unabhängigkeit zur Kontrolle

29. März 2022

»Politische Journalisten in Russland leben gefährlich«, schrieb die deutsche Journalistin Elke Windisch im Mai 2011. »Polemisiert und diskutiert wird nur noch im Internet, in Blogs und sozialen Netzwerken [...]. Die Frage ist: Wie lange noch? [...] Die tödlichen Schüsse auf Anna Politkowskaja im Oktober 2006, die weltweit für Empörung sorgten, sind nur die Spitze des Eisbergs«. Ihr Text endet mit der bitteren Schlussfolgerung: »Experten befürchten, die staatliche Gängelung werde angesichts nahender Wahlen eher zunehmen«.¹ Am Vorabend der Olympischen Spiele in Sotschi 2014 konstatierte die international tätige Nichtregierungsorganisation Reporter ohne Grenzen, »unabhängiger Journalismus« im Lande sei ein »Kampfsport«.² Anfang März 2022 hieß es in der Tagesschau, das aktualisierte russische Fake-News-Gesetz übe »maximale[n] Druck auf Russlands Medien« aus.³

1 Elke Windisch: Politische Journalisten in Russland leben gefährlich, in: HAZ, 03.05.2011.

2 Reporter ohne Grenzen: Unabhängiger Journalismus – ein Kampfsport. Länderbericht zur Region Sotschi/Krasnodar von 2013, https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/Berichte/2013/131000_Independent_journalism_a_combat_sport_-_RSF_Sotchi_mission_report.pdf [05.09.2023].

3 Maximaler Druck auf Russlands Medien, in: Tagesschau, 04.03.2022, <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/russland-gesetz-fakenews-strafen-103.html> [13.03.2022].

Einschränkungen der Pressefreiheit, Zensur und die strenge Kontrolle der Medien in Russland haben nicht erst im Zusammenhang mit dem Angriff auf die Ukraine und nicht einmal im Jahr 2014, nach der Annexion der Krim und dem Ausbruch des bewaffneten Konflikts in der Ostukraine, begonnen. Es reicht nur ein Blick auf die Entwicklung der russischen Medienlandschaft der letzten 20 oder gar 30 Jahre, um zu sehen: All dies begann wesentlich früher.

Neues Land – neue Hoffnungen

Gehen wir 30 Jahre zurück: Die Politik der Perestrojka (dt. Umbau) brachte in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre eine ungewöhnliche Situation hervor. Die traditionelle sowjetische Propagandamaschine schwenkte auf die Unterstützung der staatlichen Reformen ein, während mit der Parole von Glasnost (im Deutschen meist mit »Transparenz« übersetzt) eine neue Medienpolitik eingeläutet wurde. Die Rolle der Medien im politischen Leben der sowjetischen Gesellschaft änderte sich, sie erhielt eine gewisse Freiheit. Bereits 1989 konnten Medien beispielsweise die Sitzungen des Kongresses der Volksdeputierten der Sowjetunion – des höchsten gesetzgebenden Organs der UdSSR – im Fernsehen übertragen. Der russische Medienforscher Ivan Zasurskij bezeichnet diese Übertragungen als »eine riesige Seifenoper«, die »das ganze Land so faszinierte[n], dass die Straßen leer waren«, und spricht über die neue Kraft der Medien: »Live-Übertragungen politischer Ereignisse, eine Fülle von Dokumentar- und Spielfilmen über die Verbrechen des Kommunismus trugen zur Politisierung der Massen bei«.⁴

Die Fernsehsendungen Prožektor perestrojki (1987–1989) und Vzgljad (1987–1991, 1994–2001) wurden zu echten »Symbolen der Perestrojka«.⁵ Beide wurden ins Leben gerufen, um die politischen Reformen im Lande zu kommentieren und zu kritisieren. Ihre

4 Ivan Zasurskij: Mass-media vtoroj respubliki, Moskva 1999, 51 (Hervorhebung im Original).

5 Svetlana Povoraznjuk: »Ėto norma«. Kak Pervyj kanal zadaval ton otečestvennomu TV, in: Lenta.ru, 2015.

Autoren – Vladislav List'ev, Aleksandr Ljubimov, Evgenij Dodolev und andere – wirkten als meinungsbildende Journalisten, die in dieser Zeit an Glaub- und Vertrauenswürdigkeit gewannen und deren Meinung manchmal wichtiger war als die Verlautbarungen von führenden Parteifunktionären.⁶

Den Beginn der 1990er Jahre bezeichnen einige Forscher:innen als das »goldene Zeitalter« des russischen Journalismus.⁷ Diese Zeit wird durch einen neuen Informationsraum, Rede- und Pressefreiheit, die Entstehung eines Marktes für Presse und elektronische Medien, später auch durch die zunehmende Wechselwirkung der freien Medien und des Staates geprägt. In dieser Zeit erschien eine ganze Reihe von unabhängigen Zeitungen, wie beispielsweise die *Novaja gazeta*, *Segodnja*, *Nezavisimaja gazeta*, und die Rolle der kommerziellen Medien wuchs. Gleichzeitig wurden Medien immer öfter zu einem Instrument des politischen Kampfes. Sie wurden nicht nur während der politischen Turbulenzen und Unruhen von der Regierung instrumentalisiert, sondern auch bei der Berichterstattung zum Ersten Tschetschenienkrieg (1994–1996).⁸

In den folgenden vier Jahren (1996–2000) kam es dann zur Bildung eines oligarchischen Systems zur Verwaltung der Medienbranche. Einerseits befanden sich die freien Medien in Opposition zur politischen Macht. Andererseits traten in dieser Zeit neue Informationsstrategien zur Manipulation der öffentlichen Meinung und neue Mechanismen der sogenannten politischen PR sowie schwarzen PR auf. Die Medien wurden zum wichtigsten Akteur auf politischem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiet. Oft

6 Mehr zu dieser Periode in der Geschichte der Medien in der Sowjetunion und in Russland siehe Rascvet rossijskich SMI, 2015, <https://gorbymedia.com/> [05.09.2023].

7 Vgl. Vitalij Tret'jakov: *Kak stat' znamenitym žurnalistom. Kurs lekcij po teorii i praktike sovremennom russkoj žurnalistiki*, Moskva 2004, 79f. Vgl. Zasurskij: *Mass-media*, 211.

8 Mehr zu dieser Periode in der Geschichte der Medien in Russland siehe Natalia Rostova: *Rascvet rossijskich SMI*, 2018, <https://gorbymedia.com/> [05.09.2023].

handelten sie jedoch im Interesse bestimmter Gruppen: Oligarchen, Finanz- und Industrieverbände, regionale Funktionäre.⁹

Die »Blütezeit« dauerte nicht lange: »Seit Ende der 90er Jahre gilt das kurze Wörtchen SORM [dt. System technischer Mittel zur Sicherstellung der Funktionen der operativen Fahndungsmaßnahmen] in Russland als ein Symbol für die Rückkehr zu einem Überwachungsstaat.«¹⁰ Das entsprechende Gesetz von 1995 regelt das Abhören von Telefongesprächen und die Kontrolle der Briefpost und anderer Mitteilungen durch den russischen Geheimdienst FSB. Im Jahr 1998 wurde SORM-2 als Überwachungssystem für das Internet eingeführt.¹¹ Der deutsche Politologe Mischa Hansel schrieb: »Die Überwachung kann der Zensur zur Hilfe kommen oder sie sogar ersetzen. Sie soll den Nutzern Angst einflößen und sie zur Selbstzensur bewegen.«¹²

Seit 2014 agiert der russische Geheimdienst auf der Grundlage von SORM-3, das den Zugriff auf Daten aller Verbindungsarten ermöglicht. Die neuen Technologien machen es dem Staat leichter, die Bürger:innen zu überwachen und Informationen über jene zu sammeln, die in Opposition zu ihm stehen.¹³ Dies markiert die Rückkehr zu alten sowjetischen Praktiken: einer vollständig kontrollierten Informationspolitik, Steuerung der Informationsverbreitung, Unterdrückung konkurrierender Informationsquellen durch Zensur sowie Verfolgung und Bestrafung aller Formen des Abweichlertums.¹⁴

9 Ausführlicher zur Rolle der Journalist:innen im politischem Leben Russlands siehe den Dokumentarfilm von Marija Slonim und Elena Karceva (Nemych): *Tjažkoe bremja svobody*, Russland 2001, <https://www.youtube.com/watch?v=YSRdP6zT5nl> [05.09.2023].

10 Viktoria Brunmeier: *Das Internet in Russland. Eine Untersuchung zum spannungsreichen Verhältnis von Politik und Runet*, München 2005, 54.

11 Vgl. ebd., 54f.

12 Mischa Hansel: *Internationale Beziehungen im Cyberspace. Macht, Institutionen und Wahrnehmung*, Wiesbaden 2013, 120.

13 Vgl. Andrej Soldatov: Überwachen und Strafen. Die Verschärfung der Internetkontrolle in Russland, in: *Osteuropa* 11-12/2016, 3–14.

14 Vgl. Peter Hübner: Von der Informationsdiktatur zur neuen Informationsfreiheit. Ein Schritt zur Desintegration Rußlands?, in: Gerhard Simon (Hg.): *Rußland in Europa? Innere Entwicklungen und internationale Beziehungen – heute*, Köln 2000, 121–134, hier 121f.

Medienkontrolle unter Putin

In den ersten zwei Amtsperioden Vladimir Putins (2000–2008) stellte der Staat zahlreiche Medien im Land unter Kontrolle. Eine neue Wirtschafts- und Medienpolitik zwang einige ehemalige Medienmagnaten und Oligarchen, Russland zu verlassen. Im Interessenkonflikt zwischen Staat und den von Oligarchen kontrollierten Medien spielten unter anderem deren kritische Berichterstattung über das staatliche Vorgehen im Zweiten Tschetschenienkrieg (1999–2009), das ungenügende Krisenmanagement des Staates nach dem Untergang des Atom-U-Boots »Kursk« im August 2000 und das tragische Ende der Geiselnahme von Beslan Anfang September 2004 eine große Rolle.¹⁵

Ein Beispiel für die staatliche Politik der Gleichschaltung einflussreicher Fernsehsender war der Kanal NTV. Ende der 1990er Jahre galt NTV als die »Speerspitze des kritischen Journalismus im postsowjetischen Russland«.¹⁶ Als der kremlnahe Konzern Gazprom-Media den Sender 2001 übernahm, verließen viele Mitarbeiter:innen die Redaktion. Danach verschob sich das Programm »merklich in Richtung Boulevard«; immer öfter strich »die Sendeleitung politisch nicht genehme Beiträge«.¹⁷ Als ein weiteres Zeichen für eine immer stärkere Einschränkung der Pressefreiheit in Russland galt die Ermordung von Anna Politkovskaja am 7. Oktober 2006. Sie war eine der bekanntesten Journalist:innen der regierungskritischen

15 Vgl. Walter Mayr: Ein Abgrund von Standesverrat, in: Der Spiegel 25/2004, sowie Margareta Mommsen/Angelika Nußberger: Das System Putin. Gelenkte Demokratie und politische Justiz in Russland, Bonn 2007, 125ff.

16 Ulrike Gruska/Gemma Pörzgen/Christian Mihr: Der Kreml auf allen Kanälen. Wie der russische Staat das Fernsehen lenkt, in: Reporter ohne Grenzen, Oktober 2013, https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/images/Kampagnen/Sotschi/ROG-Russland-Bericht-2013_web.pdf [05.09.2023].

17 Ebd.

Zeitung *Novaja gazeta* und hatte sich vehement gegen Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien eingesetzt.¹⁸

Nach der Gesetzgebung kam es 2007 schließlich zu einer Institutionalisierung der Medienkontrolle mit der Einrichtung von Roskomnadzor (dt. Föderaler Dienst für die Aufsicht im Bereich der Kommunikation, Informationstechnologie und Massenkommunikation). Seitdem kontrolliert Roskomnadzor alle Medien und Kommunikationsmittel, darunter auch das Internet mitsamt seiner Inhalte. Die Behörde vergibt Lizenzen und erteilt Verwarnungen. Nach zwei Verwarnungen kann diese Behörde eine Redaktion schließen lassen.

Der »dritte Weg« für Medien in Russland?

Seit Ende der 2000er Jahre ist das russische Mediensystem durch die komplexe Verbindung von Freiraum und Kontrolle gekennzeichnet. In diesem Spannungsfeld sind auf staatlicher Seite drei Ebenen zu erkennen: der Staat, der für die Gesetzgebung verantwortlich ist, Geheimdienste wie der FSB, die die Kontrolle mit Hilfe von technischen Innovationen ausüben, und die neue kremlnahe Wirtschaftselite, die die (Teil-)Finanzierung der Medien übernehmen.¹⁹

Der Kreml wurde jedoch jenseits der Gesetzgebung in anderer Weise aktiv. So war die Präsidentschaft von Dmitrij Medvedev (2008–2012) eng mit der Rede von einer Modernisierung Russlands und einer gewissen Lockerung der Medienkontrolle verbunden. Sein erstes großes Zeitungsinterview gab Medvedev im April 2009

18 Mehr zum Thema siehe Norbert Schreiber (Hg.): Anna Politkovskaja. Chronik eines angekündigten Mordes, Klagenfurt 2007; Ekaterina Lysova: Die Ermordung von Anna Politkovskaja – Kollaps der Demokratie?, in: Osteuropa-Recht. Gegenwartsfragen aus den Rechten des Ostens 52 (2006), 394–408; Anna Politkovskaja: *Za čto*, Moskva 2007.

19 Vgl. Vasilij Gatov: *Buduščee žurnalistiki*, in: Aleksandr Amzin u.a. (Red.): *Kak novye media izmenili žurnalistiku, 2012–2016*, Ekaterinburg/Moskva 2016, 206–267, hier 220.

der kremlikritischen Novaja Gazeta.²⁰ Im April 2011 besuchte er als amtierender Präsident den oppositionellen Privatsender TV Dožd'.²¹ Ein »dritter Weg« zwischen der Förderung freier und demokratischer Medien und der Kontrolle über Informationen schien sich abzuzeichnen.

Der Kreml nutzte selbst aktiv die Möglichkeiten, durch Webseiten und Blogs Diskussionen zu beeinflussen und vor allem junge Menschen anzusprechen. Einerseits wurde der technische Zugang ins Netz aktiv gefördert, andererseits gab es Bestrebungen, eine direkte Kontrolle über veröffentlichte Inhalte auszuüben. Die russische Politologin Lilija Ševcova sah in diesen Prozessen ein Zeichen dafür, dass in Russland ein Modellversuch der Verbindung von »Überresten der alten staatlichen Konstruktion und einigen liberalen und demokratischen Elementen« begonnen hatte.²²

Protestbewegungen und Social Web

Der Beginn der 2010er Jahre ist dann durch die schnelle Verbreitung des Social Web und seiner zahlreichen Anwendungen, Dienste und Netzwerke sowie deren Informations- und Mobilisierungspotenzial in der Bevölkerung geprägt. Die großen Demonstrationen nach den umstrittenen Duma-Wahlen im Dezember 2011 und darauf folgende Kundgebungen im Jahr 2012 haben gezeigt, dass sich in Russland eine Protestbewegung organisieren kann. Ermüdet von der offiziellen staatlichen Medienpolitik und zunehmender Propaganda sind neue Medien, Blogs und Web-Dienste die neue Informations-

20 Dmitrij Muratov: Deklaracija Medvedeva. God 2009, in: Novaja gazeta, 2009, <https://novayagazeta.ru/articles/2009/04/15/43159-deklaratsiya-medvedeva-god-2009> [05.09.2023].

21 Dmitrij Medvedev na DOŽDE, in: TV Dožd', 2011, https://tvrain.tv/teleshov/here_and_now/dmitrij_medvedev_na_dozhde_8645-8645/ [05.09.2023].

22 Lilija Ševcova: Russland im historischen Intervall, in: Heidrun Hamersky/Heiko Pleines/Hans-Henning Schröder (Hg.): Eine andere Welt? Kultur und Politik in Osteuropa 1945 bis heute. Festschrift für Wolfgang Eichwede, Stuttgart 2007, 261–268.

quelle. Die in sozialen Netzwerken wie Facebook und seinem russischen Äquivalent VKontakte organisierten Communitys informieren potenzielle Teilnehmer:innen über bevorstehende Kundgebungen und koordinieren diese Veranstaltungen.

Diese bereits vorhandenen (alternativen) Kommunikationskanäle ermöglichten es den Teilnehmer:innen, Informationen in Echtzeit auszutauschen und Nachrichten über die Ergebnisse von Kundgebungen zu verbreiten, die Reaktionen der Medien und Politiker:innen dort zu veröffentlichen und weitere Aktionen zu planen. Bereits im Dezember 2011 forderte der FSB VKontakte dazu auf, Oppositionsseiten zu blockieren. Allerdings weigerte sich der Betreiber der Plattform, die Gruppen der Protestierenden zu schließen, sodass sie noch einige Zeit nach der ersten Protestwelle existierten. Oppositionelle Sender wie TV Dožd' griffen auf von VKontakte-Nutzer:innen generierte Inhalte zurück und banden sie in ihre eigene Berichterstattung ein.²³ Darüber hinaus entstanden neue unabhängige Online-Medien, deren Hauptthemen gerade die Protestaktionen sowie Übergriffe durch Polizisten waren. Dazu zählte das Bürgerrechtsportal OVD-Info, das bis heute regelmäßig über die politische Verfolgung im Land und über Fälle von Autoritätsmissbrauch durch die russische Polizei berichtet.²⁴

All das führte dazu, dass die Duma im Juli 2012 mit der Ausarbeitung einer ganzen Reihe von neuen Gesetzen begann: das Gesetz über die Beleidigungen der Gefühle Gläubiger, das Gesetz zum »Schutz Minderjähriger vor Informationen, die für sie und ihre Entwicklung gesundheitsschädlich sind«, das Gesetz gegen »Werbung für nichttraditionelle sexuelle Beziehungen«, das Gesetz über »ausländische Agenten« und schärfere Kontrollen für NGOs, die an politischen Aktivitäten in Russland beteiligt sind und vom Ausland

23 Vgl. Robert W. Orttung/Christopher Walker: Putin und Russlands gelähmte Medien, in: Russland-Analysen 253/2013, 2-6, www.laenderanalysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen253.pdf [05.09.2023].

24 Der Name des Projektes stammt von der Abkürzung »otdel vnutrennich del« (Polizeiabteilung für innere Angelegenheiten). Webseite des Projektes: <https://ovd.info/> [05.09.2023].

finanziert werden. Im Jahr 2017 wurde das Agenten-Gesetz auf Journalist:innen ausgeweitet. Mit diesem Versuch, die »Kritik aus der Gesellschaft einzudämmen«, ²⁵ leitete die dritte Putin-Administration ihre sechsjährige Amtszeit (2012–2018) ein.

Russische Medien: Unfrei

Im Jahr 2019 folgte eine weitere Reihe von Gesetzen, die die russischen Medien rigide einschränkten. Das Gesetz über die Missachtung der staatlichen Macht verbietet es, Informationen zu verbreiten, die »eine eklatante Respektlosigkeit gegenüber der Gesellschaft, der Regierung, den offiziellen Regierungssymbolen, der Verfassung oder den Regierungsorganen Russlands aufweisen«. Das Gesetz über das »autonome Internet« verpflichtet alle russischen Internetprovider und andere Dienstleister, eine bestimmte Technik zu installieren, mit der Roskomnadzor im Fall einer »Bedrohung« (z.B. eines Cyberangriffs) den Datenverkehr lenken oder blockieren kann. Das Gesetz über Fake News verbietet die Verbreitung angeblich falscher, nicht überprüfbarer Informationen, die eine Gefahr für die Gesellschaft darstellen und soziale Unruhen auslösen können.

Anfang März 2022, wenige Tage nach dem Beginn des heimtückischen Krieges in der Ukraine, eskalierte die Situation in den russischen Medien. Das Gesetz über Fake News wurde verschärft: Die aktuelle Änderung sieht lange Haftstrafen (bis zu 15 Jahre) und hohe Geldbußen für die Veröffentlichung von »Falschnachrichten« und kritischen Informationen über die russischen Streitkräfte vor.²⁶ Facebook und Twitter, später auch Instagram wurden blockiert, eine Sperrung des Konzerns Google und seiner Videoplattform YouTube haben die russischen Behörden (als eine Reaktion auf die

25 Hans-Henning Schröder: Russland unter den Präsidenten Putin und Medwedew, 1999–2012, 06.07.2012, abgedruckt in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Dossier Russland (2016), 23–28, hier 28.

26 Haftstrafen für »Fake News« über Armee, in: Tagesschau, 04.03.2022, <https://www.tagesschau.de/ausland/russland-gesetz-fakenews-strafen-101.html> [05.09.2023].

Sperrung russischer Staatsmedien wie RT und Sputnik durch YouTube) eingeleitet.²⁷

Viele kritische und oppositionelle Medien sind nun in Russland verboten und ihre Seiten wurden gesperrt, darunter z.B. TV Dožd', Radio Echo Moskvj, die Nachrichtenportale Meduza, Nastojaščee vremja, The New Times, Golos Ameriki und BBC Russia sowie auch viele ukrainische und westliche Online-Medien. Aufgrund einer solch massiven Sperrung haben zahlreiche dieser Medien ihre Arbeit eingestellt oder pausiert, andere sind auf alternative Plattformen wie dem 2013 in Russland gegründeten Messengerdienst Telegram umgestiegen.

Gegenwärtig hat Telegram über 500 Millionen Nutzer:innen und ist wegen seiner Ende-zu-Ende-Verschlüsselung privater Nachrichten, die eine Überwachung wesentlich erschwert, beliebt. Telegram wird aber nicht nur zum Austausch von Informationen von Person zu Person oder in Gruppen-Chats, sondern auch als Kanal zur Verbreitung einseitiger Nachrichten genutzt. So steht Telegram in Deutschland in der Kritik, da über diesen Kanal Fake News leicht und mit großer Reichweite verbreitet werden und sich Communities von Kriminellen, Rechtsextremen, Corona-Leugner:innen und Verschwörungstheoretiker:innen vernetzen.²⁸

Allerdings ist der Messengerdienst seit Jahren auch dafür bekannt, dass sich dort Regimekritiker:innen in autoritären Staaten wie Belarus vernetzen und organisieren. Einer der bekanntesten Kanäle ist Nexta – ein Medienprojekt mit Sitz in Warschau, das über die politische Lage in Belarus berichtet. Nun findet man auf Telegram zahlreiche oppositionelle Kanäle zum Krieg in der Ukraine, z.B. Ukraine NOW, Ukraina sejčas, Ukraina Online, Radio Svoboda u.a., sowie zur Situation in Russland, z.B. Protestnaja Rossija,

27 Russland leitet mögliche Sperrung von Google und Youtube ein, in: Stern, 18.03.2022, <https://www.stern.de/digital/russland-leitet-moegliche-sperrung-von-google-und-youtube-ein-31713464.html> [05.09.2023].

28 Wie »Fake News« via Telegram im Krieg manipulieren, in: N-TV, 10.03.2022, <https://www.n-tv.de/politik/Wie-Fake-News-via-Telegram-im-Krieg-manipulieren-article23185158.html> [05.09.2023].

Stalingulag, Lentach, Avtozak Live, OVD-Info, ChTD. Auch kritische Intellektuelle wie die Politologin Ekaterina Šul'man, deren präzise Analysen zu Politik und Gesellschaft Russlands von Millionen Menschen rezipiert werden, und der Journalist Aleksandr Nevzorov, der vom Putinberater zu einem scharfen Kritiker der Regierung wie der orthodoxen Kirche avanciert ist, nutzen die Plattform.

In ihrer Rangliste der Pressefreiheit von 2011 setzte die NGO Reporter ohne Grenzen Russland auf Platz 142 von 180.²⁹ Heute nimmt Russland Platz 164 ein.³⁰ Die NGO Freedom House, die liberale Demokratien und Pressefreiheit weltweit fördert, kritisiert die russische Gesetzgebung im Bereich Medien: »The legal framework gives the government broad, discretionary powers to regulate media content.«³¹ Im letzten Bericht über die Medienfreiheit in Russland (2019) erwähnt Freedom House den Einfluss des Hauptmediums Fernsehen auf das Agenda-Setting, die Berichterstattung über militärische Konflikte in der Ukraine und in Syrien, Verbrechen gegen russische Journalist:innen und vieles mehr.³² In ihrem Ranking Freedom of the Press 2022 schätzt die Organisation die russischen Medien als »Not Free« ein.³³

29 Reporter ohne Grenzen: Rangliste der Pressefreiheit 2011, https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/Ranglisten/Rangliste_2011-2012/Nahaufnahmen/TABELLE_Rangliste-2011_Deutsch.pdf [05.09.2023].

30 Reporter ohne Grenzen: Rangliste der Pressefreiheit 2023, https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/Ranglisten/Rangliste_2023/RSF_Rangliste_der_Pressefreiheit_2023.pdf [05.09.2023].

31 Freedom House: Freedom of the Press 2017 – Russia, 01.11.2017, <https://www.refworld.org/docid/59fc67c5a.html> [05.09.2023].

32 Sarah Repucci: Freedom and the Media. A Downward Spiral, in: Freedom House, 2019, https://freedomhouse.org/sites/default/files/2020-02/FINAL07162019_Freedom_And_The_Media_2019_Report.pdf [05.09.2023].

33 Russia, in: Freedom House, 2022, <https://freedomhouse.org/country/russia/freedom-world/2022> [05.09.2023]. Siehe inzwischen auch den Bericht 2023: <https://freedomhouse.org/country/russia/freedom-world/2023> [01.01.2024].

Nachtrag der Autorin:

Am 28. März 2022 kündigte Novaja gazeta – die letzte unabhängige Zeitung Russlands – in einer kurzen Erklärung an, dass sie ihren Betrieb und ihre Veröffentlichung bis zum Ende des Krieges einstellt. Die bisherige Berichterstattung der Novaja gazeta über die Ereignisse in der Ukraine, einschließlich Meldungen über zivile Opfer und Stimmungen in der russischen Armee, umging sorgfältig die rechtliche rote Linie. Nun wurde der Redaktion der Verstoß gegen das Gesetz über »ausländische Agenten« vorgeworfen. Als Folge konnte der Zeitung ihre Lizenz entzogen werden, weil dies bereits die zweite Mahnung vom Roskomnadzor war. Im Jahr 2021 wurde dem Chefredakteur von Novaja gazeta, Dmitrij Muratov, der Friedensnobelpreis zuerkannt.³⁴ Er stiftete er seine Nobelpreis-Medaille für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine.³⁵

34 Siehe <https://www.nobelprize.org/prizes/peace/2021/muratov/facts/> [05.09.2023].

35 Russischer Chefredakteur stiftet Nobelpreis-Medaille für Ukrainer, in: ZEIT Online, 22.03.2022, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-03/dmitri-muratow-nobelpreis-ukraine-memorial> [05.09.2023].

Ulrike Huhn

Das Ende der Begegnung?

Perspektiven zum Studierendenaustausch mit der Ukraine und Russland in Zeiten des Krieges

4. April 2022

Picknick am Weserstrand: Rückblick auf ein russisch-ukrainisch-deutsches Begegnungsprogramm

Vor knapp drei Jahren, im Sommer 2019, feierten Studierende aus der Ukraine, Russland und Deutschland in Bremen mit einem Grillfest am Weserstrand den Abschluss eines herausfordernden Geschichtsprojekts: Ein Jahr lang hatten sie intensiv an einer gemeinsamen Internetplattform gearbeitet, die als »Open Memory Map« Informationen zu Orten der Erinnerung an vergessene Opfergruppen des Nationalsozialismus präsentiert. Der unerklärte Krieg in der Ostukraine begleitete das Projekt.

Dass sich ukrainische und russische Geschichtsstudierende dennoch begegneten, zusammenarbeiteten und austauschten, war ein erklärtes Ziel von Organisator:innen und Geldgebern. Zugleich war es die größte Herausforderung. Dass dies in dieser Form überhaupt möglich war, war auch dem Mut der beteiligten ukrainischen Dozentin von der Staatlichen Oles-Hontschar-Universität Dnipro zu verdanken. Sie umging das seit 2014 geltende Kooperationsverbot des ukrainischen Bildungsministeriums mit russischen Partnern, indem sie das Projekt offiziell als nur bilaterales deutsch-ukrainisches Projekt ausgab. Ihre Eltern waren aus

dem Norden der damaligen Russischen Unionsrepublik zum Studium nach Dnipro gekommen und hatten dort eine Heimat gefunden. Deswegen war es ihr ein Herzensanliegen, Begegnungen auch mit russischen Studierenden zu ermöglichen.

Die Projektverantwortlichen des Berliner Vereins KONTAKTE-KOHTAKTbI e.V. und wir beteiligten Dozent:innen genossen das sommerliche Grillfest auch mit einer großen Portion Erleichterung: Die Studierenden hatten sich verstanden, zusammen gestritten, gelacht, feierten nun zusammen. Der neugierige, offene Austausch hatte funktioniert, obwohl alle Gruppen nur in Bremen hatten zusammen kommen können. Ein direkter wechselseitiger Besuch der ukrainischen und der russischen Studierenden in Dnipro, Rostow-am-Don und Moskau war nicht möglich gewesen. Es hatte viele emotionale Momente gegeben. Die Asymmetrie des nicht erklärten Krieges in der Ostukraine hatte das Projekt selbstverständlich belastet und vor allem die ukrainischen Teilnehmer:innen herausgefordert. Ein Student kam aus Donezk, viele hatten direkte Verbindungen dorthin, und die Männer standen vor der Frage, ob sie sich im Falle einer Ausweitung des Krieges zum Armeedienst oder zur Territorialverteidigung ihres Landes melden würden.¹

Seit dem 24. Februar 2022 hat diese Frage eine bittere Aktualität gewonnen.

»... ich bin nicht protestieren gegangen, obwohl jede Nachricht aus der Ukraine mir das Herz zerreißt ...«

Wie geht es den beteiligten Studierenden und Dozent:innen jetzt, in der Ukraine, aber auch in Russland? Wie erlebten sie den Kriegsbeginn, wie die politischen Repressionen gegen Kriegsgegner:innen auf russischer Seite? Ich schrieb Emails an die alten Adressen. Die

1 Ausführlicher Bericht zum Projekt Ulrike Huhn: Der Krieg der Vergangenheit, der Krieg der Gegenwart. Erfahrungen einer ukrainisch-russisch-deutschen Studierendenbegegnung, in: Ukraine verstehen, 13.09.2019, <https://ukraineverstehen.de/huhn-ukrainisch-russisch-deutsche-studierendenbegegnung/> [05.09.2023].

Dozentin aus Dnipro berichtete von den ersten Luftangriffen auf ihre Stadt. Ein Student aus Dnipro, nun Doktorand an der Universität in Charkiw, schrieb über den Schockzustand der ersten Tage: »Niemand kann glauben, was passiert. Die Menschen versuchen, das Land zu verlassen, aber wissen nicht wie und wohin.« Ob die männlichen Studierenden von damals nun in der Armee oder Territorialverteidigung dienen, erfahre ich nicht. Vermutlich können sie es nicht erwähnen.

Sehr ausführlich sind die Antworten aus Russland bzw. von aus Russland stammenden (teils nun ehemaligen) Studierenden, die aus Sicherheitsgründen nur anonymisiert und mit dem mutigen Einverständnis der Schreibenden erscheinen können.

»Mir war in meinem Leben noch nie so schlecht und elend wie in diesen Tagen. Natürlich, das erste, was wir fühlten, war Unverständnis, Schmerz, ein Gefühl von Schuld, und Angst. Alles ist vorbei, stürzt in sich zusammen. Alle Pläne, Träume, mein Weltbild. Ich habe mich nie sehr für Politik interessiert, bin nicht einmal wählen gewesen, weil ich dachte, dass die Ergebnisse sowieso gefälscht werden. Ich wollte einfach in einer ruhigen Welt leben, ohne Kriege und Revolution, arbeiten, Kinder großziehen. Jetzt verstehe ich, wie sorglos und dumm ich war.« Und: »Ich gestehe, dass ich nicht protestieren gegangen bin, obwohl jedes Video, jede Nachricht aus der Ukraine mir das Herz zerreißt. Sie wissen, wir leben nicht in einem freien Land. Für die Teilnahme an Protesten konnte man früher die Arbeit verlieren, jetzt drohen richtige Haftstrafen.« Auf meine Nachfrage, ob ich ausgewählte Zitate aus ihrem Brief veröffentlichen darf, bedankt sie sich: »Für mich ist es wichtig zu sehen, dass man in der von uns abgeschnittenen Welt versteht, dass wir nicht alle blutrünstige Mörder sind, obwohl die Schuld natürlich bei uns liegt und sich mit jedem Tag des Krieges vergrößert.«

Auch ein anderer Student aus Russland, der sich gerade in Deutschland aufhält, beschreibt sein tiefes Gefühl von Verlorenheit: »Ich hatte Angst, dass ich als Russe in der ganzen Welt gehasst werde, weil ich diesen Krieg zugelassen habe. Die Unmöglichkeit, ihn anzuhalten, legte sich wie ein Stein auf meine Seele. Tatsäch-

lich hat mir unser gemeinsames Projekt geholfen. Mir hat einer der Teilnehmer aus der Ukraine geschrieben, sich für meine Position bedankt, dass dies Krieg ist, dass die Führung der Russischen Föderation Kriegsverbrecher sind. Dann habe ich verstanden, dass die allgemeinmenschlichen Werte weiter gelten, dass es also auch Sinn hat, weiter für sie zu kämpfen. – Mein Vater sagt nun, dass er ›keinen Sohn mehr hat‹, weil er überzeugt ist, dass es keinen Krieg gibt. Ich habe die Propagandamaschine, die mir meinen Vater genommen hat, noch nie so sehr gehasst wie jetzt.« Nun wisse er nicht, ob er zurückkehren und sein Studium an seiner Universität beenden werde, deren Leitung den Krieg erklärtermaßen unterstütze. Und formuliert zugleich seine Zerrissenheit: »Ich befinde mich in Westeuropa, auf mich fallen keine Bomben, ich wache nicht von den Sirenen des Fliegeralarms auf – alle meine Nöte sind ja nur innere.«

Eine Studentin ist gegenwärtig mit einem Stipendium in Berlin und beschreibt einen ähnlichen Zwiespalt: »Ich bin in Sicherheit und physisch geht es mir gut.« Auch sie muss darüber nachdenken, ob sie in der gegenwärtigen politischen Situation nach Russland zurückkehrt und ihr Studium an einer russischen Universität beendet. Ihre Freunde dort raten ihr ab. Auf meine Frage, ob ich ihre Zeilen an alle anderen Projektteilnehmer:innen weiterleiten darf, fragt sie vorsichtig, ob das angebracht sei, wenn doch die Zukunft der ukrainischen Studierenden viel bedrohter sei. In Berlin engagiert sie sich für die ankommenden Flüchtlinge aus der Ukraine, ist regelmäßig am Hauptbahnhof und übersetzt. »Das hilft mir sehr, in der Spur zu bleiben, nicht den Kontakt mit der Realität zu verlieren und weiter an die menschliche Liebe zu glauben. Und manchmal denke ich auch an unser Projekt zurück – das sind schöne Erinnerungen wie an das Picknick in Bremen, die Diskussionen spätabends über die Politik in unseren Ländern, oder wenn wir plötzlich gemeinsame Interessen festgestellt haben, die gleiche Musik, das gleiche Buch oder die gleichen Serien mögen. Ich erinnere mich, wie die ukrainischen Studis ihren Schmerz über den Krieg im Donbass mit uns geteilt haben – ich konnte damals kaum Worte finden, wie ich auch jetzt keine finde. Das ist aber das, was

ich den anderen auch mitteilen möchte: dass die Achtung und die Liebe jedes einzelnen Menschen auf der persönlichen Ebene, nicht von Seiten einer großen oder kleinen Gruppe bestehen bleibt, bleiben muss. Wir konnten diese Verbindung und das Interesse füreinander unabhängig von unserer nationalen Zugehörigkeit erleben. Ich würde mir wünschen, dies nicht zu verlieren, dem Hass, der Verletzung, der Angst, der Bitterkeit, der Verzweiflung, die uns alle in dieser Zeit niederdrücken, zu erlauben, uns diese Liebe und den Glauben an die Menschen zu nehmen.«

Wie die ukrainischen Projektteilnehmer:innen diese Bitte und meine Rundmail mit diesen Stimmen aufnehmen, kann ich in diesen Tagen nicht erfahren. Ich kann nur vermuten, dass die Männer in der ukrainischen Armee kämpfen, die Frauen vielleicht versuchen, die Stadt zu verlassen oder schon verlassen haben, die Luftangriffe in den Luftschutzkellern überstehen. Dass sie alle auf ein Ende des Krieges hoffen, um ihr Leben bangen und zugleich dafür kämpfen, in einem selbstbestimmten demokratischen Land zu leben. Und sie diese Stimmen von Menschen aus dem Land des Aggressors, die sie persönlich kennengelernt haben, vielleicht doch erreichen.

Das Ende der Begegnung? Stipendien für ukrainische Wissenschaftler:innen auf der Flucht, Kooperationsverbot mit russischen Universitäten

Welche Perspektiven kann es nun gegenwärtig für Begegnungsprojekte zwischen Studierenden in der Ukraine, in Russland und in Deutschland geben?

Für die Ukraine hängt das wesentlich vom weiteren Kriegsverlauf ab. Gegenwärtig drückt sich die Solidarität mit ukrainischen Partnern vor allem in zahlreichen, sofort aufgelegten Stipendienprogrammen für Wissenschaftler:innen und Studierende aus, die vor dem Krieg aus dem Land geflohen sind. Aufgrund der Ausreisebeschränkungen für ukrainische Männer im wehrpflichtigen Alter sind dies in erster Linie Frauen. Der DAAD unterstützt außerdem die »Bereitstellung von digitalen Angeboten für ihre

ukrainischen Partnerhochschulen, solange diese ihren Betrieb aufrechterhalten können«.²

Für Russland wurden sämtliche Kooperationen unmittelbar nach dem 24. Februar eingefroren. Bereits am 25. Februar 2022 verkündete die Allianz der führenden Wissenschaftsorganisationen in Deutschland, der neben der Hochschulrektorenkonferenz u.a. die Fraunhofer-Gesellschaft, die Leibniz-Gemeinschaft und die Deutsche Forschungsgemeinschaft angehören, sowohl die uneingeschränkte Solidarität mit der Ukraine als auch die Empfehlung, alle wissenschaftlichen Kooperationen mit staatlichen Institutionen in Russland auf Eis zu legen.³ Der Präsident des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) ergänzte in seiner eigenen Pressemitteilung: »Wir wissen, dass dieser Schritt auch Ungerechtigkeiten schafft und zahlreiche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Studierende trifft, die sich für friedliche und rechtsstaatliche Verhältnisse sowie gutnachbarschaftliche Beziehungen einsetzen« und »den Feldzug gegen die Ukraine aus tiefstem Herzen ablehnen.«⁴ Der DAAD fördert aber weiter individuell Stipendiat:innen aus der Russischen Föderation und ist damit eine der ersten Institutionen, die einen Pauschalboykott aufgehoben haben.

2 Der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) mahnt ein Unterstützungsprogramm für die deutschen Hochschulen zur Integration von Studierenden, Forschenden und Lehrenden aus der Ukraine an. Siehe Pressemitteilung vom 02.03.2022, <https://www.daad.de/de/der-daad/kommunikation-publikationen/presse/pressemitteilungen/unterstuetzungsprogramm-ukraine/> [05.09.2023].

3 Stellungnahme der Allianz der Wissenschaftsorganisationen: Solidarität mit Partnern in der Ukraine – Konsequenzen für die Wissenschaft vom 25.02.2022, <https://www.allianz-der-wissenschaftsorganisationen.de/themen-stellungnahmen/solidaritaet-mit-partnern-in-der-ukraine/> [05.09.2023].

4 Nach Angriff auf Ukraine. DAAD schränkt wissenschaftlichen Austausch mit Russland ein. Pressemitteilung vom 25.02.2022, <https://www.daad.de/de/der-daad/kommunikation-publikationen/presse/pressemitteilungen/einschraenkung-austausch-russland/> [05.09.2023].

In Russland selbst reagierten mutige Wissenschaftler:innen ebenfalls sofort mit verschiedenen offenen Briefen gegen den Krieg mit der Ukraine.⁵ Auf der anderen Seite hat sich die russische Union der Hochschulrektoren explizit hinter Putin gestellt. Präsident:innen und Rektor:innen der Universitäten von Kaliningrad bis Kamtschatka, insgesamt 287 Amtsträger, unterzeichneten ein Bekenntnis zu der »Entscheidung Russlands, (...) die Demilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine durchzusetzen und sich damit vor der wachsenden Kriegsgefahr zu schützen«. Universitäten seien, so heißt es in diesem offenen Brief weiter, »immer eine Stütze des Staates« gewesen, und so sei es eine ihrer besonderen Verpflichtungen, »die Jugend zum Patriotismus zu erziehen«.⁶

Direkten Begegnungen, fachlichem Austausch und studentischen Austauschprogrammen mit russischen Partnern ist damit ein Ende gesetzt. Unterstützung gibt es zurzeit nur noch für russische Wissenschaftler:innen und für einzelne Studierende, die aufgrund ihrer politischen Positionierung unmittelbar bedroht sind und das Land verlassen müssen, um einer Verhaftung zu entgehen.

Eine verlorene Generation? Überlegungen zu möglichen Begegnungsformaten für die nahe Zukunft

Wissenschaftsfunktionäre auf deutscher Seite rufen nun dazu auf, den Kontakt mit der – stark fragmentierten und bedrohten – russischen Zivilgesellschaft zu halten. Allerdings ist klar, dass der Kontakt zu Nichtregierungsorganisationen den Austausch mit Universitäten nicht ersetzen kann, auch angesichts des Drucks, unter dem NGOs als potenzielle »ausländische Agenten« in Russland stehen.

5 Siehe den Beitrag von Robert Kindler in diesem Buch.

6 Обращение Российского Союза ректоров, 04.03.2022, <https://rsr-online.ru/news/2022-god/obrashchenie-rossiyskogo-soyuza-rektorov1/> [04.04.2022].

Auf der anderen Seite droht gerade auf studentischer Seite – auch angesichts der aufgrund der Corona-Pandemie seit zwei Jahren bestehenden Einschränkungen von Austauschmöglichkeiten – eine »lost generation«, die keine eigenen Einblicke in ausländische Universitäten gewinnen und Kontakte knüpfen konnten. Für den Austausch mit Russland und der Ukraine stellt der Krieg eine zusätzliche Hürde dar, die wohl umso schwerer überwindbar sein wird.

Ich sehe gegenwärtig folgende Möglichkeiten:

Eine Chance für Begegnungen nach Russland bieten die in den letzten zwei Jahren entwickelten digitalen Begegnungsräume im Internet. Auch wenn es angesichts des Kooperationsverbots keine offiziell angebotenen gemeinsamen Seminare und Lehrveranstaltungen geben kann, könnten da, wo es auf Dozent:innen-Ebene persönliche Kontakte und gewachsenes Vertrauen gibt, aus auf beiden Seiten unabhängig voneinander laufenden Seminaren heraus gemeinsame Seminareinheiten angeboten werden. Klar ist, dass dabei auch Sicherheitsfragen im digitalen Raum geklärt werden müssen. Und dass der analoge persönliche Austausch beim Grillen oder beim Kaffee nach der Seminarsitzung im digitalen Raum nur sehr schwer zu ersetzen ist. Dennoch geht es hier darum, überhaupt Kontaktmöglichkeiten herzustellen.

Eine andere Möglichkeit besteht darin, in der kommenden Zeit Begegnungen zwischen russischen und ukrainischen Studierenden anzubieten, die zurzeit in Deutschland sind. Das wären also einerseits vor allem junge Frauen aus der Ukraine, die vor dem Krieg geflohen sind und hier ihr Studium fortsetzen oder aufnehmen, sowie Studierende aus Russland, die bewusst ihre russischen Heimatuniversitäten verlassen haben. Oft begegnen sich diese Studierenden in ihrem Alltag in Deutschland sowieso – als Teil einer russischsprachigen Community und weil jene Russ:innen und Belarus:innen, die gegen den Krieg sind, ihre Sprach- und Landeskennntnisse nun oftmals für Geflüchtete aus der Ukraine einsetzen. Eigene geschützte Räume der Begegnung zu schaffen, könnte aber auch eine Chance sein, mit der jungen Generation bereits an eine

Zukunft beider Länder für eine Zeit nach Putin zu denken und auf einer persönlichen Ebene Vertrauen aufzubauen.

Klar ist, dass diese Begegnungen und Seminare auch die Organisator:innen vor neue Herausforderungen stellen und Kenntnisse von Konfliktbearbeitung und Mediation verlangen. Die Granaten- und Bombenangriffe auf Städte in der Ukraine, die Fluchterfahrungen, die Toten, Verwundeten und Traumatisierten des Krieges stellen für den direkten Austausch eine enorme Belastung da. Wer in Universitäten und Forschungseinrichtungen in Deutschland dennoch diesen Weg von Dialog und Verständigung unterstützen will, kann dabei von der jahrelangen Expertise und dem Erfahrungsschatz von zivilgesellschaftlichen Vereinen wie etwa der Mobilen Akademie für Geschlechterdemokratie und Friedensförderung e.V. oder dem Forum Ziviler Friedensdienst e.V. profitieren, die bereits in vielen Projekten in Osteuropa und im Kaukasus tätig sind.

Der Ruf von universitären Kolleg:innen und Studierenden in der Ukraine wie in Russland sowie aus der extrem bedrängten russischen Zivilgesellschaft jedenfalls lautet: Lasst uns nicht allein!

Moritz Florin

Zentralasien und die Dekolonisierung der Osteuropaforschung

Gedanken anlässlich des russischen Überfalls auf die Ukraine

21. April 2022

Wie aus einer anderen Ära wirken meine Aufzeichnungen und Fotos von Reisen nach Russland und Zentralasien, die ich in diesen Tagen durchgehe. Sie erinnern mich etwa an eine Konferenz der Central Eurasian Studies Society im Sommer 2016, in einer Zeit des sorglosen Reisens, noch vor den Jahren der Pandemie und des aktuellen Krieges. In Kasan, inmitten jener Stadt, mit deren Eroberung im Jahr 1552 das russische Imperium Gestalt angenommen hatte, trafen sich im Sommer 2016 Wissenschaftler:innen und Aktivist:innen aus der Russischen Föderation, Tadschikistan, Kirgistan, Usbekistan, Kasachstan, Polen und Tschechien, aus dem Iran, Indien, den USA, Japan, Deutschland, Frankreich und Italien. Das schöne Wetter, die Ausflüge nach Svijažsk und Bolgar und die Kneipenabende vermittelten den Eindruck von Normalität, vielleicht gar eines Aufbruchs.

Dennoch: Wir Teilnehmer:innen wurden das Gefühl nicht los, dass unsere Gespräche in englischer Sprache vor Ort kaum wahrgenommen wurden. Auch damals schon durchzog der Krieg in der Ukraine die Diskussionen. Es fühlte sich falsch an, diese Konferenz in einem Staat durchzuführen, der seit zwei Jahren einen Teil des Nachbarlandes besetzt hatte. Ich selbst hielt einen Vortrag auf einem Panel, das von der Diskriminierung von Tschetschenen und Krimtataren innerhalb der Russischen Föderation und auf der

soeben besetzten Krim handelte, doch niemand aus der Stadt, in der wir uns befanden, hörte uns zu.

Was war also unsere Rolle als Wissenschaftler:innen in diesem Staat, in dem muslimische Migrant:innen aus Zentralasien wie Angehörige einer niederen Kaste behandelt wurden, dessen Einwohner:innen sich angesichts der Besetzung der Krim von einem neuen Hurratriotismus hatten mitreißen lassen und in dem kürzlich ein Politiker wie Boris Nemcov, der sich offen gegen die Politik Putins gewandt hatte, ermordet worden war?

Der im Februar 2022 begonnene Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die bereits damals wahrnehmbare Sinnkrise unter jenen, die sich mit der Geschichte und Gegenwart des russischen Imperiums auseinandersetzen, noch verschärft. Angesichts der Gewalt des russischen Staates machte sich ein Gefühl des Scheiterns breit. »Einer der Gründe dafür, dass *das* möglich geworden ist, was jetzt geschehen ist, liegt in dem unverarbeiteten Thema der russischen (Post/De)Kolonialität«, schrieb kürzlich der Historiker und Ethnologe Sergei Abashin auf Facebook. Georgij Mamedov, einer der Mitbegründer des queer-feministischen Projekts »Štab«, im kirgisischen Bischkek pflichtet ihm bei. Bereits vor dem Krieg sei das Fehlen einer postkolonialen Reflexivität selbst unter russischsprachigen Akademiker:innen, Feminist:innen, Künstler:innen, LGBT-Aktivist:innen in der Kommunikation problematisch gewesen. Doch würden sich diese Risse nun zu einer moralischen und epistemologischen Kluft auswachsen, die kaum noch zu überwinden sei. Und die Historikerin Marina Mogilner befragt uns alle, die wir uns seit Jahren mit der Geschichte des Russischen Reichs beschäftigen: »How many of us took the ›decolonizing‹ claim as an epistemological challenge to go beyond sporadic inclusions of ›imperial peripheries‹ in mainstream teaching and research?«¹

Gerade diejenigen, die sich seit Jahren für eine Dekolonisierung des Denkens in der postsowjetischen Welt engagieren, sind

1 Marina Mogilner: There Can Be No »Vne«, in: Slavic Review, 28.02.2022, <http://www.slavicreview.illinois.edu/discussion/?fbclid=IwAR0x20RRjl-9NFvG-9zXKD4cqE6yIWlJeNFeQC0plHwvE2D4Ygu3p9j5c> [05.09.2023].

nicht nur desillusioniert, sondern am Boden zerstört. Dennoch: Ich bin weiterhin überzeugt davon, dass – wie auch der Münchner Osteuropahistoriker Martin Schulze Wessel kürzlich in der FAZ schrieb – die Antwort auf Putins Projekt der Rekolonisierung Osteuropas allein in einer konsequenten Dekolonisierung unseres Denkens liegen kann.²

Wir müssen gerade jetzt diejenigen Stimmen vernehmen, die sich bereits seit Jahren für eine dekoloniale Perspektive auf die Geschichte Osteuropas einsetzen. Es gibt solche Stimmen in der neueren Forschung zu Ostmitteleuropa, zu Polen, der Ukraine oder Belarus. Besonders zahlreich sind sie jedoch in der Forschung zu Zentralasien und dem Kaukasus. Dies mag daran liegen, dass die zentralasiatischen Republiken bereits in der Sowjetzeit in die Debatten über das Ende der Imperien und des Kolonialismus eingebunden waren.³ Hinzu kam die kulturelle, sprachliche und religiöse Kluft zwischen der einheimischen Bevölkerung und den Herrschern in Moskau, zwischen Zentrum und Peripherie. Diese Differenzen sind fraglos auch im Verhältnis zwischen Russland und der Ukraine vorhanden, in der Auseinandersetzung mit Zentralasien werden sie jedoch besonders deutlich sichtbar.⁴

Aus russischer Sicht mag das, was im Verlauf des Krieges in der Ukraine, in Zentralasien oder dem Transkaukasus geschieht, zweit-rangig erscheinen. Doch können an den vermeintlichen Peripherien auch neue Verbindungen und Ideen entstehen. Zentralasien, Armenien oder Georgien entwickeln sich seit dem Beginn des Kriegs in der Ukraine zu Orten des Rückzugs und der Zuflucht. Die Zensur bleibt in diesen postsowjetischen Staaten, im Vergleich zu Russland, bislang mild. Es ist kaum verwunderlich, dass bereits jetzt

2 Vgl. Martin Schulze-Wessel: Die Ukraine ist längst eine Nation, in: FAZ, 19.03.2022.

3 Siehe etwa Moritz Florin: Zentralasien, die Sowjetunion und die Globalgeschichte der Dekolonisation, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2019), 67–81.

4 Vgl. Moritz Florin: Beyond Colonialism? Agency, Power and the Making of Soviet Central Asia, in: Kritika. Explorations in Russian and Eurasian History 18 (2017) 4, 791–805.

russische Propagandisten zentralasiatische Blogger dafür kritisieren, die ukrainische Seite zu unterstützen und – so wörtlich – das »Gift des Pazifismus« zu versprühen.

Gleichzeitig werden die Staaten Zentralasiens und des Kaukasus zum Rückzugsort für all jene in Russland, die mit dem Krieg nicht einverstanden sind und die sich dem Zugriff des russischen Staates zu entziehen suchen. Es mehren sich die Berichte über russische IT-Spezialist:innen und junge Intellektuelle, die kurz nach Ausbruch des Krieges nach Bischkek, Osch oder auch nach Jerewan und Tiflis geflohen sind.⁵ Denkbar ist, dass hier, jenseits des normativen Eurozentrismus, ein antiimperialer und postkolonialer Diskursraum erhalten bleibt, der langfristig auch wieder auf das Zentrum zurückwirken wird.

*

Den Historikern Jan C. Jansen und Jürgen Osterhammel zufolge bezeichnet der Begriff der Dekolonisation nicht weniger als »die historisch einmalige und voraussichtlich unumkehrbare Delegitimierung jeglicher Herrschaft, die als ein Untertanenverhältnis zu Fremden empfunden wird«.⁶ Dies ist ein großer, ja utopischer Anspruch, der in seiner letzten Konsequenz immer nur ein Projekt bleiben kann. Denn das, was als Fremdherrschaft »empfunden« wird, ist ein weites Feld. Aus historischer Perspektive ist zudem zu bedenken, dass der Prozess der Dekolonisation in Osteuropa einige Besonderheiten aufweist. Jansen und Osterhammel schreiben hierzu:

»In der Verselbständigung der nicht-russischen Sowjetrepubliken fallen [...] eher die Unterschiede [zur Dekolonisation] auf. Sie

5 Siehe etwa Ayzirek Imanaliyeva: Kyrgyzstan joins the list of countries favored by Russia's emigres, in: eurasianet, 18.03.2022, URL: <https://eurasianet.org/kyrgyzstan-joins-the-list-of-countries-favored-by-russias-emigres> [05.09.2023].

6 Jan C. Jansen/Jürgen Osterhammel: Dekolonisation. Das Ende der Imperien, München 2013, 7.

war nicht Teil einer weltweiten Bewegung und profitierte nicht von länger andauernder internationaler Unterstützung; der ›Entspannungsprozess‹ der 1970er Jahre zielte eher auf Liberalisierung in den ostmitteleuropäischen Satellitenstaaten als auf die Zerstörung der UdSSR selbst. Das Motiv des Rassismus spielte so gut wie keine Rolle, der Faktor Religion dafür – besonders in Mittelasien – eine umso größere. Die Sowjetunion war durch die unionsweite Organisation der Kommunistischen Partei auf der Elitenebene stärker integriert, als die westeuropäischen Kolonialreiche es jemals gewesen waren; die ›Indigenisierung‹ der Herrschaftsapparate in den Republiken war ungleich stärker entwickelt als in irgendeinem der Überseereiche: eine wichtige Voraussetzung für die relativ glatte Verselbständigung.⁷

Diese Überlegungen bleiben bedenkenswert. So ist sicher richtig, dass die sogenannte Indigenisierung auch den nationalen Minderheiten der Sowjetunion Bildungs- und Aufstiegschancen eröffnete. Der sowjetische Staat investierte auch an seinen Peripherien in den Staudammbau, die Stromnetze, den Wohnungsbau, die Versorgungsinfrastruktur, in Schulen und Universitäten. Dieser Teil des sowjetischen Projekts war für viele Menschen attraktiv, erhielten sie dadurch doch eine Funktion innerhalb des Staatsapparats und im Bildungswesen. Dies galt auch für viele Frauen, die in einer Region ohne eigene starke Arbeiterbewegung auch als eine Art Ersatzproletariat galten.⁸

Das sowjetische Projekt war so gesehen inklusiv. Insbesondere Sowjetbürger:innen aus Zentralasien verteidigten die sozialistische Moderne auch gegenüber der Dritten Welt, sie wurden im Kalten Krieg zu Botschafter:innen eines sowjetischen Entwicklungsmodells. In Interviews und Gesprächen, die ich seit 2010 in Kirgistan

7 Ebd., 18.

8 Massell, Gregory: *The Surrogate Proletariat. Moslem Women and Revolutionary Strategies in Soviet Central Asia, 1919–1920*, Princeton 1974. Kritisch dazu auch Marianne Kamp: *The New Woman in Uzbekistan. Islam, Modernity and Unveiling under Communism*, Seattle 2006.

geführt habe, wurde deutlich, dass gerade bei der älteren Generation dieses Projekt einer sowjetischen Entwicklung auch ein Anker für die Identifikation mit der Sowjetunion war.⁹

Bis heute ist Sowjetnostalgie – nicht nur in Zentralasien – weit verbreitet. Dies liegt auch daran, dass der Zerfall der Sowjetunion wirtschaftlich katastrophale Auswirkungen hatte. Tadschikistan versank in einem Bürgerkrieg, in Kirgistan kam es zu einem wirtschaftlichen Zusammenbruch, Usbekistan, Kasachstan und Turkmenistan dagegen entwickelten sich zu autoritären Staaten, die angeführt wurden von ehemaligen Parteifunktionären. Auch aufgrund der Enttäuschungen, die die Unabhängigkeit brachte, bleibt die Sowjetunion ein wichtiger Bezugspunkt. Bis heute, so schrieb die kirgisische Sozialwissenschaftlerin Asel Doolotkeldieva nach dem Angriff auf die Ukraine, würden viele der von ihr befragten Menschen keine Handlungsoptionen außerhalb des von Russland vorgegebenen Rahmens sehen. Insbesondere die ältere Generation binde die Sowjetnostalgie an Russland.¹⁰ Ein Anti- oder Postkolonialismus erscheint vor diesem Hintergrund wenig attraktiv, würde er doch unvermeidbar zu neuen, potenziell unlösbaren Konflikten führen.

Doch im Lichte des russischen Angriffskriegs in der Ukraine wird wieder verstärkt sichtbar, wovon sich die sowjetischen Republiken im Jahr 1991, als sie für die Unabhängigkeit von der Sowjetunion votierten, abwandten. Imperialismus und Eurozentrismus waren und sind dem russischen und sowjetischen imperialen Projekt eingeschrieben, das jetzt Putin in der Ukraine mit Gewalt zu erneuern sucht. Besonders sichtbar wird dies in Zentralasien: Der Historiker Alexander Morrison etwa zeigt in seinem jüngsten Buch, dass es verharmlosend wäre, den russischen Imperialismus als »mildere« Variante des Kolonialismus des Westens zu beschreiben.

9 Moritz Florin: Kirgistan und die sowjetische Moderne, 1941–1991, Göttingen 2015.

10 Siehe Doolotkeldievas Tweets: <https://twitter.com/ADoolotkeldieva/status/1505854093520211972>; <https://twitter.com/ADoolotkeldieva/status/1506637006838902785> [05.09.2023].

Das Projekt der Herrschaft über Zentralasien war im späten 19. Jahrhundert durchzogen von Begriffen der europäischen kulturellen und rassischen Überlegenheit.¹¹ Angesichts der geringen Zahl der Kolonisatoren kam es immer wieder zu Bestrafungsaktionen, die der Verbreitung von Angst und Schrecken dienten und damit den Widerstand brechen sollten.

Die russische und sowjetische Herrschaft ging auch im 20. Jahrhundert mit Massengewalt einher, sie führte im Jahr 1916 zu Flucht und Vertreibung hunderttausender Menschen aus Zentralasien, später dann zu Gewalt und Massenterror in der gesamten Sowjetunion. Besonders katastrophal waren die Auswirkungen der Hungersnot an den Peripherien des Imperiums, in Kasachstan und der Ukraine. Mit Gewalt wurde die Bevölkerung gezwungen, die Herrschaft zunächst des russländischen, später des sowjetischen Staates hinzunehmen. Dabei war das zivilisatorische Denken nicht unbedingt Ursache der Gewalt. Doch hat insbesondere die Forschung zu Vertreibungen und zur Hungersnot in Zentralasien gezeigt, dass die Idee der eigenen zivilisatorischen Überlegenheit den Machthabern dabei half, die von ihnen angerichtete Zerstörung zu rechtfertigen.¹²

Die stalinistische Gewalt richtete sich auch gegen diejenigen, die die antiimperialistische Rhetorik Lenins zu wörtlich genommen hatten. Mit dem Terror gegen nationale Eliten in den Teilrepubliken ging die Rehabilitierung des großrussischen Imperialismus einher. Die Bolschewiki und an erster Stelle die russische Nation galten wieder als Überbringer zivilisatorischer Errungenschaften. Der Zweite Weltkrieg beförderte den Mythos des Sowjetvolkes, vergangene Konflikte wurden durch das Narrativ der

11 Alexander Morrison: *The Russian Conquest of Central Asia. A Study in Imperial Expansion, 1814–1914*, Cambridge 2021, 25.

12 Hierzu Jörn Happel: *Nomadische Lebenswelten und zarische Politik. Der Aufstand in Zentralasien 1916*, Stuttgart 2010; Robert Kindler: *Stalins Nomaden. Herrschaft und Hunger in Kasachstan*, Hamburg 2014; sowie Sarah Cameron: *The Hungry Steppe. Famine, Violence, and the Making of Soviet Kazakhstan*, Ithaca 2018.

»Großen Freundschaft« zwischen den Völkern überdeckt.¹³ Angeblich waren alle Nationen der Sowjetunion bereits dem Russischen Reich, später dann der Sowjetunion freiwillig beigetreten, weil sie Schutz suchten, aber auch weil sie sich dem sozialistischen Fortschritt anschließen wollten. Zwar gab es auch in Zentralasien eine Phase des Tauwetters, in der die alte Frage nach dem Verhältnis zu Russland neu gestellt wurde.¹⁴ Doch die dominante Erzählung der sowjetischen Herrschaft insbesondere in Zentralasien blieb bis zuletzt die des zivilisatorischen Fortschritts, der den Menschen durch Russland überbracht worden sei.

Die intellektuelle Kolonisierung des (post)sowjetischen Denkens zeigt sich besonders drastisch in dem Versuch, ein koloniales Projekt als ein antikoloniales auszugeben (ganz vergleichbar im Übrigen mit dem gegenwärtigen Versuch, das strukturell faschistische Regime in Moskau als antifaschistisch zu deklarieren). Das sowjetische Projekt war durchzogen von einer antikolonialen Rhetorik, die jegliches dagegen gerichtete kritische anti- oder postkoloniale Denken erstickte. Fraglos entsprach diese Rhetorik in vielen Fällen der Überzeugung derjenigen Eliten, die ihre eigene gesellschaftliche Stellung dem sowjetischen Projekt verdankten. Doch mindestens ebenso oft handelte es sich um ein Narrativ, das dazu diente, die imperiale Machtpolitik des Kalten Krieges zu kaschieren.

*

Der neuen Imperialgeschichte wurde zuletzt vorgeworfen, sie habe ein zu idealisierendes Bild des Russischen Reiches entworfen. Toleranz und Multikulturalität würden oft unreflektiert dem Imperium zugeschrieben, der Nation dagegen ein Hang zu Eindeutigkeit und

13 David Brandenberger: *National Bolshevism. Stalinist Mass Culture and the Formation of Modern Russian national identity, 1931–1956*, Cambridge, Mass. 2002.

14 Vgl. Moritz Florin: *What is Russia to us? Making Sense of Stalinism, Colonialism and Soviet Modernity in Kyrgyzstan, 1956–1965*, in: *Ab imperio* 3 (2016), 165–189.



Briefmarken »Turkmenen« und »Tadschiken«
aus der Serie »Völker der UdSSR«

Diese Briefmarken sollten die Erfolge der Sowjetisierung Zentralasiens feiern, markieren aber auch die starke Spannung zwischen der kolonialen Ausbeutung und den Versprechen der sowjetischen Moderne. So hatte etwa die Baumwollmonokultur in Turkmenistan verheerende Folgen für die lokale Wirtschaft bis hin zu Hungerkrisen, die die hier durch Lastwagen und verarbeitende Industrie repräsentierte Moderne mit sich brachte. Auch die in der Marke zur Tadschikischen SSR gefeierten modernen Maschinen ergänzten lediglich die Knochenarbeit der lokalen Bevölkerung, die mit Hacke und Schaufel große Infrastrukturprojekte realisieren musste. Zugleich prägten die Alphabetisierung seit den 1920er Jahren, die Förderung entpolitisierte, nationaler Kulturen und Bildungsaufstieg sowjetische Identitäten in Zentralasien.

<https://www.cabinet.ox.ac.uk/peoples-ussr-postage-stamp-collection-central-asia#/media=10616>



Homogenität.¹⁵ Ich sehe jedoch noch ein anderes Problem: Gerade in Deutschland wurde die Debatte über das Imperium dominiert durch manch undifferenzierte, dafür aber breit rezipierte Einlassung. Bestes Beispiel hierfür sind die Texte Jörg Baberowskis. In seiner Habilitationsschrift über Aserbaidshan vertrat er noch die These der Unvereinbarkeit zwischen islamischer Kultur – die Rede war auch von »orientalischer Despotie« – und europäischem Fortschrittsdenken. Der Mangel an Verständnis für die kulturelle Andersartigkeit der Muslime habe den Stalinismus erst hervorgebracht.¹⁶ Später dann behauptete er, die Rückständigkeit selbst bringe die Gewalt hervor. Erst in »staatsfernen, vormodernen Gewalträumen« könne sie gedeihen.¹⁷ Zuletzt, insbesondere im Kontext einiger Texte zur Ukraine, idealisierte Baberowski das Imperium als Raum der Multikulturalität. Die ukrainischen Nationalisten hingegen wollten »trennen«, was der sowjetische Mythos »integrieren« wollte.¹⁸ Trotz derartiger Widersprüche und Pauschalisierungen erfuhren Baberowskis Arbeiten eine breite Resonanz. Aufgrund ihrer Sprachgewalt prägten seine Arbeiten Vorstellungen des Russischen Reichs und der Sowjetunion als Imperien auch über die Forschung hinaus.

Doch auch in der englischsprachigen Forschung kam es in der Vergangenheit, gerade in der Auseinandersetzung mit Zentralasien, zu problematischen Projektionen. Botakoz Kassymbekova und Aminat Chokobaeva haben der Forschung jüngst vorgeworfen, die sowjetische Vergangenheit normalisiert oder gar idealisiert zu haben. Den sowjetischen Antiimperialismus hätten auch Größen des Fachs allzu oft beim Wort genommen, anstatt ihn als ein weiteres Machtmittel zu begreifen, das über koloniale Realitäten

15 Martin Schulze-Wessel: Die Ukraine ist längst eine Nation, in: FAZ, 19.03.2022.

16 Jörg Baberowski: Der Feind ist überall. Stalinismus im Kaukasus, München 2003.

17 Jörg Baberowski: Verbrannte Erde. Stalins Herrschaft der Gewalt, München 2012.

18 Siehe etwa Jörg Baberowski: Der Westen kapiert es nicht, in: Die ZEIT, 12.03.2015.

hinwegtäuschte. Dies sei auch deshalb geschehen, weil Adeeb Khalid und andere im sowjetischen Modell eine Alternative zum westlichen Kapitalismus und Imperialismus sehen wollten, die es so aber kaum je gegeben habe. Denn gerade das sowjetische System habe die lokale *agency* radikal eingeschränkt. Zwischen selbst- und fremdbestimmtem Handeln zu unterscheiden, falle unter diesen Umständen besonders schwer. Besonders problematisch sei auch, dass – ähnlich wie im Falle der Ukraine und des Holodomor – Stimmen aus der Region selbst, die bereits seit langem auf die kolonialen Aspekte der sowjetischen Vergangenheit hinweisen, regelmäßig als nationalistisch abgetan würden.¹⁹

Dabei würde auch ich diesen Überlegungen insoweit zustimmen, als Teile der Forschung ein idealisierendes Bild der sowjetischen Herrschaft in Zentralasien gezeichnet haben. Die Suche nach lokaler *agency* führte in manchen viel rezipierten Arbeiten dazu, dass der machtbefrachtete, gewaltsame Charakter sowjetischer Herrschaft kaum noch beachtet wurde.²⁰ Dennoch bleibt es – auch und gerade in der Gegenwart eines neuen imperialistischen Krieges – wichtig zu differenzieren. Es besteht ansonsten die Gefahr, dass auch im Kern emanzipatorische, anti- oder dekoloniale Ansätze der Forschung in die Erzählung eines rein nationalen Opfergangs münden.²¹ Entscheidend wird es auch in Zukunft bleiben, denjenigen Stimmen Raum zu verleihen, die sich um Differenzierung bemühen und auch Ambivalenzen und Widersprüche zulassen.

19 Botakoz Kassymbekova/Aminat Chokobaeva: On Writing Soviet History of Central Asia. Frameworks, Challenges, Prospects, in: Central Asian Survey 40 (2021) 4, 483–503.

20 Exemplarisch zu nennen wären etwa Adeeb Khalid: Making Uzbekistan. Nation, Empire, and Revolution in the Early USSR, Ithaca 2015; sowie in Teilen auch Marianna Kamp: The New Woman in Uzbekistan. Islam, Modernity, and Unveiling under Communism, Seattle 2006 sowie Artemy Kalinovsky: Laboratory of Socialist Development. Cold War Politics and Decolonization in Soviet Tajikistan, Ithaca 2018. Zu Khalid und Kassymbekova siehe auch Florin: Beyond Colonialism?

21 Hierzu etwa Robert Kindler: Opfer ohne Täter. Kasachische und ukrainische Erinnerung an den Hunger 1932/33, in: Osteuropa 3/2012, 105–120.

Es gibt diese Stimmen, gerade auch in der Forschung zu Zentralasien. Sie alle hier aufzuzählen, wäre müßig, ein paar höchst subjektive Hinweise auf bislang zu wenig rezipierte Werke ergänze ich jedoch in der folgenden Fußnote.²²

Besonders erwähnen möchte ich an dieser Stelle lediglich die für mich größte Offenbarung der letzten Jahre, nämlich die Arbeiten des Sozialanthropologen Sergei Abashin. Abashins Leistung ist meines Erachtens vergleichbar mit jener, die postkoloniale Theoretiker:innen für Indien erbracht haben. In seinem *opus magnum*, dem Buch »Sovetskij kišlak«, beschreibt er über einen Zeitraum von mehr als 100 Jahren die Geschichte einer zentralasiatischen Siedlung. Er widmet sich den Narrativen der Eroberung aus imperialer, nationaler und lokaler Sicht, den Aktivitäten und Zielen bewaffneter Banden, dem Wandel religiöser und medizinischer Praktiken sowie der Geschlechterbeziehungen. Die Perspektiven, die er damit sichtbar macht, sind zugleich Ergebnis und Ursache immer neuer Auseinandersetzungen vor Ort. Die Narrative schwanken zwischen antikolonialen und kolonialen, lokalen und universalisierenden Deutungsangeboten. Sie entziehen sich damit jeglicher Eindeutigkeit der Nation, der Ethnie, der Religion, des Imperiums oder des Marxismus-Leninismus. Gerade in ihrer Ambivalenz und Vielschichtigkeit liegt ihr emanzipatorisches Potenzial.²³

*

22 Eine kleine, sehr subjektive Auswahl von Arbeiten, die mir besonders wichtig erscheinen, soll hier genügen: Jeff Sahadeo: *Voices from the Soviet Edge. Southern Migrants in Leningrad and Moscow*, Ithaca 2019; Madeleine Reeves: *Border Work. Spatial Lives of the State in Rural Central Asia*, Ithaca 2014; Botakoz Kassymbekova: *Despite Cultures. Early Soviet Rule in Tajikistan*, Pittsburgh 2016; Negar Elodie Behzadi/Lucia Drenberger: *Gender and Ethnicity in the Soviet Muslim Peripheries. A Feminist Postcolonial Geography of Women's Work in the Tajik SSR (1950–1991)*, in: *Central Asian Survey* 39 (2020) 2, 202–219; Diana Kudaibergenova: *Rewriting the Nation in Modern Kazakh Literature. Elites and Narratives*, Lanham 2017.

23 Sergej Abašin: *Sovetskij kišlak. Meždu kolonializmom i modernizacij*, Moskau 2015.

Auf den ersten Blick mag es tatsächlich so scheinen, als habe sich Putins Russland mit diesem Krieg endgültig vom Westen verabschiedet. Die Reden von »gayropa« und dem »verweichlichten Westen« klingen eindeutig. Putin modelliert damit das postsowjetische Russland als einen Emotionsraum, der von einem Gefühl der tiefen Kränkung dominiert wird, schrieb Riccardo Nicolosi kürzlich.²⁴ Doch bezieht sich diese Kränkung immer auf den Westen, von dem Putin sich gedemütigt zeigt, auf dessen Anerkennung und Respekt er aber zugleich hofft. Das, was etwa der mächtige Nachbar China oder gar die Menschen in Zentralasien denken, ist in dieser strukturell eurozentrischen Denkfigur irrelevant.

Letztlich geht es Putin um die Rückkehr in eine Welt, in der sich europäische Großmächte, geprägt durch vermeintlich starke Männer, die Welt aufteilten. Die Auflösung der Imperien als ein welthistorisch bedeutsamer Moment interpretiert er dagegen als Anzeichen von Schwäche. So gesehen richtet sich der Angriff auf die Ukraine nicht allein gegen Europa, sondern gegen ein postkoloniales und emanzipatorisches Projekt, das auf einer kritischen Auseinandersetzung mit jeglicher Form von Fremdherrschaft und Rassismus aufbaut. Und in diesem Kontext sitzt nicht allein Europa mit der Ukraine in einem gemeinsamen Boot, sondern vor allem die postsowjetischen Republiken Zentralasiens oder des (Trans-)kaukasus.

Vor allem zeigt sich jetzt, in Gegenwart des Hagels russischer Bomben auf Mariupol oder Charkiw, deutlicher denn je, dass der Prozess, den Jansen und Osterhammel noch als »relativ glatt« (sie meinten wohl: friedlich) beschrieben, vorhandene Spannungen lediglich überdeckte. Dieser Krieg wird das Narrativ von einem welthistorisch einzigartigen Moment der Befreiung und der friedlichen Revolutionen der Jahre 1989–1991 erschüttern, denn er ist auch eine Folge einer nicht verarbeiteten kolonialen Vergangenheit. Was

24 Riccardo Nicolosi: Erniedrigte und Beleidigte. Vladimir Putins Affektrhetorik, in: Geschichte der Gegenwart, 23.03.2022, <https://geschichtedergegenwart.ch/erniedrigte-und-beleidigte-vladimir-putins-affektrhetorik/> [05.09.2023].

der Krieg aus einer postimperialen Perspektive bedeutet, erkannte im Übrigen als einer der Ersten der kenianische Botschafter bei der UN. Unmittelbar nach Ausbruch des Krieges warnte er vor Nostalgie für eine imperiale Vergangenheit. Er betonte, dass in einer postimperialen Welt allein die Regeln der Charta der Vereinten Nationen und die Anerkennung bestehender Grenzen den Frieden sichern könnten. Und er kritisierte die Rückkehr des Imperialismus, vorangetrieben durch einen Angriffskrieg Russlands.²⁵

Wie kann also die Dekolonisierung der Osteuropaforschung in Zukunft gelingen? Drei Schritte werden hierfür entscheidend sein:

Auch in Zukunft wird es erforderlich sein, die Perspektiven der Marginalisierten und Unterdrückten ernst zu nehmen. Auch wenn Putin sich mit dem Krieg gerade selbst ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt hat, müssen wir in Zukunft denjenigen zuhören, die nicht seine Entscheidungsmacht haben.

Zweitens ist es wichtig, den strukturellen Eurozentrismus unseres Denkens über Osteuropa zu überwinden. In Teilen der Presse klang es zuletzt so, als werde Europa heute nicht mehr am Hindukusch, sondern in Mariupol und Kiew verteidigt.²⁶ Das ist falsch, denn es geht eigentlich um mehr: Um Prinzipien der Selbstbestimmung und Emanzipation, die gerade diejenigen betreffen, die in der Vergangenheit unter dem Expansionsstreben der europäischen Großmächte gelitten haben.

Drittens jedoch gilt es, die Geschichte Osteuropas nicht mehr als Sonderfall innerhalb einer Globalgeschichte der Dekolonisation zu bewerten, sondern in diese zu integrieren. Denn nicht zuletzt vom Ausgang des Krieges in der Ukraine hängt die Zukunft des Projekts einer Dekolonisation ab, das auf der Delegitimierung jeglicher Herrschaft aufbaut, die als ein Untertanenverhältnis zu Fremden empfunden wird.

25 https://www.washingtonpost.com/video/world/kenyan-ambassador-criticizes-russias-move-against-ukraine/2022/02/22/ad570abc-3815-44a6-971a-fd3276c34704_video.html [05.09.2023].

26 Siehe exemplarisch Tobias Rapp: Die Geburt einer europäischen Nation, in: Der Spiegel, 07.03.2022.

Lisa Füchte

Damit Sonnenblumen wachsen, wenn ihr hier begraben liegt ...

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine
aus geschlechtergeschichtlicher Perspektive

28. April 2022

»Ob es dir gefällt oder nicht, da musst du durch, meine Schöne. Du musst dich fügen, anders geht es nicht«, bemerkte Vladimir Putin am 7. Februar 2022 salopp in Richtung der Ukraine, als es auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Emmanuel Macron um die Einhaltung der Minsker Abkommen ging.¹ Vor dem Hintergrund des massiven russischen Truppenaufmarsches war der französische Präsident sichtlich um eine diplomatische Lösung bemüht und überging – ob aus Irritation oder aus mangelnder Verdolmetschung – die sexuelle Anspielung, mit der Putin der Ukraine unverhohlen eine Vergewaltigung androhte. Tatsächlich fiel Putin in der Vergangenheit bereits mit der Verharmlosung von sexualisierter Gewalt auf und ist berüchtigt für seine verbalen Ausfälle auch bei offiziellen Anlässen.² Sein Rückgriff auf eine sexualisierte Rhetorik im Vorfeld und bisherigen Verlauf des brutalen Angriffskriegs, den die russischen Streitkräfte am 24. Februar 2022 auf seinen Befehl hin gegen die Ukraine entfesselten, ist kein Ausrutscher,

1 <https://www.youtube.com/watch?v=piASUtXi3nI> [05.09.2023].

2 Putin is overheard making light of rape, in: International Herald Tribune, 19.10.2006, <https://www.nytimes.com/2006/10/19/world/europe/19iht-putin.3222398.html> [05.09.2023].

sondern integraler Bestandteil seiner Vorstellungswelt und Selbstinszenierung.

In seiner im Fernsehen übertragenen Rede an die Nation wenige Tage vor Kriegsbeginn ereiferte sich Putin etwa darüber, wie »die Mitgift, die das Land nicht nur aus sowjetischer Zeit, sondern bereits vom Russischen Reich erhalten hatte, verschleudert wurde und in allerlei Taschen gelandet ist«.³ Die Allegorie von Russland als der Vater, der Industrie und Infrastruktur als Aussteuer für die Tochter zur Verfügung stellt, spricht Bände. Deutlich wird Putins patriarchales Familienbild, das sich in den zwanzig Jahren seiner (Minister-)Präsidentschaft durch zunehmende Repressionen gegen LGBTIQ und die juristische Bagatellisierung von häuslicher Gewalt⁴ äußert. Die Rede von der Ukraine als Tochter und »integrale(m) Bestandteil unserer eigenen Geschichte, unserer Kultur, unseres geistigen Raums« offenbart Putins männlich codierte, revanchistische Besitzansprüche auf das ukrainische Territorium, aber auch auf Traditionen und intellektuelles Erbe etwa der mittelalterlichen Kiewer Rus’.

Machismus als Herrschaftsinstrument

Die allegorische Feminisierung von Staaten ist ein Stilmittel, das im Zuge der europäischen Nationenbildungen im 19. Jahrhundert an Popularität gewann und nationalistischen Kräften dazu diente und bis heute dient, an die Wehrhaftigkeit des männlichen, soldatisch imaginierten Volkes zu appellieren. Indem Putin in seiner Rede die ukrainische Staatsführung als korrupte, feige Nationalisten »entmännlicht« – um nicht zu sagen entmenslicht –, liefert er dem russischen Fernsehpublikum unter Rückgriff auf die sakrosankte Erinnerung an den Großen Vaterländischen Krieg einen

3 Vladimir Putin: Rede an die Nation vom 21.02.2022, übersetzt hier: <https://zeitschrift-osteuropa.de/blog/putin-rede-21.2.2022/> [05.09.2023].

4 Häusliche Gewalt in Russland. Der zähe Kampf um häuslichen Schutz, in: ZOIS Spotlight 8/2020, <https://www.zois-berlin.de/haeusliche-gewalt-in-russland-der-zaehe-kampf-um-schutz> [05.09.2023].

moralischen Imperativ für den völkerrechtswidrigen Angriff auf das gesamte ukrainische Staatsgebiet und die Hauptstadt Kyiv, »die Mutter der russischen Städte«.⁵

Der Rückgriff auf eine solche Rhetorik zeugt von seinem neoimperialen Weltbild ebenso wie von seinem essenzialistischen Geschlechterverständnis, das Männlichkeit in Abgrenzung zu minderwertiger Weiblichkeit definiert. Putins aggressive, abwertende Rhetorik leistet der Brutalität, mit der die russischen Streitkräfte in der Ukraine vorgehen, Vorschub. Sie dient dazu, die heimische Gesellschaft auf Terror gegen die Zivilbevölkerung und sexualisierte Gewalt einzuschwören, die von der russischen Führung offensichtlich als legitime Kriegsinstrumente angesehen werden, um den sozialen Zusammenhalt zu zerstören, Betroffene zu demütigen und »sie daran zu hindern, ukrainische Kinder zu gebären«. Inzwischen gibt es unzählige Berichte von grausamen Vergewaltigungen.⁶

Putin selbst inszeniert sich mit Vorliebe als viriles Staatsoberhaupt – gern oberkörperfrei –, was in der Vergangenheit dazu diente, dem heimischen und internationalen Publikum gleichermaßen seine körperliche Gesundheit und damit symbolisch auch die Macht Russlands vorzuführen. Diese Hypermaskulinität fand viele Jahre lang Anklang und Nachahmung bei zahlreichen Politikern insbesondere der internationalen antifeministischen Rechten, die sich gern in männerbündischer Umarmung mit ihm ablichten ließen. Die Legitimierung von Putins Herrschaft über militärische Stärke erreichte im Zuge der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim 2014 ihren Höhepunkt: Er ließ sich als Heerführer in Szene setzen und in den sozialen Medien als Wiedergänger von Feldmarschall Potëmkin feiern, der die Krim einst 1783 eroberte. Inzwischen gelingt es einem gealterten, aufgedunsenen Putin, der sich coronabedingt isoliert zwischen dem imperialen Pomp absurd

5 Wladimir Putin: Über die historische Einheit von Russen und Ukrainern, <http://kremlin.ru/events/president/news/66181> [05.09.2023].

6 Siehe etwa <https://www.bbc.com/news/world-europe-61071243> [05.09.2023].

langer Tische und sowjetisch-piefig anmutendem Büroambiente bewegt, immer weniger, von diesem Nimbus zu profitieren. Seine hasserfüllte Rhetorik bei öffentlichen Auftritten mag dazu dienen, seine schwindende körperliche Kraft zu kompensieren.

Der stärkere Mann

»Es gibt Dinge, über die braucht man mit dem Präsidenten Russlands nicht zu streiten«, bemerkte Volodymyr Zelens'kyj am 8. Februar während einer Pressekonferenz auf Russisch und mit einem schalen Seitenblick auf Emmanuel Macron.⁷ Im Gegensatz zum französischen Präsidenten war ihm Putins sexuelle Anspielung am Vortag keineswegs entgangen: »Die Ukraine ist wirklich eine Schönheit. Was das ›meine‹ angeht, so ist das jedoch eine kleine Übertreibung.« Sicherlich auch an die russische Öffentlichkeit gerichtet, wies er Putins imperiale Besitzansprüche zurück, blieb jedoch bei dessen allegorischer Feminisierung der Ukraine.

Zelens'kyj hatte nach einem Jurastudium beachtlichen Erfolg als Schauspieler nicht nur im ukrainischen, sondern auch im russischen Fernsehen, bevor er sich für eine Präsidentschaftskandidatur entschied und 2019 mit großer Mehrheit gewählt wurde. Er versteht es gut, sich als moderner Gegenspieler Putins zu präsentieren. In seiner Selbstdarstellung dienen nicht zuletzt egalitär(er) Geschlechterbilder als Abgrenzung zu Russland und Ausweis europäischer Werte. Die medienaffine ukrainische Staatsführung, die auf militärische Unterstützung aus der EU und den USA sowie den Verteidigungswillen der eigenen Bevölkerung angewiesen ist, ist sich bewusst, dass die öffentliche Wahrnehmung der Ukraine im Ausland und die Moral im Inland einen entscheidenden Einfluss auf den Kriegsverlauf nehmen können.

Während Putin sich im Staatsfernsehen als despotischer Alleinherrscher inszeniert, nutzt Zelens'kyj soziale Medien wie Twitter, um sich regelmäßig in kurzen, mitunter selbst gedrehten Handyvideos

7 <https://www.youtube.com/watch?app=desktop&v=piASUtXi3nI> [05.09.2023].

zu Wort zu melden. Er zeigt sich nahbar, im Kreise seiner Regierung, immer wieder betonend, dass er sich in Kyiv aufhält und »keine Mitfahrgelegenheit, sondern Waffen« benötige. Mit Kriegsbeginn hat er den staatsmännischen Anzug durch Tarnkleidung ersetzt und drückt so seine Verbundenheit mit den ukrainischen Streitkräften aus. Das enganliegende T-Shirt erlaubt es ihm, seine eigene körperliche Fitness in einer weitaus subtileren Weise zu zeigen, als es die Pressefotos Putins je vermochten. Der 44-jährige Zelens'kyj lässt die aggressive Macho-Performance Putins, der im Oktober siebzig wird, im wahrsten Sinne des Wortes alt aussehen. Wehrhaftigkeit wird in der Bildsprache des ukrainischen Präsidenten eingehegt in das Narrativ eines demokratischen Verteidigungs- und Freiheitswillens, der an nationale Mythen ebenso anschlussfähig ist wie an die sich als Wertegemeinschaft verstehenden Staaten des »Westens«.

Helden – und Heldinnen

Diese Inszenierung beschert Zelens'kyj internationale – wenn auch oft von Tatenlosigkeit gefolgte – Bewunderung und breite Zustimmung im eigenen Land. Sie wird von seiner Regierung aktiv gefördert und entwickelte in den sozialen Medien eine rasante Eigen-dynamik. Kleine und große Heldengeschichten wurden massenhaft geteilt: etwa die der Soldaten auf der Insel Zmiinyj, die sich am 24. Februar einem russischen Kriegsschiff mit einem derben Fluch widersetzen und damit den Tenor des Widerstands vorgeben. Videos, die Traktoren beim Abschleppen verlassener russischer Panzer und Zivilisten mit Zigarette im Mund beim Räumen einer Mine zeigen, gingen um die Welt.⁸

Abgesehen von martialischen Selbstinszenierungen, die sich insbesondere bei ultranationalistischen Formationen wie dem

8 <https://www.merkur.de/politik/ukraine-krieg-russland-panzer-video-twitter-putin-konflikt-news-zr-91384683.html> [05.09.2023]; <https://www.independent.co.uk/tv/news/ukraine-russia-land-mine-road-b2025026.html> [05.09.2023].

Azov Regiment finden, legt die Regierungskommunikation Wert darauf, Mitglieder der Streitkräfte als zugewandte, lächelnde Beschützer von Frauen, Kindern, älteren Menschen und nicht zuletzt Tieren zu präsentieren. Da es im Gegensatz dazu kaum Bildmaterial von Gefechtssituationen gibt, verwischen die Grenzen zwischen Armee und Zivilbevölkerung zur Erzählung eines allumfassenden Volkswiderstands. Die Neuausrichtung der Territorialen Verteidigung, in der Reservisten und Freiwillige mit mehr oder weniger militärischer Ausbildung kämpfen, trägt zu diesem Narrativ bei, bringt aber die Militarisierung großer Teile der Gesellschaft mit sich. Sie liefert den russischen Truppen offenbar auch Vorwände, ukrainische Zivilist:innen unter Generalverdacht zu stellen und in den besetzten Gebieten ungeheure Kriegsverbrechen zu begehen, deren Ausmaß sich erst allmählich abzuzeichnen beginnt.

Die Dokumentation solcher Verbrechen, die logistische Unterstützung der ukrainischen Streitkräfte, friedliche Demonstrationen und nicht zuletzt weiblich codierte Tätigkeiten wie gegenseitige Hilfe und Fürsorge werden in den sozialen Medien ebenfalls als heroische Akte der Hoffnung und des Widerstands gerahmt. Jenseits heteronormativer Rollenbilder haben Frauen verschiedene Handlungsmöglichkeiten: Sie übernehmen Verantwortung für Freunde und Familie und fliehen unter widrigsten Bedingungen. Andere treten der Territorialen Verteidigung bei, posieren mit Waffen und lassen sich dabei filmen, wie sie Molotowcocktails auf Panzer werfen.⁹ Viele Frauen leisten unbewaffneten Widerstand und riskieren dabei ihr Leben. Viral ging das Video einer Einwohnerin der okkupierten Kleinstadt Heničas'k: »Hier, steckt euch ein paar Sonnenblumenkerne ein, damit wenigstens Sonnenblumen daraus wachsen, wenn ihr hier begraben liegt«, warf sie einem russischen Soldaten an den Kopf.¹⁰ Sie drückt damit den Wunsch aus,

9 <https://www.independent.co.uk/tv/news/ukraine-molotov-cocktail-russian-tank-b2025781.html> [05.09.2023].

10 <https://apostrophe.ua/ua/news/society/2022-02-25/polojite-v-karman-semechki-tvari-jitelnitsa-genicheska-poizdevalas-nad-okkupantami-video/260438> [05.09.2023].

sich trotz des unbändigen Hasses auf die »Feinde«, der im weiteren Gespräch der beiden deutlich wird, die Menschlichkeit nicht nehmen zu lassen.

Solche Geschichten von Heldinnen und Helden haben eine integrative Funktion für Frauen wie Männer in unterschiedlichen Positionen. Sie machen Mut und stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Angesicht eines Vernichtungskriegs, in dessen Verlauf die russischen Streitkräfte immer massiver darauf abzielen, die Menschen durch Beschuss ziviler Ziele, den Einsatz von international geächteter Streumunition und die grausame Belagerung ganzer Städte zu brechen.

Die Hölle von Mariupol

Eines der Bilder, die großes Entsetzen hervorriefen, zeigt eine schwer verletzte Hochschwangere auf einer Bahre nach der Bombardierung einer Entbindungsstation in der Hafenstadt Mariupol.¹¹ Auf einem anderen ist Marianna Vyšemirskaja zu sehen, die sich blutend aus dem zerstörten Gebäude rettet. Vyšemirskaja wurde in ein anderes Krankenhaus verlegt und gebar am nächsten Tag ihre Tochter. Die junge Mutter auf der Bahre und ihr ungeborenes Kind hingegen starben beide kurz darauf an den Folgen ihrer Verletzungen. Es ist bezeichnend, dass ihre Namen nicht bekannt sind. Während Vyšemirskaja – sie ist bis Kriegsausbruch Influencerin gewesen – möglicherweise verschleppt und inzwischen von (pro)russischer Propaganda vereinnahmt wird, gerät die Verstorbene zum anonymen Symbol für feminisiertes Leid. Das Schicksal der beiden verweist darauf, dass Sichtbarkeit nicht einhergeht mit Handlungsmacht. Der Angriff auf die Entbindungsstation wurde zum Inbegriff der Grausamkeit dieses Krieges und wirft ein Schlaglicht auf die besondere Gefährdung von Frauen: Neben sexualisierter Gewalt, ungewollter Schwangerschaft und mangelnder

11 <https://www.rnd.de/panorama/geburtsklinik-in-mariupol-bombardiert-schwangere-und-ihr-baby-sterben-nach-angriff-2MAHQZIDVCYEU14LQ35P66XS2I.html> [05.09.2023].

medizinischer Versorgung mehrten sich Berichte von Menschenhandel mit geflüchteten Ukrainerinnen.

Trauer, Verlust und Schmerz werden in diesem Krieg oft über eine weibliche, viktimisierende Ikonografie und Fotos von Frauen und Kindern ausgedrückt, die Männern jenseits des Heldentums wenig Identifikationsangebote machen. Die gesetzliche Verordnung, keine ukrainischen Staatsbürger zwischen 18 und 60 Jahren außer Landes zu lassen, ist diskriminierend nicht nur für Transpersonen, sondern zerreißt Beziehungsgeflechte und Familienkonstellationen. Sie zwingt Menschen in die Wehrhaftigkeit, die keinerlei Kampferfahrung haben, und setzt das biologische Geschlecht gleich mit dem Zwang zur Vaterlandsverteidigung.

Da in der überwiegenden Mehrzahl Frauen das Land verlassen, ist auch die Demografie der Ukraine aktuell massiven Veränderungen unterworfen. Eine militarisierte, traumatisierte Gesellschaft, in der es mehr Männer als Frauen gibt, bedroht gleichstellungspolitische Errungenschaften. Nicht auszudenken erst, was passiert, sollte es dem russischen Regime gelingen, langfristige Besatzungsstrukturen aufzubauen.

Olena Petrenko

Ukrainische Frauen an der Waffe

Ein kurzer historischer Rekurs

2. Mai 2022

Oberfeldweibel Olena Kushnir, Feldärztin der ukrainischen Streitkräfte, starb Mitte April 2022 in Mariupol. Kurz vor ihrem Tod wandte sie sich mit einem Videoappell an die Öffentlichkeit.¹ Man müsse über die Aufhebung der Blockade der Stadt sprechen, um tausende Schwerverletzte zu retten und die Verstorbenen anständig beizusetzen. »Wir wollen nicht postum Helden und Märtyrer sein. Die Menschen wollen leben und die zerstörte Ukraine wieder aufbauen«, sagte sie mit leicht zitternder Stimme. Schon zu Beginn dieses Krieges verlor Kushnir ihren Geliebten. Nun fiel auch sie in der umkämpften Hafenstadt. Zurück bleiben ein kleiner Sohn und dieses Video einer verzweifelten Feldärztin, die den Verletzten nicht mehr helfen kann.

Nach Angaben ukrainischer Journalist:innen befinden sich in Mariupol nur noch circa 100 Kombattantinnen (Stand 17.04.2022). Insgesamt kämpfen mehrere zehntausend Frauen in den Streitkräften der Ukraine. Seit den Ereignissen auf dem Majdan und dem Krieg im Donbass ist die Zahl der Soldatinnen deutlich gestiegen. Im Jahr 2021 waren mehr als 30.000 Frauen in der ukrainischen

1 https://censor.net/ua/video_news/3334614/u_mariupoli_vid_ruk_rosiyiskyh_okupantiv_zagynula_viyiskovyyi_medyk_olena_kushnir_yaka_ranishe_namagalas [05.09.2023].

Armee. Offiziell liegt der Frauenanteil somit bei circa 15 Prozent. Eine solch hohe Beteiligung von Frauen ist einerseits mit der wachsenden Militarisierung der ukrainischen Gesellschaft und dem Aufbau der professionellen Armee in den letzten Jahren zu erklären. Andererseits spielt sicherlich die historische Erfahrung der Involvierung von Ukrainerinnen in militärische Auseinandersetzungen eine gewichtige Rolle.

Zu einer Schnittstelle der Orientierung an der Vergangenheit wurden die Majdan-Proteste. Während der Ereignisse im Winter 2013/14 engagierten sich Frauen stark: Von der Verteidigung der Barrikaden bis zur Verpflegung der Protestierenden wurden sie in der Öffentlichkeit als aktive politische Akteurinnen zunehmend sichtbar. Dieses Agieren wie auch die Majdan-Ereignisse insgesamt lösten einen Paradigmenwechsel weiblicher Identitäten aus: Die »alten« sowjetischen Heldinnen hatten endgültig ausgedient. Stattdessen galten nun Ukrainerinnen, die im Ersten Weltkrieg in Militäreinheiten gedient oder Teil der ukrainischen nationalistischen Bewegung der 1920er bis 1950er Jahre gewesen waren, als Vorbild und zur Vergleichsprojektion.

Für die Beteiligung ukrainischer Frauen im Ersten Weltkrieg ist wohl der Fall von Olena Stepaniv, einer Historikerin und Geografin, die als eine der ersten Frauen in den Krieg zog, das prominenteste Beispiel. Die Mobilisierung von Stepaniv ist auf die Entstehung mehrerer paramilitärischer Organisationen in Galizien zurückzuführen. Bereits vor dem Krieg schloss sie sich der Fraueneinheit des ukrainischen Militärverbands »Sicher Schützen« an, dessen Mitglieder an der Seite Österreich-Ungarns kämpften. Nach mehreren Absagen gelang es ihr schließlich, den Truppen der österreich-ungarischen Armee zugewiesen zu werden, wo sie als reguläre Soldatin diente und kurz darauf den Grad eines Fähnrichs verliehen bekam. Stepaniv war dabei keine Ausnahme. Mehrere ukrainische Frauen dienten als Kurierinnen, Sanitäterinnen oder Infanteristinnen. Meistens kleideten sie sich als Männer und gaben falsche (männliche) Namen an, um mit der Waffe kämpfen zu dürfen.



Ukrainische Frauen im Ersten Weltkrieg. Das Foto zeigt Zenon Noskovskyj, Olena Stepaniv, Ivan Chmola, Osyp Yarymovych und Sofia Halechko auf dem Berg Makivka, ca. 1916.

Quelle: <https://forgottengalicia.com/country-of-roxolania-ukrainian-women-in-the-first-world-war/>

Das Beispiel von Stepaniv und anderer Soldatinnen des Ersten Weltkriegs sollte später im Kontext der ukrainischen nationalistischen Bewegung in Ostgalizien² als eines der Vorbilder für die historische

² In Ostgalizien wie auch in der östlichen Ukraine scheiterten alle Aktivitäten zur Bildung eines unabhängigen ukrainischen Staates. Ähnlich wie in Kyiv wurde in Lemberg im Oktober 1918 ein Nationalrat einberufen, der einen Monat später die Westukrainische Volksrepublik ausrief. Der wiedererrichtete polnische Staat aber betrachtete Ostgalizien als legitimes polnisches Territorium und erkannte die Volksrepublik nicht an. Auch die schnell gebildete Ukrainische Galizische Armee hatte den gut ausgerüsteten polnischen Militäreinheiten nichts entgegenzusetzen. Schon im Juli 1919 besetzte Polen vollständig das Territorium der Westukrainischen Volksrepublik. Die Ausdehnung der polnischen Staatsgrenzen erfolgte außerdem durch den sowjetisch-polnischen Krieg und den darauf folgenden Frieden von Riga im

Stärke ukrainischer Frauen gelten. Generell setzte sich die Erinnerung an die ukrainischen Kämpfer:innen kontinuierlich nach dem Krieg fort und wurde zum integralen Teil der politischen Kultur der ukrainischen Öffentlichkeit in Galizien in der Zwischenkriegszeit. Die Gedenktage an den Gräbern der Sič-Schützen oder der Soldaten der nach dem Ersten Weltkrieg rasch formierten Ukrainischen Galizischen Armee (UGA) waren bald mehr als reine Gedenkveranstaltungen. Sie dienten vielmehr verstärkt dem Zweck der Vereinigung der ukrainischen national gesinnten Gemeinschaft – mit immer vehementeren Forderungen, den Kampf um die Unabhängigkeit der Ukraine zu intensivieren und auch zu radikalisieren.

Seit den 1920er Jahren, nach dem Scheitern aller Versuche zur Bildung eines unabhängigen ukrainischen Staates in Ostgalizien, formierte sich rasch Widerstand gegen die polnische Politik. Diese nationale Bewegung war prägend für die Entstehung und Orientierung der Organisation der ukrainischen Nationalisten (OUN) und ihres Militärflügels, der Ukrainischen Aufstandsmiliz (UPA), die auch nach der in Jalta von den Alliierten vereinbarten Zuschlagung Ostgaliziens zur ukrainischen Sowjetrepublik bis in die 1950er Jahre gegen die sowjetische Staatsmacht (überwiegend in Ostgalizien, Westwolhynien und der Nordbukowina) kämpfte.

Die Geschichte der OUN und der UPA bleibt eines der umstrittensten Felder der Erinnerungskultur. Die zentrale Problematik betrifft dabei die Prinzipien der OUN, die Beteiligung von OUN und UPA an antijüdischer Gewalt, gewalttätigen Handlungen gegenüber der sowjetischen Obrigkeit sowie die partielle Kollaboration der OUN mit der deutschen Okkupationsmacht während des

März 1921, in dem Sowjetrussland die Zugehörigkeit von Ostgalizien und dem westlichen Wolhynien zum polnischen Staat anerkannte. Somit gewannen in der Westukraine die neuen, nach dem Zerfall Österreich-Ungarns entstandenen Nationalstaaten die Oberhand.

Zweiten Weltkriegs.³ Im Fokus dieser Erinnerungskämpfe stehen nach wie vor die Akteure im Untergrund, die einerseits als Held:innen und Kämpfer:innen gegen den sowjetischen Machtapparat dargestellt, andererseits als Helfershelfer:innen des Nazi-Regimes stigmatisiert werden.

Auch die namhafte Beteiligung von Frauen an dieser Untergrundbewegung wirft viele Fragen nach Beitrittsmotiven, politischem Agieren, Partizipationsräumen und Darstellungsmodi auf. Dabei lassen sich sehr unterschiedliche Grade der Einbeziehung und des Mittuns feststellen. Die Teilnahme an Untergrundaktivitäten beinhaltete auch den Besitz von Waffen, was u.a. die unmittelbare Involvierung in das Kampfgeschehen bedeutete. Die meisten Frauen waren allerdings traditionell im Sanitäts- und Meldedienst tätig oder für die Lebensmittel- und Medikamentenversorgung sowie für die Aufrechterhaltung der logistischen Strukturen zuständig. Oft gingen verschiedene Funktionen ineinander über.

Wie auch in anderen gewaltsam ausgetragenen Konflikten und Kriegen wurden die Bereiche des Privaten und des Öffentlichen zwischen den Geschlechtern neu definiert. Der Mangel an Kadern und die schwierigen Kampfbedingungen veranlassten die männliche Leitung des Untergrunds, eine stärkere Einbeziehung von Frauen zu fördern. Insgesamt ist es kaum möglich, die genaue Zahl der im ukrainischen nationalistischen Untergrund aktiven

3 Die OUN, die sich von Anfang an vor allem als antisowjetische Kraft sah, orientierte sich zuerst am nationalsozialistischen Deutschland. Die ukrainischen Nationalist:innen hofften, mit Hilfe der deutschen Armee die territoriale Unabhängigkeit zu erkämpfen, und begrüßten den deutschen Überfall auf die Sowjetunion. Die gegenseitige Loyalität hielt jedoch nicht lange an. Die Zusammenarbeit endete bald nach dem Angriff auf die Sowjetunion. Als Hauptfeind sah die OUN nach wie vor die sowjetische Macht an. Siehe dazu Frank Golczewski: *Deutsche und Ukrainer 1914–1939*, Paderborn 2010. Zum Thema der antijüdischen Gewalt siehe Kai Struve: *Deutsche Herrschaft, ukrainischer Nationalismus, antijüdische Gewalt. Der Sommer 1941 in der Westukraine*, Berlin 2015. Unter den Neuerscheinungen: John-Paul Himka: *Nationalists and the Holocaust. OUN and UPA's Participation in the Destruction of Ukrainian Jewry, 1941–1944*, Stuttgart 2021.

Frauen zu ermitteln. Den ausgewerteten Untergrunddokumenten, Diaspora-Nachschlagewerken und sowjetischen Verhörprotokollen zufolge müssten es mehrere Tausend gewesen sein.

Frauen kämpften aber nicht nur in der OUN und UPA, sondern auch in der Roten Armee. Unter den Rotarmistinnen, deren Zahl auf 800.000 geschätzt wird, stammten zahlreiche Kombattantinnen aus der Ukraine. Bereits in den 1930er Jahren erhielten Frauen in der ukrainischen Sowjetrepublik eine paramilitärische Ausbildung oder wurden in den damals populären Aeroklubs zu Fallschirmspringerinnen oder Pilotinnen ausgebildet. Daher waren Frauen mit Gewehr und in Militärkleidung nicht nur ein fester Teil der sowjetischen Presselandschaft, sondern auch unmittelbar der Militäreinheiten. Neben der in den Medien stark gefeierten Scharfschützin Ljudmila Pavličenko (geb. in Bila Cerkva) oder der Fliegerin Polina Osipenko (geb. nahe Berdjansk) waren mehrere tausend als Krankenschwestern, Verbindungsfrauen, Panzerfahrerinnen, Kampfpilotinnen und in anderen Funktionen in die sowjetische Armee eingebunden.

Wie im ukrainischen Untergrund verlor hier das strikt binäre Geschlechterkonzept, in dem Männer als Krieger und Frauen ausschließlich als Unterstützerinnen im Kriegsalltag erscheinen, seinen existenziellen Platz. Obwohl in den vergangenen Jahrzehnten die weibliche Kriegsteilnahme in der öffentlichen Erinnerungskultur weitgehend tabuisiert wurde, kann man davon sprechen, dass sich damals die Partizipationsräume sichtlich erweiterten.

In diesem Sinne stellt die Präsenz von Frauen im Donbass-Krieg oder auch aktuell im Krieg in der Ukraine kein radikal neues Phänomen dar. Man kann davon ausgehen, dass die historischen Kontinuitäten in der öffentlichen Erinnerungskultur bald stärker unterstrichen werden. Vermutlich wird insbesondere eine Rückbesinnung auf die Frauen in der OUN und UPA einsetzen, deren Tätigkeit sich im Vergleich zu den Rotarmistinnen von dem sowjetischen Narrativ klar abheben lässt.

Nun gehören die historischen Abbildungen von Frauen oder auch Männern mit Gewehren und Granaten, die noch vor kurzem weit von der Realität entfernt waren, in der Ukraine heute zur

traurigen Alltäglichkeit. Die Metastasen dieses Krieges breiten sich immer weiter aus. Für viele verschwanden bereits jegliche Hoffnungen. Viele Menschen verloren ihre Familienangehörigen, ihr Zuhause, erlitten physische und psychische Gewalt in den durch die russische Armee okkupierten Gebieten. Immer mehr Frauen entscheiden sich, ihr Land mit der Waffe in der Hand zu verteidigen.⁴

4 Anmerkung der Redaktion: Auf der Website des Verteidigungsministeriums der Ukraine finden sich Kurzporträts von Frauen in der ukrainischen Armee: <https://www.mil.gov.ua/diyalnist/genderni-pitannya-u-sferi-bezpeki/vijna-zhinochima-ochima-12-istorij-zhinok-vijskovosluzhbovcziv-zsu-medikiv-dobrovolcziv.html> [05.09.2023])

Franziska Davies

Der koloniale Blick auf Osteuropa

Der Auftritt von Harald Welzer
als Symptom deutscher Schieflagen

12. Mai 2022

Befindlichkeitsdiskurse, mediale Logiken und die Absurditäten des professoralen Habitus

Am vergangenen Sonntag, am 8. Mai 2022, war – zum wiederholten Male – in der Talkshow von Anne Will der Krieg Russlands gegen die Ukraine Thema. Die Gäste waren der Generalsekretär der SPD Kevin Kühnert, der ehemalige CDU-Politiker Ruprecht Polenz, der Botschafter der Ukraine in Deutschland Andrij Melnyk, die Fraktionsvorsitzende der Grünen Britta Haßelmann sowie der Soziologe/Sozialpsychologe Harald Welzer.

Jede Einladungsliste einer Talkshow folgt einer bestimmten Logik: Es sollen konträre Positionen aufeinandertreffen und Repräsentant:innen aus Medien, Gesellschaft und Politik und (manchmal) der Wissenschaft vertreten sein. Welche Rollen wurden in dieser speziellen Ausgabe eingenommen? Britta Haßelmann und Kevin Kühnert waren als Vertreter:innen der Regierungsparteien da, Ruprecht Polenz in der Rolle des konservativen *elder statesman*, der inzwischen – nicht zuletzt durch seine Twitter-Aktivitäten – zu einer wichtigen Stimme in öffentlichen Debatten geworden ist. Botschafter Melnyk nahm, seiner offiziellen Funktion und seinen persönlichen Überzeugungen entsprechend, die Aufgabe wahr, die Anliegen der Ukraine zu kommunizieren. Harald Welzer sollte

die Rolle des *public intellectuals* und Wissenschaftlers einnehmen, der sich ebenfalls früh zum Krieg positioniert hatte. Somit stand Welzers Rolle ebenfalls fest.

Auf den ersten Blick könnte man also sagen, dass diese Runde durchaus gut gewählt war mit Stimmen aus Politik, Gesellschaft und Wissenschaft, bei denen es absehbar war, dass die Debatte kontrovers werden würde. Tatsächlich aber war die Rollenzuweisung Welzers von vorneherein problematisch: Er ist zwar zweifelsohne ein ausgewiesener Wissenschaftler, der 2002 mit »Opa war kein Nazi« auch für die Geschichtswissenschaft ein wichtiges Buch vorgelegt hat, Osteuropa-Expertise besitzt Welzer hingegen nicht.

Diese Position blieb somit letztlich frei, und damit wiederholte sich ein altbekanntes Muster der Einladungspolitik von Diskussionsrunden, das von Osteuropa-Expert:innen schon seit dem Beginn des russischen Krieges gegen die Ukraine im Jahr 2014 beklagt wird: Expert:innen (seien es Wissenschaftler:innen oder Journalist:innen) für die Ukraine beziehungsweise Russland waren (und sind) im Diskurs zu wenig vertreten, von Ukrainer:innen ganz zu schweigen. Stattdessen wurden und werden Personen in die Expert:innen-Rolle verwiesen, die de facto in dieser Hinsicht nichts vorzuweisen haben. Die ehemalige Russland-Korrespondentin Gabriele Krone-Schmalz ist da lediglich das extremste Beispiel. Krone-Schmalz wird dem Publikum in der Regel als »Russland-Expertin« präsentiert, wobei sie tatsächlich kaum über Russland sprach, sondern unter dem Deckmantel westlicher »Selbstkritik« und der »Herstellung von historischen Kontexten« auf geschickte Weise Narrative des Kremls reproduzierte und maßgeblich zum Erfolg russischer Propaganda in Deutschland beitrug.

Zweifelsohne hat sich in dieser Hinsicht seit dem 24. Februar 2022 einiges getan. Plötzlich sah man den renommierten Osteuropa-Historiker Karl Schlögel oder die ukrainisch-deutsch-jüdische Autorin Katja Petrowskaja auf den Sesseln der Talkshow-Gastgeber:innen sitzen. Mittlerweile scheint es jedoch, als sei dies nur eine kurze Phase gewesen. So lässt sich inzwischen eine vorrangige mediale Präsenz von Personen beobachten, die zwar eindeutige Positionen beziehen, sich aber nicht durch – man muss es in dieser

Deutlichkeit sagen – auch nur die geringste Osteuropa-Expertise auszeichnen. Gleiches gilt für Kompetenzen im Bereich der Militär- und Sicherheitspolitik. Eindrücklichstes Beispiel dafür ist die »Debatte« um den in der Zeitschrift »Emma« verfassten offenen Brief, deren Unterzeichner:innen in der Folgewoche mit zahlreichen Beiträgen in den Printmedien, im Rundfunk und im Fernsehen vertreten waren. Es spricht zwar nichts dagegen, auch diejenigen zu Wort kommen zu lassen, die keine fachliche Expertise haben, mindestens die Frage nach der Verhältnismäßigkeit ist hier jedoch relevant. Die Präsenz von Alice Schwarzer oder Welzer weist beispielhaft auf ein bestehendes Missverhältnis hin.

Tatsächlich sollten Journalist:innen – gerade der öffentlich finanzierten Medien – ihre Sorgfaltspflicht wahrnehmen, und dies betrifft nicht nur die Frage, wem man die Rolle des Experten/der Expertin oder des nachdenklich kommentierenden *public intellectuals* zuweist. Das würde verhindern, dass etwa mit Sahra Wagenknecht Politiker:innen ein Forum geboten wird, die sich trotz der zahlreichen systematischen Kriegsverbrechen der russischen Armee weigern, den Aggressor dieses Krieges eindeutig zu benennen. So sprach Wagenknecht in der Sendung »Maischberger« am 3. Mai 2022 allen Ernstes von »Kriegsverbrechen auf beiden Seiten«, die es ja schließlich in solchen Situationen immer gäbe. Wenn Personen empirisch nachweisbare Fakten nicht als Grundlage einer Debatte zur Kenntnis nehmen können oder wollen, ist eine Auseinandersetzung mit ihnen intellektuell kein Gewinn, sondern trägt lediglich zur Verbreitung von Desinformation bei und macht schließlich die Relativierung von genozidaler Gewalt salonfähig. Der Anspruch auf politische Ausgewogenheit kann nicht bedeuten, dass die Verleugnung von Russlands Verantwortung für Kriegsverbrechen in der Ukraine dem Publikum als »Meinung« präsentiert wird.

Wenn also Medienschaffende die Auswahl ihrer Gesprächspartner:innen in diesem Sinne trafen, wäre das schließlich keine Einschränkung der Meinungsfreiheit oder gar »Zensur«. Es gibt weder für Politiker:innen noch für andere Personen des öffentlichen Lebens einen Anspruch auf regelmäßige Teilnahme an TV-Shows oder Interviews in Zeitungen. Für die Kommunikation ihrer

politischen Positionen stehen ihnen u.a. Pressesprecher:innen und soziale Medien zur Verfügung. Teil der Meinungs- und Pressefreiheit ist die Freiheit der Redaktionen solche Entscheidungen selbstständig zu treffen und sich nicht auf die Funktion zu reduzieren, dem Schaulaufen unterschiedlicher Positionen einen medialen Rahmen zu geben.

In der Sendung von »Anne Will« am vergangenen Sonntag zeigte sich zudem eine zweite Schieflage in der deutschen Debatte über die Ukraine: ein nach wie vor weit verbreiteter kolonialer Blick auf dieses Land. Eindrücklicher Höhepunkt hierzu war ein Schlagabtausch zwischen Botschafter Melnyk und Welzer um die Frage, wie das Unbehagen in der deutschen Gesellschaft in Hinblick auf Waffenlieferungen an die Ukraine zu erklären sei. Welzer forderte Melnyk in einem ausgesprochen überheblichen Tonfall auf, dass dieser doch jetzt mal die »Sprecherposition« wahrnehmen und zuhören solle: Er selbst habe, so Welzers Argumentation, durch die eigene Familienbiografie, stellvertretend für die Biografien vieler Deutscher, eine besondere Sensibilität für die Frage danach, was Krieg eigentlich bedeutet. Damit behauptete er, dass Deutschland über historisches Wissen verfüge, das Melnyk als Vertreter der Ukraine fehle.

Abgesehen von der narzisstischen Selbstbezogenheit, die Welzer damit offenbarte, zeigte er zugleich, dass er die Perspektive osteuropäischer Länder, in diesem Fall die der Ukraine, erstens nicht kannte und sich zweitens nicht für sie interessierte. Und das, obwohl sie anders als die Deutschen den Zweiten Weltkrieg nicht als Täter, sondern als Opfer erlebt hatten. Dies war umso erstaunlicher angesichts der Tatsache, dass Botschafter Melnyk zuvor überzeugend argumentiert hatte, dass das deutsche »Nie wieder« jetzt in der Ukraine auf dem Prüfstand stehe und auch die Geschichte des Zweiten Weltkrieges gezeigt habe, dass die militärische Unterstützung der Angegriffenen (in diesem Fall amerikanische Waffenlieferungen an die Sowjetunion) eine wichtige Rolle spielen kann.

Welzer ließ sich davon nicht beeindrucken und trieb das Ganze dann mit der Bemerkung auf die Spitze, dass Deutschland den Krieg und die Akzeptanz der eigenen Täterschaft vorbildlich aufgearbeitet

habe. Als Nachweis dafür diene ihm ausgerechnet die Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker aus dem Jahr 1985, als dieser das Kriegsende zur »Befreiung« deklariert hatte. Das war zweifelsohne eine wichtige Zäsur, zugleich aber war die Rede mindestens ambivalent, was die Rolle der deutschen Gesellschaft und der deutschen Soldaten anging. Immerhin sprach Weizsäcker davon, dass die meisten Deutschen geglaubt hätten für eine »gute Sache« zu kämpfen, die »Ausführung des Verbrechens« habe »in der Hand weniger« gelegen. Zwar gestand er zu, dass zu viele Deutsche weggesehen hätten. Dass aber viele von ihnen Antisemitismus und Vernichtungskrieg aktiv mitgetragen hatten, unterschlug er.¹

Aber nicht allein deswegen war Welzers impliziter Stolz auf die deutsche Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit fragwürdig. Schließlich ist sie eine gegen massive Widerstände erkämpfte Errungenschaft – und das obwohl Deutschland eindeutig Täter war. Und dennoch lebten zumindest die Menschen in der Bundesrepublik nach dem Krieg in einem demokratischen Land mit geschützten Grenzen und erfuhren schließlich einen enormen wirtschaftlichen Aufschwung – eigentlich gute Voraussetzungen für eine gründliche Auseinandersetzung mit den Folgen des deutschen Vernichtungskrieges für die Menschen in Osteuropa. Nichtsdestotrotz sind die gesellschaftlichen Wissenslücken – siehe ironischerweise bei Welzer selbst und die insgesamt geringe Kenntnis etwa über deutsche Verbrechen in der Ukraine – nach wie vor groß.

Der erinnerungspolitische Konsens der eindeutigen deutschen Verantwortung für Holocaust und Vernichtungskrieg wird inzwischen nicht mehr nur von der AfD offen in Frage gestellt. Damit ist nicht gesagt, dass weite Teile der Gesellschaft nicht nach wie vor die erinnerungskulturellen Herausforderungen sehr ernst nehmen.

1 Gedenkveranstaltung im Plenarsaal des Deutschen Bundestages zum 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa, Rede von Richard von Weizsäcker, Bonn 08.05.1985, https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Richard-von-Weizsaecker/Reden/1985/05/19850508_Rede.html [05.09.2023].

Welzers Auftritt zeigt jedoch beispielhaft eine andere, beunruhigende Tendenz: die des deutschen Lehrmeisters, der anderen erklärt, wie das alles so war im Zweiten Weltkrieg. Besonders absurd war dies freilich, weil mit Melnyk jemand vor ihm saß, dessen Land gegenwärtig zum zweiten Mal in der Geschichte zum Opfer eines Angriffskriegs geworden ist.

Möge man jetzt einwenden, dass es doch auch in Deutschland Opfergeschichten gegeben habe, so muss man entgegnen: Ja, die gab es. Erstens jedoch ändert das nichts an Deutschlands Rolle als Aggressor, und zweitens war die Dimension der Kriegserfahrung in Deutschland im Vergleich mit der von osteuropäischen Staaten schlicht eine andere: Keine Stadt in Deutschland war so zerstört wie Warschau, niemand in Deutschland erlebte eine jahrelange Terrorbesatzung, in der Aushungerung, Versklavung, genozidale Gewalt und Massenerschießungen Teil des Alltags waren. Damit fehlt Deutschland auch eine Erfahrung, die für die Länder Osteuropas – etwa Polen, die Ukraine, Belarus und Russland – zentral war und ist: die des bewaffneten Kampfs gegen einen Gegner, der vernichten will. Ob als Rotarmist, als Partisanin in den Wäldern, als Angehöriger der polnischen Heimatarmee oder Kämpfer:in im jüdischen Ghetto von Warschau: Die Erinnerung an diese Erfahrungen ist für viele Länder des östlichen Europas sowie in der jüdischen Erinnerung zentral.

Es ist keine Schande, diese Dimension der Kriegserinnerung in osteuropäischen Ländern nicht zu kennen, erschreckend aber war, wie eindeutig Welzer zeigte, dass er ihnen noch nicht einmal ein Mindestmaß an Relevanz beimaß. Dabei wären sie heute wichtiger denn je. Schließlich wird die Entscheidung zum Kampf gegen einen Aggressor, der übermächtig erscheint, heute von vielen Ukrainer:innen getroffen. Das Verständnis dafür und auch der Respekt davor scheint etwa in Polen – wo es vergleichbare Debatten wie in Deutschland in dieser Frage nicht gibt – sehr viel größer zu sein als hierzulande. Das ist nicht zuletzt deswegen bemerkenswert, weil Polen als direkter Nachbar der Ukraine von einer Ausweitung des Kriegs auf NATO-Gebiet vermutlich sehr viel stärker betroffen wäre. Hinzu kommt, dass im russischen Staatsfernsehen

Drohungen in Richtung Polen und Baltikum häufig ausgesprochen werden. Möglicherweise spielen hier historische Erfahrungen, wie etwa der tief im kollektiven Gedächtnis verankerte Warschauer Aufstand von 1944, eine Rolle.

Ironischerweise nehmen die Gegner:innen der Waffenlieferungen für sich in Anspruch, sich für die ukrainische Zivilbevölkerung stark zu machen, während die überwältigende Mehrheit der Ukrainer:innen Waffenlieferungen befürwortet. Trotzdem heißt es, man müsse das Leid beenden und Diplomatie sei schließlich besser als Krieg. Das wiederholt vorgebrachte Argument, dass ein Ende der Kampfhandlungen nicht das Ende der Gewalt gegen die Zivilbevölkerung bedeuten würde (siehe Butscha und Irpin), wird von ihnen ebenso ignoriert wie die Frage, wie Verhandlungen aussehen könnten mit einem Gegner, der einen nachweislich vernichten will. Der ukrainische Journalist Denis Trubetskoy brachte die Irritation seiner Landsleute auf den Punkt: »Es ist nicht unser Krieg« ist ein harter, aber legitimer Punkt. Ohne Grundkenntnisse stets über nicht konkret genannte »Verhandlungslösungen« zu reden ist was anderes.²

Insgesamt zeigt sich in diesem Krieg, dass Ukrainer:innen und Deutsche in unterschiedlichen Welten leben – das freilich nicht erst seit dem 24. Februar 2022. Schon die Proteste gegen das kleptokratische und autoritäre Regime des damaligen ukrainischen Präsidenten auf dem Kyjiwer Majdan im Winter 2013/14 trafen in Deutschland auf Unverständnis und offenbarten damals bereits einen bemerkenswerten Mangel an Empathie. Kommentatoren wie Jakob Augstein und Ingo Schulze (auch sie keine Kenner der Ukraine) verwiesen etwa wiederholt darauf, dass Janukowytsch doch demokratisch gewählt worden und deswegen die Unterstützung der Proteste durch westliche Politiker:innen falsch gewesen

2 Kommentar von Denis Trubetskoy auf Twitter: <https://twitter.com/denistrubetskoy/status/1524435470347816967?s=20&t=hx4IE3Zm66vV79P5B3cJqw> [12.05.2022].

sei.³ Dass Janukowytsch den Staat selbst für ukrainische Verhältnisse massiv ausgebeutet hatte, immer autoritärer regierte, missliebige Journalist:innen und Protestierende verprügeln ließ, schien weder Augstein noch Schulze zu interessieren. Eine bemerkenswerte Einschätzung aus einer deutschen Position heraus, wo Bundespräsidenten wegen nicht selbst finanzierten Ferienaufenthalten zurücktreten. Ähnlich verhielt es sich mit der Tatsache, dass die Faszination für Europa bei den Protestierenden so ausgeprägt war: Ein Perspektivwechsel, dass für die Menschen in einem von Korruption und Rechtsmissbrauch gebeutelten Land die Europäische Union – trotz all ihrer Defizite – zu einem Sehnsuchtsort werden kann, schien vielen nicht zu gelingen.

Diese unterschiedlichen Welten sind natürlich den in der Tat völlig unterschiedlichen Lebensrealitäten geschuldet. Dennoch offenbart sich bei einigen Akteur:innen in Politik und Gesellschaft ein wirklich erschütternder Mangel an Empathie. Nirgendwo wird das so deutlich wie in der »Debatte« um den ukrainischen Botschafter Andrij Melnyk. Dieser ist zwar zweifelsohne kein klassischer Diplomat, aber der Grad der emotionalen Ablehnung, die ihm teilweise entgegenschlägt, ist angesichts des realen Leidens und Sterbens in seinem Land irritierend. Selbst einige Linke scheinen in dem Moment zu kleinbürgerlichen Patriot:innen zu werden, wenn ihr Bundeskanzler als »beleidigte Leberwurst« bezeichnet wird. Die Möglichkeit, dass man in Zeiten des Krieges solche Äußerungen – wenn sie einen denn so sehr empören – trotzdem ignorieren oder eher im privaten Raum besprechen kann, nehmen viele nicht wahr. Und in der Ukraine fragt man sich nicht zu Unrecht: Wir sterben, fliehen, werden vergewaltigt, verlieren unser Zuhause, werden deportiert – und ihr echauffiert euch über unseren Botschafter? Really?

3 Jakob Augstein: Das deutsche Desaster, in: Spiegel Online, 03.03.2014, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/krim-krise-jakob-augstein-ueber-das-versagen-der-westlichen-diplomatie-a-956573.html> [05.09.2023]; Ingo Schulze: Der blinde Fleck, in: Süddeutsche Zeitung, 29./30.03.2014.

Ebenjener Botschafter war es dann auch, den Welzer über die besonderen deutschen Einsichten in Kriegererfahrungen belehren wollte. Melnyk selbst blieb angesichts der unfassbaren Überheblichkeit Welzers bemerkenswert ruhig, wies ihn lediglich darauf hin, dass er »kein Student« sei. War es vor allem gegenüber einem Botschafter ausgesprochen respektlos, ihn in dieser Weise zu adressieren, so wäre zugleich zu fragen, um wie viel es die Sache besser gemacht hätte, wenn Melnyk tatsächlich Welzers Student gewesen wäre.

Anders formuliert: Wie viele Professor:innen in Deutschland sprechen in diesem Gestus mit ihren Studierenden? Eine Frage, die sich empirisch freilich kaum beantworten lässt. Allein die hierarchische Struktur des deutschen Wissenschaftssystems begünstigt jedoch, dass auf unbefristete Professuren berufene Personen sich während ihrer Laufbahn durch die Macht gegenüber befristet angestellten wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen tendenziell wenig kritischer Gegenrede stellen müssen. Dies wiederum befördert zumindest bei einigen – überspitzt gesagt – den Glauben an die eigene intellektuelle Unfehlbarkeit und die unbedingte Relevanz eigener Einschätzungen, während das Gegenüber in die Rolle des dankbar Lernenden verwiesen wird, für eine ernsthafte Diskussion sind das schlechte Voraussetzungen.

Fazit: Wir haben in Deutschland in mehreren Hinsichten noch viel zu lernen – nicht nur von den Ukrainer:innen.

Annette Vowinckel

Totalitarismus 2.0

Mit Hannah Arendt auf Putins Russland blicken

2. Juni 2022

Im Jahr 1951 veröffentlichte Hannah Arendt ihr Hauptwerk *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, in dem sie den Nationalsozialismus auf der Ebene der Herrschaftsform mit dem Stalinismus verglich. Bei beiden handelte es sich aus ihrer Sicht nicht um herkömmliche Diktaturen, wie sie seit der Antike beschrieben worden sind, sondern um terroristische Regime, die den Kern allen politischen Handelns zerstören.

Spätestens seit Ende Februar steht die Frage im Raum, ob Putins Russland die Grenze von der gewöhnlichen zur totalitären Diktatur nicht längst überschritten hat. Wichtige Indizien dafür sind das Umlügen von Tatsachen, die Entwicklung einer neuen und im Kern imperialistischen Geschichtsideologie, sowie Putins Entschlossenheit, diese Ideologie mit allen Mitteln, auch mit brutalster Gewalt, »wahr« werden zu lassen.

Im Juli 2021 novellierte Wladimir Putin das 1995 erlassene russische Gesetz »Über das Gedenken an den Sieg des sowjetischen Volkes im Großen Vaterländischen Krieg 1941–1945«.¹ Seither ist es verboten, die Ziele, Entscheidungen und Handlungen der Sowjetunion im

¹ Das Gesetz ist hier abrufbar: <http://publication.pravo.gov.ru/Document/View/0001202107010008?index=0&rangeSize=1> [02.06.2022]. Für diesen Text arbeite ich mit einer von DeepL erstellten Übersetzung.

Zweiten Weltkrieg mit denen des nationalsozialistischen Deutschlands gleichzusetzen oder die Rolle der Sowjetunion bei der Befreiung Europas zu leugnen. Es geht ihm dabei ausschließlich um den Zweiten Weltkrieg, nicht um den Stalinismus als Herrschaftssystem. Ob Stalin Millionen Menschen im Lager hat umbringen lassen, ist für Putin nachrangig gegenüber der Frage, wer den Krieg gewonnen hat.

Für Arendt wäre das, würde sie noch leben, eine schlechte Nachricht. Die Leistung der Roten Armee bei der Befreiung Europas von der NS-Herrschaft hat sie natürlich nie bestritten. Für ihren strukturellen Vergleich zwischen Nationalsozialismus und Stalinismus aber könnte sie heute vor einem russischen Gericht landen, auch wenn Putin das Gesetz sicher nicht zur Bekämpfung von Totalitarismus-Theoretiker:innen erlassen hat. Ihm geht es vielmehr um die geschichtspolitische Unterfütterung eines durch und durch imperialen Programms, wie er es 2021 in einem Text über die »historische Einheit der Russen und Ukrainer« dargelegt hat.² Vordergründig scheint Putin Russland »wieder groß« machen zu wollen. Zugleich wird er nicht müde zu betonen, dass er den Nationalismus für verachtenswert hält, und nicht von ungefähr ist einer seiner Vorwürfe an die Ukraine, sie folge nationalistischen – und damit egoistischen – Zielen.

Ähnlich wie bei dem oft als deutschnational missverstandenen Hitler (der bereitwillig Menschen anderer Nationalitäten in die SS integrierte, wenn sie aus seiner Sicht zu den »Herrenmenschen« gehörten) wäre es falsch, in Putin nur oder überhaupt einen radikalen Nationalisten zu sehen. Der Möchtegernhistoriker, der in seiner Geschichtsdepesche in geradezu skurriler Weise über die großen Schlachten großer (alter weißer) Männer schwadroniert, wird vor diesem Hintergrund zu einem schlechten Geschichts-ideologen von der Sorte, wie Arendt ihn in *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* beschrieben hat. Er setzt eine Grundidee an den

2 Article by Vladimir Putin »On the Historical Unity of Russians and Ukrainians«, 12.07.2021, <http://en.kremlin.ru/events/president/news/66181> [05.09.2023].

Anfang, nämlich dass die Sowjetunion die Ukraine überhaupt erst erschaffen und zum Blühen gebracht habe. Daraus leitet er Handlungsziele ab, die hermetisch gegen andere Annahmen und auch gegen Fakten abgeschottet werden. Für Putin ist es die Ukraine, die sich aus nationalistischem Egoismus heraus gegen den ehemaligen »Förderer« und »Beschützer« gewendet hat.

Diese Sicht auf die Dinge ist so abstrus, dass es kaum lohnt, sie hier im Einzelnen widerlegen zu wollen. »Hitler wie Stalin«, so Hannah Arendt, »hatten immer eine besondere Vorliebe dafür, ihre Argumentationen mit dem ›Wer A gesagt hat, muß auch B sagen‹ zu unterbauen, und es ist kein Zweifel, daß dieses Argument moderne Menschen auf ganz ähnliche Weise überzeugt wie das ›Wo gehobelt wird, da fallen Späne‹.«³ Aus einer solchen Logik kommt man nur heraus, wenn man die Prämisse selbst in Frage stellt – und genau dazu ist Putin unter keinen Umständen bereit.

Wahrheit und Lüge in der Politik

Im Jahr 1967 schrieb Hannah Arendt einen Essay über »Truth and Politics« für das Intellektuellenmagazin *The New Yorker*. In diesem eher abstrakt gehaltenen Text unterschied sie zunächst zwischen Vernunftwahrheiten und Tatsachenwahrheiten. Vernunftwahrheiten kann man zwar leugnen, aber nicht aus der Welt bringen. Wenn es keine Mathematikbücher mehr gäbe, wüssten die Menschen immer noch, dass zwei plus zwei gleich vier ist.

Tatsachenwahrheiten dagegen beschreibt Arendt als höchst fragil. Eine Tatsache ist an sich nicht politisch, sie wird es aber Arendt zufolge sehr schnell, wenn sie negiert wird: »Die Feststellung eines Tatbestandes – Deutschland fiel im August 1914 in Belgien ein – (...) erhält politische Bedeutung erst, wenn man ihn in einen entsprechenden Zusammenhang stellt; aber die gegenteilige Aussage (Belgien fiel in Deutschland ein), die Clemenceau, der die Künste der Geschichtsfälschung im großen Maßstab noch nicht kannte,

3 Hannah Arendt: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Frankfurt a.M. 1955, 734 und 744.

für absurd hielt, ist von vornherein politisch und kann anders gar nicht verstanden werden. Sie stellt den Versuch dar, die Vergangenheit zu ändern, und alle Aussagen, die auf Veränderung des Bestehenden abzielen, sind Formen des Handelns.«⁴

Der vorsätzliche Lügner ist völlig frei in der Umgestaltung der Tatsachen. Er kann sich seinem Publikum beliebig anpassen und das Publikum umgekehrt mit beliebigen Informationen bedienen. Eine unwahrscheinliche Tatsache – zum Beispiel dass die ukrainische Armee der russischen standhält und diese teilweise sogar zurückgedrängt hat – wird dem Lügner deshalb weniger leicht geglaubt als die aus russischer Sicht wahrscheinliche Unwahrheit, dass die einmarschierenden Soldaten mit Jubel begrüßt wurden. Genau dieser Fall trat ein, als die russische Nachrichtenagentur TASS wenige Tage nach Beginn auftrumpfte mit der Schlagzeile »Russian troops welcomed with flags in Ukraine's Melitopol«.⁵

Bereits am 26. Februar hatte TASS vorschnell den Sieg Russlands über die Ukraine vermeldet: »Russland stellt seine Einheit wieder her – die Tragödie von 1991, diese schreckliche Katastrophe unserer Geschichte (...) ist überwunden.« Diese »Nachricht« wurde wieder zurückgezogen, lässt sich auf archive.org aber noch nachlesen.⁶ Jüngst war es die Nachricht von dem angeblich im Sturm gesunkenen Kriegsschiff *Moskwa*, die das Umlügen von Tatsachen in Russland illustrierte.

Bedenklich an dieser Art der Kommunikation ist vor allem, dass offenbar die Mehrheit der Russ:innen diese Lügen zu glauben bereit ist. Anders als in Belarus hat in Russland offenbar nur eine Handvoll Menschen das Bedürfnis verspürt, die eigene kriminelle

4 Hannah Arendt: Wahrheit und Politik, in: dies.: Wahrheit und Lüge in der Politik. Zwei Essays, München 2017, 111f. Auf genau diesen Zusammenhang hat Ralf Fücks bereits im Dezember 2014 hingewiesen, als er den Hannah-Arendt-Preis in Bremen entgegennahm. Siehe: Ralf Fücks: Hannah Arendt, Putin and Today's Russia, 23.01.2015, <https://eu.boell.org/en/2015/01/23/hannah-arendt-putin-and-todays-russia> [05.09.2023].

5 <https://tass.com/defense/1411613> [05.09.2023]

6 <https://web.archive.org/web/20220226051154/https://ria.ru/20220226/rossiya-1775162336.html> [05.09.2023].

Führung zu kritisieren oder gar ein Ende des Kriegs zu fordern. »Wo Tatsachen konsequent durch Lügen und Totalfiktionen ersetzt werden«, so Hannah Arendt, »stellt sich heraus, daß es einen Ersatz für die Wahrheit nicht gibt. Denn das Resultat ist (...), daß der menschliche Orientierungssinn im Bereich des Wirklichen, der ohne die Unterscheidung von Wahrheit und Unwahrheit nicht funktionieren kann, vernichtet wird.«⁷

Die Parallelen zur NS-Zeit in Deutschland sind unübersehbar, vor allem bezüglich der Tendenz, Mord mit Lügen zu rechtfertigen. Jedes »organisierte Lügen«, so Arendt, »tendiert dahin, das zu zerstören, was es zu negieren beschlossen hat, wiewohl nur die totalitären Gewalthaber das Lügen bewußt als den Beginn des Mordens zu handhaben wissen«.⁸

Totalitarismus

Damit ist die Brücke gebaut von Arendts Reflektionen über »Wahrheit und Lüge in der Politik« zu ihrer Totalitarismustheorie. Von »gewöhnlichen« Diktaturen unterscheidet Arendt totalitäre Staaten anhand der folgenden Kriterien: Ihre innere Struktur beruht auf dem Führerprinzip, einer gleichgeschalteten Presse und auf einem als »Zwiebelstruktur« angelegten Herrschaftsapparat, in dem es gelegentlich zu organisatorischem Chaos und unklarer Kompetenzverteilung kommt. Die Einrichtung von Straf- oder Konzentrationslagern dient vordergründig der Einschüchterung des »objektiven Gegners«, also einer Person oder Gruppe, die sich »subjektiv« gar nicht für einen Gegner des Systems hält. Totalitäre Regime verfügen über eine handlungsweisende Ideologie, die in Politik umgesetzt wird (siehe oben: »Wer A sagt, muss auch B sagen«, »Wo gehobelt wird, da fallen Späne«). Totalitäre Systeme terrorisieren die eigene Bevölkerung oder als »fremd« definierte Gruppen, wobei der Terror der Umsetzung einer Ideologie in die Realität dient (bei den Nazis war dies die Rassenlehre, für Stalin die Abschaffung der

7 Arendt: Wahrheit und Politik, 129.

8 Ebd.

Klassengesellschaft). Straf-, Konzentrations- und Vernichtungslager dienen als Modell und Labor der totalitären Gesellschaft. Vor allem aber sind totalitäre Systeme in Arendts Theorie auf eine imperialistische Expansion über die Grenzen des Nationalstaats hinaus angelegt und deshalb aggressiv gegenüber allen Nachbarstaaten, die sich nicht »freiwillig« ihrer Herrschaft unterwerfen.

Vielleicht ermöglicht es gerade der Blick von außen, die Sinne scharfzustellen für eine Einschätzung dessen, was in Russland in den vergangenen zwei Jahrzehnten geschehen ist und worauf wir noch gefasst sein müssen, wenn Putin nicht aufgehalten wird.

Gewöhnliche Diktaturen, so Arendt, begnügen sich damit, die Opposition mit gewaltsamen Mitteln auszuschalten. Totalitäre Systeme dagegen nehmen das Ausschalten der Opposition zum Anlass, um eine auf Terror fußende Gesellschaftsordnung zu etablieren, in der schließlich jeder und jede damit rechnen muss, von der Polizei ins Gefängnis oder ins Lager gesteckt zu werden: »Wesentlich und im eigentlichen Sinne ›totalitär‹ sind nicht [die] Anfangsstadien des Terrors, da Polizei und Eliteverbände es noch mit wirklichen Gegnern des Regimes zu tun haben. Der spezifisch totalitäre Terror und die eigentliche Herrschaft der Geheimpolizei beginnt erst, wenn eine solche Opposition nicht mehr vorhanden ist. Nach diesem Zeitpunkt (...) wird politische Opposition nur noch als Vorwand benutzt, um die eigentlichen Absichten des ständig sich erweiternden Polizeiapparates zu tarnen.«⁹

Straflager gibt es in Russland bereits. Einer ihrer Insassen heißt Alexej Nawalny, der immerhin ein tatsächlicher Gegner Putins ist. Es ist aber nicht ausgeschlossen, dass in naher Zukunft nicht mehr vorrangig »echte« Regimegegner, sondern zunehmend beliebige Personen wahllos eingesperrt werden, zum Beispiel dafür, dass sie einfach den Krieg als Krieg bezeichnen. Der Umstand, dass Putin selbst ein Produkt der Geheimpolizei ist und möglicherweise paranoide Züge an den Tag legt (die sich in meterlangen Tischen manifestieren), ist kaum geeignet, in dieser Hinsicht übermäßigen Optimismus aufkommen zu lassen.

9 Arendt: Elemente und Ursprünge, 665.

Das zweite Kriterium, das auf die Entstehung eines nach Arendts Kriterien totalitären Systems schließen lässt, ist Putins Geschichts-ideologie, die mit Tatsachenwahrheiten wenig bis nichts mehr zu tun hat. Eine Tatsachenwahrheit aber ist es, dass eine überwältigende Mehrheit der Ukrainerinnen und Ukrainer Putins Narrativ nicht teilt und bereit ist, die Deutungshoheit über die eigene Vergangenheit mit der Waffe in der Hand zu verteidigen. Das Terrain eines zivilisierten Diskurses über multiple Perspektiven auf diese Vergangenheit hat Putin längst gewaltsam zerstört. Die gezielten Angriffe auf die ukrainische Zivilbevölkerung, auf die Infrastruktur, auf Krankenhäuser, Kulturschätze, Archive und Bibliotheken sind deshalb auch keine Kollateralschäden; sie dienen der Durchsetzung einer Geschichts-ideologie mit den Mitteln des Terrors.

In Verbindung mit der Gewalt gegen die eigene Bevölkerung entsteht ferner das, was Arendt als das »eiserne Band« des Terrors beschrieben hat. Dieser Terror zerstört jede Vorstellung von Freiheit, er führt zu sozialer Vereinsamung und kollektivem Schweigen. Am Ende beraubt der totalitäre Staat, so Arendt, die »Menschen nicht nur ihrer Fähigkeit zu handeln, sondern macht sie im Gegenteil, gleichsam als seien sie alle wirklich nur ein einziger Mensch, mit unerbittlicher Konsequenz zu Komplizen aller von dem totalitären Regime unternommenen Aktionen und begangenen Verbrechen. Die Zerstörung der Pluralität, die der Terror bewirkt, hinterläßt in jedem einzelnen das Gefühl, von allen anderen ganz und gar verlassen zu sein.«¹⁰

Wie es sich anfühlt, diesem Kollektiv des Schweigens und Verdrängens nicht angehören zu wollen, konnte man unlängst in einem in der *taz* veröffentlichten Bericht eines 19 Jahre alten Russen entnehmen. »Schweigen«, schreibt er, »herrscht nicht nur zu Haus. Schweigen herrscht auch auf der Straße, im Bus, an der Uni. Man weiß nie, was das Gegenüber denkt, wie es sich positioniert. Ich sage selbst vor Bekannten nichts mehr. Es ist eine schwer zu ertragende Einsamkeit. Eine Uni-Dozentin für Wirtschaft erklärt uns allen Ernstes, wie gut Sanktionen für Russland seien. Mir wird

10 Arendt: Elemente und Ursprünge, 749.

übel dabei. Ständig laufe ich aus dem Unterricht raus, brauche kaltes Wasser. Sie macht sich lustig darüber: »Na, Michail, schwacher Magen?« Wenn sie wüsste, was ich ihr alles ins Gesicht schreien will. Aber ich bleibe still. Ich wollte nie weg aus Russland. Jetzt denke ich immer öfter übers Auswandern nach.«¹¹

Das Ziel, ein russisches Großreich wiederherzustellen, hat Putin deutlich formuliert, und ebenso deutlich haben osteuropäische Staats- und Regierungschefs von Mateusz Morawiecki bis Wolodymyr Selenskyj davor gewarnt, dass die nächsten Schritte auch eine Besetzung des Baltikums, Polens oder Finnlands sein könnten. Derzeit scheint ein Angriff auf diese Staaten unwahrscheinlich – aber nicht, weil er Putin nicht zuzutrauen wäre, sondern weil ihm infolge des ukrainischen Widerstands ein militärisches Patt droht. Anders als bei der Besetzung des Sudetenlandes 1938, die die europäischen Staaten Hitler haben durchgehen lassen, ist damit ein groß angelegter Versuch der Expansion zumindest vorerst gescheitert. Man kann nur hoffen, dass nicht Teile des Westens dem unlängst von den Herausgebern der New York Times artikulierten Vorschlag¹² folgen, Putin durch territorialen Verzicht – auf die Krim, auf den Donbass – zu besänftigen.¹³

In der gleichen Ausgabe der New York Times hat Timothy Snyder die These formuliert, dass es sich bei Wladimir Putin quasi um einen lupenreinen Faschisten handelt, und er hat dafür gute Kriterien formuliert: »today's Russia (...) has a cult around a single leader, Vladimir Putin. It has a cult of the dead, organized around

11 Inna Hartwich: Wie russische Propaganda Familien spaltet. Ein Sohn wird zum Verräter, in: Die Tageszeitung, 21.04.2022, <https://taz.de/Russische-Propaganda-im-Ukrainekrieg/!5846449&SuchRahmen=Print/> [05.09.2023].

12 The war in Ukraine is getting complicated, and America isn't ready, in: New York Times, 19.05.2022, <https://www.nytimes.com/2022/05/19/opinion/america-ukraine-war-support.html> [05.09.2023].

13 Siehe dazu die Entgegnung im *Kyiv Independent* vom 26.05.2022: The Kyiv Independent's response to the New York Times editorial board, <https://kyivindependent.com/editorial-the-kyiv-independents-response-to-the-new-york-times-editorial-board/> [05.09.2023].

World War II. It has a myth of a past golden age of imperial greatness, to be restored by a war of healing violence – the murderous war on Ukraine«. ¹⁴ Wenn man totalitäre Systeme an den Opferzahlen misst, ist Putin sicher weit davon entfernt, es mit Hitler oder Stalin aufnehmen zu können. Wenn man sich jedoch die politischen Systeme ansieht, ist er auf bestem Weg, den beiden das Wasser zu reichen. Vor allem scheint mir die mentale Auslöschung der Opposition durch das von Arendt beschriebene »Eiserne Band des Terrors« darauf hinzuweisen, dass es sich bei dem heutigen Russland eher um einen totalitären als um einen faschistischen Staat handelt. Es gibt deutliche Anzeichen dafür, dass die anti-ukrainische Politik längst eine genozidale Dimension erreicht hat: Ukrainische Zivilist:innen werden ermordet, weil sie Ukrainer:innen sind.

Jenseits dessen, was wir über dieses System wissen oder mutmaßen, hat sich Wolodymyr Selenskyj mit der Ansage »I don't need a ride, I need ammo« als ebenso mutig wie pragmatisch präsentiert. Zum Helden wird er nicht nur dadurch, dass er sich als Oberbefehlshaber im olivgrünen T-Shirt per YouTube an seine Bevölkerung wendet. Zum Helden wird er vor allem dadurch, dass er sich angesichts der Invasion einer für übermächtig gehaltenen russischen Armee nicht Putins Lügen anbietet oder versucht, den Diktator durch »Appeasement« zu besänftigen. In einer solchen Situation kann, so Arendt, »Wahrhaftigkeit als solche (...) zu einem politischen Faktor ersten Ranges werden«. ¹⁵

14 Timothy Snyder: We should say it: Russia is fascist, in: New York Times, 19.05.2022, <https://www.nytimes.com/2022/05/19/opinion/russia-fascism-ukraine-putin.html?searchResultPosition=3> [05.09.2023].

15 Arendt: Wahrheit und Politik, 115.

Salome Belkaia

Russlands Krieg gegen die Ukraine ist auch ein Krieg gegen Georgien

Perspektiven aus einem Land,
das die russische Aggression kennt

8. Juli 2022

Das erste, was man in Georgien am 24. Februar nach Russlands Angriff auf die Ukraine dachte, war: Fängt jetzt auch der Krieg gegen Georgien wieder an? Sind wir das nächste Land?

Auch in Georgien fanden mehrere Demonstrationen gegen den Krieg statt, und die georgische Bevölkerung steht der Ukraine bei, aber die angespannte Situation ist auf andere Art zu spüren. Die Menschen solidarisieren sich nicht nur aus Mitleid mit der ukrainischen Bevölkerung, sondern vor dem Hintergrund ihrer eigenen Erfahrungen. Der Krieg im August des Jahres 2008 hat Spuren hinterlassen.

Vor ein paar Tagen rief mich eine Verwandte an, wir telefonierten lange, in ihrer Stimme lag Angst. Sie ist selbst vor dreißig Jahren Opfer der russischen Aggression geworden und musste fliehen. Als Person mit Migrationshintergrund kennt sie dieses Gefühl – ein Gefühl, das sie nie vergessen hat. »Ich habe mit meinem Cousin telefoniert, er musste damals Georgien auch verlassen und ist nach Donezk gegangen, nach dem Krieg 2014 musste er nochmal fliehen und ist nach Charkiw gezogen, jetzt musste er zum dritten Mal sein Haus verlassen und ist jetzt in Kyjw. Ich habe Angst, dass ich nochmal mein Zuhause verlassen muss«, erzählte sie mir.

Warum Russland immer die Verantwortung trägt

In einer Pressekonferenz wandte sich Wolodymyr Selenskyj an die westlichen Staaten wegen ihrer mangelnden Bereitschaft, eine Flugverbotszone über der Ukraine einzurichten. Dabei erwähnte er den Fehler, der vor Jahren gemacht wurde und wodurch dieser Krieg hätte verhindert werden können. »Wenn wir nicht mehr sind, dann werden, Gott bewahre, Lettland, Litauen, Estland, Moldau und Georgien die nächsten sein. Glauben Sie mir«, ¹ sagte Selenskyj.

Im Jahr 2019 hatte der Selenskyj-Berater Oleksiy Arestovych in einem Interview den Krieg vorausgesagt: Es sei zu 99,9 Prozent sicher, dass es zu einem Krieg kommen werde: »2020, 2021 und 2022 sind die kritischsten Jahre.« ² Er begründete dies mit dem Interesse Russlands, die Ukraine zu schwächen, um sie für einen NATO-Beitritt uninteressant zu machen.

Die Haltung des Putin-Regimes zeigte sich bereits 2007 bei der Münchner Sicherheitskonferenz, als sich der russische Präsident an die Delegierten wandte und den Versuch der Nato-Osterweiterung als »provozierenden Faktor« für Russland bezeichnete. Er stellte die Frage, gegen wen sich diese Erweiterung richte, und sagte: »Wir treten eindeutig für die Festigung des Regimes der Nichtweiterverbreitung ein.« ³

Im April 2008 fand der NATO-Gipfel in Bukarest statt. Das war ein weiterer Grund für Putin, Georgien anzugreifen. Georgien und die Ukraine hatten gehofft, in den Aktionsplan für die NATO-

1 WELT Nachrichtensender: UKRAINE-KRIEG: »...bis hin zur Berliner Mauer, glauben Sie mir!« Die Warnung von Präsident Selenskyj, 03.03.2022, <https://www.youtube.com/watch?v=vROhAJ1FCK8> [05.09.2023] (ab Min.15:00).

2 Oleksij Arestowytsch: Interview mit dem ukrainischen Sender Apostrof TV, 18.03.2019, <https://www.youtube.com/watch?v=1xNHmHpERH8> [05.09.2023].

3 AG Friedensforschung: Rede des russischen Präsidenten Wladimir Putin auf der 43. Münchner »Sicherheitskonferenz« in deutscher Übersetzung, 14.02.2007, <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Sicherheitskonferenz/2007-putin-dt.html> [05.09.2023].

Mitgliedschaft aufgenommen zu werden. Doch obwohl die NATO-Mitglieder die Beitrittsbestrebungen beider Länder begrüßten und sich darin einig waren, dass diese Mitglieder der NATO werden sollten, beschlossen sie im Dezember 2008, ihren Antrag zunächst zu überprüfen. Gegen den Beitritt stimmten insbesondere Deutschland und Frankreich.

Wer hat mit dem Krieg angefangen?

Die Folgen des fünftägigen Krieges, der das georgische Gebiet Südossetien zerstörte und bei dem mehrere Zivilisten getötet wurden, reichen bis in die Gegenwart. Russland hält dieses Gebiet seit vierzehn Jahren besetzt und verschiebt die Grenzen immer wieder ins Landesinnere. Vierzig Kilometer entfernt von der Hauptstadt Tbilisi stehen russische Truppen, und noch immer werden Menschen bei der Überquerung der sogenannten Grenze erschossen.

Bevor es jedoch zum Augustkrieg des Jahres 2008 kam, hatte die damalige georgische Regierung mehrere Gespräche und Treffen mit westlichen Politiker:innen organisiert. In ihren Memoiren beschreibt die ehemalige Außenministerin der USA, Condoleezza Rice, ein Treffen mit dem damaligen Präsidenten Micheil Saakaschwili, in dem sie ihn bat, sich nicht von den Russen provozieren zu lassen: »Trotz der einseitigen georgischen Waffenruhe zu Beginn des Tages setzten die südossetischen Rebellen den Beschuss ethnisch georgischer Dörfer in und um die Hauptstadt Zchinwali fort. Daraufhin begann das georgische Militär mit einer schweren Militäroffensive gegen die Rebellen«, beschreibt Rice in ihrem Buch »No Higher Honor: A Memoir of My Years in Washington« aus dem Jahr 2011.⁴

Heidi Tagliavini, Leiterin der vom Europäischen Rat eingesetzten unabhängigen Untersuchungskommission zum Konflikt zwischen Russland und Georgien, machte in ihrem Bericht Georgien für den

4 Rice: Saakashvili let Russians provoke him into starting war, in: Eurasianet.org, 15.11.2011, https://eurasianet.org/rice-saakashvili-let-russians-provoke-him-into-starting-war?cid=oth_partner_site-atlantic [05.09.2023].

Kriegsausbruch verantwortlich. Obwohl Tagliavini Russland zugleich für eine unverhältnismäßige Reaktion gegen Georgien kritisierte und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte im Nachgang des Krieges Russland mehrerer Menschenrechtsverletzungen gegen Georgien für schuldig befand, gibt es immer wieder Diskussionen darüber, dass Georgien ein Interesse daran gehabt habe, einen Krieg zu beginnen.

Zum Vergleich: Georgien ist ein Land mit 3,7 Millionen Einwohner:innen, Russland hingegen hat 144,1 Millionen Einwohner:innen und ist ungefähr 114-mal größer. Um mit Russland diplomatisch zu verhandeln und sich abhängig von der russischen Energie zu machen, geschah das, was wir seit drei Monaten in der Ukraine beobachten. Das Putin-Regime hat eigene Pläne, es spielt keine Rolle, ob man sich provozieren lässt oder auf seine Invasion antwortet. Als Russland im Februar die sogenannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk anerkannte, reagierte Selenskyj zurückhaltend und meinte, dass die Ukraine einen friedlichen und diplomatischen Weg wählen und auf die Provokation nicht antworten würde, aber auch kein Territorium aufgeben werde. Nichtsdestotrotz griff Russland die Ukraine am 24. Februar an.

Seit über drei Monaten ist Krieg in der Ukraine. Es ist ein Krieg, der eher als Völkermord bezeichnet werden sollte als ein Kampf, in dem beide Seiten gleichgestellt sind. Nachdem die Fotos und Videos aus Butscha im Internet zu sehen waren, zeigten sich Politiker:innen schockiert. »Butscha-Massaker«, »Gräueltaten in Butscha« hieß es in den Medien.

Doch waren diese Geschehnisse, die die brutale Seite des russischen Regimes zeigen, wirklich so unvorstellbar? Die Geschichte nach der Auflösung der Sowjetunion deutet auf etwas anderes hin. Für die Antwort auf diese Frage braucht man nicht allzu weit in die Geschichte zu schauen. Die russische Aggression fing in den 1990er Jahren an, als 1992/93 im Gebiet Abchasien ein Krieg ausbrach, der mit der Besetzung durch russische Truppen endete. Die Fotos von damals sind nahezu identisch mit den Fotos von Butscha: Leichen auf der Straße, gefolterte Körper und Vergewaltigungen. Russlands Kriegsverbrechen haben nicht im Februar 2022

angefangen, sie haben eine dreißigjährige Geschichte. Selbstverständlich war die politische Lage sowohl im Kaukasus als auch im Westen damals eine andere, und man sollte das hierbei auch berücksichtigen. Aber die brutale Vorgehensweise der russischen Seite war schon vor dreißig Jahren zu beobachten.

Die Europäische Union hat vor Beginn des Krieges verschiedene Maßnahmen ergriffen und Sanktionen verhängt, viele westliche Staaten haben seit Beginn des Krieges weitere Sanktionen gegen Russland angekündigt, und mehrere internationale Unternehmen haben ihre Arbeit in Russland eingestellt. Die georgische Bevölkerung schaut gerade hoffnungsvoll in Richtung EU; für sie ist es lebenswichtig, Russland geschwächt zu wissen. Den Georgier:innen ist klar, dass Russland diesen Krieg nicht gewinnen darf, schon allein damit ihr Land nicht das nächste sein wird, das angegriffen wird.

Merve Neziroğlu

Ein umkämpfter Fleck im Schwarzen Meer

Die Schlangeninsel im Fokus der Weltöffentlichkeit

13. September 2022

Während so mancher Streit um eine Insel mit einer Flasche Schnaps beigelegt werden kann,¹ sind andere Konflikte ungleich komplizierter. Als Russland am 24. Februar 2022 die gesamte Ukraine angriff, näherte sich das russische Kriegsschiff *Moskwa* der Schlangeninsel, die international als *Snake Island* beziehungsweise *Serpent Island* bekannt ist. Die Aufforderung an die auf der Insel stationierten ukrainischen Soldaten, sich zu ergeben, wurde mit einem vulgären Ausdruck quittiert, der auf Deutsch sinngemäß (wenn auch bedeutend abgeschwächt) mit »Russisches Kriegsschiff, verpiss dich« übersetzt werden kann.

Umgehend wurde dieser Spruch unter Ukrainer:innen und sich Solidarisierenden aufgegriffen, auf Demonstrationen sowie in den sozialen Medien reproduziert und der Mut des Soldaten gefeiert: Die Schlangeninsel wurde zu einem Symbol von Heldentum, Widerstand und Trotz und ist seitdem in aller Munde. Doch »gibt« es die Schlangeninsel nicht erst seit dem Februar 2022 – diese Insel, die mit ihren 17 Hektar nicht einmal halb so groß ist wie die Münchener Theresienwiese, spielte auch schon vorher eine Rolle. Und das nicht

1 Der »Whisky-Krieg« ist vorbei, in: Süddeutsche Zeitung, 15.06.2022, <https://www.sueddeutsche.de/politik/hans-insel-daenemark-kanada-groenland-1.5603297> [05.09.2023].

nur für die Ukraine bzw. Russland. Grund genug, auf die Zeit vor der Ankunft des »russischen Kriegsschiffes« zu schauen.

Ein strategisch wichtiger Fleck

Dank ihrer Lage ist die Schlangeninsel ein strategisch wichtiger Punkt. Sie liegt keine 50 Kilometer vor dem Donaudelta, welches an der Grenze zwischen Rumänien und der Ukraine in das Schwarze Meer hineinragt. Die Insel liegt somit in einem historischen und physischen Raum, in dem die Hoheitsgebiete vieler Staaten aufeinandertreffen: Nicht nur die Ukraine und Russland, auch Rumänien, Bulgarien, die Türkei und Georgien teilen sich das Schwarze Meer. Somit ist die geopolitische Bedeutung der Schlangeninsel unverkennbar. Aber auch ein anderer Punkt macht sie besonders attraktiv, denn dort, wo sich die Insel befindet, werden Ölreserven vermutet.

Die Schlagzeilen der letzten Wochen lassen erkennen, dass die strategische Bedeutung auch globalen Einfluss hat: Die zwischenzeitlich besetzte und seit Ende Juni wieder zurückeroberte Insel² wurde als militärischer Posten Russlands genutzt. Nicht nur die Nähe zum ukrainischen Festland und zur Hafenstadt Odessa war für Russland strategisch wichtig; durch die Seeblockade wurde der sichere Export ukrainischen Getreides wochenlang verhindert, was Russland ein weiteres Druckmittel gab. Die per Seeweg unmöglich gewordene sichere Ausfuhr von Getreide aus der Ukraine hat immense Auswirkungen auf viele Weltregionen, da der Staat einer der größten Weizenexporteure weltweit ist.

Die Frage nach sicherer Getreideausfuhr ist in dieser Region nicht neu. Die Donau, die seit den Exportschwierigkeiten als Alternativroute für ukrainischen Weizen zur Debatte steht, weist eine lange Geschichte als wichtige Handelsroute unter anderem für Getreide auf. Jedoch war das Donaudelta bis in das 19. Jahrhundert hinein für Schiffe – nicht zuletzt wegen ihrer Untiefen und des

2 Schlangeninsel: Ukraine-Flagge weht wieder, 07.07.2022, https://www.t-online.de/tv/nachrichten/politik/id_92352180/ [05.09.2023].

sich ablagernden Schlamm – gefährlich. Als 1856 die Europäische Donaukommission mit dem Ziel gegründet wurde, die Infrastruktur des Donaudeltas auszubauen, wurde auch die Schlangeninsel in die Pläne der Kommission einbezogen. Auf ihr befand sich ein Leuchtturm, der wichtig für die Flussnavigation und somit die Sicherheit der Schifffahrt und des wertvollen Transportgutes war.³

Das Delta gehört heute zu Rumänien und grenzt nördlich an die Ukraine, war zum Zeitpunkt der Gründung der Kommission jedoch gerade osmanisches Gebiet geworden, nachdem es zuvor einige Jahre zum Russischen Kaiserreich gehörte bzw. von diesem annektiert worden war. Die Machtverhältnisse in der Region änderten sich nach dem Russisch-Osmanischen Krieg von 1877/78 abermals: Das Donaudelta inklusive der Schlangeninsel wurden im Zuge des Berliner Kongresses von 1878 dem Fürstentum Rumänien zugesprochen. In den darauffolgenden Jahrzehnten wurde trotz Kriegen und territorialer Neuordnung die Hoheit über die Schlangeninsel nicht weiter thematisiert. Dass sie rumänisches Gebiet war, zweifelte offenbar niemand an.

Wem gehört die Schlangeninsel?

Dennoch ist die Insel heute Teil der Ukraine und nicht Rumäniens. 1948 trat Rumänien die Insel an die Sowjetunion ab, woraufhin sie umgehend zu einem militärischen Stützpunkt der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik wurde. Als die Ukraine im Jahr 1991 mit einem Referendum ihre Unabhängigkeit verkündete, wurde die Schlangeninsel automatisch Teil dieses neuen Staates.

Die Gründung der Ukraine sorgte für Konflikte bei der Frage nach der Grenzziehung. Rumänien bemängelte die scheinbar undurchsichtigen Bedingungen, unter denen die Insel damals abgetreten worden war. Die Schlangeninsel wurde zu einem Streitpunkt zwischen den beiden postsozialistischen Staaten. Genauso führten auch Dispute über die historischen Regionen Bukowina und Bessarabien

3 Constantin Ardeleanu: *The European Commission of the Danube, 1856–1948. An Experiment in International Administration*, Leiden 2020.

zu Spannungen, da sie, ebenso wie die Insel, die Frage nach den Staatsgrenzen betrafen. Beide Regionen hatten bis Ende des Zweiten Weltkriegs einen stetigen Herrschaftswechsel erlebt und waren teil- und zeitweise auch rumänisches Gebiet gewesen, bevor sie zu sowjetischem Territorium wurden. Die Streitigkeiten zwischen Rumänien und der Ukraine wurden 1997 in einem Freundschaftsvertrag beigelegt und die gegenseitigen Grenzen akzeptiert. Beide Seiten gingen eine Verpflichtung ein, keine Ansprüche auf die Territorien des jeweils anderen Staates zu stellen.⁴

Dieses Abkommen betraf allerdings nicht die Schlangeninsel. Ihr Verlust war für Rumänien vor allem mit Blick auf den vermuteten Ressourcenreichtum rund um die Insel schwierig. Daher war die Frage nach einem für beide Staaten akzeptablen Grenzverlauf so wichtig, denn mit einer günstigen Korrektur der Grenzen konnten theoretisch mehr Ressourcen beansprucht werden. Da Rumänien und die Ukraine diesen Streitpunkt nicht bilateral klären konnten, zogen sie vor den Internationalen Gerichtshof in Den Haag.⁵ Auf Hunderten von Seiten legten sie ihre Positionen dar. Letztlich entschied der Internationale Gerichtshof, dass die Seegrenzen neu gezogen werden müssen. Zugleich unterstrich das Gerichtsurteil die Zugehörigkeit der Schlangeninsel zur Ukraine, sehr zu Bedauern rumänischer Gruppen, die von einer Korrektur geträumt hatten. Ein rumänischer Artikel bezeichnete 2015 die Insel als Rumäniens »offene Wunde«.⁶

4 Andreas Kappeler: *Kleine Geschichte der Ukraine*, 5. Aufl., München 2019.

5 International Court of Justice: *Maritime Delimitation in the Black Sea (Romania v. Ukraine)*, <https://www.icj-cij.org/en/case/132> [05.09.2023].

6 Mariana Iancu: *Insula Șerpilor, rana deschisă a României, de la stăpânirea bizantină la cea a »Sublimei Porți«*. *Detalii din culisele faimosului proces de la Haga [Die Schlangeninsel, Rumäniens offene Wunde, von der byzantinischen Herrschaft bis zur »Hohen Pforte«*. Hinter den Kulissen des berühmten Haager Prozesses], Konstanza, in: *Adevărul*, 09.04.2015, https://adevarul.ro/locale/constanta/insula-Serpilor-rana-deschisa-romaniei-stapanirea-bizantina-la-cea-sublimei-porti-detalii-culisele-faimosului-proces-haga-1_55254989448e03c0fd5e5d2f/index.html [05.09.2023].



Briefmarke »Russische Kriegsschiffe verpisst euch!«, 2022.

Bild: Boris Groh

https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Stamp_of_Ukraine_s1985.jpg

Erinnerungskultur in Echtzeit

War die Schlangeninsel allgegenwärtig in den rumänischen Medien, so ist sie heute zu einem hochaufgeladenen Erinnerungsort mit internationaler Resonanz avanciert. Sie ist heute der Ort, an dem die Ukraine Russland die Stirn bot. Der besagte, wohl aus tiefstem Herzen kommende vulgäre Ausdruck hat eine weite Verbreitung erfahren, in den sozialen Medien so sehr wie auf T-Shirts und anderen Merchandise-Artikeln. Vor allem aber ist er zu einem so national definierten wie international rezipierten Erinnerungsort der Ukraine geworden. Dies spiegelt sich auch in der Briefmarke,⁷

⁷ On 12.04.2022 Ukrposhta issues postage stamps »Russian warship, go ...!«, Ukrposhta, 11.04.2022, <https://www.ukrposhta.ua/en/news/57618-on-12042022-ukrposhta-issues-postage-stamps-russian-warship-go-> [05.09.2023].

die die ukrainische Post dem Ausspruch samt den auf der Insel stationierten Soldaten rund zwei Monate nach Beginn der Invasion gewidmet hat. Sie zeigt eine kolorierte Zeichnung aus der Perspektive der Insel, auf der ein ukrainischer Soldat aufrecht stehend seinen Mittelfinger in Richtung des russischen Kriegsschiffes am Horizont richtet. Einen Tag nach der Ankündigung dieser Briefmarke erschienen Berichte, dass die *Moskwa* gesunken sei.

Ob nun für Rumänien als »offene Wunde« oder als international präsenter Ort des ukrainischen Widerstands: Die Schlangeninsel ist in jedem Fall ein eindrückliches Beispiel dafür, dass in Konflikten mit verheerenden globalen Auswirkungen selbst einem winzigen Flecken Land eine so strategisch wie identitätsrelevante Schlüsselrolle zufallen kann.

Daniel Weinmann

#WAR

Der Krieg gegen die Ukraine in den sozialen Netzwerken

26. Oktober 2022

Der Krieg in der Ukraine ist nicht der erste in den Sozialen Medien.¹ Doch kein anderer ging bisher so viral: 62 Milliarden Aufrufe für den Hashtag *#ukraine* auf der Social Media Plattform TikTok² allein deuten die Dimension der Reichweite an, die schon zu der Bezeichnung »TikTok-Krieg« führte.³ Die verschiedenen Akteur:innen stehen

-
- 1 Die Proteste des Arabischen Frühlings vor zehn Jahren wurden über Facebook und Twitter koordiniert. Israel und die Hamas lieferten sich 2012 einen Tweet-Schlagabtausch, der syrische Bürgerkrieg ist mit Videos dokumentiert, und der »Islamische Staat« verbreitete seine Propaganda sowie Angst und Schrecken. Die Proteste im Iran 2019 und aktuell, in Belarus 2020 und in Kasachstan 2022 konnten ebenfalls über Social Media verfolgt werden, die Regierungen blockierten aber den Zugang. Vgl. The invasion of Ukraine is not the first social media war, but it is the most viral, in: The Economist, 02.04.2022, <https://www.economist.com/international/the-invasion-of-ukraine-is-not-the-first-social-media-war-but-it-is-the-most-viral/21808456> [05.09.2023].
 - 2 Hashtagukraineontiktok, <https://web.archive.org/web/20221018133617/https://www.tiktok.com/tag/ukraine> [05.09.2023].
 - 3 Vgl. Kyle Chayka: Watching the World's »First TikTok War«, in: The New Yorker, 03.03.2022, <https://www.newyorker.com/culture/infinite-scroll/watching-the-worlds-first-tiktok-war> [15.08.2022]; Kaitlyn Tiffany: The Myth of the »First TikTok War«, in: The Atlantic 20.03.2022, <https://www.theatlantic.com/technology/archive/2022/03/tiktok-war-ukraine-russia/627017/> [05.09.2023]; Chris Stokel-Walker: TikTok Was Designed for War, Wired UK, 01.03.2022, <https://www.wired.co.uk/article/ukraine-russia-war-tiktok> [05.09.2023].

sich nicht nur physisch-militärisch gegenüber, sondern ringen in einem steten Kampf um Likes in den Sozialen Netzwerken, um die Aufmerksamkeit eines weltweit wachsenden Publikums und die Hoheit der Narrative.

Inzwischen ist die Rede von einem »LikeWar«, ⁴ in dem es allerdings nicht um Likes, sondern um Leben und Tod geht. Dieser Bereich der *Cognitive Warfare*, bei der das Denken und Handeln von Individuen und Kollektiven das Schlachtfeld bildet, zieht sich durch alle Bereiche des Krieges in der Ukraine und darüber hinaus. Dabei zeigt sich der weltanschauliche Gegensatz zwischen Diktatur und Demokratie auch im Umgang mit und Einsatz von Sozialen Medien. In Russland haben sie inzwischen den Küchentisch in der sprichwörtlichen »Moskauer Küche« als oppositionellen Rückzugsort abgelöst, sie geraten aber immer mehr unter Druck. Antikriegsbewegungen in Russland wurden schnell unterdrückt, die anfänglichen Proteste auf den Straßen sind verebbt und werden nun auch im Netz verfolgt. ⁵

Militärisch zunächst unterlegen, gewann die Ukraine auf dem kommunikativen Schlachtfeld hingegen schnell die Oberhand.

4 Peter W. Singer/Emerson T. Brooking: LikeWar. The Weaponization of Social Media, Boston 2018; dies.: »LikeWar«. Der Krieg, den man nicht sehen kann, in: Die ZEIT, 16.12.2018, <https://www.zeit.de/digital/internet/2018-12/likewar-russland-usa-europa-social-media-informationskrieg-fake-news-bots-medienmanipulation-buch> [15.08.2022].

5 Siehe <https://meduza.io/en/feature/2022/08/25/crushing-the-anti-war-movement> [05.09.2023]. Von den seit dem 24. Februar mehr als 16.000 Verhaftungen (<https://ovd.info/> – Stand: 26.10.2022) von Menschen, die gegen den Krieg protestierten (nicht gegen die Mobilisierung), gingen einige durch die Sozialen Netze, etwa die wiederholte Verhaftung der Blockadeüberlebenden und Friedensaktivistin Elena Osipova in St. Petersburg (https://twitter.com/doxa_journal/status/1500447264262791170?s=20&t=i5v2y7xrrrbwYuBxnShZDg [05.09.2023]), oder die Verhaftung einer Frau in Moskau, die gerade im Begriff ist, sich vor laufender Kamera gegen den Krieg auszusprechen, wie einer anderen in Nižnyj Novgorod wegen eines leeren Blatts als Protest gegen Krieg und Zensur (<https://twitter.com/KevinRothrock/status/1502761903046774786?s=20&t=R27B04QVleXii3rNhGVZ9g> [05.09.2023]).

Soziale Medien sind Teil einer in die ukrainische Kriegsführung integrierten Kommunikationsstrategie, die auch die Zivilbevölkerung einschließt. Videos gehen viral, die den Widerstandswillen verdeutlichen und motivierende Geschichten ukrainischer Alltagsheld:innen zeigen sollen. Sie evozieren ein Gemeinschaftsgefühl nicht zuletzt in Abgrenzung zum russischen Aggressor, mit Wirkung im In- und Ausland.⁶ Auch, um den eigenen Verlusten etwas Positives und Ermutigendes entgegenzustellen.

Durch das Teilen von Memes, bissigen und humoristisch zugespitzten Bildern, knüpft auch der offizielle Account der @Ukraine auf Twitter an internationale Codes und Trends an, erzeugt Aufmerksamkeit für Spenden und kann gleichzeitig Desinformationen aus Moskau parieren.⁷ Private Initiativen wie beispielsweise die »Ukrainian Meme Forces«⁸ oder »NAFO«⁹ unterstützen die Ukraine, indem sie der russischen Kriegspropaganda mit Memes entgegentreten.¹⁰ In einem Interview resümierte die für den Twitter-Account @Ukraine verantwortliche Person: »We may not have nukes, but we have memes. Call it a security memeorandum«.

6 Dazu zählen Videos mit waghalsigen Minenräumungen, einer Anleitung zum Panzerfahren, Führungen durch einen Bunker, tanzende, Folk-Songs oder über die Bayraktar-Drohne singende ukrainische Soldat:innen oder Menschen, die sich russischen Panzern in den Weg stellen.

7 Mit einem Post vom 7. Dezember, bei dem verschiedene Arten von Kopfschmerzen dargestellt und die Nachbarschaft zu Russland als Endstufe illustriert wird, konnten mehr als 55 Millionen Menschen erreicht werden: <https://twitter.com/Ukraine/status/1468206078940823554> [05.09.2023].

8 <https://twitter.com/uamemesforces> [05.09.2023].

9 The shit-posting, Twitter-trolling, dog-deploying social media army taking on Putin one meme at a time, in: Politico, 31.08.2022, <https://www.politico.eu/article/nafo-doge-shiba-russia-putin-ukraine-twitter-trolling-social-media-meme/?> [05.09.2023].

10 Ukraines Verteidigungsminister Oleksij Resnikow änderte kurzzeitig sogar sein Profilbild in ein für ihn erstelltes NAFO-Meme: <https://twitter.com/oleksiireznikov/status/1564646677197328385?s=20&t=iKGe79vSpv8yC-fScck1RQ> [05.09.2023].

Dis/Connective Society

Mehr als 75 % der Ukrainer:innen über alle Altersklassen hinweg nutzen Social Media, um sich über den Kriegsverlauf zu informieren.¹¹ Jede:r wird somit potenziell Promoter:in, Multiplikator:in, Informationsvorposten oder zu einem »ePartisan«. Über den Chatbot »eVorog« (vorog, dt. Feind) haben bereits mehr als 353.000 Ukrainer:innen Bewegungen russischer Truppen an die Regierung mitgeteilt. Gezielt nutzt die ukrainische Regierung Soziale Medien, um schnell Informationen zu verbreiten, zu motivieren oder Maßnahmen gegen den Aggressor zu koordinieren, auch in Verbindung mit Guerillas in den besetzten Gebieten.¹²

Dagegen ist in Russland nach wie vor das Fernsehen die meistgenutzte Informationsquelle. Sanken zuletzt die Einschaltquoten der »großen Drei« staatlichen Fernsehkanäle, stieg die Nutzungsrate des Messengers *Telegram* seit dem Angriff im Februar – allerdings auch saisonal durch Urlaubsreisen bedingt.¹³ Laut einer aktuellen Levada-Umfrage vertrauen 51 Prozent der Russ:innen Nachrichten aus dem Fernsehen, gefolgt von 25 Prozent aus den sozialen Netzwerken, noch vor den staatlichen Nachrichtenagenturen (Ria, Tass) mit 20 Prozent.¹⁴ Social Media bildet eine weitläufige Quelle für

11 Für Werte vgl. die Umfrage des Civil Network OPORA: Media Consumption of Ukrainians in a Full-Scale War. OPORA Survey, 01.06.2022, https://www.oporaua.org/en/polit_ad/24068-mediaspozshivannia-ukrayintsiv-v-umovakh-povnomasshtabnoyi-viini-opituvannia-opori-24068 [05.09.2023].

12 <https://www.youtube.com/watch?app=desktop&v=mX8A-hFc71Y&feature=youtu.be> [05.09.2023].

13 Im Zeitraum Februar bis Juli 2022 sank die Quote für den »Ersten Kanal« von 33,7 auf 25,5%, für »Rossija 1« von 30,9 auf 23% und »NTV« von 21,1 auf 16,6%. Die Nutzung von *Telegram* stieg von 19,1 auf 26,8 %. Siehe <https://meduza.io/episodes/2022/08/29/auditoriya-rossijskih-telekanalov-rezko-sokratilas-lyudi-ustali-ot-propagandy-neuzheli-oni-budut-menshe-smotret-televizor> [05.09.2023].

14 Восприятие новостной информации среди россиян, Левада-Центр, 16.08.2022, <https://www.levada.ru/2022/08/16/vospriyatie-novost>

unabhängige Berichterstattung sowie einen Kommunikations- und Organisationsraum, der sich der Kontrolle des Kremls noch entziehen kann. Allerdings zieht der Kreml die schon länger angelegten Daumenschrauben mit der Kriegszensur stetig weiter an, um die verbliebenen demokratischen Elemente von Pluralismus, Partizipation oder Meinungsfreiheit auszumerzen.

Bevor die sozialen Netzwerke in Russland das Fernsehen zu überholen drohen, ersetzt oder funktioniert der Kreml die verschiedenen Plattformen zu einem weiteren Instrument seiner monopolisierenden Propaganda um in eine Art digitale »Zombie-Kiste«.¹⁵ Die dort als Angriff der NATO und des »Westens« dargestellte Ausnahmesituation nutzt die russische Führung, um eine Kontroll-lücke über das Internet und die sozialen Netzwerke in Russland weiter zu schließen.

Gleichzeitig läuft das auf die Etablierung einer »disconnective society« heraus, wie der Digital-Kommunikationswissenschaftler Gregory Asmolov schreibt.¹⁶ Die in der russischen Gesellschaft weit verbreitete politische Apathie wird genutzt, um den jahrelang aufgebauten »totalitären Konsens«¹⁷ (Gudkov) weiter zu festigen. Hohe Zustimmungswerte bei Umfragen und die Übernahme von

noj-informatsii-sredi-rossiyan-otnoshenie-k-presledovaniyu-v-internete/ [05.09.2023]; vgl. auch Meinungsbildung und Informationsquellen, in: Russland-Analysen 418 (11.04.2022), 11f.; vgl. weiter diese Umfrage zu Informationsquellen in Moskau und Russland im Vergleich: Источники информации: Москва и Россия, Левада-Центр, 15.07.2022, <https://www.levada.ru/2022/07/15/istochniki-informatsii-moskva-i-rossiya/> [05.09.2023].

15 Wegen der Dauerpropaganda in Staatsmedien wird der Fernseher in oppositionellen Kreisen »Zombie-Kiste« genannt.

16 Gregory Asmolov: Russia, Ukraine, and the emergence of ›disconnective society‹, in: riddle, 21.04.2022, <https://ridl.io/russia-ukraine-and-the-emergence-of-disconnective-society/> [05.09.2023].

17 Lev Gudkov: Phasen der Gewöhnung. Russlands Krieg im Meinungsbild, Osteuropa 4-5/2022, 29–43, hier 29; Friedrich Schmidt: »Die Russen wollen nicht wahrhaben, was passiert«. Interview Lew Gudkow, in: FAZ, 07.09.2022, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/putins-krieg-gegen-ukraine-russischer-meinungsforscher-im-interview-18287173.html> [05.09.2023].

ideologischen Phrasen sind demnach nicht spontan, sondern gewachsen und nun entsprechend verfestigt. Die politische Führung wirkt dabei wie ein schwarzes Loch, das die Gesellschaft immer stärker in sich hineinzuziehen versucht.¹⁸ Dagegen nutzt die ukrainische Regierung Soziale Medien für eine gezielte Vernetzung und Austausch im In- und Ausland. Dem von Russland gestreuten Gerücht während der ersten Kriegstage im Februar, die ukrainische Regierung sei aus Kyiv geflohen, antwortete Selenskyj mit einem Selfie-Video. Umringt von Beratern und Mitgliedern seiner Regierung verkündete er: »Wir sind hier. Wir sind in Kyiv. Wir schützen die Ukraine«.

Aus Sorge vor einem neuen Gesetz in Russland, wonach bis zu 15 Jahre Haft für »Falschinformationen« drohen, löschten viele User:innen vorsorglich Posts oder gleich ihre Accounts. Auch Reposts, also das Teilen von Inhalten anderer, können gefährlich sein. Anfang Juli wurde in Moskau die erste Haftstrafe wegen Kriegskritik gegen den Kommunalpolitiker Aleksej Gorinov verhängt. Für seine Äußerungen, die über soziale Netze verbreitet wurden, soll er sieben Jahre ins Gefängnis. Natalja Pivovarova, Dekanin an der Russischen Akademie für Theaterkunst, verlor nach 48 Jahren ihren Job, weil sie den Krieg als solchen benannte.

Swipen Sie woanders weiter, hier gibt es keinen Krieg

Kurz nach Beginn der russischen Invasion im Februar wurden ausländische und unabhängige Medien in Russland blockiert. Laut der NGO *Roskomsvoboda* sind wegen der Kriegszensur ca. 7000 Internetseiten in Russland gesperrt.¹⁹ Ein russisches Gericht verbot

18 Vgl. dazu auch: A dark state. Vladimir Putin is in thrall to a distinctive brand of Russian fascism, in: *The Economist*, 28.07.2022, <https://www.economist.com/briefing/2022/07/28/vladimir-putin-is-in-thrall-to-a-distinctive-brand-of-russian-fascism> [05.09.2023].

19 <https://roskomsvoboda.org/ru/post/polgoda-voyennoi-cenzury/> [05.09.2023]

im März die beliebten Netzwerke des Meta-Konzerns Facebook und Instagram wegen »extremistischer Aktivitäten« bzw. illegaler Inhalte.²⁰ Meta hatte erlaubt, dort zu Gewalt gegen russische Soldaten aufzurufen, allerdings auf das Gebiet der Ukraine begrenzt. Der Zugang zu Twitter wurde bereits 2021 eingeschränkt.

Zum Missfallen von russischen (Strafverfolgungs-)Behörden sind gesperrte Inhalte über einen VPN-Service (Virtual Private Network) weiterhin erreichbar, auch wenn sich dies etwas umständlich gestaltet. Bei dessen Benutzung werden die Datenströme vor Überwachung geschützt und der virtuelle Standort lässt sich verändern.²¹ Das Wissen in der Bevölkerung, wie ein VPN genutzt werden kann, ist allerdings begrenzt.²² Die Ex-Agentin und Politikerin Maria Butina schlug sogar vor, sollten Kinder einen VPN benutzen, deren Eltern dafür ins Gefängnis zu schicken. Auf Plakaten in der Moskauer Metro wurden VPN-Services mit Taschendieben verglichen.²³ Dabei nutzen selbst hochrangige russische Politiker:innen VPN-Services, um auf blockierte Inhalte zuzugreifen.

20 Der zum Meta-Konzern gehörende Messenger WhatsApp ist davon (noch) nicht betroffen. Das Bildungsministerium spricht derzeit nur eine »Empfehlung« aus, neben anderen Messengern den Gebrauch von WhatsApp an Schulen zu verbieten; das Ministerium für Industrie und Handel empfiehlt dies parallel Unternehmen. Stattdessen sollen russische Angebote genutzt werden.

21 Eine häufige Allegorie für die Funktionsweise eines VPN ist die eines »Tunnels«, durch den die Daten geleitet werden. Anstelle einer direkten Verbindung von Nutzer:in zu Ressource, wie auf einer geraden Linie, wird die Verbindung über einen vorgeschalteten Punkt in der Mitte aufgebaut, der die Daten verschlüsselt und die ursprüngliche Herkunft verbirgt. Vgl. Reporter ohne Grenzen: Alles unter Kontrolle? Internetzensur und Überwachung in Russland, 2021, 44f., www.reporter-ohne-grenzen.de/russlandbericht-update [05.09.2023].

22 Левада-Центр: Internet, social'nye seti i VPN, 08.04.2022, <https://www.levada.ru/2022/04/08/internet-sotsialnye-seti-i-vpn/> [05.09.2023].

23 Siehe https://twitter.com/francis_scurr/status/1555187252401160192?s=20&t=Tsd8_mt5lAjbf0SgQ4xyPg und <https://meduza.io/news/2022/08/07/v-metro-moskvy-zametili-plakat-gde-vpn-servisy-sravnivayut-s-karmannikami> [05.09.2023].

Roskomnadzor is watching you

Grundlage für die Blockierungen im RuNet zur politischen Zensur sind eingekaufte ausländische Technologien und neue bzw. erweiterte Gesetze. Oft gepaart mit »Anti-Terror«-Paketen weiteten mehrere Gesetze mit schwammigen Formulierungen die Befugnisse der Medienaufsichtsbehörde *Roskomnadzor* und von Sicherheitsbehörden wie dem FSB weiter aus. Denn anders als das Vorbild der »Great Firewall« Chinas, dessen Internet von Beginn an auf zentrale staatliche Kontrolle aufgebaut war, musste das russische Internet bzw. seine Infrastruktur zunächst umgebaut werden. War die Medienpolitik schon in den ersten Herrschaftsjahren von Vladimir Putin ein wesentlicher Bestandteil seiner Machtkonsolidierung, sah er das World Wide Web dabei noch nicht als Gefahr an. Das ursprünglich für seine Freiheit bekannte russische Internet, auch RuNet genannt, wurde sogar Teil von Präsident Medvedevs Modernisierungsstrategie. Als die Proteste im eigenen Land 2011/12 für »freie Wahlen« in ähnlicher Weise wie die des Arabischen Frühlings über Social Media koordiniert wurden, erkannten Putin und der Kreml, welche Gefahr dies für seine Macht darstellte.²⁴

Im Jahr 2014 sah Putin hinter dem *Euromaidan* in der Ukraine »fremde Mächte«, die einen Coup über das Internet planten – beides seiner Ansicht nach ein »Spezialprojekt der CIA« und eine »Gefahr für Russland«.²⁵ Unter dem Vorwand von Datenschutz und Verbrechensbekämpfung sollten entsprechende Gesetze und

24 Justin Sherman: Reassessing RuNet. Russian internet isolation and implications for Russian cyber behavior, Atlantic Council, 12.07.2021, <https://www.atlanticcouncil.org/in-depth-research-reports/issue-brief/reassessing-runet-russian-internet-isolation-and-implications-for-russian-cyber-behavior/> [05.09.2023].

25 Putin nennt Internet »CIA-Spezialprojekt«, in: Spiegel Online, 24.04.2014, <https://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/wladimir-putin-das-internet-ist-ein-cia-projekt-a-966022.html> [05.09.2023]; <https://tass.ru/politika/1144396> [05.09.2023].

Maßnahmen ein »souveränes Internet« garantieren. Das weltweit verzweigte russische Internet sofort abzukoppeln, hätte mindestens einen ökonomischen Schock und zu viele weitere Proteste im Land ausgelöst. Zwar sind Regulierungen für das Internet keine genuin russische Idee, doch im Gegensatz zu den weltweit vergleichsweise strengen Gesetzen und Richtlinien der EU, bei der Daten von Individuen geschützt und Metadaten erhoben werden, stehen bei den russischen Maßnahmen der Zugriff auf die Daten für russische Behörden im Vordergrund.²⁶

»Souveränität« online

Im Jahr 2012 wurden erstmals durch Gesetzeserweiterungen und die Einführung von relevanten Termini die Grundlagen für Internetzensur in Russland geschaffen.²⁷ Mit dem »Lokalisierungsgesetz« von 2014 sind auch ausländische Firmen dazu verpflichtet, Benutzer:innendaten auf Servern in Russland zu speichern. Inspektionen von *Roskomnadzor* sind seitdem unabhängig von Strafverfolgungsbehörden und der Justiz. Mit dem Jarovaja-Paket²⁸ wurde 2016 unter anderem eine umfangreiche Vorratsdatenspeicherung eingeführt. Internet-Anbieter müssen demnach seit 2018 Benutzer:innendaten wie Gespräche und andere Mitteilungen für 6 Monate speichern und deren Metadaten für 3 Jahre. Sie müssen dem FSB Zugriff auf diese Daten gewähren sowie die gesamten Kosten dafür tragen.

26 Der EuGH stellte am 20.09.2022 fest, dass die Vorratsdatenspeicherung ohne konkreten Anlass in Deutschland gegen EU-Recht verstößt. Vgl. Jörg Schieb: Vorratsdatenspeicherung in Deutschland. Europäischer Gerichtshof sagt Nein!, in: wdr, 20.09.2022, <https://www1.wdr.de/nachrichten/anlasslose-vorratsdatenspeicherung-in-deutschland-ist-rechtswidrig-100.html> [05.09.2023]. Für einen Vergleich zwischen EU und Russland siehe Alexander Gurkov: Personal Data Protection in Russia, in: Daria Gritsenko u.a. (Hg.): *The Palgrave Handbook of Digital Russia Studies*, Cham 2021, 95–113.

27 Maria Kravchenko: Russian Anti-Extremism Legislation and Internet Censorship, in: *The Soviet and Post-Soviet Review* 46 (2019) 2, 158–186.

28 Siehe <https://meduza.io/feature/2017/02/13/zakon-yarovoy-prinyatolshe-polugoda-nazad-kak-on-rabotaet> [05.09.2023].

2018 ordnete ein Moskauer Gericht die Blockierung des Messengerdienstes Telegram in Russland an, weil dieser sich weigerte, dem FSB die zur Einsicht nötigen Entschlüsselungscodes für Chats zu übergeben. Doch im Juni 2020 hob *Roskomnadzor* unerwartet die Blockade auf, denn von den technisch noch unausgereiften Blockierungen waren auch andere Anbieter, beispielsweise Banken, erheblich betroffen.²⁹

Ende 2019 trat schließlich das »Gesetz über das souveräne Internet« als Antwort auf eine »aggressive Natur« der US-amerikanischen Politik in Kraft. Eingebettet in das Narrativ der belagerten »Festung Russland« soll es laut Erklärung der Duma über die Umlenkung des Datenverkehrs die »Funktionsfähigkeit« des russischen Internets erhalten, sollte keine Verbindung zu ausländischen Servern hergestellt werden können.³⁰ Faktisch ist dabei eine »Reservekopie« des russischen Internets das Ziel.³¹ Ins Ausland übertragene Daten sollen minimal gehalten werden und das RuNet auf »Gefahren von außen« vorbereitet werden.

Der Kreml hat erkannt, dass er den Informationsfluss nicht durch Maßnahmen im Internet selbst, sondern nur durch Kontrolle dessen Infrastruktur und der Hardware, also Server und Leitungen, regeln kann. Erreicht wird das erstens mit der Verantwortungsübertragung auf die Betreiberfirmen für die Stabilität des RuNet, um staatliche Strukturen zu entlasten. Hinzu kommen zweitens eine strikte und zentral ausgerichtete Überwachung durch *Roskomnadzor* sowie obligatorische Tests. Drittens soll ein alternatives nationales Domain Name System (DNS) geschaffen werden³² – quasi ein Telefonbuch des Internets, das jeder Website eine IP-Adresse zuteilt –,

29 Gurkov: Personal Data Protection in Russia, 105; Ilona Stadnik: Control by infrastructure. Political ambitions meet technical implementations in RuNet, in: First Monday 26 (2021) 5, <https://doi.org/10.5210/fm.v26i5.11693> [05.09.2023].

30 Siehe <http://duma.gov.ru/news/51194/> [05.09.2023].

31 Siehe https://www.rbc.ru/technology_and_media/06/07/2016/577cf1209a794751f8b3fb4 [05.09.2023].

32 Digitaler Eiserner Vorhang, in: Netzpolitik.org, 20.11.2019, <https://netzpolitik.org/2019/digitaler-eiserner-vorhang/> [05.09.2023].

das die Verbindung zwingend über einen vom russischen Staat kontrollierten Knotenpunkt aufbaut. Das erlaubt etwa, eine Verbindung nach draußen zu blockieren. Und viertens werden russische Internet-Anbieter verpflichtet, Systeme zur sogenannten Deep Package Inspection (DPI) zu installieren, die die umgeleiteten übertragenen Datenpakete samt Inhalt analysieren können.³³

Ein digitales Schwarzes Loch

Von dieser Überwachung sind nun auch die Menschen in den okkupierten Gebieten der Ukraine betroffen. Die russische Kolonisation beginne mit dem Internet, schrieb die NGO Reporter ohne Grenzen.³⁴ Was die russische Armee an digitaler Infrastruktur zerstört, versuchen Techniker:innen zu reparieren, meist unter Lebensgefahr. Um Lücken in der ukrainischen Internetabdeckung zu vermeiden und um kritische Infrastruktur zu versorgen, wird Elon Musks Starlink-System mit Satelliten und speziellen Modems eingesetzt. Mit weitergehender und zuletzt wieder verstärkter Zerstörung von ziviler Infrastruktur durch russische Angriffe in der gesamten Ukraine wächst allerdings deren Abhängigkeit von Starlink – und damit der Einfluss des wankelmütigen Milliardärs als Privatperson im Krieg.

Die Internetverbindung der okkupierten Gebiete wie Mariupol oder Kherson laufen mittlerweile vollständig über von Russland kontrollierte Anbieter und Leitungen. Für die ukrainische Bevölkerung hat das neben einer forcierten Russifizierung zur Folge, dass der Kontakt zu Freund:innen und Angehörigen nur eingeschränkt möglich ist und überwacht werden kann. Neben zahlreichen Fällen von Folter in russischen »Filtrationslagern« berichteten Betroffene auch davon, dass ihre Mobiltelefone nach kompromittierenden Daten durchsucht wurden. Die Ukrainer:innen

33 Vgl. Stadnik: Control by infrastructure.

34 <https://rsf.org/en/ukraine-s-colonisation-begins-its-internet> [05.09.2023].

sollen von Informationen abgeschnitten werden und in das russische Internet eingegliedert werden, das der Kreml kontrolliert.

Bisher ist in Russland die beliebteste Videoplattform YouTube, die sich immer mehr als TV-Alternative etabliert hat und bei Jüngeren besonders beliebt ist; sie ist noch nicht von Blockierungen betroffen.³⁵ Und das, obwohl die Videoplattform aus den USA ein zentrales Medium der Opposition in Russland ist: Alexej Navalny und sein Team erreichen 6,4 Millionen Abonnent:innen, die Band IC3PEAK erreichte mit ihrem selbst als »audiovisuellen Terrorismus« bezeichneten Anti-Kriegssong »Dead but pretty« 1,4 Millionen Nutzer:innen in drei Tagen.³⁶ Sie kritisiert darin die fortschreitende »Zombifizierung« und den Totenkult des Landes.

Weltweite Reichweite erzielen auf der Videoplattform jedoch auch vom Kreml kontrollierte Medien wie der Kanal von RT, die YouTube auch als eine auf ein internationales Publikum ausgerichtete Propagandawaffe verwenden. Ein schon länger währender Streit und vom Kreml gegen YouTube gerichtete Zensur-Vorwürfe trieben Gerüchte über eine Blockierung der Plattform in Russland voran. Der russische Digitalminister Shadayev beschwichtigte im Mai 2022, die Regierung plane keine Blockierung YouTubes in Russland, das »Teil des globalen Netzes bleiben«, dabei aber lernen müsse, »Informationen zu filtern.« Aus der Duma dröhnte es dann im folgenden August, alle Voraussetzungen für eine Blockierung seien erfüllt. Sie werde kommen, sobald ein »starker russischer Konkurrent« erscheine und die Archive von YouTube übertragen seien.

35 Vgl. Anna Litvinenko: YouTube as Alternative Television in Russia. Political Videos During the Presidential Election Campaign 2018, in: Social Media + Society 7 (2021) 1, 1–9. Internetformate haben erstmals 2018 mehr Gewinne als TV-Formate gemacht, bei einem ungefähr halb so großem Publikum, vgl. dazu Marija Kolomyčenko: 2010–2020: samoe dramatičeskoe desjatiletie Runeta. Kak russkij internet stal odnoj iz samych bystrych, udobnych — i nesvobodnych setej v mire, Meduza, 04.01.2020 [05.09.2023].

36 Artur Weigandt: Hier tanzt der russische Staat mit dem Tod, in: Die ZEIT, 25.03.2022, <https://www.zeit.de/2022/13/ic3peak-band-russland-verfolgung>; der Anti-Kriegssong hier: <https://www.youtube.com/watch?app=desktop&v=qCljI3clObU&feature=youtu.be> [05.09.2023].

Grigorij Bakunov, ehemaliger Manager bei der russischen Suchmaschine Yandex, bestätigte diese Prognose und fügte hinzu, dass die US-amerikanische Videoplattform zu beliebt sei und eine sofortige Blockierung die russische Bevölkerung zu sehr verärgern würde. Das Wissen, wie die Blockierungen mit einem VPN umgangen werden können, könnte ansonsten in der Bevölkerung zu stark anwachsen.³⁷

Swipen Sie russisch

Damit die Menschen in Russland die Sperrungen westlicher Plattformen leichter akzeptieren, versucht der Kreml, sie zur Nutzung russischer »Alternativen« zu bewegen. In einer entsprechenden Liste empfiehlt das russische Digitalministerium, »aus Sicherheitsgründen« auf den etablierten Plattformen teilweise zum Verwechseln ähnliche, »einheimische Alternativen« umzusteigen.³⁸ Diese Dienste sind entweder von staatlich kontrollierten Firmen wie Gazprom Media aufgekauft oder in der Hand von Kreml-Unterstützer:innen. So war der aktuelle Generaldirektor von Gazprom Media, Alexander Scharow, zuvor acht Jahre lang Direktor von Roskomnadzor.

Als Teil von Russlands Strategie eines »parallelen Imports« wirbt beispielsweise die »mit Liebe in Russland gemachte« Alternative »Rossgram« mit »bekanntem Interface und vielen Möglichkeiten«, unter anderem zur Monetarisierung der Beiträge.³⁹ Allerdings

37 Die NGO *Roskomsvoboda* gibt Hilfestellungen auf der Seite <https://openrunet.org/> [05.09.2023].

38 Siehe <https://www.vedomosti.ru/technology/news/2022/04/08/917232-mintsifri-rossiiskie-analogi-inostrannih-sotssetei> [05.09.2023].

39 Harald Staun: Wo sind in Russland die illoyalen Menschen?, in: FAZ.NET, 01.04.2022, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/team-russischer-programmierer-gruendet-grustnogram-17926905.html> [13.08.2022]; Andrew Roth: »Embarrassing«. Russia scrambles to copy banned social media platforms, in: The Guardian, 30.03.2022, <https://www.theguardian.com/media/2022/mar/30/russia-banned-social-media-platforms-rossgram> [05.09.2023].

fiel ein erstes Urteil von User:innen über »Rossgram« nicht sehr positiv aus: Aus Trauer über die Blockierung von beliebten Netzwerken und darüber, welche »seltene Scheiße als Importersatz ausgegeben wird«, ⁴⁰ gründeten zwei Programmierer die wehmütige Alternative »Grustnogram« (dt. etwa »Tauriggram«). Bilder werden automatisch in Schwarz-Weiß gepostet, und statt Likes werden gebrochene Herzen vergeben.

Unternehmer:innen, die zuvor ihr Geschäft über Instagram abgewickelt haben, müssen ihr Business wieder von Neuem aufbauen, auch um eventuelle rechtliche Konsequenzen zu meiden. Der größte Teil der Influencer:innen bleibt aber entweder ruhig oder erklärt seine Unterstützung für den kremltreuen »Raschismus«. Zur Einschüchterung wird die erste Ermittlung wegen des Gebrauchs von Instagram gerade gegen eine 18-jährige Fashion-Bloggerin durchgeführt. ⁴¹

Auch in Sachen YouTube wird als »russische Alternative« RuTube immer mehr in Stellung gebracht. Mit einer groß angelegten Kampagne und ökonomischen Anreizen versucht Gazprom Media, zu der auch das seit Jahren erfolgreiche russische Facebook-Äquivalent »VK« gehört, Influencer:innen dazu zu bewegen, auf deren Plattformen zu wechseln. Trotz visueller Ähnlichkeiten unterscheidet sich RuTube erheblich von seinem amerikanischen Gegenpart: Das Angebot ist kleiner und auf staatlich gelenkte Nachrichten und Unterhaltung ausgelegt, Videos werden zunächst überprüft (was etwa den Upload von Navalnys Video zum Palast Putins unmöglich machen würde), es gibt keine Angaben über Klickzahlen, die Kommentarfunktion ist oft ausgeschaltet und Likes gibt es auch keine. Damit ist RuTube für viele Influencer:innen zu unattraktiv und auf einseitige Kommunikation mit dem Publikum ausgelegt. ⁴² Dennoch haben sich linientreue YouTuber:innen darauf eingelassen,

40 So die beiden Gründer über ihren Telegramkanal: https://t.me/grustnogram_official/7 [05.09.2023]. Siehe <https://grustnogram.ru/> [05.09.2023].

41 Siehe <https://roskomsvoboda.org/ru/post/extremism-za-buty-blog/> [05.09.2023].

42 Nach einem Cyberangriff am symbolischen 9. Mai war die Plattform für einige Tage nicht erreichbar.

RuTuber:in zu werden: Mit seinen (noch) parallel betriebenen Kanälen ist Max Komikadze ein Beispiel, wie es sich der Kreml wohl nur wünschen kann. Dort lädt er regelmäßig »Parodien« hoch, in denen er den ukrainischen Präsidenten darstellen möchte und mal eine Kapitulationserklärung unterschreibt, mal mit Hitlerbart auftritt.

Der Krieg lässt sich nicht wegschrollen

Neben solchen plumpen Darstellungen gab es auch schon ein Deep-Fake Video von Selenskyj, das Kyiv prompt über seine Kanäle entlarvte. Angesichts eines lang erwarteten russischen Cyberwars, dessen Attacken erst nach und nach an die Oberfläche treten, und eines befürchteten »Wutwinters« in der Welt und Europa, gilt es, wachsam zu bleiben. Der Kreml wird die angespannte Lage nutzen, um regelmäßig und weltweit Fake News zu schalten und so Druck aufzubauen, um zu einem *business as usual* zurückzukehren und vom Krieg in der Ukraine abzulenken. Eine der bisher größten Desinformationskampagnen hat bereits begonnen: Über Soziale Netze und Fake-Accounts werden gefälschte Regierungsdokumente und Falschnachrichten – teilweise sogar über geschaltete Werbung – zahlreicher Klon-Seiten von Bild, Spiegel oder der Süddeutschen Zeitung verbreitet.⁴³ Selbst wenn dann die Seiten vom Netz genommen werden, können Screenshots oder die vermeintlichen Nachrichten aus den »Desinformationssteinbrüchen«⁴⁴ weiter kursieren.

43 Alice Echtermann/Uschi Jonas: Gefälschte Regierungsdokumente und Nachrichtenseiten. Russische Desinformationskampagne nimmt Deutschland ins Visier, in: correctiv, 30.09.2022, <https://correctiv.org/faktencheck/hintergrund/2022/09/30/gefaelschte-regierungsdokumente-und-nachrichtenseiten-russische-desinformationskampagne-nimmt-deutschland-ins-visier-prigoschin/> [05.09.2023]; Oliver Klein: Pro-russische Propaganda. Massenweise falsche News-Seiten enttarnt, in: zdf-heute, 29.08.2022.

44 Lukas Fuhr: Der Desinformationssteinbruch produziert weiter, in: in: FAZ, 14.09.2022.

Faktencheck-Seiten, wie *mimikama.at*, *correctiv.org* oder *EUvs-Disinfo.eu* kämpfen gegen solche Versuche an, russische Propaganda durch Troll-Armeen zu normalisieren.⁴⁵ Die Plattformbetreiber profitieren hingegen von Werbeeinnahmen und dem erhöhten Traffic. Ihre Rolle als »eigenmächtig agierende supranationale Institution jenseits politischer Kontrolle« ist abseits ihres Mobilisierungspotenzials nicht nur mit den Auswirkungen auf die Wahrnehmung des Kriegs in der Ukraine kritisch zu sehen, sondern zeigt hier sehr deutlich ihre Wirkungsmacht.⁴⁶

Zwar stört viele junge Russ:innen (besonders im Alter zwischen 18 und 24) die Kriegszensur – oft jedoch, weil sie ihren Alltag und Kommunikation einschränkt und nicht mit Blick auf die Ukraine.⁴⁷ Die mit den Freiheiten des Internets groß gewordene Generation steht dem Krieg noch am ehesten skeptisch gegenüber.⁴⁸ Die Mobilisierung in Russland wird die Skepsis vergrößern können. Die Internet-affine Generation hat das Potenzial und die (technische) Möglichkeit, als Ausgangspunkt einer digitalen Civil Society zu dienen, die ideologischen Assoziationen mit einer »Generation Z« zurückzuweisen und wieder einen Alterskohortenbegriff daraus zu machen. Dafür gilt es, die Verantwortlichkeiten des russischen Staates, der Kriegsunterstützer:innen sowie ihre eigenen deutlich zu machen und entsprechende Konsequenzen zu ziehen. Dieses

45 Vgl. Jessikka Aro: Putins Armee der Trolle. Der Informationskrieg des Kreml gegen die demokratische Welt, übers. von Katharina Diestelmeier, München 2022; Marta Federica Ottaviani: *Brigate Russe. La guerra occulta del Cremlino tra troll e hacker*, Milano 2022.

46 Daniel Leisegang: WarTok. Der Krieg in den sozialen Medien, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 4 (2022), 9–12, Zitat 12.

47 Левада-Центр: Internet, social'nye seti i VPN; Schmidt: »Die Russen wollen nicht wahrhaben, was passiert« (Interview Gudkow).

48 Levada-Center: Konflikt s Ukrainoj. Sentjabr' 2022 goda, 29.09.2022.; zusammenfassend: Andrei Kolesnikov/Denis Volkov: *My Country, Right or Wrong. Russian Public Opinion on Ukraine*, Carnegie Endowment for International Peace, 07.09.2022, <https://carnegieendowment.org/2022/09/07/my-country-right-or-wrong-russian-public-opinion-on-ukraine-pub-87803> [05.09.2023].

»russische Modell« zur Internetzensur könnte auch in anderen Ländern mit autoritären Regierungen als Vorbild dienen.

Es gilt, den Fokus auf der Ukraine zu halten. Durch eine aufmerksamkeitsökonomisch bedingte «Social Media War Fatigue»⁴⁹ droht Russlands genozidaler Vernichtungskrieg gegen die Ukraine konjunkturell in Vergessenheit zu geraten oder von den inflationär gebrauchten nuklearen Drohungen verdrängt zu werden. Das spielt Putin in die Hände, der mit seinen Plänen nicht an den Grenzen der Ukraine haltmacht oder auf ein ähnliches Szenario wie 2014 setzt, als sich die politischen Beziehungen schnell wieder normalisierten. Innergesellschaftliche Probleme – in Deutschland etwa die Inflation und steigende Kosten, in Russland die eingeschränkten Reisemöglichkeiten und die Mobilisierung – sollen diese Tendenzen verstärken.

Gegenüber hybriden Angriffen auf kritische Infrastruktur oder Attacken im Cyberraum gilt es, Resilienz aufzubauen, sie aber nicht zu überschätzen. Verstrickungen zu russischen Geheimdiensten müssen genau beleuchtet werden, wie etwa im Fall des Ex-BSI-Chefs Arne Schönbohm. Resilienz braucht es auch gegen Desinformationskampagnen im Bereich der *Cognitive Warfare*. Es gilt, die Rolle des Aggressors nicht aufweichen zu lassen, dabei die verbleibende Zivilgesellschaft Russlands nicht zu vergessen, aber vor allem die Menschen in und aus der Ukraine zu unterstützen. Der russische Genozid gegen die Ukraine wird wohl der bisher am besten dokumentierte sein. Die Implikationen des Krieges sind zwar weltweit spürbar, aber die Ukrainer:innen haben nicht das Privileg, dem unmittelbaren Krieg zu entkommen, indem sie offline gehen oder weiterscrollen.

49 Social Media War Fatigue. Müdigkeit spielt Putin in die Hände, in: Deutschlandfunk Kultur, 20.08.2022, <https://www.deutschlandfunkkultur.de/krieg-ukraine-mitgefuehlsmuedigkeit-samira-el-ouassil-100.html> [05.09.2023].

Johannes Spohr

Deutsche Familiengeschichten und die Ukraine

Der koloniale Blick auf das östliche Europa ist historisch gewachsen

16. November 2022

Erst seit der im Februar 2022 erfolgten großflächigen Ausweitung des Angriffskriegs, den Russland seit acht Jahren gegen die Ukraine führt, hat das Land einen Platz auf der *Mental Map* vieler Menschen in Deutschland erhalten. Was vorher allenthalben als Teil einer vermeintlich weit entfernten, als fremd erscheinenden Welt, bestenfalls als ein unter Russland subsumiertes »Niemandland« bzw. Reservoir billiger Arbeitskräfte – dem Klischee nach vor allem Sexarbeiterinnen, Leihmütter und LKW-Fahrer – galt, rückte ins Zentrum des öffentlichen Interesses. Durch das Organisieren von Hilfstransporten, die Ankunft von Evakuierten und Geflüchteten sowie über die tägliche Berichterstattung bemerkten viele nun, dass die bisherige Distanz eher ein Ausdruck von Desinteresse als in der geografischen Lage begründet war: Die Ukraine liegt nur einige wenige Autostunden von Deutschland entfernt. Darauf, dass auch der Blick in deutsche Familiengeschichten Bezüge zur Ukraine liefern könnte, wiesen Demonstrierende aus der ukrainischen Diaspora einen Tag nach Beginn der russischen Großinvasion auf einer Demonstration in Berlin hin: »Hast du vergessen, wo die Ukraine liegt? Frag deinen Opa« war dort auf einem Schild zu lesen.

Die jüngste Zeitgeschichte hätte dafür auch vorher zahlreiche Anlässe geliefert. Seit den 1990er Jahren haben sich die Voraussetzungen für Reisen in die ehemaligen »Ostblockländer« wesentlich

vereinfacht; dasselbe gilt für den kulturellen, politischen und zivilgesellschaftlichen Austausch.

Einwander:innen aus der ehemaligen Sowjetunion, die in den 1990er Jahren – vor allem als »Spätaussiedler:innen« und »Kontingentflüchtlinge« – nach Deutschland kamen, werden auch heute erst zögerlich von der Mehrheitsgesellschaft wahrgenommen. Die Lebensrealitäten und Geschichten ost(mittel)europäischer – darunter ukrainischer – Arbeitsmigrant:innen in der deutschen Landwirtschaft und der Altenpflege wurden kaum in den Blick genommen. Etwas mehr Aufmerksamkeit erfuhr die Ukraine hierzulande seit der *Orangen Revolution* 2004, vermehrt seit dem *Euromaidan* 2013/14 und nach der Annexion der Krim durch Russland sowie dem dann begonnenen Krieg im Osten der Ukraine – dort meist noch gefasst als ATO (Anti-Terror-Operation).

Dieses oft überdeckte und dennoch prägende Wissen – ein unweigerlich immer wieder hervorstechendes Erbe – ist Gegenstand des folgenden Artikels. Es wird danach gefragt, wie der allgemeine Wissensstand zum Zweiten Weltkrieg und zur deutschen Besatzung in Ostmitteleuropa eingeschätzt werden kann und aus welchen Quellen sich der teils verdeckte bzw. verdrängte Wissensschatz speist.

Historische Wissensstände

Es kann davon ausgegangen werden, dass es bereits seit dem Ersten Weltkrieg und vor allem seit der deutschen Besatzung Polens und der westlichen Sowjetunion während des Zweiten Weltkrieges in deutschen Familien ein untergründiges, teils verschüttetes und überlagertes Wissen über diesen Raum gibt, das jedoch anlassbezogen immer wieder zutage tritt und (ge-)treten wird. Neben einem allgemeinen Wissen lenkt das Interesse am östlichen Europa, das seit dem 24. Februar 2022 angewachsen ist, den Blick vielleicht auch auf die eigene Familiengeschichte. »Ein gewisser Aufbruch des Interesses an den Lebenswegen eigener Großeltern hat also auch die Chance, dass die Orte der Verbrechen im östlichen Europa wieder sichtbarer werden«, schreiben Katja

Makhotina und Franziska Davies in ihrem Buch »Offene Wunden Osteuropas«.¹

Nicht alle Ausformungen des genannten Zusammenhangs können als verdeckt betrachtet werden. Verbreitete familiäre Erzählungen über das östliche Europa stammen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges häufig von zwangsausgesiedelten und geflohenen Angehörigen der deutschen Minderheiten aus Ostpreußen, Schlesien, Pommern wie auch aus der Sowjetunion (Wolgadeutsche, Schwarzmeerdeutsche; auch: Siedler:innen). Eklatant wenig bekannt ist hingegen über die Gewalt, die von Deutschen sowie ihren Verbündeten und Assoziierten im östlichen Europa verübt wurde – und dies obwohl die Gewalt der Wehrmacht seit den 1990er Jahren unter anderem durch zwei »Wehrmachtsausstellungen« stärker thematisiert wurde. Auf dieses mangelnde Wissen lassen Studien schließen, die das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) an der Universität Bielefeld zwischen 2018 und 2022 durchgeführt hat.

Zum einen lassen die Ergebnisse der repräsentativen Meinungsumfrage erkennen, dass die Befragten die Mitglieder der NS-Gesellschaft überwiegend nicht als Täter:innen, sondern eher als Helfer:innen von Verfolgten bzw. Opfer des Nationalsozialismus erinnern.² Zum anderen scheint der Zweite Weltkrieg bis heute nicht mit den am meisten von Massengewalt und Zerstörungen betroffenen Regionen Europas assoziiert zu werden. Dies ergibt sich aus den Antworten auf die Frage »Welche drei europäischen Länder, abgesehen von Deutschland, verbinden Sie persönlich am stärksten mit dem Zweiten Weltkrieg?«: Nur 1 Prozent der Befragten gaben die Ukraine als ein Land an, das sie persönlich am

1 Franziska Davies/Katja Makhotina: Offene Wunden Osteuropas. Reise zu Erinnerungsorten des Zweiten Weltkriegs, Darmstadt 2022, 16. Vgl. hierzu auch Peter Carstens Rezension, in: zeitgeschichte | online, 01.09.2022, <https://zeitgeschichte-online.de/node/60151> [05.09.2023].

2 Michael Papendick/Jonas Rees/Franziska Wäschle/Andreas Zick: Multidimensionaler Erinnerungsmonitor (MEMO) III/2020. Forschungsbericht Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) Universität Bielefeld 2020. (siehe auch die gleichnamige Studie von 2018)

stärksten mit dem Zweiten Weltkrieg verbinden, 0,1 Prozent Belarus, ebenfalls 0,1 Prozent Litauen und 0,2 Prozent Lettland – während 36,3 Prozent Russland nannten. Bemerkenswert ist jedoch, dass unter »weiteren Nennungen« – faktisch durchaus korrekt – die Sowjetunion mit 8,1 Prozent auftaucht – allerdings scheint nur im Fall Russlands am ehesten ein Zusammenhang zu den heutigen unabhängigen Ländern der ehemaligen UdSSR hergestellt zu werden. Ersichtlich wird nicht nur, dass die Befragten annehmen, von allen Ländern der ehemaligen Sowjetunion hätte das heutige Russland die größte Last des Krieges und der NS-Besatzungsherrschaft getragen. Wenn dazu im Vergleich 74,9 Prozent Frankreich nennen, lässt sich vermuten, dass das Ausmaß der NS-Gewalt im östlichen Europa bis heute in der deutschen Gesellschaft kaum bekannt ist. Ähnlich gering ist die Zahl derer, die eines oder mehrere der genannten Länder bereist haben.³

So ist das Bild, das man sich in weiten Teilen der deutschen Öffentlichkeit von NS-Verfolgten macht, bis heute bisweilen extrem verengt. Es orientiert sich an Fixpunkten wie *Auschwitz* oder *Anne Frank* und beinhaltet meist die Attribute *Wehrlosigkeit* und *Versöhnungsbereitschaft* – obwohl es entgegen dem deutschen Selbstbild durchaus Beispiele der Wehrhaftigkeit und des Verlangens nach Rache gäbe.⁴ Dass die allermeisten ermordeten Jüdinnen und Juden nicht aus dem Deutschen Reich kamen, sondern aus den Shtetl und Städten auf dem Gebiet der weißrussischen und ukrainischen Sowjetrepubliken und des Baltikums,⁵ findet ähnlich langsam Eingang in den Erinnerungskanon wie der Umstand, dass

3 Dies.: Multidimensionaler Erinnerungsmonitor (MEMO) V/2022. Forschungsbericht Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) Universität Bielefeld 2022, 14 u. 17.

4 Vgl. Achim Doerfer: »Irgendjemand musste die Täter ja bestrafen«. Die Rache der Juden, das Versagen der deutschen Justiz nach 1945 und das Märchen deutsch-jüdischer Versöhnung, Köln 2021.

5 Diese Gebiete entsprechen dem ehemaligen sogenannten Ansiedlungsraysen im Russischen Zarenreich. Jüdinnen und Juden durften nur mit Sondergenehmigung jenseits dieses Ansiedlungsraysens leben und arbeiten.

über 1,5 Millionen Jüdinnen und Juden *vor Ort* erschossen wurden, über eine Million von ihnen in der heutigen Ukraine. Forschende weisen zudem seit einigen Jahren vermehrt auf weitere Gruppen von Betroffenen der NS-Gewalt hin wie die der verbrannten Dörfer, Sinti und Roma, die sowjetischen Kriegsgefangenen oder die Opfer von Krankenmorden.

Ein markantes Beispiel für dieses Nicht-Wissen ist der Auftritt des Sozialpsychologen Harald Welzer – bekannt für die von ihm mit herausgegebene Studie »Opa war kein Nazi«⁶ – in einer Talkshow mit Andrij Melnyk, dem damaligen Botschafter der Ukraine, eines Landes mit hohen Opferzahlen im Holocaust und unter deutscher Besatzung: Mit erhobenem Zeigefinger forderte Welzer vehement, *ihm* »zuzuhören«. Er argumentierte gegen Waffenlieferungen an die Ukraine, indem er von den deutschen Erfahrungen mit dem Zweiten Weltkrieg sprach – offensichtlich ohne die vielfältigen Erfahrungen in der Ukraine zu reflektieren, zu denen die Opfer von Holocaust und brutalen Vergeltungsmaßnahmen gegen Dörfer in Partisanengebieten zählen, die Opfer der Mittäter:innen und Helfer:innen der deutschen Besatzer und sechs bis sieben Millionen Rotarmist:innen. Der Journalist Filipp Piatov äußerte am 2. Juli 2022 bezüglich der Debatte über Melnyk: »Bald wissen viele Deutsche mehr über [Stepan] Bandera⁷ als über ihre eigenen Großväter.«

Diese Beispiele deuten auf erhebliche Wissensdefizite selbst bei Intellektuellen, die sich mit dem »Dritten Reich« und deutscher Erinnerungskultur befasst haben, hin. In Deutschland bietet der familiäre Rahmen dabei vielfältige Möglichkeiten, sich diesen Lücken kritisch zu widmen.

6 Harald Welzer/Sabine Moller/Karoline Tschuggnall: Opa war kein Nazi, Frankfurt a.M. 2002.

7 Der Beteiligung des Nationalistenführers und antisemitischen Aktivisten Stepan Bandera an NS-Gewalthandlungen wurde von Andrij Melnyk wiederholt öffentlich relativiert.

Das Wissen des Zweiten Weltkrieges

Die Vorgeschichte des komplexen Verhältnisses zwischen Deutschland und der Ukraine wie auch Russland und der Sowjetunion – und damit familiärer Spuren – reichen bis in das frühe 20. Jahrhundert zurück.

Besonders tiefe Spuren, verursacht durch eine Vielzahl von Formen grausamer Massengewalt, hinterließen Deutsche und ihre Verbündeten im Zweiten Weltkrieg in den besetzten Teilen der UdSSR und in Polen. Millionen von Soldaten der Wehrmacht und der Waffen-SS kamen im Zuge des »Russlandfeldzuges« durch die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik (USSR) oder verblieben dort zur »Sicherung« der Gebiete, also zum Aufbau der NS-Besatzungsherrschaft. Einsatzkommandos folgten seit dem Überfall auf Polen der Wehrmacht und ermordeten zunächst die polnische Elite und Offiziere der Roten Armee, dann systematisch Jüdinnen und Juden sowie Roma und weitere Gruppen.

Im *Reichskommissariat Ukraine* (RKU) wurde – wie in weiteren Reichskommissariaten – eine Zivilverwaltung eingerichtet, an der hunderttausende Deutsche mitwirkten. Sie agierten als General- und Gebietskommissare, als Polizisten und SS-/SD-Angehörige, als Mitarbeiter:innen der Deutschen Bahn oder LKW-Fahrer, als Schreibhelferinnen, Dolmetscher:innen und Krankenschwestern, als Stabshelferinnen der Wehrmacht, »volksdeutsche« Siedler:innen. Sie arbeiteten in Arbeitsämtern, für die Volksdeutsche Mittelstelle (VoMi) oder kamen als Ehefrauen und Kinder von Besatzern in die Ukraine. Viele von ihnen hinterließen Spuren, von denen einige bis heute nachvollziehbar sind. Nicht immer lassen sich mit ihnen Biografien umfassend rekonstruieren und bei weitem nicht immer reichen die Kategorien »Opfer« und »Täter« aus, um die Personen zu klassifizieren – etwa im Falle von »Volksdeutschen«, die sich bei Kriegsende geweigert haben sollen, mit der Wehrmacht gen Westen zu ziehen, und dafür erschossen wurden.

Auch sind die vorhandenen Quellen meist lückenhaft überliefert, was teils auf die Kriegsteilnehmer:innen selbst zurückgeht:

In der Schlussphase des Zweiten Weltkrieges wurden Akten deutscher militärischer und ziviler Einrichtungen systematisch vernichtet. Verantwortlich waren hierfür beispielsweise die Reichsverteidigungskommissare, die das Reichsministerium des Inneren am 12. Oktober 1944 anwies, für den »Feind« potenziell interessante Akten bei dessen drohendem »Einbruch« zu zerstören. Nicht immer waren sie bei der Umsetzung dieser Aufgabe erfolgreich. Auch Zeug:innen des Massenmords wurden bis zum Ende verfolgt; zudem öffneten im Rahmen der »Aktion 1005« dafür zusammengestellte Sonderkommandos Massengräber, um die dort verscharrten Leichen systematisch zu verbrennen.

Bei einem Luftangriff der britischen Royal Air Force im April 1945 wurden die historischen Unterlagen des Heeresarchivs in Potsdam fast vollständig vernichtet. Allerdings waren die Kriegstagebücher der Wehrmacht teilweise ausgelagert worden und sind somit erhalten geblieben. Beuteakten der alliierten Mächte befinden sich heute weltweit verstreut in verschiedenen Archiven und sind unterschiedlich gut zugänglich. Der Zugriff auf die zahlreichen Bestände der Russländischen Föderation dürfte aufgrund des Krieges gegen die Ukraine auf viele Jahre unmöglich sein.⁸

Der Krieg gegen die Sowjetunion wurde von denen, die ihn führten, auch als Kampf der Zivilisation gegen die Barbarei verstanden. Den Glauben an die Rückständigkeit der sowjetischen Gebiete und das propagandistische Bild des »Untermenschen« sahen viele Soldaten während der Eroberungen bestätigt – teils hatten sie diese Bilder, wie im Falle der dem Hungertod überlassenen und somit ungewaschen und abgerissen aussehenden sowjetischen Kriegsgefangenen, selbst hervorgerufen. Viele Besatzer nutzten »Russland« als Synonym für die Sowjetunion, in dem verschiedene ideologische Ansichten aufgehen konnten: »Sowjetstaat, Asien, Raum, ungeahnte Möglichkeiten, tönerner Koloss, Dampfwalze, Slawen,

8 Das Digitalisierungsprojekt »German Docs in Russia« hat seit 2011 mit der Bereitstellung einer großen Anzahl deutscher »Beuteakten« der Forschung einen bedeutenden Schub gegeben. Vgl. <https://wwii.germandocsinrussia.org> [05.09.2023].



Eindrücke eines Wehrmachtssoldaten aus der Ukraine. Album aus Familienbesitz
© Stefanie Hardick

Nationalitäten, dumpfe Masse, Kulturlosigkeit, Bolschewismus.«⁹ Dieser koloniale Blick auf »den Osten«, der nicht zuletzt Herablassung, Eroberung, Ausbeutung und Vernichtung durch das »Dritte Reich« und seine Soldaten legitimierte, ist etwa vielfach anhand von Fotos und ihren Beschriftungen aus Familienbeständen ablesbar. In einem Dokument der Operationsabteilung im *Oberkommando des Heeres* der Wehrmacht schreibt etwa der Oberleutnant Rudolf Spohr:

»Man müsste dem Landser einen Teil seines Wehrsoldes in Lebensgütern auszahlen, z.B. Knöpfe, Kämme, Spiegel, Streichhölzer, Glasperlen, kurz alle solche Dinge, mit denen diese Menschen, denen man etwas Positives in die Hand geben will, auch etwas anfangen können.«¹⁰

Traditionslinien

Die Ukraine heute unter Russland zu subsumieren, spielt nicht nur der imperialen Logik der russischen Staatsführung in die Hände, sondern schreibt die Wahrnehmungsmuster vieler NS-Besatzer fort. Es handelt sich hierbei nicht lediglich um eine semantische Ungenauigkeit, sondern um die Negation von Komplexität in den Gesellschaften des östlichen Europas. Für die meisten deutschen Soldaten und Beamten waren die Einwohner:innen der besetzten Gebiete unisono »die Russen«.

Ebenso ist davon auszugehen, dass Wissen über die Ukraine nicht automatisch von Allmachtsfantasien und imperial-kolonialen Bestrebungen befreit ist. Das haben unter anderem die »Ostexperten« unter den Nationalsozialisten bewiesen. Diese waren vor allem im *Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete* um den baltendeutschen und in Moskau studierten Ideologen Alfred Rosenberg angesiedelt und sprachen sich mitunter für eine Stärkung partikularer

9 Jürgen Förster: Zum Rußlandbild der Militärs 1941–1945, in: Hans-Erich Volkmann (Hg.), *Das Rußlandbild im Dritten Reich*, Köln 1994, 141–163. hier 141.

10 Obtl. [Rudolf] Spohr: Bericht über die Reise vom 11.–13.9. [1942] zur Krim, Dokument in Familienbesitz.

Nationalismen – etwa des ukrainischen – aus, um diese gegen den »tönernen Koloss« Russland in Stellung zu bringen. Ihre sprachliche und kulturelle Expertise – unter ihnen waren besonders viele Baltendeutsche – setzten sie mit dem Ziel ein, ihre brutale Ausbeutungs- und Besatzungsherrschaft im östlichen Europa zu stützen und gleichzeitig Russland durch Zerstückelung des Raumes zu schwächen (oder wahlweise vom vermeintlichen jüdischen Einfluss zu »befreien«). Durchsetzen konnten sich Rosenberg und sein Umfeld damit gegen seine Widersacher wie den Reichskommissar Ukraine Erich Koch und den Reichsführer SS Heinrich Himmler, die eine rücksichtslose, brutale Ausbeutung forderten, nicht.

Während Deutsche die Ukraine besetzten und teils über mehrere Jahre dort zubrachten, wurden Millionen von Ukrainer:innen meist zwangsweise nach Deutschland verbracht und mussten dort arbeiten. Etwa drei Millionen sogenannte Ostarbeiter (darunter über die Hälfte Ukrainer:innen) machten nach ihrer Verschleppung – mal mehr, mal weniger grausame – Erfahrungen im Deutschen Reich, etwa in der Schwerindustrie, aber auch in Familienbetrieben und auf Bauernhöfen. Viele deutsche Verantwortliche der Wehrmacht, der Zivilverwaltung oder der Arbeitsämter, aber auch »einfache Deutsche« einte bei allen Differenzen grundsätzlich die Auffassung, man sei im Recht, Ukrainer:innen rücksichtslos auszubeuten und im Zweifel für dieses Mittel auch Gewalt einzusetzen.

Nach dem Krieg entstanden sogenannte Russenviertel, und längst nicht alle konnten oder wollten in die Sowjetunion zurückkehren, auch weil ihnen dort vielfach Verfolgung drohte. Einige bauten sich in Deutschland ein neues Leben auf – meist unter erschwerten Bedingungen und massivem antislawischen Rassismus, wie es die Schriftstellerin Natascha Wodin in ihren Büchern beschreibt.¹¹

11 Die Forschung zu »Displaced Persons« beginnt derzeit erst, sich stärker zu entwickeln. Vgl. Tagungsbericht: Labeling and the Management of Displacement – Current Research on »Displaced Persons« and »Heimatlose Ausländer« in the Aftermath of World War II, in: H-Soz-Kult, 08.02.2022, <https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-127860> [05.09.2023].

Auch über die Zwangsarbeitenden wurde nicht einfach »geschwiegen«, sondern es entwickelten sich »alltägliche, mündliche und habituelle Kommunikationsformen« der Verarbeitung, so die Politikwissenschaftlerin Angelika Laumer.¹² Anhand vieler firmeneigener sowie staatlicher Archive lässt sich die Inanspruchnahme von Zwangsarbeit häufig nachvollziehen.

Materielle Hinterlassenschaften können Einblicke in eine mit dem östlichen Europa verbundene Vergangenheit liefern. Oftmals sind es die vielzitierten »Dachbodenfunde«, die dem Ableben der Vorfahren folgen. Fotoalben, Schriftstücke, Tagebücher und offizielle Dokumente, Rentenunterlagen (etwa mit Nachweisen zur Tätigkeit in Wehrmacht und Waffen-SS) oder Briefe sind mit ukrainischen Ortsnamen oder gar Beschreibungen der Besatzungszeit versehen. Teils geben sie Rätsel auf, teils liefern sie direkte Hinweise auf das Handeln und Erleben der Vorfahren.

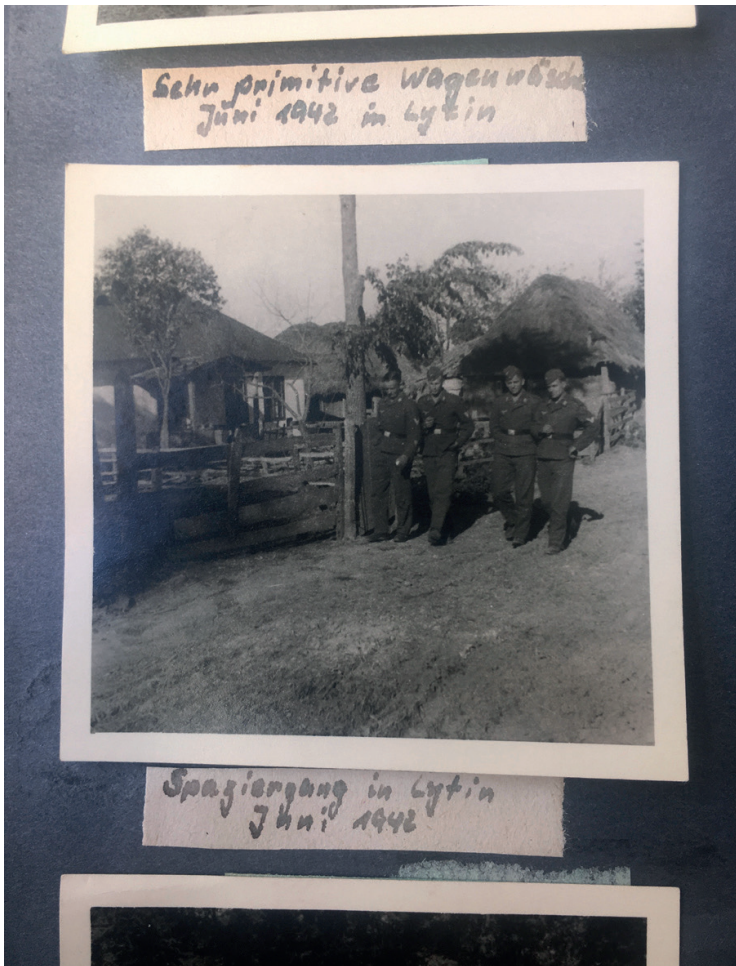
So schrieb etwa ein junger Infanterist der Wehrmacht im September 1943 in einem Brief an seine Ehefrau über eine Situation am Fluss Dnipro:

»Auf dem gegenüberliegenden Ufer des Flusses brennt alles bereits seit Tagen lichterloh, denn Du mußt wissen, daß alle Städte und Dörfer in jenen Gebieten, die wir jetzt räumen, in Brand gesteckt werden, auch das kleinste Haus im Dorf muß fallen. Alle großen Gebäude werden gesprengt. Der Russe soll nichts mehr als ein Trümmerfeld vorfinden. Jede Unterbringungsmöglichkeiten für Truppen wird ihm genommen dadurch. Es ist also ein grausig schönes Bild.«¹³

Derlei Relikte können teils mit wenig Aufwand ergänzt werden durch Archivauskünfte und -recherchen. Militärische Laufbahnen

12 Angelika Laumer: Logiken alltäglichen Erinnerns und Vergessens von NS-Zwangsarbeit in der ländlichen Gesellschaft. Eine wissenssoziologisch-empirische Studie, Dissertation Justus-Liebig-Universität Gießen, 2021), 103.

13 Brief Albert Pretzel vom 21.9.1943, zit. n. Klaus Latzel: Deutsche Soldaten – nationalsozialistischer Krieg? Kriegserlebnis – Kriegserfahrung 1939–1945, Paderborn 1998, 155.



Eindrücke eines Wehrmachtssoldaten aus der Ukraine. Album aus Familienbesitz

© Stefanie Hardick

der Abteilung PA (Bundesarchiv), von der Wehrmachtsauskunftsstelle (WAST; auch: Deutsche Dienststelle) angelegte Karteikarten der Erkennungsmarkenverzeichnisse und Erwähnungen in Ermittlungsakten zählen zu den Dokumenten, die besonders häufig Anhaltspunkte liefern. Soldaten erhielten Orden, die in Wohnzimmern wieder auftauchen, für Verwundungen erhielten sie Zusatzrenten von den Versorgungsämtern – wenn sie dies nachweisen konnten.

Dokumente zur Kriegsgefangenschaft deutscher Soldaten und zur Internierung in sowjetischen Speziallagern oder britischen, amerikanischen oder französischen Camps enthalten mitunter nützliche Spuren. Die zahlreichen Akten der »Entnazifizierung« bzw. der Spruchkammerverfahren bieten Einblicke in die Selbsterzählungen wie taktischen Narrative der NS- bzw. postnationalsozialistischen Gesellschaft.¹⁴ Auch werden Verantwortlichkeiten und Schauplätze häufig benannt. Besonders in der späteren Kriegsphase starben massenweise deutsche Soldaten auf dem Territorium der Ukraine und viele ihrer Leichname verblieben dort; häufig ist dies über die Gräbersuche des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge nachvollziehbar.

In den familiär tradierten Geschichten über den Nationalsozialismus kommt der osteuropäische und ostmitteleuropäische Raum zwar seltener vor, aber auch diese können Hinweise enthalten. Neben der konkreten Erwähnung von Orten und Tätigkeiten sind es auch die weitergetragenen Ressentiments gegenüber der slawischen Bevölkerung oder die Romantisierung des »Ostens«, die durch manche Familienerzählungen erfahrbar werden.

14 Vgl. Hanne Leßau: Entnazifizierungsgeschichten. Die Auseinandersetzung mit der eigenen NS-Vergangenheit in der frühen Nachkriegszeit, Göttingen 2020.

19		20	
noch IV. Heiden		Wehndienst	
Im Kriege mitgemachte Gefechte		Schlachten und Unternehmungen	
Zug, Monat, Jahr	Ortsangabe, Truppenteil ufm.	Zug, Monat, Jahr	Ortsangabe, Truppenteil ufm.
27. 3. 41	Bereitstellung im Generalgouvernement		
21. 6. 41	Durchbruch und Schlacht durch die galizischen Grenzbesatzungen		
27. 6. 41	Schlacht um Lemberg		
26. 6. 41			
4. 7. 41	Vorstoß auf Ternopol		
4. 7. 41	Kämpfe um Ternopol und Durchstoß auf Pruckow		
5. 7. 41			
6. 7. 41	Kämpfe zwischen Stry und Stalinlinie		
10. 7. 41			
11. 7. 41	Durchbruch durch die Stalinlinie		
12. 7. 41			
18. 7. 41	Sicherungskämpfe vor Kiew		
19. 7. 41	Verwendung im Operationsgebiet der Heeresgruppe Süd		
8. 8. 41			
20. 8. 41	Verwendung im Generalgouvernement		
17. 8. 41			
8. 8. 41	Vorwärt im Generalgouvernement		
13. 8. 41			
14. 8. 41			
4. 1. 42			
5. 1. 42			

Einsatzorte eines Soldaten der Wehrmacht aus seiner Personalakte,
BArch PERS 6/251262.

Schluss

Bis heute entsteht im Erinnern an den Nationalsozialismus in Deutschland immer dann Unbehagen, wenn aus Allgemeinplätzen konkrete Verflechtungsgeschichten werden, aus denen Verantwortlichkeiten erwachsen. Wissen über das Handeln der eigenen Vorfahren, Vereinsmitglieder oder Kolleg:innen während des Nationalsozialismus ist bis heute wenig verbreitet.

Die Verantwortlichen selbst haben nicht nur geschwiegen, sondern oftmals aktiv dafür gesorgt, dass ihre Version der Geschichte erzählt wurde, während andere Aspekte ihres Handelns verdrängt wurden. Dies gilt auch für bundesrepublikanische Intellektuelle und ihre Familien. Um nicht über die eigene Rolle im Nationalsozialismus zu sprechen, konstruierten sie – mithilfe der politischen Stimmung im Kalten Krieg – eine fort- und festgeschriebene Fremdheit zum östlichen Europa. Ihre Nachfahren haben diese Narrative

teilweise zementiert, indem sie auf kritische Nachfragen verzichteten; andere kündigten diese Form der Komplizenschaft auf.

Recherchen können ein Korrektiv sein, das dazu beiträgt, Mythen und Auslassungen, die an die Stelle von Fakten getreten sind, ebenso wie *gefühlte Verortungen* (»Meine Verwandten waren im Widerstand«) zu hinterfragen. Sie bieten die Möglichkeit, sich mit sich selbst, dem eigenen Umfeld, aber auch mit gesellschaftlichen Fragen der Gegenwart auseinanderzusetzen – sofern denn entsprechende persönliche Bezüge bestehen –, sich also zu emanzipieren. Der familiäre Rahmen prägt die Menschen auf besondere Weise, er bietet auch eine gute Voraussetzung für Recherchen: Nachfahren finden nicht nur immer wieder historisches Material auf, sondern haben auch das Recht, entsprechende Archivalien einzusehen. Das reine Anhäufen von *Wissen* birgt kein emanzipatorisches Potenzial per se in sich, sondern dieses Wissen sollte kritisch reflektiert werden. Dazu gehört, den kolonialen Blick auf das östliche Europa herauszufordern. In den heutigen, eingangs genannten Begegnungen können sich diese Prägungen – auch unbewusst und affektiv – niederschlagen.

Die Bezüge herzustellen ist auch lohnenswert, um das historisch gewachsene asymmetrische Verhältnis zwischen Deutschland und der Ukraine besser zu verstehen. Die materiellen Realitäten der Gegenwart können durch konkretes Wissen zu den damals vor Ort verübten Zerstörungen ins Verhältnis gesetzt werden. Letztendlich sind es auch ideologische Kontinuitäten wie der Antislawismus, die sich anhand der eigenen Familiengeschichte mitunter veranschaulichen lassen.

Alexa von Winning

Endloser Februar!

Russische Musik gegen Krieg, Lügen und Diktatur

23. Februar 2023

Russians Against War, Voices Of Peace, Sound of Peace und *Stand With Ukraine Charity Tour*: So hießen die Konzertreihen, die russische Musiker:innen nach Beginn der Invasion zur Unterstützung des angegriffenen Nachbarlands organisiert haben. Bekannte Künstler:innen wie Noize MC, Monetotschka, Zemfira oder Oxxxymiron spielten in Berlin, Helsinki, London, Istanbul, Prag, Tbilisi, Tallinn und Warschau. Viele der auftretenden Künstler:innen haben seit Jahren Schwierigkeiten, in Russland Konzerte zu spielen. Die meisten haben nach dem 24. Februar 2022 das Land verlassen, einige sind zu ausländischen Agenten erklärt worden. Im europäischen Ausland spielen sie die Lieder, die in Russland niemand hören soll – und die über YouTube doch ein Publikum finden. Sie singen über ihr Heimatland, das von einem »Amok laufenden alten Gnom« (Oxxxymiron) beherrscht wird, die Ukraine mit Gewalt überzieht und der Welt mit dem Atompilz droht. Sie beklagen Propaganda und Lüge, Zensur und Unterdrückung, Militarisierung und Kriegskult. Die Musiker:innen sammeln Geld für ukrainische Geflüchtete und rufen auf den europäischen Bühnen die zwei Worte, die in Russland nicht gesagt werden dürfen: нет войне, Nein zum Krieg.

Keine Belehrung, keine Verharmlosung

Warum sollten wir unsere Aufmerksamkeit inmitten des zerstörerischen Krieges ausgerechnet diesen Künstler:innen, ihren Themen und ihrer Musik schenken? Es ist einfacher zu sagen, aus welchen Gründen wir es nicht tun sollten. Wir sollten es nicht tun, um die apologetische Vorstellung von »Putins Krieg« wiederzubeleben, den eine Mehrheit der Menschen insgeheim ablehnt. Weite Teile der Bevölkerung unterstützen die Aggression. Erst durch die Mobilisierung begann diese Unterstützung zu bröckeln. Inwieweit das auch für die Musikstars des Landes gilt, ist schwer abzuschätzen.¹ Aber es mangelt dem Kreml nicht an Beistand. Zum Tag der Einheit des Volkes am 4. November 2022 veröffentlichten einige Schlager- und Popstars einen patriotischen Song, in dem sie die russische Bevölkerung dazu aufriefen, sich hinter die Armee zu stellen.² Trotz der gemeinsamen Anstrengung klingt das Lied wie ein trauriger Soundtrack der Mobilisierung: Viel mehr als die Beschwörung längst vergangener Siege gelingt nicht, auch wenn sentimentale Streicher und viel Pathos die Leerstelle zu überdecken versuchen.

Wir sollten die regimekritische Musik auch nicht hören, um die ukrainische Bevölkerung und ihre Kunstschaffenden zu mehr »Differenzierung« gegenüber Russland und seiner Bevölkerung zu mahnen, wie es etwa Jutta Ditzfurth mit ihren Vorwürfen gegen den Schriftsteller Serhij Zhadan getan hat.³ Und wir sollten es schließlich nicht tun, um Ukrainer:innen mit erhobenem Zeigefinger zur Verständigung oder gar Versöhnung aufzurufen. Das ist

1 Zur breiten Ablehnung des Kriegs in der Moskauer Kulturelite siehe den Bericht von Kerstin Holm: Die Taliban im Kreml, in: FAZ, 01.08.2022, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/kulturszene-in-russland-stellt-sich-gegen-den-ukraine-krieg-18211897.html> [05.09.2023].

2 Siehe https://www.youtube.com/watch?v=_8RGN9Qzgas [05.09.2023].

3 Wieder Kritik an ukrainischem Friedenspreisträger Serhij Zhadan, in: t-online, 28.10.2022, https://www.t-online.de/region/frankfurt-am-main/id_100071376/friedenspreis-fuer-ukrainer-serhij-zhadan-kritik-wegen-barbarischer-wortwahl-.html [05.09.2023].

eine unsägliche Anmaßung, solange Teile ihres Staatsgebiets besetzt sind, russische Raketen die Strom- und Gasversorgung zerstören, Tausende Kinder verschleppt werden und niemand weiß, wie viele Massengräber noch auf Entdeckung warten.

Stattdessen sollten wir die Lieder als Teil der Auseinandersetzungen um Russlands militariserte Gegenwart und aktuell desolate Zukunftsaussichten hören. Diese Auseinandersetzung ist seit Putins erneuter Wahl zum Präsidenten im März 2012 im Gang und hat durch den Angriffskrieg massiv an Schärfe und Dramatik gewonnen. Zwar hat sich die autoritäre Staatsmacht in eine Diktatur gewandelt und es bisher geschafft, Proteste binnen kurzer Zeit zu unterdrücken. Knapp 20.000 Verhaftungen und zahllose Strafverfahren für Antikriegsaktionen seit Invasionsbeginn bezeugen ihre unerbittliche Härte.⁴ Aber es gibt weiterhin couragierte Stimmen, die Putins Lügen enttarnen, die schrecklichen Folgen seiner Herrschaft benennen und ein anderes Russland (oder gleich mehrere demokratische Nachfolgestaaten an seiner Stelle) entwerfen. Die musikalische Gegenkultur des Landes gehört zu diesen Stimmen.⁵ Die Musikstile variieren, die Texte sind scharf, voll Trauer oder ambivalent, die Video-clips oft drastisch und aufwühlend. Solange sie über YouTube auch von Russland aus erreichbar bleiben, finden in den Kommentaren virtuelle Begegnungen von Menschen statt, die sich ein anderes Russland wünschen. Es eint sie das Gefühl, einen endlosen Februar zu erleben: düster, gewaltsam, hoffnungslos.

Kriegskult und Militarisierung

Manche Songs bekannter Größen des russischen Rocks, Pops und Raps aus Vorkriegszeiten hören sich heute unweigerlich prophe-

4 Vgl. die ständig aktualisierten Zahlen der russischen NGO OVD-Info unter <https://ovd.info> [05.09.2023].

5 Zur musikalischen Gegenkultur und ihren Protagonist:innen in den Jahren 2018 und 2019 siehe Olga Caspers auf Dekoder: https://www.dekoder.org/de/gnose/protestmusik-monetotschka-noize_mc-shortparis [05.09.2023].

tisch an. »Aber wenn du es wirklich willst, wirst du einen Feind finden / Siehst du, auf dem Kopf deines Nachbarn sind Hörner gewachsen«, singt das Rock-Urgestein Jurij Schewtschuk mit seiner Band DDT in einem Lied über den Dritten Weltkrieg aus dem Jahr 2016, das die Band den »Verrückten« widmet, die einen neuen Krieg vom Zaun brechen wollten. Hellseherische Fähigkeiten hatte Schewtschuk nicht. Die heutige Wirkung des Liedes liegt vielmehr daran, dass der russische Angriffskrieg zwar eine welterschütternde Zeitenwende ist, aber nicht am 24. Februar 2022 begann. Nicht nur wird im Donbass seit 2014 gekämpft. Vladimir Putin hat den Krieg als außenpolitisches Mittel, persönlichen Popularitätsbooster und innenpolitisches Ablenkungsmanöver bereits lange vorher erprobt, etwa in Georgien und Syrien. Diese Kriege begleitet ein propagandistischer Kult des »heroischen« Krieges, der tief ins Alltagsleben der Bevölkerung eindringt.

Diesen Kult haben Anastasia Kreslina und Nikolaj Kostylev von IC3PEAK, einem experimentellen Musikduo aus Moskau, in ihrem Song *Marsch* (2020) besonders eindrücklich eingefangen.⁶ Das in Schwarz, Weiß und Rot gehaltene Video zeigt intime Lebensmomente, die von Gewalt und Blut durchdrungen sind und fließend in Kriegsszenen übergehen. Musizierende Jugendliche, Kinderspielzeug, eine Hochzeit, ein Vorlesungssaal und eine junge Mutter mit Baby: Alles mündet auf dem Schlachtfeld und in Schützengräben, wo die Soldat:innen die letzten Zeichen eines friedlichen Lebens zerschießen. Auch der kindlich-hohe Gesang, den Kreslina mit halbgeflüstem Sprechgesang abwechselt, explodiert.

Shortparis, eine putinkritische Elektroband aus Sankt Petersburg mit expressiven Performances, die auch in Westeuropa zunehmende Aufmerksamkeit erfährt, stellt die Gewalt in ihrem Lied *Es spricht Moskau* (2021)⁷ als historische Konstante dar: »Die Angst vorm Revolver / Ist wie ein Glaube / Das ewige Maß / Unserer Liebe.« Symbole und Ästhetik sind stark sowjetisch inspiriert, aber Text

6 <https://www.youtube.com/watch?app=desktop&v=xqohApD6Ng8> [05.09.2023].

7 https://www.youtube.com/watch?v=_d1AmMt6A9s [05.09.2023].

und Video sind zugleich offen für aktuelle Deutungen. So ist eine Kette von Revolvern, die uniformierte Männer an die Schläfe des nächsten halten, ein eindrückliches Bild für Stalins Terrorherrschaft, ebenso aber für die Putin'sche Vertikale der Macht. Auch die Textzeile, dass es unter der Moskauer Herrschaft »Jungs zum halben Preis« gebe, wird in den Kommentaren unter dem Video als schmerzhaft aktuell kommentiert.

TV-Propaganda als Fäkalien

Die Raveband Little Big hat im Juni dieses Jahres mit *Generation Cancellation* ein Lied veröffentlicht, das bereits eine direkte Reaktion auf die Invasion der Ukraine ist.⁸ In Interviews und Kommentaren betonen die Bandmitglieder, dass der Song als Protest gegen den aktuellen Krieg zu verstehen ist. Text und Video selbst sind allerdings weniger eindeutig, weil ein Teil der gebrauchten Symbole eher dem westlichen Kontext zuzuordnen ist.⁹ An anderer Stelle ist der Band allerdings ein mächtiges und treffendes Bild gelungen. Das Video präsentiert Fernsehpropaganda als Fäkalien, die durch dicke Rohre direkt vom Toilettensitz des Moderators in die Köpfe der willenslosen Zuschauer:innen und Schulkinder gepumpt werden. Was sie dort anrichtet, lässt sich tagtäglich beobachten.

Die Gefahren und Absurditäten der Propagandasprache hat auch Semen Slepakow, Komiker und Sänger, in mehreren Liedern thematisiert. In *Die Dinge sind nicht so eindeutig*¹⁰ greift er – im klassischen Bardenstil mit Sologitarre – eine zentrale Strategie der russischen Propaganda auf und illustriert, wie Zweifel und Verwirrung Menschen dazu verführen, sich ins Nichtstun zurückzuziehen. *Nein zur*

8 <https://www.youtube.com/watch?v=7Yy4RP4FMNk> [05.09.2023].

9 Z.B. in diesem Interview mit dem Onlinemedium Holod, übers. von Dekoder: <https://www.dekoder.org/de/article/little-big-exil-cancellation> [05.09.2023].

10 <https://www.youtube.com/watch?app=desktop&v=FYizYh70KeU> [05.09.2023].

Wobla (нет воoble)¹¹ ist ein Wortspiel mit dem Slogan Nein zum Krieg: Eine Demonstrantin in Tjumen' wurde freigesprochen, nachdem sie behauptet hatte, »нет в***е« sei ein Protest gegen die Fischart Wobla und nicht gegen den Krieg gewesen.¹² Der Song treibt das Spiel weiter: »Wir dürfen die Augen nicht vor diesen Gräueltaten [des Fisches] verschließen / schließlich führt unser Staat Kriegshandlungen durch.«

Fleischprodukte *Made in Russia* und die Frage der Schuld

Der frenetischen Überhöhung Russlands in der staatlichen Propaganda hat der Rapper Oxxxymiron, Schöpfer zahlreicher kreml-kritischer Songs, eine drastische Antwort entgegengesetzt. In *Hergestellt in Russland* (2022)¹³ – vermutlich nicht zufällig eine Parallele zum Großmacht-Schlager *Hergestellt in der SSSR*¹⁴ – zeichnet er Russland als Fleischfabrik, die Menschen zur Schlacht(ung) produziert. Der düstere Sound unterstreicht den bedrückenden Text: Der Einberufungsbescheid kommt als vierter Reiter der Apokalypse zu jungen Menschen, die sich gestern noch auf Petersburger Brücken geküsst haben, und schickt sie in den Tod.

Ähnlich schwarz porträtiert Noize MC, wie Oxxxymiron ein Rapper und Regimegegner, in *Ausweis* (2022) Russland als ewige Hölle, für die die Bürger:innen ein Visum zur mehrfachen Einreise haben.¹⁵ Eigentlich geht es in dem Lied aber um die Frage der eigenen Schuld: »Wasch Dich nicht rein / Du bist auch schuld« lautet der Refrain, »Du bist einer von ihnen«. Es gibt kein Video zu dem Lied, lediglich einige Mitschnitte von den Voices of Peace-Konzerten, wo Ivan Alekseev es im Frühjahr 2022 erstmals aufführte.

11 https://www.youtube.com/watch?app=desktop&v=8Q_YfcpgdGU [05.09.2023].

12 <https://zona.media/news/2022/10/12/tumen> [05.09.2023].

13 <https://www.youtube.com/watch?v=LlsZbmji68Y> [05.09.2023].

14 <https://www.youtube.com/watch?app=desktop&v=coeH02wg4IE> [05.09.2023].

15 <https://www.youtube.com/watch?v=0VeHAcXjFsw> [05.09.2023].

In Prag wandte er sich direkt an die Russ:innen im Publikum.¹⁶ Wer von ihnen auf Tschajkowskij oder Gagarin stolz sein wolle, müsse auch die andere Seite der russischen Medaille annehmen und Scham über den Krieg empfinden. Damit nicht genug: Sie sollten es sich nicht in ihrer Hilflosigkeit einrichten, sondern sich einmischen. Im Lied heißt es: »Im Luftschutzbunker quietscht ein Kind zum letzten Mal / Du hast alles bedacht, die Faktoren abgewogen und bist kein Risiko eingegangen / den satten Arsch lullt auf dem weichen Sofa die Lüge ein.«

Einsamkeit und die Suche nach einem neuen Russland

»Ich bin wie eine Fremde in der eigenen Familie« singt Nastja Kreslina in *Marsch*. In den YouTube-Kommentaren unter dem Video erhält diese Zeile große Zustimmung. Unter einem Video von Shortparis schreibt jemand ähnlich: »Mein Gott, Leute, ich danke euch für diese Kommentare, für unseren gemeinsamen Schmerz, ich habe mich zum ersten Mal seit einem halben Jahr nicht allein gefühlt mit meinem furchtbaren Schmerz angesichts der Hölle und des unmenschlichen Hasses um mich herum. Ukraine, verzeih, verabschiede dich nicht, das kann man nicht wiedergutmachen.« Eine andere Nutzerin vergleicht den Verlust ihrer Angehörigen an die Putin-Propaganda mit einer Demenzerkrankung. Zwar saßen ihr noch dieselben Menschen gegenüber wie früher, aber es seien nur noch Hüllen, und ihr Zustand werde von Tag zu Tag schlimmer. Manche der Kommentare reflektieren, dass die ukrainische Bevölkerung von russischen Händen viel unmittelbarere Gewalt und Zerstörung ertragen muss; die meisten tun es nicht.

Die kritischen Lieder und User-Kommentare bieten auf YouTube einen virtuellen Raum, um solche Gefühle auszudrücken und auszutauschen. Es dominieren Einsamkeit, Verzweiflung und Schmerz – und nicht etwa Kränkung oder Stolz, die zentralen emotionalen Elemente der Kreml-Propaganda. Gekränkter Stolz taucht nur dort auf, wo Lieder explizit an der gegenwärtigen

16 <https://www.youtube.com/watch?v=2gKDHcIDris> [05.09.2023].

staatlichen Verfassung Russlands kratzen und ungebetene Verteidiger der imperialistischen Heimat anlocken. Oxxxymirons *Ojda* (2022) ist ein solches Beispiel.¹⁷ Das Lied ruft dazu auf, statt des alten Imperiums ein neues Haus zu bauen, erwähnt die weiß-blau-weiße Fahne der demokratischen Opposition und endet mit einem separatistischen Verweis auf die Regionalisierung der Russischen Föderation. Das ruft neben viel Zustimmung feindselige Kommentare hervor, die den Rapper als Verräter bezeichnen und mitunter antisemitisch werden. Nicht nur auf YouTube gibt es Widerspruch. Am 6. Dezember 2022 meldete die staatliche Nachrichtenagentur TASS, dass die Petersburger Staatsanwaltschaft ein Verfahren gegen Oxxxymiron eingeleitet hat. Das Lied rufe zu Handlungen auf, die die territoriale Integrität der Russländischen Föderation verletzen könnten, so die Begründung.¹⁸

Tiefe Entputinisierung

Mit ihren vielstimmigen Beats, Melodien und Metaphern deuten die Lieder allesamt auf die gewaltige Aufgabe, die nach Befreiung und Wiederaufbau der Ukraine wartet: die Entputinisierung Russlands. Sie betrifft Putins Verfügungsgewalt über die Streitkräfte, den Sicherheitsapparat, die Öl- und Gasvorkommen und die Medien. Aber die Voraussetzungen für seine Herrschaft gehen tiefer und dauern länger an. Deswegen muss auch die Entputinisierung viel mehr als nur ein Macht- und Institutionenwechsel sein. Es scheint, dass die Musiker:innen das erkennen. Putin selbst taucht nur selten in den Liedern auf. Die Niederlagen der russischen Armee und die ungeheuren menschlichen und ökonomischen Kosten des Krieges treiben gerade Risse in seine Herrschaft, durch die die Botschaften der Songs vielleicht stärker als bisher eindringen können.

17 <https://www.youtube.com/watch?v=pYymRbfjKv8> [05.09.2023].

18 <https://tass.ru/obschestvo/16514319> [05.09.2023].

Julia Elena Grieder

Der Klang der Selbstbehauptung

Musik und Politik in der Ukraine seit 1989

23. Februar 2023

Im Schatten des Krieges mit seinen Warnsirenen, Bombenexplosionen und Artilleriefeuern gewann das Kalush Orchestra am 14. Mai 2022 den Eurovision Song Contest (ESC) für die Ukraine. Die Band beendete ihren Auftritt mit einem Appell an das europäische Publikum: »I ask for all of you, please help Ukraine, Mariupol. Help Azovstal right now!«¹ Der Wettbewerb wurde nicht zum ersten Mal zur internationalen Bühne politischer Konflikte, obwohl seine Organisator:innen nicht müde werden, seinen unpolitischen Charakter zu bekräftigen. Zugleich war der Auftritt am ESC auf mehreren Ebenen kennzeichnend für die in der Ukraine besonders dichte Verflechtung von Musik, Politik und nationaler Selbstbehauptung. Denn ukrainische Musiker:innen haben nicht nur in Anbetracht akuter kriegerischer Konfrontation immer wieder auf der Bühne das Wort ergriffen, um sich für nationale und politische Anliegen auszusprechen.

Musik begleitete die Souveränitätskämpfe und Nationsbildungsprozesse der Ukraine im 20. und 21. Jahrhundert und brachte dabei eines der zentralen Narrative der ukrainischen Geschichte zum Klingen: die Geschichte vom langen Kampf um die Unabhängigkeit. Sie erzählt von der ukrainischen Behauptung gegen die

1 Live-Auftritt des *Kalush Orchestra* am Finale des Eurovision Song Contest 2022, <https://www.youtube.com/watch?v=F1fl60ypdLs> [05.09.2023].

polnisch-litauische Adelsrepublik, die Habsburgermonarchie, das russische Zarenreich und die Sowjetunion. Schützen- und Rebellenlieder begleiteten die ukrainischen Befreiungskämpfe rund um den Ersten und Zweiten Weltkrieg. Sie sind bis heute aktuell.

Ertönten in der ersten Hälfte des Jahrhunderts patriotische Marschlieder, so änderte sich der Klang der Musik in der zweiten. Barden- und Kobsarenmusik wurden zum Ausdruck von Dissens besonders in der Sowjetukraine wie auch in der gesamten Sowjetunion. In den 1970er Jahren besang der populäre Schlagerstar Wolodymyr Iwasjuk in seinen Balladen die Liebe zum ukrainischen Heimatland, bis er schließlich mit nur 30 Jahren unter ungeklärten Umständen tot aufgefunden wurde. Der Trauermarsch wandelte sich zu einem Protestzug gegen die sowjetische Regierung. Und auch im Übergang der Ukraine vom sowjetischen zum postsozialistischen Staat war die Musik Teil der aufflammenden zivilgesellschaftlichen, kulturellen und politischen Souveränitätsbewegung. Im Vorfeld des ESC, den die Ukraine wegen des Krieges in Großbritannien ausrichtet, lohnt sich ein Blick zurück auf die Verschränkung von Musik und Politik in der unabhängigen Ukraine.

1989: Am Vorabend der Unabhängigkeit

Die durch Michail Gorbatschow eingeleitete Politik von Öffnung und Umbau belebte erst mit Verzögerung die zivilgesellschaftlichen oppositionellen Kräfte in der Ukraine. Dies zeigte sich jedoch gleich in verschiedenen Bereichen. Die Verharmlosung der Reaktorkatastrophe von Tschornobyl² führte erstmals zu einer Mobilisierung von ökologisch bewussten Kreisen und formte einen beachtlichen Zweig der »informellen« Opposition. Erste Vereinigungen wie die »Grüne Welt« wurden gegründet.

2 Siehe Dossier zum 20. Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl auf zeitgeschichte | online : <https://zeitgeschichte-online.de/themen/die-reaktorkatastrophe-von-tschernobyl> [05.09.2023].

Von großer Bedeutung für die nationale Bewegung war der Kampf der Unierten Kirche für ihre Legalisierung. Dies wurde insbesondere durch das tausendjährige Jubiläum der Christianisierung der Kyjiwer Rus 988 stimuliert und führte zur Wiederbelebung religiöser Praktiken. Auch zivilgesellschaftliche Organisationen begannen sich zu formieren, eine ukrainische Sektion der Gesellschaft *Memorial* sprach öffentlich sensible Themen wie die Hungersnot 1932/33 (ukr. *Holodomor*) an und drängte zur Aufarbeitung dieser Zeit. Die ukrainische Helsinki-Gruppe wurde zum Medium verschiedener ehemaliger politischer Gefangener und plädierte für politische Autonomie der Ukraine, demokratische Grundrechte sowie die Wahrung der Menschenrechte. Gleichzeitig entwickelten sich kulturelle Bewegungen wie die Taras-Schewtschenko-Gesellschaft für die ukrainische Sprache, die an die oppositionellen Strömungen der 1920er sowie der 1950er und 1960er Jahre anschlossen. Sie zielten auf eine »Wiedergeburt« der ukrainischen Kultur ab.

Der Übergang zur Massenpolitisierung des Lebens in der Ukraine spiegelte sich auch in der Musik. 1989 fand das erste rein ukrainischsprachige Musikfestival *Tscherwona Ruta* (Rote Raute) statt.³ Nicht zufällig folgte das Festival auf den Gründungskongress der oppositionellen »Volksbewegung der Ukraine für die Perestrojka« *Ruch*, welche die nationale und wirtschaftliche Souveränität der Ukraine forderte. Das Festival vereinte die mannigfachen Anliegen der kulturellen und gesellschaftlichen Oppositionskreise durch das Medium Musik. Indem Sänger:innen wie Sestrytschka Wika⁴ oder der Barde Eduard Dratsch⁵ ausdrücklich Dinge wie die Wiedereinsetzung des Ukrainischen als offizielle Sprache forderten, nahm das Konzert den Charakter einer politischen Kundgebung an.⁶ Taras Petrynenko und seine Rockgruppe Hrono thematisierten die Auswirkungen

3 Siehe <https://www.youtube.com/watch?v=gTSYi15dVdY> [05.09.2023].

4 https://www.youtube.com/watch?v=IQpln6h_X2E [05.09.2023].

5 <https://www.youtube.com/watch?v=sloPz6Vnfrw> [05.09.2023].

6 In der Verfassung von 1977 wurde – mit Ausnahme der südkaukasischen Unionsrepubliken Armenien, Georgien und Aserbaidschan – das Russische als alleinige und offizielle Amtssprache eingeführt.

der Reaktorkatastrophe in *Tschornobylska zona*;⁷ auch Komu Wnyz widmeten den Opfern der Katastrophe ein Klagelied. Die Musiker:innen begleiteten ihre Auftritte mit nationalpatriotischen Wechselgesängen wie *Slawa Ukrajini* (Ruhm der Ukraine) oder *Heorijam slawa* (Ruhm den Helden), die sich seit Beginn des 20. Jahrhunderts verbreiteten.⁸

Während des Festivals konnten die Menschen Ideen und Themen zur Sprache bringen, die vor der Perestroika zensiert worden waren. Dazu gehörten sowohl universelle als auch nationalistische Ideen sowie Themen der Selbstbestimmung. Die Beschäftigung mit der Vergangenheit stellte Momente der nationalen Aufopferung und Größe ins Zentrum des kollektiven Gedächtnisses: Zu den Referenzpunkten zählten vor allem der Kosakenstaat des 17. Jahrhunderts und die Unabhängigkeitskämpfe gegen Polen-Litauen, Österreich-Ungarn und das Russische Reich. Ihrer wurde durch traditionelle Instrumente und Kleidung sowie mit einem entsprechenden Liedrepertoire wie Schützenliedern oder der Hymne⁹ (der ukrainischen Volksrepublik [1917–1920], die auch seit 1991 wieder die offizielle Nationalhymne ist und nicht die Hymne der Ukrainischen Sowjetrepublik) gedacht.

Die Rockmusik trug dazu bei, das vorherrschende Stereotyp der ukrainischen Kultur als marginal und in ihren ländlichen Ursprüngen verhaftet zu bekämpfen, und veranschaulichte stattdessen, dass sie mit dem »Westen« Schritt gehalten hatte. Zuvor war ukrainische Musik nur in einem beschränkten Maße gefördert worden und erlaubt gewesen, vor allem im Bereich der Folklore oder des Chansons. Das Festival *Tscherwona Ruta* 1989 trug zur politischen

7 https://www.youtube.com/watch?v=R-BJ1Q_WRFU [05.09.2023].

8 Der Gruß *Slawa Ukrajini*, der auf ein Gedicht des Nationaldichters Taras Schewtschenko (1839) zurückgeht, findet sich bereits im ukrainischen Unabhängigkeitskrieg 1917–21. Als Wechselgesang mit der Antwort *Heorijam slawa* wurde er ab 1941 von der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) verwendet. In der Sowjetunion war die Losung für viele Jahre verboten. Seit Ende der 1980er Jahre verbreitete sich der Slogan zunehmend bei politischen Kundgebungen für die Souveränität und eine unabhängige, demokratische Ukraine.

9 <https://www.youtube.com/watch?v=EOZsutZMwTU&t=271s> [05.09.2023].

und gesellschaftlichen Bewusstseinsbildung bei und bot ein seltenes, öffentliches Forum, um spontane Unterstützung für die ukrainische Kultur zum Ausdruck zu bringen.

Im Juli 1990 erklärte sich die Ukraine zur souveränen Unionsrepublik innerhalb der Sowjetunion. Ferner folgten eigene außenpolitische Aktivitäten und Abkommen mit anderen sowjetischen Republiken, im Zuge derer es erstmals zur offiziellen Anerkennung der politischen Existenz der Ukraine durch Russland kam. Nach dem Putschversuch im August 1991 in Moskau löste sich die Sowjetunion auf. Auch die Ukraine verkündete ihre Unabhängigkeit und bekräftigte so die Unantastbarkeit ihres international anerkannten Territoriums sowie die Exklusivität der ukrainischen Verfassung und Gesetze.

2004: Die Orangene Revolution

Neben dem Ausdruck politischer Ansichten spielte Musik auch bei der Mobilisierung von Anhänger:innen für politische und zivilgesellschaftliche Themen eine Rolle. So auch bei der Präsidentschaftswahl im Herbst 2004, die generell als richtungsweisend für die West- oder Ostorientierung der Ukraine wahrgenommen wurde. Beide Favoriten der Präsidentschaftswahl warben bereits im Wahlkampf vielfach Musiker:innen an.

Der aus der Ostukraine stammende Präsidentschaftskandidat Wiktor Janukowytsch, der den Ausbau des Wohlfahrtsstaats und die Stärkung der russischen Sprache sowie eine engere Bindung an Russland vertrat und somit die herrschende politische und wirtschaftliche Elite und auch das offizielle Russland hinter sich wissen konnte, organisierte zwei nationsweite Konzerttourneen. Dafür rekrutierte er in erster Linie russischsprachige Bands aus der Ukraine und Russland, darunter vor allem Vertreter:innen aus der – seit der Sowjetzeit beliebten – Unterhaltungsmusik *Estrada*.¹⁰

10 Mehr zum Genre der *Estrada* beispielsweise hier: Ruf der Freiheit? – Politik und Schlager in der Sowjetunion, Radiofeature von Christian Beisenherz mit Ingo Grabowsky, 06.10.2013, <https://www.beisenherz.de/?p=805> [16.01.2023].

Dagegen stilisierte sich sein Kontrahent Wiktor Juschtschenko zunehmend zu einem Kandidaten der Opposition. Hinter Juschtschenko vereinten sich die nationalen demokratischen Kräfte und Ausläufer der Volksbewegung *Ruch*. Vor allem die westukrainische Bevölkerung sowie die ukrainisch- und russischsprachigen Mittelschichten setzten ihre Hoffnungen in ihn. Juschtschenko engagierte für seinen Wahlkampf ukrainischsprachige Bands der jüngeren Generation, bei welchen Folk- und Populärkultur verschmolzen. Dabei setzte er bewusst auf rebellische, energiegeladene und mit Protest assoziierte Rockmusik.

Musik blieb prägend auch für die Massenproteste nach dem manipulierten ersten Wahlgang, der hunderttausende Menschen in der Hauptstadt auf die Straße brachte. Denn ukrainische Rock- und Popmusikgruppen begleiteten in den frostigen Novembertagen die Demonstrierenden auf dem Unabhängigkeitsplatz und spielten das wohl »längste Rockkonzert der Geschichte«.¹¹ Viele Musiker:innen und Bands, wie die Rockgruppe *Okean Elzy*,¹² *Vopli Vidopliassova*¹³ oder die ESC-Gewinnerin *Ruslana*¹⁴ traten für die Protestierenden auf. Ihre sozial und politisch aufgeladenen Lieder zu Themen wie Freiheit, Demokratie und nationale Identität wurden zu Hymnen der Protestbewegung. Die Band *Greenjolly* wurde mit ihrem in wenigen Tagen entstandenen Revolutionshit *Razom Nas Bahato*¹⁵ (Zusammen sind wir viele) sogar als Vertretung der Ukraine in den ESC 2005 geschickt.

11 Daniel Williams: Ukraine Rockers Set Protest to Their Unique Beat, in: Washington Post, 11.12.2004, www.washingtonpost.com/archive/lifestyle/2004/12/11/ukraine-rockers-set-protest-to-their-unique-beat/f0de1165-1d82-4809-a253-a7397c6df97f/ [05.09.2023].

12 <https://www.youtube.com/watch?app=desktop&v=NXnytBRDh-4&feature=youtu.be> [05.09.2023].

13 <https://www.youtube.com/watch?app=desktop&v=JWjCrhr40fI&feature=youtu.be> [05.09.2022].

14 <https://www.youtube.com/watch?app=desktop&v=10XR67NQAc&feature=youtu.be> [05.09.2022].

15 Inspiriert wurden sie vom chilenischen Widerstandslied gegen die Diktatur von Augusto Pinochet *¡El pueblo unido jamás será vencido!* (1973) von Sergio Ortega/Quilapayún.

Zugleich löste sich die Musik der Massenproteste aus der Verknüpfung mit den institutionalisierten Parteien. Die Demonstrierenden sangen auch selbst Lieder, wobei das Repertoire von Liedern der Ukrainischen Aufständischen Armee (UPA, 1942–1956) bis hin zu populären Songs reichte. Die Bevölkerung brachte sich durch Musik jenseits der Bühne in das Geschehen ein. Die Protestaktionen regten auch die Produktion musikalischer Kompositionen an, die sich dem politischen Diskurs annahmen, ihn verarbeiteten und thematisierten. Besonders charakteristisch dafür waren Lieder, die unter der Bezeichnung »TAK-Techno«¹⁶ zusammengefasst werden könnten. Diese Lieder fügten Originaltonaufnahmen von Protesten, Segmente von gesprochenem Wort von Reden auf Techno-Beats.¹⁷ Dadurch wurden die komponierenden Amateur:innen zum Sprachrohr jenes Teils der Bevölkerung, der am traditionellen, institutionalisierten politischen Diskurs nicht teilhaben konnte. Bereits während der Orangen Revolution gab es offiziell herausgegebene und selbstgebrannte CDs mit diesen Liedern als eine Art Souvenir zu erwerben. Die einzelnen Tonträger sind Teil der medialen Inszenierung des Ereignisses. Musik wurde folglich zu einem Metanarrativ der Revolution selbst.

Der Einsatz von Musik als Mittel des politischen Aktivismus wurde 2004 zum Medium des demokratischen Ausdrucks und der Teilhabe einer erstarkenden Zivilgesellschaft. Die Orangene Revolution brachte dem Land einen Demokratisierungsschub. Im Nachgang entfaltete sich eine Meinungs- und Medienfreiheit, die nachfolgenden Wahlen liefen zunehmend fair ab, und ein Parteiensystem begann sich zu entwickeln. Die Protestwelle machte jedoch auch die bestehenden vielschichtigen Spannungen im Land deutlich und vertiefte sie, insbesondere in Bezug auf die nationale Identität und Zugehörigkeit. Wirklich gewichtige Verschiebungen sollten jedoch erst knapp ein Jahrzehnt später erfolgen, als der kulturelle Einfluss Russlands vermehrt als Bedrohung wahrgenommen und das Interesse an »eigener Musik« verstärkt wurde.

16 *TAK!* – zu Deutsch *Ja!* – war der Wahlslogan von Wiktor Juschtschenko während seines Präsidentschaftswahlkampfes 2004.

17 <http://www.pomaranch.org.ua/music.php> [05.09.2023].

2013/14: Euromaidan

Erneut sollte der Unabhängigkeitsplatz in Kyjiw zur Bühne politischer Auseinandersetzungen werden. Der *Euromaidan*, in der Ukraine meist als »Revolution der Würde« bezeichnet, wurde durch die Entscheidung der Regierung Janukowytsch ausgelöst, das lang erwartete Assoziierungsabkommen zur Stärkung der Beziehungen mit der EU nicht zu unterschreiben und stattdessen engere Beziehungen zu Russland aufzubauen. Oppositionelle politische Akteur:innen und auch das Regierungslager versuchten erneut, durch die Organisation von Konzerten Menschen zu mobilisieren. Anders als bei früheren Demonstrationen spielte die pragmatische Funktion der Musik, durch Konzerte Leute anzulocken, jedoch eine untergeordnete Rolle. Die Bands und Sänger:innen distanzierten sich nun immer mehr von der institutionalisierten Politik und verstanden sich als Sprachrohr des Volkes.

Eine breite Palette an ukrainischer Folk- und Ethnomusik erklang aus den Lautsprechern. Die politischen Konfrontationen fanden reichlich Ausdruck in musikalischen Kompositionen, die die dynamischen Ereignisse praktisch in Echtzeit begleiteten. Während der dreimonatigen Proteste wurde die Bühne auf dem Maidan erneut zum Zentrum der Proteste, wo täglich Kundgebungen, Shows und Konzerte stattfanden. Von früheren Protesten bekannte, aber auch neue Bands wie die Ethno-Formation *DakhaBrakha*¹⁸ und die Rock Gruppe *Kozak System*¹⁹ waren präsent. Dort wurde zur Vergemeinschaftung aufgerufen und die Ziele der Protestierenden laufend artikuliert. Der wichtigen strategischen Rolle der Bühne waren sich alle Beteiligten auf und vor der Bühne bewusst. Um die Proteste zu verteidigen und ihren Status aufrechtzuerhalten, wurde dafür Sorge getragen, dass die Bühne nie leer blieb. Obschon die Mehrheit der Liedtexte überwiegend auf Ukrainisch war, gab es aber auch russischsprachige populäre Lieder. Die Musik des *Euromaidans* war

18 <https://youtu.be/VowNgMWcubA> [05.09.2023].

19 https://youtu.be/QBW85LFx_fw [05.09.2023].

nicht mehr auf diese beiden Sprachen beschränkt. So wurden auch polnische, jiddische, englische und krimtatarische Lieder gespielt. Der nichtabbrechende Musikfluss wurde von der regierungstreuen Seite auf dem Anti-Maidan mit sowjetischer und russischsprachiger Populärmusik und patriotischen Sowjetliedern bekämpft.

Obwohl der *Euromaidan* auch von einem politischen Ereignis ausgelöst wurde, wandelte er sich zu einer grundlegenden Auseinandersetzung um identitätspolitische Fragen, die quer durch die ukrainische Gesellschaft ging und radikalen Stimmen beider Seiten des Spektrums eine Bühne bot. Dieser polarisierte Interpretationskampf spiegelte oft den festgefahrenen Diskurs über die geopolitische Schwellenposition der Ukraine wider: für immer das Grenzland schlechthin. Die Zuspitzung des Konfliktes, die Flucht des amtierenden Präsidenten Wiktor Janukowytsch und die als solche klar wahrgenommene Einwirkung internationaler Kräfte vor allem aus dem Osten auf die Ukraine trugen dazu bei, dass die Proteste vermehrt auch als Kampf um die nationale Souveränität wahrgenommen wurden.

Mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland und dem Krieg im Donbass gewann das Narrativ des nationalen Unabhängigkeitskampfes noch mehr an Bedeutung. Entsprechend wuchs die Präsenz patriotischer Lieder früherer Souveränitätskämpfe zu Beginn und Mitte des 20. Jahrhunderts und der damit verbundenen Symbolik. Das Vorhandensein nationalistischer Untertöne in der Musik wurde als Argument verwendet, dass antirussische Nationalist:innen die Ereignisse antrieben. Dies zeichnete sich bereits in der offiziellen Rhetorik Russlands 2004 ab und intensivierte sich 2013/14.²⁰

20 Die Referenz auf nationalistische Organisationen wie UPA und OUN sowie ihre vermeintlichen Märtyrer, darunter Stepan Bandera, wird kontrovers gesehen. Mehr zum Narrativ des »ukrainischen Faschismus« und der Wahrnehmung in der deutschen und russischen Öffentlichkeit siehe: Kai Struve: Stepan Bandera. Geschichte, Erinnerung und Propaganda, in: Bundeszentrale für politische Bildung: Ukraine-Analyse Nr. 270, 22.06.2022, <https://www.bpb.de/themen/europa/ukraine-analysen/nr-270/509748/analyse-stepan-bandera-geschichte-erinnerung-und-propaganda/> [05.09.2023].

2022: Musiker:innen gegen den Krieg

Auch 2022 spielen Musiker:innen eine wichtige Rolle in der Verteidigung der Ukraine. Sänger, wie der Rockbandleader von *BoomBox*,²¹ Andrij Chlywnjuk, legten das Mikrofon nieder und meldeten sich bei den Wehrbehörden.²² Die Rapperin *alyona alyona*²³ und andere nutzen ihre Reichweite in den Sozialen Medien dazu, in Europa und den USA Leute zu informieren, wie humanitäre, militärische und medizinische Unterstützung geleistet werden kann. Im Ausland bekannte Bands wie *Okean Elzy* touren durch Europa und sammeln Spendengelder. Das *Kalush Orchestra* versteigerte den ESC-Siegerpokal und spendete den Verkaufserlös von 900.000 US-Dollar der Armee. Konzerte und Aufführungen gehören zu den ersten Solidaritätsbekundungen aus der westlichen Kulturwelt. Internationale Kooperationen mit Weltstars wie *Pink Floyd*²⁴ bestärken die Solidarität und interpretieren altbekannte Schützenlieder neu. Die irische Rockband *U2*²⁵ spielte ein Friedenskonzert in einer Metrostation der ukrainischen Hauptstadt, die zum Luftschutzkeller umfunktioniert wurde. Aber auch Persönlichkeiten aus der russischen Musikszene, darunter die absolute Kultsängerin der *Estrada* Alla Pugatschowa²⁶ oder der Rapper Noize MC, wurden zu Gegner:innen des Krieges in der Ukraine. Musik im Krieg dient dem kollektiven Widerstand und dem zivilen und militärischen Zusammenhalt. Musiker:innen dienen im Krieg, auf und neben der Bühne. Unterstützt werden sie dabei von internationalen Kolleg:innen.

21 https://youtu.be/_Wm0a-W4Cfo [05.09.2023].

22 Mehr dazu bei Sergii Cane: Der Klang des Widerstands, in: Osteuropa 6-8/2022.

23 <https://www.youtube.com/watch?v=eZslMJsyKdw> [05.09.2023].

24 <https://youtu.be/saEpkcVi1d4> [05.09.2023].

25 <https://youtu.be/w8DUWpiqxJM> [05.09.2023].

26 <https://www.dekoder.org/de/gnose/alla-pugatschowa-estrada> [05.09.2023].

Kateryna Chernii

Eine rasende Fahrt durch Kyjiw im Morgengrauen

It's a Date – Ein Film der ukrainischen Regisseurin
Nadia Parfan in den Berlinale-Shorts

20. Februar 2023



It's a Date ist der erste Spielfilm der ukrainischen Regisseurin Nadia Parfan, die bereits durch ihre Dokumentarfilme bekannt geworden ist. Der fünfminütige Kurzfilm läuft auf der diesjährigen Berlinale in der Sektion Berlinale Shorts. *It's a Date* wurde aus der Perspektive eines/einer Autofahrer:in in einer einzigen Einstellung ohne Schnitt gedreht. Der Blick ist durch die Windschutzscheibe auf die Straßen von Kyjiw im Morgengrauen gerichtet, inmitten des Krieges.

Wer kennt Kyjiw?

Wie Nadia Parfan selbst erklärt, wurde sie für diesen Film von Claude Lelouch inspiriert, der in seinem Kurzfilm aus dem Jahr 1976 *C'était un rendez-vous* eine rasante Autofahrt durch das frühmorgendliche Paris zeigt. Nadia Parfan wollte einen ähnlichen Kurzfilm in Kyjiw drehen, noch vor dem russischen Angriffskrieg, konnte dies aber erst im Sommer 2022 machen.¹

»Für mich ist es ein paradoxer filmischer Ausdruck«, erklärt sie in einem Interview des ukrainischen Fernsehens. »Es ist ein Film, der in einer Einstellung ohne Schnitt, auf hoher Geschwindigkeit gedreht wurde, was ziemlich ehrgeizig, wenn nicht sogar verrückt ist. Was auch interessant ist, ist, dass dieser Film von Kyjiw handelt. Seien wir ehrlich, die Leute kennen Paris, New York, London oder Tokio, aber die Ausstrahlung und Schönheit Kyjiws wurde noch nie in einem solchen Ausmaß gezeigt.«²

Kyjiw im Krieg

Kyjiw erscheint hier so, wie es ist: schön und hässlich, prachtvoll und schäbig. Für mich als gebürtige Kyjiwerin weckten die fünf Minuten, die der Film dauerte, Erinnerungen an meine Kindheit und Jugend, an meine Tage in Kyjiw, an die Stadt, die für immer mein Zuhause und meine Heimat sein wird. Seit einem Jahr war ich nicht mehr dort. Beim Anschauen der bekannten Kyjiwer Orte habe ich gespürt, wie sehr ich die Stadt vermisste, wie ich meine Heimat und das Leben vor dem Angriffskrieg vermisste. Der Anblick der bekannten Straßen brachte mich den Tränen nahe.

1 *It's a Date* wurde auf der 73. Berlinale im Rahmen der Sektion Berlinale Shorts gezeigt: <https://www.berlinale.de/de/2023/programm/202304941.html> [05.09.2023]. Mehr dazu, worüber und für wen Regisseurin Nadia Parfan ihren Film gedreht hat, findet sich unter: <https://kanaldim.tv/cze-pobachennya-pokazhut-na-berlinale-pro-shho-ta-dlya-kogo-znimala-kino-rezhyserka-nadiya-parfan/> [05.09.2023].

2 Ebd.

Kyjiw ist nicht mehr die Stadt, die ich Anfang Februar 2022 verlassen habe. Es herrscht Krieg. Im Film spürt man dies nur an wenigen Stellen, etwa angesichts der Panzersperren auf den Straßen, am vorbeirasenden Militärkrankenwagen und am deutlichsten angesichts der zerstörten russischen Panzer vor dem Michaelskloster. Trotz des Krieges geht das Leben in Kyjiw weiter, und dieser Kurzfilm bietet einen Einblick in das Leben im heutigen Kyjiw. Es gibt keine Dialoge, nur das beständige Geräusch des Motors, des Autos also, das das Publikum auf die Fahrt durch Kyjiw mitnimmt.

It's a Date endet mit einem berührenden Treffen zweier Frauen. Diana Berg, Kulturaktivistin aus Donetsk und Mariupol, und Olena Tyhra, Notfallsanitäterin, die derzeit bei der ukrainischen Armee dient. Diana hat zweimal ihr Zuhause verloren, erst in Donetsk und dann auch in Mariupol. Jetzt hilft sie den Streitkräften und macht Lobbyarbeit für die Ukraine im Ausland.³ Wie Olena dienen fast 60.000 ukrainische Frauen bei der ukrainischen Armee.⁴ Die breite Mobilisierung der ganzen ukrainischen Gesellschaft und der aktive militärische und zivile Widerstand verhinderten Russlands scheinbar einfachen »Sieg« über den viel kleineren Nachbarn.

Die Stärke dieses Zusammenhalts wird im Film symbolisch durch die Umarmung der beiden Frauen gezeigt. Man kennt sie nicht, man spürt in ihren Umarmungen jedoch, wie viel Kraft und Emotionen dieser Krieg ihnen abverlangt. Wie viel geopfert wurde, wie viel sie noch verlieren werden. Und dennoch hinterlässt der Film die Hoffnung, dass die Stärke dieser Einheit gewinnt, dass die Sonne bald aufgeht und die Ukraine diesen von Russland verübten verbrecherischen Krieg gewinnt.

3 Ebd.

4 Nicholas Kristof: Ukrainian woman fight for their own liberation, in: New York Times, 03.12.2022, <https://www.nytimes.com/2022/12/03/opinion/ukraine-women.html> [05.09.2023]. Dazu auch ein Beitrag auf zeitgeschichte | online von Olena Petrenko: Ukrainische Frauen an der Waffe. Ein kurzer historischer Rekurs, 02.05.2022, <https://zeitgeschichte-online.de/themen/ukrainische-frauen-der-waffe> [05.09.2023].

Helena Holzberger

Vermeintliche Völkerfreundschaft

Fotografie und Hierarchie sowjetischer Nationen
in der Zwischenkriegszeit

14. Juni 2023

Russlands Krieg gegen die Ukraine enthüllte nicht nur den imperialen Großmachtanspruch herrschender Eliten in Russland, sondern auch ein generelles kulturelles Überlegenheitsgefühl gegenüber Ukrainer:innen. Darüber hinaus beklagen immer wieder Stimmen aus Kasachstan, Georgien und Usbekistan den kolonialistischen Habitus einiger geflüchteter Russ:innen. Diese Einstellungen haben ihre Wurzeln im russländischen Imperium, denn die Revolution und Gründung der Sowjetunion brachen nur bedingt mit dem imperialen Erbe des Zarenreiches. Spätestens seit den 1930er Jahren stand, nach einigem nationalpolitischen Hin- und Her, das russische Volk auch in öffentlichen Diskursen an der Spitze der sowjetischen Völker.¹ In einem kurzen, aber besonders repräsentativen Beispiel möchte ich zeigen, wie in der Zwischenkriegszeit diese Hierarchisierung durch öffentlich publizierte Fotografien suggestiv vermittelt wurde. Diese Bilder wirkten, wie die formativen Jahre der

1 Die sowjetische Nationalitätenpolitik ist ein kontroverses Forschungsfeld, das noch lange nicht erschöpft ist. Für eine reflektierte Diskussion vor dem Hintergrund des russischen Überfalls auf die Ukraine siehe den Beitrag von Moritz Florin: Zentralasien und die Dekolonisierung der Osteuropaforschung, in: zeitgeschichte | online, 21.04.2022, <https://zeitgeschichte-online.de/themen/zentralasien-und-die-dekolonisierung-der-osteuropaforschung> [05.09.2023].

Sowjetunion selbst, bis weit über den Zusammenbruch des sozialistischen Systems hinaus.

Insbesondere damals spielten neue Medien eine wesentliche Rolle in der sowjetischen Propaganda. Am eindrucksvollsten waren sicherlich Filmvorführungen. Und doch wirkten Fotografien, die seit 1924 in der Tagespresse und in den allseits beliebten Illustrierten veröffentlicht wurden, suggestiver und damit nachhaltiger. So ist das Anschauen eines Films ein bewusster Akt, der durch das Betreten des Abspielraums eingeleitet und durch sein Verlassen beendet wird. Die Rezeption fotografischer Bilder wurde hingegen schon bald beiläufig und »normal«. Diese Bilder wurden außerhalb von Fachzirkeln wenig hinterfragt und diskutiert, sie wurden zum Alltagsphänomen.²

Für die sowjetische Presse war es eine Herausforderung, eine Bildsprache für die visuelle Eingliederung der zentralasiatischen Republiken in die sowjetische »Vielvölkerfamilie« zu finden. Zum einen musste die sowjetische »Modernisierungsleistung« gezeigt werden, um die sozialistische Herrschaft als ernsthafte Alternative zu früheren wie konkurrierenden Staatsformen zu legitimieren. Andererseits sollte klar erkennbar sein, dass es sich nicht um einen europäischen Raum handelte. Es galt, die Leistung eines sozialistischen Staates herauszustellen, der seine nichteuropäischen Peripherien vom »Zarenjoch befreit« hatte und unter dem Banner des Antiimperialismus ihre Kulturen förderte, sie zugleich aber weiter, bestimmten Vorstellungen folgend, »zivilisieren« wollte.

Als Resultat kehrten orientalistische, die vermeintliche Rückständigkeit asiatischer Gruppen akzentuierende Bilder in die Presse zurück, obwohl der moderne Fotojournalismus diese – imperialen Selbstversicherungsdiskursen folgenden – Repräsentationen eigentlich schon um die Jahrhundertwende obsolet gemacht hatte. Nun sahen auch Personengruppen, die am Vorabend des Ersten Weltkriegs noch nicht zum Lesekreis von illustrierten Zeitungen gehört

2 Zur Geschichte der frühen sowjetischen Pressefotografie vgl. David Shneer: *Through Soviet Jewish Eyes. Photography, War, and the Holocaust*, New Brunswick 2010.

hatten, Fotografien von Kamelen, Turbanen und lokalen Holzkutschen. Die Veröffentlichung dieser Fotografien suggerierte bereits, dass die sowjetische Moderne, trotz ihrer vehementen Kritik am russischen Imperium nicht alle Bevölkerungsteile gleich darstellte: Denn auch wenn das russische Dorf dieser Zeit aus Baracken bestand, kein fließendes Wasser und schon gar keine geteerten Straßen hatte, sah man solche Bilder in den großen sowjetischen Illustrierten nicht; schon gar nicht in den Zeitungen der Republiken Zentralasiens, die das sowjetische Russland von seiner prächtigsten und urbansten Seite zeigten.

Mit der Vollendung des ersten Fünfjahresplans im Jahr 1932 begann die fotografische Hierarchisierung der sowjetischen Völker in der sowjetischen Presse und hatte ihren Höhepunkt in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre.³ Die Repräsentation des Lebens in der Sowjetunion stand zu dieser Zeit unter der Prämisse des Sozialistischen Realismus – dieser projizierte Selbst- und Zukunftsvisionen in die Gegenwart, die aber oftmals komplett konträr zur Lebensrealität der Menschen in der Sowjetunion standen. Auch Stalins allumfassende Formel, die Republiken sollten »national in der Form, sozialistisch im Inhalt« sein, bedeutete nicht, dass alle Völker und Republiken auf dieselbe Art und Weise »sozialistisch« waren. Denn die Definition des »Sozialistischen« war für jede Nation anders: Statt auf wirkliche Gleichheit ausgerichtet zu sein, wurde jeder Nation nur ein bestimmter und stark begrenzter Entwicklungshorizont innerhalb der sozialistischen Moderne zugesprochen.

Besonders gut verdeutlicht das die Ausgabe »Die Frau in der Sowjetunion« der Hochglanzillustrierten *UdSSR im Bau* aus dem

3 Vgl. zum Verhältnis von Fotografie und Nationalitätenpolitik Timothy Nunan, Soviet Nationalities Policy, USSR in Construction, and Soviet Documentary Photography in Comparative Context, 1931–1937, in: *Ab Imperio* (2010) 2, 47–92 und Helena Holzberger: National in front of the Camera, Soviet behind it. Central Asia in Press Photography, 1925–1937, in: *Journal of Modern European History* 16 (2018) 4, 487–508.



Tatjana aus Russland, Evgenija aus der Ukraine und Chasija aus Kasachstan.
Maks Al'pert/Nikolai Trošin, UdSSR im Bau, Nr. 8/1939, Die Frau in der Sowjetunion.

Jahr 1939.⁴ Darin stellten der Fotograf Maks Al'pert und der Buchkünstler Nikolai Trošin in der Form eines Foto-Essays das idealtypische Leben einer Ukrainerin, einer Kasachin und einer Russin dar. Die Frauen dienen als Personifikationen ihrer jeweiligen Republik, wobei der Fotoessay den gesamten Kanon der sowjetischen Bilderwelt abdeckt.

Zu Beginn des Foto-Essays lernen wir Tatjana aus Russland, Evgenija aus der Ukraine und Chasija aus Kasachstan kennen. Alle drei sind im Revolutionsjahr 1917 geboren worden und teilen sich nun ein Zimmer in einem Moskauer Studentinnenwohnheim. Wir sehen die jungen Frauen das Moskauer Stadtleben genießen und begleiten anschließend Evgenija und Chasija in ihre Herkunftsorte.

4 Zu Gestalt und Lesekreis: Erika Wolf: When Photographs Speak, To Whom Do They Talk? The Origins and Audience of SSSR na stroike (USSR in Construction), in: Left History 6 (1999) 2, 53–82.



Tatjana aus Russland lebt ein modernes urbanes Leben.

Maks Al'pert/Nikolai Trošin, UdSSR im Bau, Nr. 8/1939, Die Frau in der Sowjetunion.

Nur Tatjana, die eigentlich aus der zentralrussischen Stadt Kolomna stammt, bleibt in Moskau. Tatjanas Erzählstrang verkörpert idealtypisch die sowjetische Moderne und ist die progressivste Version der »Neuen sowjetischen Frau«: Sie ist Ingenieurin, hat an Moskaus besten Hochschulen studiert, hat eine Führungsposition in der Armee, ist gebildet, belesen, ist wenig interessiert an traditionellen, bürgerlichen Familienformen und natürlich auch Leistungssportlerin. Tatjana fährt Auto und führt auch sonst ein modernes urbanes Leben mit Kultur, Partys und wechselnder männlicher Begleitung.

Während die Russin Tatjana unhinterfragt die sowjetische Form eines modernen Lebens verkörpert, braucht Evgenija aus der Ukraine bereits eine Legitimation für ihren Aufenthalt in Moskau: Als Landwirtschaftskorrespondentin der Zeitschrift *Die Bäuerin* erhielt sie ein Studienstipendium. In Moskau angekommen, strotzt sie vor Dankbarkeit darüber, dass sie hier nun forschen und Englisch



Das Leben von Evgenija aus der Ukraine bewegt sich ausschließlich im Rahmen der Kolchose.

Maks Al'pert/Nikolai Trošin, UdSSR im Bau, Nr. 8/1939, Die Frau in der Sowjetunion.

lernen darf. Nach der Rückkehr in ihre ukrainischen Kolchose gibt sie verantwortungsbewusst das neuerworbene Wissen weiter, damit die Produktivität stets steigt. Ihre Bilderwelt entspricht den typischen landwirtschaftlichen Szenen des Sozialistischen Realismus: Lange, reich gedeckte Tafeln im Freien, fröhliche Menschen und gesunde Tiere.

Während Tatjana in einem geschmückten Ballsaal mit einem Partner einen Gesellschaftstanz ausübt, führt Evgenija Volkstänze auf. Ihr Leben bewegt sich einzig und allein im Rahmen der Kolchose, die ausschließlich aus einer *technischen* Perspektive modern ist, weil sie Traktoren hat. Aber die *kulturelle* Moderne, wie Tatjana sie lebt, ist hier durch Folklore ersetzt und damit der vermeintlich universellen russischen unterlegen. Während die sozialistische Moderne Tatjanas sich kaum von dem Lebensstandard im Westen unterscheidet, hat Evgenijas Entwicklung und damit auch die der



Nach ihrer Rückkehr nach Kasachstan führt Chasija dem Dichter Zhambyl Zhabaev das Theaterstück »Der Diener zweier Herren« von Carlo Goldoni vor.

Maks Al'pert/Nikolai Trošin, UdSSR im Bau, Nr. 8/1939, Die Frau in der Sowjetunion.

Ukraine ihren Höhepunkt in der idealen Kolchose erreicht. Diese Moderne mit Abstrichen zeigt eine Hierarchisierung zwischen dem Russischen und dem Ukrainischen, die ihre Wurzeln schon im 19. Jahrhundert hat. Das Bild des rückständigen, ungebildeten ukrainischen Bauern diente der Distinktion russischer, der europäischen Kultur angehörenden, sprich: zivilisierteren Städter; im selben Zuge wurde etwa dem Ukrainischen als vermeintlicher Bauernsprache die Eigenständigkeit als Kultursprache abgesprochen.

Die Deutung von Chasijas Fall ist komplexer. Wie in allen zentralasiatischen Republiken dient das Narrativ der »Befreiung der unterdrückten Frau« als Parabel für die sowjetische Nationalitätenpolitik, sodass bereits die Darstellung einer zentralasiatischen Frau ohne Schleier ihre Emanzipation repräsentiert. Dieses Leit-

motiv bestimmt auch Chasijas Erzählung. Sie stammt aus der kasachischen Steppe und studiert in Moskau Schauspiel; auch wenn der erstaunte Erzähler sich ausdrücklich nicht erklären kann, woher der Wunsch stammt, da sie in Kasachstan ja sicherlich niemals ein Theater zu Gesicht bekommen habe. Neben dem Schauspielunterricht besucht sie Moskaus kulturelle Einrichtungen – der Höhepunkt für Chasija ist der Besuch des Bolschoi-Theaters, wo sie vollendete Theaterkunst vorfindet. Was bei Tatjana zum Alltag gehört, ist bei Chasija Teil eines zivilisatorischen Aufstiegsprozesses.

Gleichzeitig wird das europäische Theater zu einer universellen Norm in der Hochkultur. Denn zurück in der Steppe führt sie dem kasachisch-sowjetischen Volksdichter Zhambyl Zhabaev, einem seinerzeit berühmten Kasachen, das Stück »Der Diener zweier Herren« von Carlo Goldoni vor, wofür sie sich in ein klassisches barockes Kostüm wirft.

Allerdings neigten sowjetische Fotografen aus Moskau auch dazu, die Repräsentation des sowjetisch-modernen Zentralasiens stets ein wenig zu übertreiben. Denn Chasija ist nicht nur die erste Schauspielerin Kasachstans, sondern will auch Pilotin werden – und als sie zum ersten Mal die Fliegertracht anzieht, denkt sie an keine andere als Tatjana, nicht nur als Freundin, sondern als Vorbild.

Das selbsterklärte Ziel dieser Bildgeschichte ist es, zu demonstrieren, dass die sowjetische Frau emanzipiert und rechtlich sowie kulturell den Männern gleichgestellt ist. Was dabei jedoch auch erkennbar wird, sind die nationalen Hierarchien in der Sowjetunion. Die Hierarchisierung wird bereits bei der Benennung der Frauen in den Bildtexten deutlich: Tatjana Pyzhova wird stets mit ihrem Nachnamen benannt und damit als mündige Erwachsene behandelt, während Chasija Kamardinova und Evgenija Adamenko mit ihrem Vornamen bzw. davon abgeleiteten Rufnamen benannt werden. Auch die Auswahl der Republiken, aus denen die Frauen stammen, regt zum Nachdenken an. Denn nur wenige Jahre vor dem Erscheinen dieses glorifizierenden Heftes waren Kasachstan und die Ukraine am stärksten von der sowjetischen Hungersnot

betroffen, die Millionen Opfer forderte und heute – zumindest in der Ukraine – als Genozid gilt.⁵

Diese Geschichte ist nur ein Beispiel unter vielen anderen Bildern, die in ihrer Summe die Repräsentationen der unterschiedlichen Ethnien in der Sowjetunion prägten und deren Suggestivkraft nicht stark genug eingeschätzt werden kann. Die russische kulturelle Moderne war höchste Lebensform in der Sowjetunion, die anzustreben sei, aber aufgrund der abgesteckten folkloristischen Handlungsräume nie erreicht werden konnte. In Russland fand nie eine kritische Auseinandersetzung mit derartigen Repräsentationen statt, weder vor noch nach dem Zerfall des Sowjetreiches.

5 Zur Hungersnot in der Ukraine siehe Anne Applebaum: *Roter Hunger. Stalins Krieg gegen die Ukraine*, München 2019; in Kasachstan siehe Robert Kindler: *Stalins Nomaden. Herrschaft und Hunger in Kasachstan*, Hamburg 2014. Der Bundestag hat am 30. November 2022 die Hungersnot in der Ukraine als Genozid eingeordnet.

»Bilder des Krieges in der Ukraine« – Themendossier auf Visual History

Visuellen Medien kommt bei der Berichterstattung über Kriege, ihrer Deutung wie auch bei der Dokumentation von Kriegsverbrechen eine zentrale Rolle zu. Die Macht der Bilder als gestaltende und mobilisierende Kraft im politischen Prozess wie auch als Fakten schaffender »Bildakt« (Horst Bredekamp) war in Kriegszeiten schon immer groß. Kriege werden niemals nur vor Ort geführt, sondern auch global mit Worten und ganz besonders mit Bildern.

Mariupol, Irpin, Butscha – der russische Überfall auf die Ukraine führte zu immer neuen grauenvollen Bildern des völkerrechtswidrigen Krieges. Mit jedem dieser Ortsnamen verknüpfen wir verstörende Fotografien von Leid und Tod. Gerade in den ersten Kriegsmonaten gab es eine nicht zu überblickende Fülle von Bildern und Videos auf den Social-Media-Plattformen, die Medienredaktionen wie Nutzer:innen massiv herausforderten. Der Krieg konnte fast in Echtzeit gestreamt werden; hinzu kamen Bilder und Videos, die als Fake oder Deep Fake manipuliert oder aus dem Zusammenhang gerissen wurden. Gleichzeitig wurde breit in den Medien und der Öffentlichkeit über die Verifizierung von Bildmaterial und die Würde der Opfer bei ihrer bildlichen Darstellung diskutiert – in einer so bislang nicht dagewesenen Intensität.

Die Redaktion von Visual History hat sich daher im März 2022 entschlossen, auf dem Portal ein Themendossier zu den »Bildern

des Krieges in der Ukraine« zusammenzustellen.¹ Da es zu diesem Zeitpunkt für umfassende bildhistorische Analysen zu früh war, haben wir u.a. Interviews mit Journalist:innen aus den Bildredaktionen der Medien geführt. Außerdem konnten wir den auf visuelle Kultur spezialisierten Politikwissenschaftler Andreas Pribersky für zwei Beiträge gewinnen. Die Überlegungen zur Wirkung und zum Umgang mit den Bildern des Russisch-Ukrainischen Krieges sind auch heute, zwei Jahre nach dem russischen Überfall und wenige Monate nach dem Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober 2023 und dem darauf folgenden Gaza-Israel-Krieg, erschreckend aktuell. Daher haben wir uns dazu entschieden, einige Beiträge des Visual History-Themendossiers mit in den Band aufzunehmen.

Christine Bartlitz, Potsdam, im Dezember 2023

1 Themendossier: Bilder des Krieges in der Ukraine, hg. von der Visual History-Redaktion, in: Visual History, März 2022ff., <https://visual-history.de/2022/04/06/themendossier-bilder-des-krieges-in-der-ukraine/> [18.12.2023].

Journalismus in Kriegszeiten

Stefan Günther vom Journalisten-Netzwerk n-ost
im Gespräch

Visual History, 28. März 2022

Das Journalisten-Netzwerk n-ost (<https://n-ost.org/>) existiert seit 15 Jahren mit Sitz in Berlin-Kreuzberg und hat sich gegründet, um die deutsche und westeuropäische Berichterstattung über Osteuropa zu verbessern. Inzwischen initiiert die Medien-NGO verschiedene Projekte zu grenzübergreifenden europäischen Themen zu Auslandsberichterstattung und Medienkompetenz mit Schwerpunkt im östlichen Europa. Ganz aktuell startet die monatliche Newsletter-Publikation »European Images« mit einem fotografischen Schwerpunkt.

Christine Bartlitz: *Stefan, danke, dass du dir die Zeit für das Interview genommen hast. Du bist ja durch den Krieg in der Ukraine jetzt auch sicherlich stark gefordert. Wofür steht der Name n-ost?*

Stefan Günther: *n-ost* steht für journalistisches Netzwerk mit Schwerpunkt Osteuropa. Aber es gab immer wieder Änderungen, was den Kern unserer Tätigkeit und die Region, in der wir arbeiten, angeht. »Osteuropa« lässt sich heute nicht mehr so eindeutig definieren. Nach dem Mauerfall wurde immer nur vom »Osten« gesprochen, aber heute läuft eine Definition von »Osteuropa« unserem Anspruch eher entgegen, eine differenzierte Berichterstattung zu liefern. Wir wollen ja nicht aus einer deutschen Perspektive heraus Osteuropa erklären, sondern wir verstehen unsere Arbeit als

Cross-Border-Journalismus, der gemeinsam über die Ländergrenzen hinweg entsteht und Europa als Ganzes thematisiert. Ein Schwerpunkt auf die ost- und mitteleuropäischen Länder wird aber weiterhin bestehen bleiben: durch unsere bisherige Arbeit und die dadurch vorhandenen Kontakte.

Wir sind ja in erster Linie ein Netzwerk, das eigentlich jedes Jahr eine Medienkonferenz in einem ost- oder mitteleuropäischen Land organisiert, bei der sich viele persönliche Kontakte ergeben. Auf der anderen Seite gibt es viele europäische Initiativen und Netzwerke, die traditionell eher westeuropäisch ausgerichtet sind. Ost- und mitteleuropäische Länder spielen aber seit geraumer Zeit im europäischen Bewusstsein politisch und wirtschaftlich eine immer größere Rolle – das zeigt aktuell der Überfall und der Krieg in der Ukraine mit all seinen derzeitigen und potenziellen Folgen in erschreckender Weise.

Ihr habt schon vor vielen Jahren mit dem Fokus auf Cross-Border damit begonnen, Auslandsjournalismus neu zu denken. Woher kommen die Journalist:innen und Fotograf:innen in eurem Netzwerk?

Aus allen Teilen Europas, aber eben vor allem aus Ländern wie Polen, der Republik Moldau, aus Rumänien und der Ukraine, Russland, Serbien, natürlich auch aus Deutschland, Griechenland bis hin zur Türkei ... Wir arbeiten verstärkt mit den Text- und Fotojournalist:innen zusammen, die in den Berichtsländern ihren Lebensmittelpunkt haben. Aktuell gibt es mehr als 200 Journalist:innen in unserem Netzwerk.

Und dieser Netzwerkcharakter ermöglicht eine stärker europäisch vergleichende Perspektive?

Genau. Wir konzentrieren uns gerade stark auf kollaborative Publikationsprojekte für eine gesamteuropäische Öffentlichkeit. Wir agieren also nicht mehr in erster Linie als Agentur, sondern veröffentlichen selbst Texte und Bilder – und das eben nicht als deutsche Redaktion, sondern grenzüberschreitend und kollaborativ.

Wir wollen aus der nationalen Perspektive herauskommen und Sichtweisen aus anderen Ländern gleichberechtigt mit aufnehmen. Das ist manchmal gar nicht so leicht. Denn ich kann nicht sagen, ich höre mir an, was die Partner:innen aus Polen oder Griechenland denken, und dann nehmen wir doch Bilder oder Texte, die aus einer deutschen Perspektive heraus erzählen. Die Beiträge entstehen gemeinsam, auch wenn es dadurch manchmal länger dauert.

Hat sich deine Arbeit bei n-ost seit dem 24. Februar verändert?

Natürlich gibt es eine verstärkte Nachfrage nach Bildern aus der Ukraine. Wir haben außerdem gleich in der ersten Kriegswoche einen Spendenaufruf für Journalist:innen in der Ukraine gestartet. Da wir eng mit den Kolleg:innen verbunden sind und in direktem Kontakt stehen, wussten wir relativ früh, was Journalist:innen brauchen, um ihre Arbeit unter diesen Bedingungen fortzuführen. Sie brauchen zum Beispiel schusssichere Westen, aber solche Westen sind momentan nicht leicht zu bekommen. Und für *n-ost* ist das natürlich auch Neuland, solche Dinge zu organisieren und zu verteilen. Wir haben eine Partnerorganisation in Warschau, die uns dabei unterstützt.

Das finde ich sehr beeindruckend! Kommen wir zu deiner Arbeit als Leiter des Bildbereichs von n-ost: Mit was für Fotografien arbeitet ihr? Und wo kommen die her? Also gerade auf den Krieg in der Ukraine bezogen, der uns ja tagtäglich mit einer Vielzahl von Bildern konfrontiert.

Wir arbeiten mit Fotograf:innen aus der Ukraine zusammen, die wir persönlich kennen. Daher können wir auch darauf vertrauen, dass die Informationen und der Kontext der Bilder stimmen.

Gibt es eigentlich so etwas wie nationale Bildpolitiken? Ich habe am Anfang des Ukraine-Krieges viel CNN gesehen. Da ist mir aufgefallen, dass dort viel mehr Tote gezeigt wurden als in der deutschen Berichterstattung in den ersten beiden Kriegswochen. Gibt

es andere Sehgewohnheiten in den Ländern oder vielleicht auch andere Traditionen, Krieg zu fotografieren? Denn wenn wir an den Irak-Krieg denken, mit den Bildern, die eher an ein Computerspiel als an einen dreckigen todbringenden Krieg erinnerten, sehen wir jetzt ja etwas ganz anderes. Der Tod und das Leid sind in die Bilder vom Krieg zurückgekehrt.

Ein gutes Beispiel ist das Foto der in Irpin bei dem Versuch, den belagerten Ort zu verlassen, getöteten Zivilist:innen, eine Mutter und ihre beiden Kinder, fotografiert von der Pulitzer-Preisträgerin Lynsey Addario, veröffentlicht auf dem Titel der »New York Times« vom 7. März 2022. Darüber wurde ja auch in Deutschland diskutiert, weil deutsche Zeitungen, anders als die »New York Times«, das Bild aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes der Opfer und ihrer Angehörigen nicht gezeigt oder die Gesichter verpixelt haben. Ansonsten sehe ich keine großen Unterschiede, abgesehen davon, dass jeder Fotograf, jede Fotografin und die Medien ihre jeweils eigene Perspektive haben.

Ein ganz wichtiger Punkt ist die Bildunterschrift, mit der sich ein und dasselbe Foto in einen völlig unterschiedlichen Kontext setzen lässt. Ich hatte im Jahr 2015 Kontakt zu dem russischen Fotografen Max Avdeev. Seine Bildserie über den Krieg in der Ost-Ukraine wurde bei BuzzFeed veröffentlicht und hat die ganze Brutalität des Krieges gezeigt. Avdeev erzählte mir, dass seine Fotos nach der Veröffentlichung im Internet von allen Seiten verwendet worden seien, immer mit einer anderen Bildunterschrift. Er hat damals die Kontrolle über seine Fotografien komplett verloren.

Momentan fühlt es sich ja so an, als ob wir den Krieg live über Social Media nach Hause übertragen bekommen: Die Handyvideos, die Bilder auf Twitter, Instagram und Facebook können wir fast in Echtzeit rezipieren. Die meisten Menschen konsumieren über Social Media. Macht das einen Unterschied für euch?

Dass solche Bilder auf Social Media sind und dort konsumiert werden, ist ja inzwischen nichts Neues mehr und trotz aller Problematik

wichtig. Aber ich habe die Beobachtung gemacht, dass die Fotos von erfahrenen (Presse-)Fotograf:innen ebenfalls eine hohe Wirkkraft haben, auch in den sozialen Medien, weil sie von der Bildsprache und vom Kontext oft klarer sind. Diese Bilder werden ja von den Zeitungen, den Medien, den Agenturen auch in den sozialen Medien veröffentlicht und dort gesehen, geteilt, weiterverbreitet.

Es gab z.B. bis vor kurzem in Mariupol noch einen Fotografen, der auch für AP tätig ist: Evgeniy Maloletka kennt sich in der Stadt aus, er war beim Angriff auf die Geburtsklinik mit dabei, er weiß, wo er hingeht. Seine Bilder waren in fast allen Zeitungen zu sehen und haben dort die Grausamkeit der russischen Angriffe belegt. In der letzten Woche hat er selbst eine kleine Auswahl seiner Fotografien auf Facebook gepostet. Dort finden sich auch Bilder von ihm, die nicht in den Medien zu sehen sind, weil sie zu explizit sind und die Brutalität ganz unverstellt zeigen. Sie zeigen, was passiert, wenn eine Granate eine ältere Frau in ihrer Wohnung verletzt, oder mit welcher dramatischen Verletzungen jemand nach einem Bombenangriff in ein Krankenhaus eingeliefert wird. Man kann darüber streiten, ob man solche Bilder zeigen sollte. Meiner Meinung nach ist es trotz aller Bedenken wichtig, sie dosiert zu sehen, um wenigstens ansatzweise zu verstehen, was solch ein Krieg bedeutet. Und es gibt ja auch Triggerwarnungen vor sensiblen Inhalten auf den Portalen.

Du hast von der Wirkmacht der Bilder gesprochen. Ich habe momentan den Eindruck, dass das Mobilisierungspotenzial durch die Fotografien aus der Ukraine sehr stark ist. Das gab es natürlich schon in früheren Kriegen, wenn wir an das Foto von Kim Phúc aus dem Vietnam-Krieg denken. Was können aktuell Kriegsfotos bewirken?

Du hast es ja vorhin gesagt: Der Irakkrieg war geografisch ziemlich weit entfernt und von der Bildsprache eher »klinisch«. Die aktuellen Fotografien aus der Ukraine zeigen, dass es sich um einen gnadenlosen Angriff auf ukrainische Städte handelt. Das lässt sich

gerade durch die Vielzahl der Bilder erkennen, die all die beschossenen und zerstörten zivilen Einrichtungen zeigen. Es ist gut, dass diese Bilder ständig präsent sind und wir diese Verbrechen nachvollziehen können. Außerdem beweist diese Vielzahl an Bildern auch, dass es sich nicht um Fälschungen handeln kann, wie von Russland behauptet. Es ist eben nicht immer wieder das gleiche Haus, das aus zig verschiedenen Perspektiven fotografiert worden ist, es sind ganze Straßenzüge und Stadtteile, die da ausstrahlt werden.

Insofern trägt diese Bilderflut auch zur Verifizierung bei. Denn vollkommen unabhängig, in welchem Medium ich mich informiere, sehe ich immer neue Fotos zum Beispiel von zerstörten zivilen Gebäuden wie Schulen, Krankenhäusern etc. Das ist ein ganz wichtiger Punkt.

Ja, genau, es geht um die Breite der Perspektive. In Russland werden diese Bilder nicht gezeigt, die Menschen dort sehen keine zerschossenen Krankenhäuser, keine toten Zivilist:innen, nichts dergleichen. Das haben mir in einem Gespräch auch die Fotoredakteur:innen von Meduza bestätigt, einer russischen Online-Zeitung, die aus dem Exil von Riga aus arbeiten. Meduza ist in Russland inzwischen komplett geblockt, aber über technische Hilfsmittel wie VPN-Tunnels können die dort veröffentlichten Bilder auch in Russland gesehen werden. Die Zeitung erreicht dadurch zwar selten die Menschen, die komplett auf Regierungslinie sind, dennoch ist es gut, in einem russischsprachigen Medium jeden Tag ein neues Bild von den Verheerungen in der Ukraine und das Wort »Krieg« groß auf der Startseite sehen zu können. Das ist eine klare Gegenstrategie zum russischen Bilder- und Sprechverbot.

Die Menschen in Russland wollen diese Bilder vielleicht auch gar nicht sehen. Denn dann müssten sie sich zu diesem Krieg, zu diesen Kriegsverbrechen, zu Putin verhalten.

Man kann sich auch in Russland theoretisch alle Bilder im Internet holen, wenn man es denn will. Die Macher:innen von Meduza

haben uns von ihrem Eindruck berichtet, dass viele Menschen in Russland wohl ahnen, dass dies ein echter Krieg ist und es nicht stimmt, was sie von ihrer Regierung erzählt bekommen. Aber die meisten wollen es wohl nicht wahrhaben und sich daher die Bilder auch erst gar nicht ansehen.

... Bilder haben eine große emotionale Kraft.

Bevor Meduza in Russland geblockt worden ist, haben sie von der russischen Medienüberwachungsagentur zuerst ein Schreiben bekommen: Begründet wurde das Verbot von Meduza durch die veröffentlichten Fotografien, nicht aufgrund der Texte.

Zum Schluss habe ich noch eine eher private Frage. Du bist ja auch Fotograf. Hast du jemals in einem Kriegsgebiet fotografiert? Was für eine Bedeutung hat Kriegsfotografie für dich?

Nein, ich war noch nie in einem Kriegsgebiet. Ich kenne das nur von den Bildern und persönlichen Berichten der Fotograf:innen und Journalist:innen, wie von dem Fotografen Florian Bachmeier, der schon lange mit *n-ost* zusammenarbeitet. Vor dem Maidan war er zum ersten Mal in der Ukraine, und seitdem ist er immer wieder hingefahren und hat auch direkt an der sogenannten Kontaktlinie fotografiert, wo sich Ukrainer und von Russland unterstützte Separatisten gegenüberstanden. Er ist auf eine Art furchtlos, aber bringt sich auch nicht sinnlos in Gefahr. Das finde ich schon bewundernswert.

Stefan, ich danke dir für das Gespräch.

Andreas Pribersky

Ukrainische »Nachtwache«

Visual History, 11. April 2022

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine, den die russischen Streitkräfte unter der bewusst nebulös gehaltenen Bezeichnung als »militärische Sonderoperation« mit ihrer Invasion am 24. Februar 2022 begonnen haben, wird auch in einer globalisierten medialen Öffentlichkeit als sogenannter Kommunikations-Krieg ausgetragen – darüber sind alle Kommentare und Analysen einig. Auf diesem Kriegs-*Schauplatz* kommt der Darstellung und Deutung der Ereignisse mittels visueller Medien eine zentrale Bedeutung zu: Auch diese Feststellung wird nicht nur weithin geteilt, sie beeinflusst deren Auswahl aufgrund des Referenzrahmens, den sie für die Deutung des Geschehens zur Verfügung stellen.

Allein die Fülle des Bildmaterials, das seit Kriegsbeginn täglich angeboten wird, lässt einen Überblick über eine (wie auch immer definierte) Gesamtheit der visuellen Kommunikation derzeit nicht zu. Hier soll deshalb ein Motiv herausgehoben werden, dem in allen Analysen ebenfalls eine zentrale Bedeutung zugeschrieben wird: der Repräsentation der beiden Spitzenpolitiker als zentraler Akteure, des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj und seines russischen Gegenübers, Wladimir Putin. Diese Auswahl kann und will eine notwendige Analyse der Kriegsberichterstattung im engeren Sinn nicht ersetzen und will deren verstörende Bilder, die uns täglich erreichen, nicht verdrängen: Sie richtet das Augenmerk bloß

für einen Moment auf jene Akteure, die Schlüsselrollen in deren Deutung einzunehmen versuchen.

Die Auswahl dieses Bildmotivs – die Porträts der zentralen Akteure – folgt dabei nicht bloß der allgemein und weithin konstatierten Personalisierung von Politik in medialen Öffentlichkeiten, sondern auch deren Zuspitzung aufgrund der militärischen Befehlsstrukturen im Kriegsfall: Aufgrund ihrer ultimativen Entscheidungsgewalt wird ihnen besondere Aufmerksamkeit gewidmet, die in Analysen der handelnden Personen und ihrer vermuteten Motive ebenso zum Ausdruck kommt wie in ihrer (damit verbundenen) visuellen Dauerpräsenz. In diesem Zusammenhang wird bereits die Verteilung der Aufmerksamkeit zwischen den Akteuren – wie in der politischen Kommunikation allgemein – als Indikator von Erfolg gewertet.

Auch ohne Rückgriff auf eine quantitative Erhebung der Porträt-Abbildungen wird im Verlauf eines alltäglichen Medienkonsums deutlich, dass der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj die dominante Rolle in der Repräsentation und damit der Deutung des Kriegsgeschehens in einer globalen Öffentlichkeit (unter Ausnahme russischer und verbündeter Öffentlichkeiten) einnimmt. Allein dessen tägliche Live-Auftritte in Sozialen Medien, die in elektronischen Massenmedien wiedergegeben werden und aus denen eine Vielzahl gedruckter Cover und Titel von Nachrichten-seiten mit einem Bild Selenskyjs entstehen, geben einen Eindruck davon. Die Aufnahmen des ukrainischen Präsidenten, die zum Teil von ihm selbst mit der Handykamera aufgenommen und live übertragen werden, könnten sich schon allein dadurch und aufgrund der Sichtbarkeit ihrer Produktionsbedingungen (Abb. 1) nicht deutlicher von ihrem Gegenüber, den aktuellen Putin-Porträts, unterscheiden.

Feldherrenporträts

Noch überraschender als diese Entgegensetzung mögen aber die Analogien in der derzeitigen Repräsentation der beiden Präsidenten als militärische Oberbefehlshaber sein, die hier deshalb zunächst hervorgehoben werden: Bei beiden überwiegt in den aktuellen



Abb. 1: Wolodymyr Selenskyj im Präsidentenpalais in Kiew, 7. März 2022:

Ansprache an die ukrainische Bevölkerung.

Quelle: Telegram

Aufnahmen das sogenannte Brustbild – der Ausschnitt von Oberkörper und Gesicht –, das wir bei ihren Reden, Statements und Gesprächen zurzeit am häufigsten zu sehen bekommen.

Für das Porträt des russischen Präsidenten im aktuellen Kriegsgeschehen ist die Fernsehaufzeichnung der – nicht so genannten – Kriegserklärung an die Ukraine aus einem seiner Amtszimmer im Kreml zu einem prägenden Bildmotiv geworden (Abb. 2): Ausschnitte daraus werden und wurden nicht nur vielfach medial reproduziert, das Motiv des an (s)einem Arbeitstisch im Kreml sitzenden russischen Präsidenten dominiert auch die Visualisierung der Aufzeichnungen seiner folgenden Statements zum Ukraine-Feldzug Russlands.

Ein Rückblick auf die vorangegangenen Kriegseinsätze der russischen Streitkräfte unter der Führung Putins macht darauf aufmerksam, dass die derzeitige Invasion in die Ukraine als die erste militärische Auseinandersetzung unter seinem Oberbefehl in Erscheinung tritt, in der das Porträt Putins die visuelle Personifikation des Kriegsgeschehens nicht beherrscht. Das wird anhand eines



Abb. 2: Wladimir Putin im Kreml in Moskau, 24. Februar 2022: Fernsehaufzeichnung der – nicht so genannten – Kriegserklärung Russlands an die Ukraine.

Quelle: Website des Kreml (<http://kremlin.ru>)

Vergleichs mit der vorangegangenen Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim im Jahr 2014 besonders deutlich. Als ein besonders markantes Beispiel unter vielen soll hier nur an die Bildmontage auf dem Cover des Economist vom März 2014 erinnert werden, die eine weit verbreitete Fotografie Putins mit nacktem Oberkörper zu Pferde – aus den offiziellen Aufnahmen seiner jährlichen Aufenthalte in der Region Tuwa im Südosten Sibiriens – unter dem Titel »The new world order« auf den Einstieg eines russischen Panzers versetzt hat.¹ Im Gegensatz zu den persönlichen Auftritten Putins in der Region, die 2014 die Vorbereitung der Annexion ebenso wie deren Vollzug mit seinem Porträt vor Ort verbunden haben, tritt er zurzeit beinahe ausschließlich im staatlichen Repräsentationszentrum Russlands auf.²

1 Cover »Economist«, 22.03.2014, <https://www.economist.com/weeklyedition/2014-03-22> [05.09.2023].

2 Bereits die veröffentlichten Aufnahmen von der Beobachtung des Manövers, das offenbar dem Kriegseintritt Russlands regelmäßig unmittelbar

Auch für die visuelle Präsenz Selenskyjs ist das Brustbild die bevorzugte Darstellungsform: Selbst bei dessen Live-Auftritten als virtueller Gast-Redner in parlamentarischen Versammlungen oder in Verhandlungen internationaler Gremien wird er meist sitzend in diesem Ausschnitt präsentiert. Und auch von Selenskyj wird ein Teil seiner Live-Aufzeichnungen in dessen Amtszimmer, hinter dem Schreibtisch sitzend, aufgenommen – wo ihn auch die hier ausgewählte Porträtaufnahme vom 7. März zeigt.

Dieser visuelle Fokus auf den präsidentialen Amtssitz, der die beiden zunächst zu verbinden scheint, macht allerdings die Differenzen noch sichtbarer, die auch in Details ins Bild kommen: Seit Kriegsbeginn trägt Selenskyj bei allen Aufnahmen militärische Einsatzkleidung, die sowohl die Bedrohung der Ukraine wie seine Rolle als einer ihrer Verteidiger und seine Funktion als oberster Soldat symbolisch ins Bild rücken. Für Selenskyj ist der Aufenthalt in seinen Amtsräumen aufgrund der Präsenz russischer Truppen und des wiederholten Beschusses der ukrainischen Hauptstadt Kiew ebenso wie durch die Gefahr eines Anschlags riskant. Diese Gefahr bringt er in der ausgewählten Porträtaufnahme auch durch seine Sitzhaltung im Amtssessel zum Ausdruck, die eher die Bereitschaft zur Bewegung, zum Aufspringen, als »business as usual« andeutet.

Demgegenüber soll die Präsentation Putins in dessen Amtsräumen nach dem Muster gewohnter Darstellungen seiner Amtstätigkeit wohl der visuellen Unterstützung der russischen Propaganda dienen und suggerieren, es handle sich bei der »Sonderoperation« um einen Teil der Amtsgeschäfte, dem nicht mehr Aufmerksamkeit als den üblichen Amtstätigkeiten zukomme. Eigentlich ist es in

vorausgeht – so auch im März 2014 in Transnistrien, dem russisch besetzten Teil Moldawiens –, wurden von der damaligen Teilnahme am Kommando im Felde zum gemeinsamen »Fernsehen« mit dem weißrussischen »Präsidenten« in die Repräsentationsräume des Kremls verlegt; siehe dazu auch Friedrich Schmidt: Militärmanöver Russlands. Putin, Herr der Raketen, in: FAZ, 19.02.2022, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/russland-und-die-ukraine-putin-beaufsichtigt-militaermanoever-17818664.html> [05.09.2023].

dieser Gegenüberstellung also Putin, der, in Referenz auf bekannte Bilder seines Auftretens im Kreml, »Camouflage«, einen Tarnanzug trägt.

Die schon angesprochene Fokussierung auf das Brustbild kann allerdings im Kontext von dessen traditioneller Verwendung für das Feldherrenporträt³ bei beiden Protagonisten auch als Verweis auf ihre Funktion als militärische Befehlshaber gesehen werden: Im Vergleich zeigen diese Porträts Selenskyj als den Befehlshaber inmitten der Schlacht, während Putin das Kommando aus der Entfernung führt. In diesem Zusammenhang ist auch die Zurschau-stellung symbolischer Macht von Interesse, bei der über die Präsenz der nationalen Flaggen und präsidialen Standarten – hier sowohl gewohnter Teil einer Ausstattung der Amtsräume wie traditionelle Elemente der Feldherrenporträts – hinaus die Kommunikationsmedien abgebildet werden, mit denen die beiden Protagonisten offenbar in Verbindung gebracht werden (sollen).

Im ausgewählten Still von Putins Kriegserklärung sind es außer einem Computer-Arbeitsplatz mit Bildschirm, Tastatur etc. vor allem eine Reihe weißer Telefone auf einem Bord über einer (Telefon-) Anlage, die ins Auge fallen: Diese Reihe von Telefonen, die vor der dunklen Wandvertäfelung und der in denselben Farbtönen gehaltenen Schreibtischplatte farblich besonders heraussticht, zieht als ein wiederkehrendes Bilddetail auch bereits früherer Porträtaufnahmen Putins in diesem Amtsräum den Blick auf sich. Die gesamte räumliche Situation der Aufnahme, mit der geringen Bewegungsfreiheit Putins zwischen Wand und Schreibtischplatte, mutet im Zusammenspiel mit der Telefonanlage eher wie der Arbeitsplatz eines Rezeptionisten als der repräsentative Schreibtisch eines Staatsoberhauptes und Oberbefehlshabers an. Die Auswahl dieses Ortes für die Veröffentlichung einer Kriegserklärung – wie auch dessen regelmäßige Verwendung für Porträtaufnahmen Putins – legt dagegen die Bedeutung einer Befehlszentrale nahe.

3 Siehe dazu Diane H. Bodart: Feldherr, in: Uwe Fleckner/Martin Warnke/Hendrik Ziegler (Hg.): Handbuch der politischen Ikonographie, Bd. 1, München 2011, 306-315.

Mit Blick auf die letztere Bedeutung wird an den beiden ausgewählten Porträts, in der die Telefonanlage des Kreml Selenskyjs Smartphone gegenübergestellt wird, auch das unterschiedliche Verständnis von Kommunikation sichtbar, das die beiden Protagonisten im aktuellen Kriegsgeschehen charakterisiert: Dem Mann in seiner Kommandozentrale, in der die Telefone wie Relikte vergangener Machtausübung aus der Zeit der Konfrontation der Blöcke stehen – eine Reihe von Porträts des sowjetischen KPdSU-Generalsekretärs Leonid Breschnew zeigen diesen etwa in dessen Amtszimmer im Kreml ebenfalls mit einer Telefonanlage im Bild –, tritt ein Oberbefehlshaber mit mobiler Kommunikation entgegen, die er für die persönliche Verbindung mit seinen Landsleuten ebenso wie für sein Auftreten in einer globalen Öffentlichkeit nutzt.

Ein einsamer Oberbefehlshaber gegenüber dem Gruppenporträt?

Mit der Verwendung seines Smartphones als bevorzugtes Kommunikationsmittel setzt Selenskyj eine weit verbreitete, alltägliche Kommunikationsform ein und bringt sich und seine Situation damit allein schon aufgrund der Verankerung seines Auftretens in den Alltagsgewohnheiten den weltweiten Betrachter:innen näher. Dazu trägt auch die spezifische Ästhetik der so hergestellten Aufnahmen bei, die sich aufgrund ihrer Wiedergabe von Bewegung, der beschränkten Bildausschnitte oder der zeitweisen Unschärfe der Einstellungen etc. deutlich von professionell, etwa mit einer TV-Kamera, hergestellten Bildern abheben.

Mit der Beweglichkeit und dem flexiblen Einsatz seines Smartphones hat Selenskyj von Beginn der russischen Invasion an eine Perspektive auf das Kriegsgeschehen in der Ukraine eröffnet, die ihn zugleich als Soldaten an einer Frontlinie wie in seiner politisch-militärischen Rolle zeigt. Der nächtliche Spaziergang mit einigen Ministern und Mitarbeitern durch das von einer russischen Kommandooperation bedrohte politische Machtzentrum der Ukraine in Kiew, mit dem er die Serie seiner Live-Berichte begann, diente dem Dementi der russischen Falschmeldung von Sturz und Flucht



Abb. 3: Wolodymyr Selenskyj vor seinem Amtssitz in Kiew in der Bankowa-Straße mit seinen engsten Mitarbeitern, 25. Februar 2022: Video-Botschaft an die ukrainische Bevölkerung. Quelle: Telegram

der Regierung ebenso wie der Herstellung einer Vertrauensbasis mit seinen Mitstreitern und einer darüber weit hinausreichenden internationalen Öffentlichkeit (Abb. 3). In diesem Kontext leistet die authentische Anmutung des mit dem Smartphone hergestellten Videos einen Beitrag zur Bestätigung der übermittelten Nachricht.

Eigentlich ist es dieses Gruppenbild, das Selenskyj der Fernsehaufzeichnung der Kriegserklärung Putins unmittelbar in der Winternacht des 25. Februar entgegenstellt: Erst in der Folge wird er als Hauptprotagonist des ukrainischen Widerstands gegen die russische Invasion aus der Gruppe heraustreten. Die symbolische Bedeutung des Gruppenporträts wird ihn aber weiter begleiten. Sie erscheint mir, über das bereits Erwähnte hinaus, als wesentlicher Teil der Wirksamkeit seines Auftretens. Daher greift die ukrainische Berichterstattung auch regelmäßig darauf zurück: Auf dem Weg in Luftschutzräume, bei der Besichtigung der Kriegsschäden, bei Besuchen von Frontstellungen oder von Verwundeten tritt der ukrainische Präsident immer als Teil und Repräsentant eines in diesen Aufnahmen gleichermaßen sichtbaren Kollektivs auf.

Was mitunter in der Diskussion der aktuellen medialen Figur Selenskyjs als die gekonnte »Darstellung« eines Präsidenten durch einen Berufsschauspieler bezeichnet wird, erscheint in diesem Zusammenhang zunächst einmal der Not der Umstände geschuldet – durch den kreativen Einsatz visueller Alltagskommunikation wird diese Notlage allerdings sichtbar gemacht und mit dem Betrachter/der Betrachterin geteilt. »Inszeniert« erscheinen dagegen die Fernsehübertragungen der vorgefertigten Mitschnitte der Reden Wladimir Putins zum Kriegsgeschehen mit ihrer falschen Live-Anmutung.

In meinem Bildgedächtnis hat dieses Gruppenbild der politisch-militärischen Führung der Ukraine eine Verbindung mit Rembrandts Gemälde »Die Nachtwache« aufgerufen, wohl auch des Themas wegen: die Darstellung einer niederländischen Schützenkompanie, die für ihre Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gegen die Herrschaft der Habsburger angetreten ist – nicht fertig zum Einsatz oder zur Parade aufgestellt, sondern auf dem Weg zu ihrer Versammlung. In beiden Gruppenporträts weist der Hauptmann mit seiner Hand den Weg aus dem Bild hinaus.

Im Gegensatz zu Wladimir Putin bei seinem jüngsten Auftritt im Moskauer Luschniki-Stadion zur Feier des Jahrestags der Krim-Annexion am 18. März, wo der russische Präsident den Versammelten aus sicherer, großer Entfernung gegenübertritt, ist Rembrandts Hauptmann inmitten der Schützen abgebildet, als Teil von ihnen. Mit dieser Darstellung wurde bereits die Bürgerwehr der aufständischen Niederländer in einer bewussten Entgegensetzung zur Schlachtordnung der imperialen Heere repräsentiert. Der von den abgebildeten Auftraggebern bekanntermaßen abgelehnte Mangel militärischer Ordnung wird inzwischen als Vorschein der Wehrhaftigkeit eines demokratischen Gemeinwesens angesehen.

»Alles hat sich verdichtet« – Kriegsbilder aus der Ukraine

Ein Interview mit Michael Pfister und Andreas Prost
aus der Bildredaktion von »Zeit Online«

Visual History, 1. August 2022

Christine Bartlitz: Am 24. Februar 2022 wurde die Ukraine von Russland überfallen. Seitdem sehen wir Tag für Tag in den Medien verstörende Bilder dieses Krieges. Wie hat sich Ihre Arbeit in der Bildredaktion von ZEIT Online in den letzten Wochen verändert? Welche Herausforderungen sind auf Sie zugekommen?

Michael Pfister: Es war und ist eine sehr intensive Zeit. Das ist nicht der erste Krieg, den ich als Fotoredakteur begleite, ich habe 2008 schon über Georgien berichtet. Ich war jedoch aktuell überrascht, wie schnell sich alles verdichtet hat.

Andreas Prost: Natürlich gab es andere Kriege und Konflikte, an die wir uns alle noch erinnern. In der Ukraine ist es letztlich ein fortwährender Konflikt mit dem Maidan als substanziellem Teil davon. Aktuell gab es seit dem 24. Februar das Bedürfnis und die Erwartung an uns, nahe dran zu sein an den Kriegseignissen. Wir haben bei ZEIT Online ja verschiedene Formate, in denen wir Journalismus betreiben. Für unsere Live-Berichterstattung ist der Krieg gegen die Ukraine schon eine Herausforderung. Wir haben seit dem 24. Februar anfangs 24 Stunden am Tag den Live-Blog betreut. Das gab es in der Redaktion in dieser Dimension noch nie.

Sie haben in Schichten gearbeitet?

Andreas Prost: Ja, tatsächlich. Wir sind ja digital sowieso ein 24-Stunden-Medium. Deshalb ist immer jemand da, der oder die bei uns Journalismus rund um die Uhr betreibt. Aber momentan ist das nochmals eine ganz neue Situation – ja, wie Michael schon gesagt hat: Alles hat sich verdichtet. Das zeigt sich auf ganz vielen Ebenen: in der aktuellen Berichterstattung, bei der Zusammenarbeit mit den Fotograf:innen vor Ort, in der Auswahl und Einschätzung des Materials, das wir von den Nachrichtenagenturen erhalten etc.

Sie bekommen Ihre Bilder von Nachrichtenagenturen und auch von freien Fotograf:innen? Nutzen Sie auch private Handyfotos und -videos?

Andreas Prost: Sowohl als auch. Für uns sind die Quelle und der Kontext natürlich sehr wichtig, nicht nur das Bild an sich. Nachrichtenagenturen liefern beides in der Regel vertrauenswürdig. Freie Fotograf:innen gibt es bei uns auch, aber da stellt sich die Situation noch einmal anders dar: Wir müssen Aspekte unabhängig von der Fotografie im Blick haben, zum Beispiel ihre Sicherheit vor Ort, die Betreuung und Versorgung etc.

Michael Pfister: Ich habe eben überprüft, wie viele Fotos zum Thema Ukraine in den letzten 24 Stunden von den Nachrichtenagenturen Reuters, Getty Images und AFP sowie von dpa an uns geliefert worden sind: insgesamt 1366 Fotos. Darunter sind auch Bilder, die nicht direkt das Kriegsgeschehen darstellen: Friedensdemonstrationen zum Beispiel in Berlin werden auch unter dem Thema Ukraine verschlagwortet.

Als Nachrichtenwebsite sind wir 24 Stunden lang in dem Live-Blog in Nachrichtenartikeln, in Analysen und Kommentaren, in Reportagen, in Fotostrecken auf Bilder angewiesen. Das bedeutet, dass wir uns aus dem Material der genannten Fotoagenturen

bedienen. Diese Quellen durchlaufen auch Faktencheck-Prozesse; wir können also sicher sein, dass das Material, das wir von den Agenturen beziehen, vertrauenswürdig ist. Wenn zu einem Artikel, Kommentar oder einer Analyse spezifisches Bildmaterial von den Autor:innen gewünscht wird, dann weiten wir unsere Quellen auf spezialisierte Fotoreportage-Agenturen wie Magnum oder Panos aus. Dadurch erhalten wir auch exklusives Material.

In den Nachtschichten ist es immer wieder vorgekommen, dass die Nachrichtenredakteur:innen auf Bilder verwiesen haben, die in den Social Media-Kanälen kursierten. Aber wir konnten das Material nicht bringen, weil mitten in der Nacht kein Faktencheck möglich war. Wenn wir von freien Fotograf:innen Angebote bekommen, sind für uns folgende Fragen wichtig: Kennen wir diese Person? Haben wir schon mal mit ihr zusammengearbeitet? Für wen hat sie bisher gearbeitet?

Anhand welcher Kriterien suchen Sie die Bilder aus – auch unter ethischen Gesichtspunkten? Wie laufen die Auswahlprozesse ab?

Andreas Prost: Ethische Kriterien entscheiden letztlich, welche Bilder wir zeigen und welche nicht. Zuvor prüfen wir, ob diese Fotografie eine Geschichte erzählt, die möglichst nah an dem ist, was vor Ort tatsächlich passiert – und wie vertrauenswürdig und valide der Urheber / die Urheberin ist. Wir kennen Fotograf:innen, die sehr viel Erfahrung in Kriegsgebieten haben. Da gibt es ein Grundverständnis auf beiden Seiten, was qualitativ hochwertige fotojournalistische Arbeit ausmacht. Auf sie verlassen wir uns mehr als auf Fotograf:innen, die wir nicht kennen. Zu unserer Arbeit gehört auch, auf die einzelnen Bilder zu schauen und zu fragen: Was sehen wir eigentlich auf dieser Fotografie? Ist es nur ein Ausschnitt oder gibt es eine ganze Serie von Bildern, die mir verständlich machen, welches Ausmaß das Dargestellte hat?

Wenn wir uns nicht ganz sicher hinsichtlich der Quelle sind, und das kam zu Beginn des Krieges häufiger vor, entscheiden wir uns gegen die Veröffentlichung. Darüber hinaus versuchen wir, bestimmte Bilder zu verifizieren. Bei dem Material renommierter

Fotojournalist:innen, das über die Agenturen kommt, gehe ich erst einmal davon aus, dass die Angaben stimmen. Aber wenn beispielsweise auf dem Foto Schnee zu sehen ist, obwohl es zu diesem Zeitpunkt in der Region keinen Schnee gegeben hat, dann ist das natürlich auch ein Kriterium, warum ein Bild abgelehnt wird. Es ist eine »Mosaikarbeit«, herauszufinden, welche Bilder wir verwenden können.

Diese Verifizierungs-Arbeit muss wahrscheinlich in hohem Maße jetzt zusätzlich von der Bildredaktion geleistet werden. Ich bin vor einigen Tagen auf ein gefälschtes Selenskyj-Video im Netz gestoßen.

Michael Pfister: Das macht ja unsere tägliche Arbeit aus: die Auswahl und die Prüfung. Wir erhalten in der Bildredaktion zum Beispiel eine Bestellung für einen neuen Artikel. Zuerst recherchieren wir zu dem Thema bei den Agenturen und weiten dann jeweils den Fokus auf andere Quellen oder auch geografisch. Wenn es keine Bilder aus dem Ort gibt, dann vielleicht aus der Region. Von anderen Schauplätzen dieses Krieges gibt es relativ viel Bildmaterial – darunter sehr bedrückende Fotos wie zum Beispiel aus Irpin, wo die Menschen wochenlang über diesen Holzsteg gehen mussten, um den Fluss nach der Zerstörung der Brücke zu überqueren. Abhängig davon, wann der oder die Fotograf:in vor Ort war, welche Perspektive er oder sie eingenommen hat und wie dramatisch die Situation in diesem Moment war, lesen wir die Bilder.

Genau, aus Irpin stammt ja auch das Bild von Lynsey Addario, das die New York Times groß auf dem Titel gebracht hat. ZEIT Online ist ein digitales Medium. Wie arbeiten Sie mit der Bildredaktion der analogen ZEIT zusammen? Gibt es Unterschiede in Ihrer alltäglichen Arbeit vor Ort oder auch in der Auswahl der Bilder?

Andreas Prost: Wir arbeiten schon immer eng zusammen, haben die gemeinsame Arbeit in den vergangenen Wochen aber noch vertieft, was die Produktion in der Print- und Onlineausgabe angeht. Grundsätzlich lässt sich sagen, dass die Printredaktion vielleicht

stärker auf das einzelne Bild schaut als wir. In der Wochenzeitung ist der Platz begrenzt, wohingegen wir in den digitalen Formaten sehr viel mehr Möglichkeiten haben. Damit einher geht aber auch ein sehr großer »Hunger« nach Bildern: Im Live-Blog bringen wir teilweise im Zehn-Minuten-Takt neue Bilder der Kriegshandlungen, die Kolleg:innen im Print brauchen letztlich eine einzige starke Fotografie.

Ihr Live-Blog bringt mich zu Social Media. Wie schätzen Sie deren Bedeutung ein gerade aus Ihrer Perspektive als Journalist:innen der ZEIT?

Andreas Prost: Mit Social Media hat sich insbesondere die Erwartungshaltung verändert. Instagram und andere Portale vermitteln den Eindruck, dass die Leute immer ganz nah dran sind und valide Informationen liefern. Da haben wir als Journalist:innen eine große Verantwortung, indem wir das, was wir zeigen, auch einordnen. Dieses »Nebeneinander« von unterschiedlichen Quellen und Inhalten habe ich vor allem in den ersten zwei Kriegswochen teilweise als schwierig erlebt. Mir scheint, dass einige Leute mit relativ großer Social Media-Präsenz teilweise überfordert waren und unreflektiert Bilder gepostet haben – insbesondere in Hinblick auf *Graphic Content*, also verstörende Bilder von Getöteten und Verletzten. Da sehe ich uns in der Pflicht, dass wir Bilder auswählen, die valide sind und im Einklang mit unseren ethischen und journalistischen Standards verwendet werden. Das betrifft zum Beispiel tote oder sterbende Menschen. Die zeigen wir nicht so, dass ihre Gesichter erkennbar sind. Andererseits konsumieren die Leute viele Bilder auf Social Media und erwarten sie dann auch bei uns. Da kann sich Druck aufbauen, häufig mehr Bilder zu zeigen, als wir es vielleicht tun sollten.

Michael Pfister: Genau, bei Social Media gibt es jetzt Millionen von publizierenden Menschen, die plötzlich die Funktion von Medien haben. Der Fotograf, der in Kiew ist, wird mit seinen Bildern aktuell zum Medium. Er kann das publizieren, was er am Tag fotografiert

hat. Unsere Aufgabe als Bildredakteur:innen im journalistischen Kontext ist es, Bilder zu sichten, zu editieren, auszuwählen und dann zu publizieren. Ein wichtiger Faktor ist die Schnelligkeit, mit der sich die Bilder über Social Media verbreiten. Ich muss nicht mehr auf die Nachrichten um 20 Uhr im Fernsehen warten, um diese Bilder zu sehen, sondern kann sie jederzeit konsumieren.

In diesem Krieg haben wir zudem erfahren, dass Satellitenbilder nicht nur von Geheimdiensten genutzt werden, sondern auch von Nachrichtenagenturen. Das verändert natürlich die Perspektive, aus der wir das Kriegsgeschehen sehen. Auch das Ausmaß der Zerstörung wird dadurch sichtbar. Dabei zeigt sich auch eine Parallelität: beispielsweise von Augenzeugenberichten von Krankenhausmitarbeiter:innen vor Ort und den Satellitenbildern mit diesem »Blick von oben«.

(Kunst-)Historiker wie Gerhard Paul und Horst Bredekamp gehen davon aus, dass Bilder nicht nur Kriege abbilden, sondern auch eine generative Kraft sind und Geschichte selbst mit erzeugen. Ich würde gerne Ihre Einschätzung erfahren – Sie haben den Georgien-Krieg von 2008 erwähnt –, inwieweit Sie diesen Krieg von den Bildern her als anders einschätzen. Haben die Bilder aktuell eine neue »Macht«? Oder nehmen wir den Konflikt (visuell) anders wahr, weil er nur gut 1000 Kilometer entfernt von uns stattfindet?

Michael Pfister: Wir konsumieren jeden Tag – mit oder ohne Krieg – immer mehr Bilder, sowohl als professionelle Journalist:innen oder Bildredakteur:innen wie auch allgemein. Die Situation hat sich durch die technologische Verfügbarkeit drastisch verändert: Jede Person kann von jedem Ort live senden und Bilder übermitteln. Das fotografische Bild wurde vom Bewegtbild überholt, das mit der Handykamera aufgenommen und anschließend über Social Media geteilt wird. Und in den letzten Wochen ist deutlich geworden, dass in Zeitungen, Nachrichtenmagazinen, Online-Zeitungen sowie jeden Tag im öffentlich-rechtlichen wie im privaten Fernsehen auch immer mehr Bilder gebraucht werden. Wenn es keine

Expert:innen gibt, die befragt werden, dann braucht es möglichst viele Bilder.

Andreas Prost: Der historische Vergleich mit anderen Kriegen und Konflikten ist gefährlich und funktioniert meistens nicht. Aber in diesem Konflikt ist die Anzahl der Menschen, die aktuell in der Ukraine vor Ort sind und dokumentieren, was dort passiert, besonders hervorzuheben. Unabhängig von der Frage, ob wir die Bilder dann veröffentlichen, ist es ungemein wichtig, dass eine Lynsey Addario dort in Irpin war und dokumentiert hat, was mit Zivilist:innen geschehen ist: Sie sind vor ihren Augen erschossen worden.

Natürlich haben Bilder eine aufrührerische Wirkung. Sie können auch während eines Krieges viel verändern – und haben es auch in der Vergangenheit schon getan. Teilweise liegt auch Hoffnung darin, dass sie es tun werden ... Allerdings stellt sich dabei immer die Frage, wie tote Menschen gezeigt werden, ob sie auf den Fotos erkennbar sind. Eine ähnliche Diskussion löste das Bild des ertrunkenen Alan Kurdi 2015 an der türkischen Mittelmeerküste aus. Wir haben uns damals gefragt, ob wir dieses Bild zeigen sollen. Verbunden war damit vielleicht auch die Hoffnung, mit dem Foto so viel Aufmerksamkeit zu erzeugen, um die Bedingungen der Flucht übers Mittelmeer zu ändern – die Hoffnung hat sich leider nicht erfüllt, obwohl sich auch hier die Wirkmacht des Bildes nur schwer messen lässt.

Wir sind uns als Bildredakteur:innen darüber bewusst, was ein einzelnes Bild in politischen oder gesellschaftlichen Kontexten auslösen kann. Da tragen wir eine Verantwortung und sollten uns jeweils fragen: Ist es nötig, dieses Bild zu zeigen? Respektieren wir damit alle Bedürfnisse sowie unsere ethischen Standards?

Haben Sie auch persönliche Erfahrungen mit Kriegsfotografie?

Michael Pfister: Als ich begonnen habe, mich mit Fotografie und insbesondere mit Kriegsfotografie auseinanderzusetzen, habe ich vor allem die Arbeiten von James Nachtwey in Reportagen, Fotobüchern

oder Ausstellungen studiert. Später gab es eine enge Zusammenarbeit mit dem Fotografen Christoph Bangert, da ich seine Bilder aus Afghanistan und dem Irak bei einer Agentur editiert habe. In den Kriegen in Afghanistan, im Irak oder auch in Syrien waren die Fotojournalist:innen meistens *embedded*. Der Zugang zu einem Kriegsgebiet unterliegt dem Militär, das diesen Zugang gewährt. Christoph Bangert war bis zu drei Monate in Bagdad für die New York Times. Jetzt in der Ukraine ist CNN in der ersten Kriegswoche wohl mit 75 Leuten vor Ort gewesen. Man muss sich einmal vorstellen, was das alles auch logistisch von der Infrastruktur her bedeutet. Außerdem haben internationale Medieninstitutionen verschiedene Teams, die sich gegenseitig ablösen. Dabei wird deutlich, dass hier nicht mehr der einzelne Fotograf / die Fotografin versucht, die Geschehnisse einzufangen. Stattdessen sind es riesige Apparate, die die Geschehnisse dokumentieren. Je größer die Institution – wie etwa die BBC, CNN oder die New York Times –, desto eher können sie auf eine lange Historie zurückgreifen, weil diese Assessments immer neu adaptiert und angepasst werden.

Eine letzte Frage: Was für Strategien haben Sie persönlich, um mit diesen Bildern, mit dem Grauen, das sie zeigen, umzugehen?

Andreas Prost: Wir hatten kürzlich in der Bildredaktion einen Termin mit einer Trauma-Expertin. Dabei haben wir unsere tägliche Arbeit stärker reflektiert und auch einzelne Strategien besprochen.

Michael Pfister: Das ist eine gute Frage und ein sehr wichtiger Aspekt der Arbeit in der Bildredaktion. Ich versuche, mich nach der Arbeit körperlich zu betätigen, um einen Ausgleich zu schaffen. Einerseits ist es hilfreich, darüber zu reden, auch im Team mit Kolleg:innen und Fotograf:innen, denen es ähnlich geht und die sich in der gleichen Intensität mit den Bildern beschäftigen. Andererseits ist es manchmal auch wichtig, diesen Input zu stoppen und rauszugehen, zu joggen etc. Ich bin darüber hinaus Mitglied im

Dart Center for Journalism and Trauma (<https://dartcenter.org/>).
Man muss nach einer gewissen Zeit Pausen einlegen, um danach weiter funktionieren zu können.

Ich danke Ihnen für das Gespräch.

Andreas Pribersky

»Back in the USSR«?

Eine visuelle Analyse von Putins Fernsehansprachen
zum Russisch-Ukrainischen Krieg

Visual History, 30. Oktober 2023

Die erstmalige persönliche Teilnahme des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj an der diesjährigen UN-Vollversammlung 2023 in New York und an einer Sitzung des UN-Sicherheitsrats¹ haben die Abwesenheit des von ihm angesprochenen Gegenübers, des russischen Präsidenten Wladimir Putin, sichtbar gemacht – eine Leerstelle, die aufgrund der Forderung des russischen UN-Botschafters, dem ukrainischen Präsidenten das vorgesehene Eröffnungsstatement der Sicherheitsratssitzung im letzten Moment zu entziehen, noch deutlicher wurde. Nach der Annexion der Krim hatte sich Putin 2015 noch mit einer Rede an die 70. UN-Generalversammlung gewandt, in der er unter anderem auch den Krieg der Separatisten im Donbas gegen die Ukraine zu rechtfertigen suchte.² Den Wettbewerb um die globale Medienöffentlichkeit, deren Aufmerksamkeit Wladimir Putin mit dem Besuch des wieder ernannten chinesischen Außenministers Wang Yi im Kreml am selben Tag zu gewinnen

1 Vgl. ZDF heute: Vor UN-Sicherheitsrat: Selenskyj beklagt Machtlosigkeit der UN, 20.09.2023, <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/selenskyj-un-sicherheitsrat-ukraine-krieg-new-york-russland-100.html> [25.10.2023].

2 Eine Dokumentation der Rede unter <http://en.kremlin.ru/events/president/news/50385> [25.10.2023].

versuchte, hat der ukrainische Präsident aktuell wohl für sich entscheiden können.

Will man sich die visuelle (Re-)Präsentation der Rolle von Putin in dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine vor Augen führen, erscheint ein Blick in den Kreml notwendig: »Die russische Aggression kehrt langsam an ihren Ausgangspunkt zurück«³ – in etwa diesen Worten hat der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj in seiner allabendlichen Video-Ansprache am 25. Juni 2023 sowohl die beginnenden, bis heute regelmäßigen, ukrainischen Drohnenangriffe auf russisches Territorium als auch die Rebellion der Söldnertruppe Wagner unter dem Kommando ihres Anführers Jewgeni Prigoschin zusammengefasst.

Der sogenannte Marsch der Gerechtigkeit auf Moskau der im Krieg gegen die Ukraine eingesetzten Söldnergruppe Wagner, der sich gegen deren bevorstehende Eingliederung und Unterstellung unter das Kommando der russischen Streitkräfte richtete, sowie der am selben Tag erfolgte Abbruch und nicht zuletzt die Meldung vom Tod ihres Anführers Jewgeni Prigoschin und eines Teils seiner Vertrauten bei einem Flugzeugabsturz genau zwei Monate nach der Rebellion: All diese Ereignisse verweisen auf die Rolle des russischen Präsidenten Wladimir Putin, der zu Recht als eine Schlüsselfigur des Geschehens angesehen wird. Um die in diesen Zusammenhängen vermittelten Charakteristika dieser Figur deutlich zu machen, soll im Folgenden das Auftreten des russischen Präsidenten an jenem Ort in den Fokus gerückt werden, von dem aus dieser – wenigstens symbolisch – Krieg und Rebellion zu beherrschen vorgibt: das präsidiale Amtszimmer im Kreml als TV-Studio.

Putin hat sich persönlich von den Schauplätzen der oben erwähnten Ereignisse ferngehalten und stattdessen die Kommunikation mit den Akteuren und der (Welt-)Öffentlichkeit via TV-Ansprachen gesucht.

3 Video-Ansprache des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj vom 25.06.2023, <https://www.president.gov.ua/en/videos/videos-archive> [25.10.2023].

Diese, vorgeblich »an die Bürger Russlands«⁴ gerichteten, kurzen Reden, die in seinem Amtszimmer aufgenommen wurden, schließen unmittelbar an die Erklärungen Putins zu dem offiziell nach wie vor als »Spezialoperation« bezeichneten Angriffskrieg gegen die Ukraine an: die nicht so genannte Kriegserklärung zu Beginn der russischen Invasion im Februar 2022 und die Ankündigung der Mobilisierung von Wehrpflichtigen für den Kampfeinsatz in der Ukraine im September desselben Jahres, die er ebenfalls vom präsidentialen Schreibtisch aus via TV verkündet hat.⁵ Infolge der Einberufung von Wehrpflichtigen und der darauf folgenden Massenflucht von davon Betroffenen und ihrer Angehörigen, nicht zuletzt aber auch wegen der bis nach Moskau reichenden Drohnenangriffe scheint die »Spezialoperation« als Krieg im russischen Alltag angekommen. Auch deshalb ist es naheliegend, sich die TV-Ansprachen des russischen Präsidenten, die in der offiziellen Kommunikation der russischen Invasion der Ukraine offenbar eine zentrale Rolle einnehmen, einmal genauer anzusehen.

Binnen weniger Tage, in zwei etwa zehnminütigen Einschaltungen am 24. und 26. Juni 2023, wandte sich der Präsident der Russischen Föderation diesmal nicht direkt zum Kriegs-Thema an die Bevölkerung. Er reagierte auf den beinahe ungehinderten Vormarsch der Wagner-Söldner in – der Invasion entgegengesetzten – Richtung Moskau zunächst mit Drohungen und der Metapher vom »Dolchstoß in den Rücken«, in der Folge mit Versprechungen aufgrund der überraschenden Kehrtwende der Rebellen und deren Rückzug. Wie bei den beiden vorangegangenen Fernseh-Ansprachen aus dem Jahr 2022 ist offen geblieben, ob es sich tatsächlich – wie im Ersten Kanal des staatlichen Fernsehens angekündigt – um Live-Übertragungen aus dem Kreml gehandelt hat. Berichte über

4 Zitiert nach: Wladimir Putins Rede zum Wagner-Aufstand im Wortlaut, in: ZEIT Online, 24.06.2023, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2023-06/wladimir-putin-rede-gruppe-wagner-russland> [25.10.2023].

5 Siehe dazu Andreas Pribersky: Ukrainische »Nachtwache«, in: Visual History, 11.04.2022, <https://visual-history.de/2022/04/11/pribersky-ukrainische-nachtwache/> [25.10.2023].

den Flugbetrieb der Präsidentenmaschine am 24. Juni 2023, dem Tag also, an dem die Ansprache Putins ausgestrahlt wurde, die sich vor allem an die rebellierenden Söldner richtete, legen nahe, dass er sich zu diesem Zeitpunkt bereits in seiner Residenz in der Nähe von St. Petersburg im Westen Russlands und weitab vom Geschehen aufhielt.

Schließlich hat der Präsident der Russischen Föderation auch persönlich in einem Videogespräch mit einem Reporter in seinem Amtszimmer, das zunächst auf dessen Telegram-Kanal veröffentlicht wurde,⁶ den Tod Prigoschins und seiner engsten Mitkämpfer bei einem Flugzeugabsturz als Erster sozusagen amtlich bestätigt. Zuvor war in den russischen Nachrichtensendungen der Absturz der Maschine nur am Rande unter Hinweis auf die Namen auf der Passagierliste erwähnt worden. Putin hat diese für das Amt eines Staatsoberhauptes ungewöhnliche Rolle der offiziellen Bekanntgabe von Todesfällen (noch vor einer forensischen Identifizierung der Todesopfer) über einen Social-Media-Kanal mit seiner Kondolenz an die Familie Prigoschins und einem kurzen Nekrolog verbunden.

Mit dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine im Februar 2022 hat der russische Präsident die TV-Ansprache zu einem zentralen Element seiner Kriegs-Kommunikation gemacht. Mit nunmehr insgesamt vier Ansprachen und einem Video-State-ment aus dem Kreml seit Beginn des russischen Angriffs sind Putins TV-Auftritte im Amtszimmer damit zu einem visuellen Rahmen für die Kommunikation von Schlüsselmomenten der Ukraine-Invasion geworden. Einschließlich der Kampfansage und der kurz darauf folgenden Kampfabgabe gegen die rebellierenden Söldner dienen sie der persönlichen Veröffentlichung wesentlicher Entscheidungen des russischen Präsidenten in seiner Funktion als militärischer Oberbefehlshaber, was diesen Zusammenhang auch für den tödlichen Flugzeugabsturz nahelegt.

Dieser Intention der TV-Ansprachen, bei denen Putin jeweils alleine zu sehen ist, entspricht offensichtlich auch deren Inszenierung: Für die vier Fernsehauftritte wurde jeweils dieselbe Kamera-

6 Telegram, 24.08.2023, <https://t.me/zarubinreporter/1185> [25.10.2023].



Abb. 1: TV-Ansprache Wladimir Putins, 24. Juni 2023, Quelle: Website Kreml:
»Address to citizens of Russia«, <http://en.kremlin.ru/events/president/news/71496> [25.10.2023]



Abb. 2: TV-Ansprache Wladimir Putins, 26. Juni 2023, Quelle: Website Kreml:
»Address to citizens of Russia«, <http://en.kremlin.ru/events/president/news/71528>
[25.10.2023]

Perspektive auf den Schreibtisch des Amtszimmers gewählt. Die beiden ersten zeigen Putin an seinem Arbeitsplatz sitzend – für die Ansprache zur Mobilisierung der Reservisten wurde der Zoom auf sein Gesicht verstärkt eingesetzt –, während die Rebellion Putin zum Aufstehen bewogen zu haben scheint: Er spricht über den Aufstand bzw. zu den rebellierenden Söldnern beide Male stehend vor seinem Schreibtisch. Die von den beiden letzten TV-Ansprachen im Juni 2023 auf der Webseite des Kremls veröffentlichten Porträt-Aufnahmen sollen den Eindruck der Personalisierung offenbar durch einen Fokus auf den Präsidenten vor dem verschwommen gehaltenen Hintergrund der Wandvertäfelung und der dennoch erkennbaren Staatssymbole – präsidiale Standarte (am 24. Juni) bzw. Landesfahne und Staatswappen (am 26. Juni) – noch verstärken (Abb. 1 und 2).

Dem – unsichtbaren – Publikum dieser »Fernseh-Serie« erschließt sich deren Bedeutung aber eher aus Kontextverweisen als aus deren hochgradig konventionalisiertem Ablauf, der auch in den dafür vom Kreml ausgewählten beiden Standbildern zum Ausdruck kommt: Mit dem Festhalten an einer Darstellung des Präsidenten im Amtszimmer wird auf eine Perspektive zurückgegriffen, die den russischen Zuschauer:innen aus der Fernseh-Berichterstattung aus dem Kreml bereits vertraut ist. Dies gilt insbesondere für das (die Serie vorläufig abschließende) Video-Statement, für das der vor dem Schreibtisch angeordnete Konferenztisch genutzt wurde.

Die Zweiergespräche vor Putins Schreibtisch dienen üblicherweise der Entgegnahme der Berichte führender Repräsentanten von Wirtschaft und Staat der Russischen Föderation, die in dieser Form auch auf der Kreml-Website veröffentlicht werden.⁷ Die russischen Fernsehsender bringen dazu in ihren Nachrichtensendungen regelmäßig Gesprächsausschnitte, um die Bevölkerung über die

7 Siehe z.B. die Aufnahmen von einem »Arbeitstreffen« Putins in seinem Amtszimmer vom August 2023 auf der Website: President of Russia: Meeting with Chairman of VEB. RF Igor Shuvalov, <http://en.kremlin.ru/events/president/news/72148> [25.10.2023].

Tätigkeit und vor allem die Anordnungen des Präsidenten zu informieren. Mit ihrem Fokus auf der politischen Berichterstattung über die präsidiale Amtstätigkeit, den sie mit der gesamten Medienöffentlichkeit des Landes teilen, werden institutionelle Verfahren wie Gesetzgebung und Verwaltung gegenüber dem unmittelbaren Zugriff der Präsidialmacht in den Hintergrund der politischen Öffentlichkeit gedrängt.

Der Rückgriff auf das bekannte Arrangement des Amtszimmers des Präsidenten und die geläufigen Präsentationsformen sollen hier wohl wiederum – wie schon in den beiden ersten Ansprachen – die Kontinuität der Amtsgeschäfte und damit auch den Eindruck von »Business as usual« an der Staatsspitze in der Situation einer bewaffneten Rebellion vermitteln.

Die direkte Rede eines Staatsoberhauptes an eine nationale Öffentlichkeit mittels TV-Ansprache – eine etwa in den USA oder in europäischen Staaten wie Frankreich, Deutschland oder Österreich geläufige Form im Zusammenhang mit bedeutenden politischen Ereignissen oder Entscheidungen – ist in Russland und der Sowjetunion eine von der politischen Führung weniger gebrauchte Kommunikationsform: Üblicherweise werden die großen Reden vor einem in der Regel institutionellen Publikum gehalten oder sind in die Rituale der Feier- und Gedenktage eingebunden, wie etwa die Militärparade zur Erinnerung an den Sieg im Großen Vaterländischen Krieg. Dieses Muster findet sich aktuell (wie schon 2014 bei der Annexion der Krim) auch bei der Proklamierung der Annexion weiterer ukrainischer Staatsgebiete durch den russischen Präsidenten.

Die TV-Ansprache wird in der Repräsentation der russischen Präsidenten in der Regel zur Übermittlung der Neujahrswünsche an die Bevölkerung eingesetzt, eine Tradition, die von Leonid Breschnew 1970 als Generalsekretär der KPdSU begonnen wurde, die Michail Gorbatschow 1986 nach einer mehrjährigen Unterbrechung (während der Amtszeiten von Andropow und Tschernenko) wieder aufgenommen hat und die bis heute fortgeführt wird. Diese Neujahrsansprachen wurden zwar in Verbindung mit Aufnahmen des Kremls ausgestrahlt, zeigten die russischen Präsidenten – seit Beginn der 1990er Jahre mit dem Ende der Sowjetunion und der

Amtsübernahme durch Boris Jelzin – aber nicht im präsidialen Amtszimmer oder in einem anderen der bekannten Amtsräume des Kreml.

Ein immer gleich aussehender Arbeits- und Repräsentationsraum im Kreml für die Ansprachen des Präsidenten der Russischen Föderation wird erst seit deren Gründung zu Beginn der 1990er Jahre ins Bild gesetzt. Die Wahl des Amtszimmers von Putin für seine TV-Ansprachen wie auch dessen Einrichtung gehen also auf die Amtszeit Boris Jelzins zurück und dürften wohl internationalen Vorbildern wie vor allem dem Oval Office geschuldet sein. Das Präsidialamt ist in dem auf Initiative Katharinas der Großen im 18. Jahrhundert im klassizistischen Stil errichteten Senatspalast untergebracht, der in den 1990er Jahren zur Amtsresidenz der russischen Präsidenten umgestaltet wurde. Der Senatspalast war bereits der Amtssitz der Generalsekretäre der KPdSU, also der *de facto* Staatsspitze der Sowjetunion: Von Lenin bis Gorbatschow haben diese aber jeweils eine andere Suite des Gebäudes für ihre persönlichen Amtsräume bzw. als Residenz gewählt.

Leonid Breschnew hat sein Amtszimmer als Erster der Generalsekretäre seit Anfang der 1970er Jahre regelmäßig auch für öffentliche Auftritte und auch im Fernsehen übertragene Pressekonferenzen sowie für eine Reihe von TV-Ansprachen zu unterschiedlichen Anlässen genutzt, von denen sich eine Auswahl auch heute noch etwa auf YouTube-Kanälen findet. Die Stock-Foto-Archive, inklusive das der staatlichen russischen Nachrichtenagentur TASS, bieten dazu Fotografien sowohl als Video-Still aus den Reden wie von deren Aufzeichnung an, auch unter Einbeziehung der Scheinwerfer oder von Mitgliedern des Aufnahmeteams.⁸ Auch in Filmdokumenten finden sich Ausschnitte aus der Vorbereitung der Fernsehaufnahmen. Ein Teil dieser informellen Aufnahmen wurde bereits im zeitlichen Zusammenhang mit den Reden veröffentlicht

8 Siehe dazu z.B. die Auswahl, die die Bildagentur Getty Images anbietet: <https://www.gettyimages.at/fotos/leonid-breschnew-kreml-office?assettype=image&phrase=leonid%20breschnew%20kreml%20office&sort=best&license=rf,rm> [25.10.2023].

und auch in sowjetischen Medien wiederholt gezeigt. Damit hat Breschnew zweifellos eine stilistische Differenz zum formellen öffentlichen Auftreten seiner Vorgänger im Amt hergestellt, um zumindest den Anschein einer zeitweiligen Überwindung der großen zeremoniellen Distanz der sowjetischen Staatsspitze zu ihrer Bevölkerung zu erwecken.

Breschnews Fokus auf sein Amtszimmer im Kreml als Repräsentationsraum – eine Reihe seiner offiziellen Porträt-Fotos wurde ebenfalls dort aufgenommen – hebt sich von den bis dahin erfolgten Traditionen der Darstellung des höchsten Repräsentanten der Sowjetunion ab. Das hier abgebildete Fotoporträt aus den 1970er Jahren zeigt Leonid Breschnew während der Aufnahmen zu einer TV-Ansprache bei einer Rauchpause (Abb. 3). Dieses sowohl in den Foto-Stocks als auch bis heute in russischen Online-Medien häufig zu sehende Porträt wird von letzteren nicht so sehr im Zusammenhang mit der durch die Raucher-Accessoires im Bild betonten Lässigkeit gegenüber den Konventionen offizieller Staatsrepräsentation assoziiert, sondern mit einer spezifischen Ausprägung des sozialistischen Personenkults, der etwa auch im häufigen Tragen der Orden und deren wiederholter, ebenfalls gut dokumentierter Verleihungszeremonien zum Ausdruck kommt.

Die Zurschaustellung persönlicher Gewohnheiten und Vorlieben findet sich auch in Breschnews Porträtfotos als Segler oder Sportwagenfahrer, die ebenfalls zu seinen Lebzeiten veröffentlicht wurden und immer noch einen festen Bestandteil (der Visualisierung) seiner Biografie ausmachen.⁹ Stärker noch als das Foto mit der Zigarette werden diese Bilder von Breschnew als Ausdruck protokollarisch unbeschränkter Machtausübung verstanden und nicht als Einblick in

9 Siehe dazu z.B. in der englischsprachigen Wikipedia beim Eintrag zu Leonid Brezhnev den Abschnitt »Personal Traits«, https://en.wikipedia.org/wiki/Leonid_Brezhnev [25.10.2023]. Einen Überblick über Breschnews Sammlung von Luxuswagen bietet »Russia Beyond«, samt einer Aufnahme der Übergabe eines Lincoln Continental durch Richard Nixon anlässlich seines Staatsbesuchs in den USA im Jahr 1973 als Gastgeschenk und Nixons »Zeugenaussage« zu Breschnews Fahrstil, <https://www.rbth.com/history/336477-what-cars-were-in-brezhnevs-collection> [25.10.2023].



Abb. 3: Generalsekretär des ZK der KPdSU, Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR Leonid Breschnew während der Aufzeichnung einer Rede im Fernsehen.

Foto: V.B. Sobolev ©, Moskau, Ende der 1970er Jahre, in: Livejournal, 19.12.2020, <https://onopenko.livejournal.com/315557.html> [25.10.2023]

sein Privatleben angesehen. Die bis dahin ungewohnten, regelmäßigen TV-Auftritte Breschnews in einem direkt an die Zuschauer:innen adressierten Format wurden in der offiziellen Propaganda als Zeichen seiner Volksverbundenheit und Popularität beworben. Er selbst soll sich mitunter sogar in einem Kontext internationaler Stars der Populärkultur gesehen und bezogen auf sein Aussehen einen Vergleich mit Alain Delon nicht gescheut haben.¹⁰ Dieser für den sowjetischen Alltag ferne Referenzraum mag mit dazu beigetragen

10 Siehe dazu das Interview mit der Historikerin Susanne Schattenberg über deren Breschnew-Biografie: »Er fand, er sehe aus wie Alain Delon«, in: Spiegel online, 30.12.2017, <https://www.spiegel.de/spiegel/leonid-breschnews-unbekannte-seite-a-1185476.html> [25.10.2023].



Abb. 4: Eine Demonstrantin trägt ein Plakat, das Putin als älteren sowjetischen Generalsekretär mit Zügen Leonid Breschnews zeigt. St. Petersburg, 25. Februar 2012. Fotograf: Anatoly Maltsev (PAP/EPA) ©, Quelle: The Warsaw Institute, <https://warsawinstitute.org/sum-fears-putin-2018-2024/> [25.10.2023]

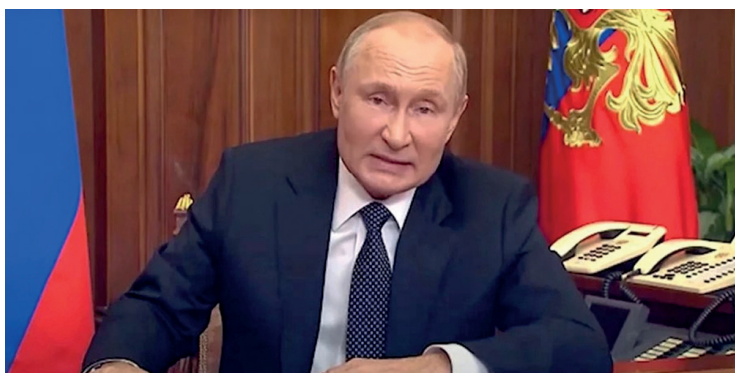


Abb. 5: Wladimir Putin während seiner TV-Rede nach der Bekanntmachung der Teilmobilmachung, Moskau, 21. September 2022, Quelle: Screenshot YouTube, @MichaelRossiPoliSci, »Address by Vladimir Putin Authorizing Partial Mobilization of Russian Armed Forces«, <https://www.youtube.com/watch?v=J7QqSYBUhmY> [25.10.2023]

haben, dass Breschnews Selbstdarstellung eher mit den über ihn verbreiteten Witzen und Karikaturen in Verbindung gebracht wird.¹¹

Diese (Selbst-)Darstellung legt einen Vergleich der Amtsausübung von Breschnew mit der Putins nahe, wie er zum Beispiel auch von der politischen Opposition angestellt wird. Die Abbildung zeigt ein populäres Plakatmotiv der Proteste gegen die Wiederwahl Putins als Staatspräsident aus dem Jahr 2012, das ein Hybrid-Porträt von Breschnew und Putin darstellt (Abb. 4).

Auch ein Detail aus dem Amtszimmer Breschnews findet sich überraschenderweise am Schreibtisch des russischen Präsidenten wieder: die seitlich neben dem Arbeitsplatz angeordnete Reihe weißer Telefonapparate (Abb. 5). Sie wurde über das Ende der UdSSR hinaus in derselben Anordnung beibehalten, wie sie bereits auf Fotografien von Breschnews Amtszimmer zu sehen ist, so etwa auf Aufnahmen von einem Staatsbesuch des damaligen französischen Präsidenten Giscard d'Estaing in Moskau.¹²

Der Osteuropahistoriker Andreas Oberender, der sich in einer Reihe von Beiträgen mit der Breschnew-Ära beschäftigt hat, fasst die Charakteristika von dessen Repräsentation als eine spezifische Ausprägung des staatssozialistischen »Personenkults« zusammen,¹³ von denen einige einen Vergleich mit der Amtsführung Wladimir Putins nahelegen: Breschnew zeigte seine visuelle Präsenz nicht nur über regelmäßige Fernsehauftritte, sondern ebenso in einem Dokumentarfilm, auf Künstler-Porträts, durch Büsten etc., und auch seine Besuche in den Sowjetrepubliken wurden in einer Vielzahl von Bildbänden und -broschüren mit hohen Auflagen festgehalten. Oberenders Beobachtung, dass Breschnew der erste Repräsentant

11 Siehe dazu u.a. Karl Schlögel: *Das sowjetische Jahrhundert. Archäologie einer untergegangenen Welt*, München 2017, 200.

12 Diese Aufnahmen finden sich bei Getty Images, siehe <https://www.gettyimages.fi>.

13 Andreas Oberender, »Das Haupt unserer Partei und unseres Staates«. Führerherrschaft und Führerkult unter Leonid Brežnev, in: Benno Ennker/Heidi Hein-Kircher (Hg.): *Der Führer im Europa des 20. Jahrhunderts*, Marburg 2010, 200–215.

an der Staatsspitze der Sowjetunion und damit auch Russlands gewesen sei, der eine weit über die Repräsentation seiner Position und der Amtsgeschäfte hinausgehende Selbstdarstellung aktiv betrieben hat, erscheint mir zutreffend und der medialen und damit visuellen Omnipräsenz Wladimir Putins im heutigen Russland vergleichbar.

Legitimiert wurde dieser Fokus auf den Spitzenrepräsentanten der Sowjetunion vor allem mit Breschnews offizieller Biografie: Sukzessive wurde im Laufe seiner Amtszeit aus einer Kommandoaktion in der heutigen Ukraine, die er als Unteroffizier im Zweiten Weltkrieg befehligte, ein zentrales Geschehen im siegreichen Großen Vaterländischen Krieg, weshalb Breschnew sich 1976 zum Marschall der Sowjetunion – der höchste militärische Rang – ernennen ließ. Auch die Strukturen der Machtausübung in der Ära Breschnew weisen – folgt man Oberenders Argumentation¹⁴ – einige Parallelen zur Ära Putin auf: Er beschreibt die Rekrutierung der Machtelite als ein Klientel-System, nach dem Breschnew die Schlüsselstellen der Hierarchie besetzte. Aufgrund der persönlichen und für die jeweils unmittelbare Klientel auch ökonomischen Vorteilnahme verwendet Oberender dafür den – für die Strukturen der aktuellen Machtausübung in Russland – zentralen Begriff der Oligarchie.¹⁵

In diesem Zusammenhang lässt sich die aktuell von Putin wieder aufgenommene Kommunikation über TV-Ansprachen auch als Ausdruck der Distanz zum Publikum deuten, als dessen Surrogat die Kamera mit dem Ziel eines Ersatzes unmittelbarer Kontakte auftritt. Die Amtsräume werden damit zu einem Ort des – medial vielfach beobachteten und kommentierten – Rückzugs von Putin

14 Andreas Oberender: Die Partei der Patrone und Klienten. Formen personaler Herrschaft unter Leonid Brežnev, in: Annette Schuhmann (Hg.): Vernetzte Improvisationen. Gesellschaftliche Subsysteme in Ostmitteleuropa und in der DDR, Köln 2008, 57–76, online unter <https://zeitgeschichte-digital.de/doks/frontdoor/index/index/docId/505> [25.10.2023].

15 Ebd., 64.

aus dem öffentlichen Geschehen, den eine Reihe von Kommentatoren als Hintergrund seines politischen Handelns ansieht.¹⁶

Dieser Eindruck wird in den hier in den Blick genommenen TV-Ansprachen durch eine ausschließlich in den Raum gerichtete Kamera-Perspektive verstärkt, die keinen Blick nach Außen zulässt, etwa durch Fenster, wie wir sie aus dem Oval Office oder dem Amtsräum des französischen Staatspräsidenten im Élysée-Palast als Hintergrund häufig zu sehen bekommen. Von Leonid Breschnew bis zu Wladimir Putin scheinen die sowjetischen Generalsekretäre und die russischen Präsidenten ihre amtlichen Alltagsgeschäfte in Räumen auszuüben, die durch blickdichte Vorhänge keinen Blick nach draußen zu- und nur wenig natürliches Licht einlassen. In der Darstellung Putins in seinen TV-Ansprachen wird dieser Eindruck durch die bildbeherrschende dunkle Holzvertäfelung des Raumes im Hintergrund des Schreibtisches unterstützt.

Wladimir Putin hat sich in seinem Amtszimmer als visuellem Raum des (militärischen) Oberbefehls und mit der auf seine Person bzw. Funktion beschränkten Perspektive in den TV-Ansprachen zu den wesentlichen Entscheidungen der Ukraine-Invasion wie Krieg, Mobilisierung von Reservisten und die Reaktion auf eine Rebellion nicht etwa an das Parlament oder exekutive Organe der Russischen Föderation gewandt, sondern zunächst an ein (mit Ausnahme der Video-Aufnahme) für die Zuschauer:innen unsichtbares Publikum.

Diese Bildauswahl eröffnet Raum für Spekulationen, die mit Putins Handeln auch zahlreich verbunden werden. Sie reichen von

16 Siehe dazu etwa den Beitrag im Deutschlandfunk: »Osteuropa-Historiker Schlögel wirft Putin Wirklichkeitsentfremdung vor«, in: Karl Schlögel im Gespräch mit Sabine Adler, DLF, 27.02.2022, <https://www.deutschlandfunk.de/historiker-schloegel-nennt-putin-wirklichkeitsfremd-100.html> [25.10.2023], oder den französischen Dokumentarfilm von Guy Lagache aus dem Jahr 2022 »Un président, l'Europe et la guerre: Documentaire au cœur de la cellule diplomatique de l'Élysée«, über Emmanuel Macrons (und dessen Mitarbeiterstab) Erfahrungen als EU-Ratspräsident mit den Verhandlungen rund um den Beginn der russischen Invasion.

psychologischen Deutungen über seinen Gesundheitszustand bis zu einer Reihe von historischen Anspielungen und ideologischen Rahmungen, die von der russischen Propaganda gesetzt werden: Von den großen Zaren (Iwan, Peter, Katharina) über den Großen Vaterländischen Krieg bis hin zu Neurussland als Teil eines historischen imperialen Raumes bleibt nichts ausgespart. Für diesen eklektischen Umgang mit der russischen Geschichte, den der französische Philosoph Michel Eltchaninoff in seinem Essay über »Putin und die Philosophie« als Praktiken eines »Imperialismus à la carte« beschreibt,¹⁷ erscheint der Senatspalast ebenso wie das Amtszimmer im (neo)klassizistischem Stil als eine ideale, weil historisierende Bühne.

Legitimität, so lässt sich der visuelle Referenzrahmen der TV-Ansprachen deuten, wird in dieser politischen Kultur Russlands nicht prozessual hergestellt, sondern dargestellt: Die Repräsentation der Staatsspitze scheint zu diesem Zweck selbst einem eklektischen Stil zu folgen, der einen Remix historischer Formen der Machtentfaltung aus der russischen Geschichte verwendet. Vielleicht sollte deshalb den einzelnen ideologischen und historischen Referenzen aufgrund ihrer Austauschbarkeit keine allzu große Bedeutung beigemessen werden.

Für die Ära Breschnew wird der im Rückblick der Lächerlichkeit preisgegebene Personenkult nicht erst in der Retrospektive auch als Symptom einer Endzeit gedeutet – beschleunigt durch das von der UdSSR 1979 auf Befehl Breschnews erfolgte Eingreifen sowjetischer Truppen in den Afghanistan-Krieg. Im Jahr 1979 hielt Breschnew auch seine letzte persönlich vorgetragene Neujahrsansprache im sowjetischen Fernsehen: mit einiger Mühe, wie Filmdokumente der Aufnahme belegen.¹⁸ In den folgenden Jahren bis zu seinem Tod im Amt wurden seine Neujahrswünsche von

17 Michel Eltchaninoff: *Dans la tête de Vladimir Poutine*, Arles 2015, 149f.

18 »Leonid Brezhnev New Year's Address 1979«, @scottwpalmer, in: YouTube, 07.01.2016, <https://www.youtube.com/watch?app=desktop&v=E66oM2iAMWm> [25.10.2023].

einem Sprecher verlesen. Ob und in welcher Form für die hier diskutierte »Fernseh-Serie« Wladimir Putins eine Fortsetzung folgt, wird man sehen.

Autor:innen

Dr. Nino Aivazishvili-Gehne ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Forschungszentrum für die Geschichte von Transformationen (RECET) an der Universität Wien.

Christine Bartlitz ist verantwortliche Redakteurin der Online-Portale Docupedia-Zeitgeschichte und Visual History am ZZF Potsdam.

Salome Belkania macht derzeit ihren Master in Medienwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Kateryna Chernii promoviert am ZZF Potsdam.

Dr. Franziska Davies arbeitet als Osteuropa-Historikerin an der LMU München.

PD Dr. Moritz Florin ist Akademischer Rat auf Zeit an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg.

Dr. Clara M. Fryszta ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für europäische Zeitgeschichte der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder).

Lisa Fuchte ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa (GWZO).

Dr. Juliane Fürst leitet die Abteilung »Kommunismus und Gesellschaft« am ZZF Potsdam.

Julia Elena Grieder promoviert in Geschichte an der Universität Basel.

Stefan Günther arbeitet für das Journalisten-Netzwerk n-ost in Berlin.

Dr. Helena Holzberger ist Akademische Rätin auf Zeit am Lehrstuhl für Russland-Asien-Studien der LMU München.

Dr. Bert Hoppe ist Mitarbeiter am Zentrum für Holocaust-Studien des Instituts für Zeitgeschichte.

Dr. Ulrike Huhn ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Georg-August-Universität Göttingen.

Dr. Alina Jašina-Schäfer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fachbereich Kulturanthropologie und Europäische Ethnologie der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

Dr. Daria Khrushcheva ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Seminar für Slavistik, Lotman-Institut, Ruhr-Universität Bochum.

Prof. Dr. Robert Kindler ist Professor für Geschichte Ost- und Ostmitteleuropas an der Freien Universität Berlin.

Dr. Corinna Kuhr-Korolev ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am ZZF Potsdam.

Dr. Maike Lehmann ist assoziierte Wissenschaftlerin an der Forschungsstelle Osteuropa der Universität Bremen.

Dr. Takuma Melber ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Koordinator des Masterstudiengangs Transcultural Studies an der Universität Heidelberg.

Merve Neziroğlu ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa (GWZO).

Dr. Thuc Linh Nguyen Vu ist Postdoktorandin am Forschungszentrum für die Geschichte von Transformationen (RECET) an der Universität Wien.

Prof. Dr. Jannis Panagiotidis ist Leiter des Forschungszentrums für die Geschichte von Transformationen (RECET) an der Universität Wien.

Prof. Dr. Tanja Pentter ist Professorin für Osteuropäische Geschichte an der Universität Heidelberg.

Dr. Florian Peters ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im SFB »Strukturwandel des Eigentums« an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Dr. Olena Petrenko ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Historischen Institut der Ruhr-Universität Bochum.

Michael Pfister ist Director of Photography bei Zeit Online.

Prof. Dr. Andrii Portnov ist Professor für Entangled History of Ukraine an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder).

Dr. Andreas Pribersky ist wissenschaftlicher Beamter am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien.

Andreas Prost ist Ressortleiter Bildredaktion bei Zeit Online.

Dr. Elisa Satjukow ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Geschichte Ost- und Südosteuropas an der Universität Leipzig.

Prof. Dr. Susanne Schattenberg ist Direktorin der Forschungsstelle Osteuropa und Professorin für Zeitgeschichte und Kultur Osteuropas an der Universität Bremen.

Dr. Annette Schuhmann ist verantwortliche Redakteurin des Fachportals zeitgeschichte | online am ZZF Potsdam

Dr. Johannes Spohr ist freier Historiker. Er betreibt den Archivrecherchedienst »present past« und ist Vorstandsmitglied des Vereins KONTAKTE-KOHTAKTbI.

Prof. Dr. Annette Vowinckel leitet die Abteilung »Zeitgeschichte der Medien- und Informationsgesellschaft« am ZZF Potsdam.

Daniel Weinmann studiert Geschichte und Russisch an der Universität Tübingen.

Prof. Dr. Martina Winkler ist Professorin für Osteuropäische Geschichte an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel.

Dr. Alexa von Winning ist Akademische Rätin auf Zeit am Institut für osteuropäische Geschichte und Landeskunde an der Eberhard Karls Universität Tübingen.